

U n t e r r i c h t u n g

durch die Landesregierung

Zweiter Bericht zur Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit an den Thüringer Landtag mit Expertise "Gefährdung der demokratischen Kultur in Thüringen" des KomRex - Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration

Mit Schreiben vom 16. Dezember 2020 habe ich Ihnen den Zweiten Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit übersandt.

Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport teilt jetzt mit, dass das Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) der Friedrich-Schiller-Universität Jena auf Seite 20 (letzter Absatz) Teil B eine Änderung im Gutachten aufgrund einer Mitteilung einer in der Expertise betroffenen Person vorgenommen und auf seiner Homepage veröffentlicht hat.

Um dem Anliegen der betroffenen Person vollumfänglich gerecht zu werden, wird die Herausgabe einer korrigierten Fassung der Drucksache 7/2366 angeregt.

Anbei übersende ich Ihnen die korrigierte Fassung des Zweiten Berichts mit der Bitte um weitere Veranlassung.

Prof. Dr. Hoff
Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten
und Chef der Staatskanzlei

Anlage

Hinweis der Landtagsverwaltung:

Der Bericht wurde als Anlage zum Schreiben des Ministers für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefs der Staatskanzlei vom 15. Februar 2023 an die Präsidentin des Landtags zugeleitet. Auf einen Abdruck der Anlage wird verzichtet. Die Anlage steht unter der oben genannten Drucksachennummer elektronisch im Abgeordneteninformationssystem und in der Parlamentsdokumentation unter der Internetadresse www.parldok.thueringen.de zur Verfügung.



Zweiter Bericht zur Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit an den Thüringer Landtag

mit Expertise
„Gefährdungen der demokratischen Kultur
in Thüringen“
des KomRex – Zentrum für
Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und gesellschaftliche
Integration

Berichtszeitraum 2018 und 2019



Thüringer Landesprogramm
für Demokratie,
Toleranz und Weltoffenheit

Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (Hrsg.):
Zweiter Bericht zur Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und
Weltoffenheit an den Thüringer Landtag mit Expertise „Gefährdungen der demokratischen Kul-
tur in Thüringen Rechtsextremismus und politische Entfremdung“
Erfurt 2020

TEIL A

Zweiter Bericht zur Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und
Weltoffenheit an den Thüringer Landtag

TEIL B

Expertise „Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen“ des KomRex – Zentrum für
Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration

Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
Werner-Seelenbinder-Straße 7
99096 Erfurt

Dezember 2020

TEIL A

Zweiter Bericht zur Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit an den Thüringer Landtag

Inhalt

1	Einleitung.....	2
2	Programmstruktur	3
2.1	Organisationsstruktur	3
2.2	Leitziele	4
2.3	Finanzieller Rahmen	6
2.4	Zusammenarbeit mit Bundesprogrammen	7
3	Bericht zur Umsetzung der Strukturen und Projekte.....	16
3.1	Förderung und Unterstützung von lokalen Strategien, insbesondere lokaler Partnerschaften für Demokratie	16
3.2	Förderung der Mobilen Beratung	18
3.3	Förderung der Opferberatung	21
3.4	Förderung der Ausstiegsberatung	23
3.5	Förderung von Beratungsangeboten in den Bereichen Sport und Feuerwehr sowie sozialen Verbänden und Vereinen	25
3.6	Förderung von präventiven Angeboten an Schulen	28
3.7	Förderung von präventiven Angeboten der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung	33
3.8	Umsetzung von Qualifizierungsangeboten für spezifische Zielgruppen	35
3.9	Förderung begleitender Dokumentation und Forschung	39
3.10	Förderung weiterer Maßnahmen einschließlich zivilgesellschaftlicher Projekte und Aktivitäten	45
4	Bericht zur Umsetzung in den verschiedenen Bereichen der Landespolitik und des Regierungshandelns.....	47
4.1	Sensibilisierung, Bildung und Qualifizierung	47
4.2	Inklusive Sozialpolitik und Integration	61
4.3	Verwaltung, Polizei und Justiz zu angemessenem Handeln befähigen	64
4.4	Wissenschaftliche Begleitforschung	67
5	Verschiedene Maßnahmen der Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit, wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation	69
5.1	Vernetzungsarbeit	69
5.2	Weitere Maßnahmen der Wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation	70
5.3	Homepage, Facebook und Materialien	72
5.4	Demokratiepreis	73
6	Fazit.....	75
7	Anhang.....	77

1 Einleitung

Mit einer gemeinsamen Erklärung aller Fraktionen des Thüringer Landtags in der ersten Sitzung der 5. Legislaturperiode am 29. September 2009 wurde die Landesregierung gebeten, „Maßnahmen für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in einem Landesprogramm zu bündeln.“ Diese Aufgabe wurde auch im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD von 2009 festgelegt und die Einrichtung eines „Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ vereinbart. In den Jahren 2011 bis 2014 nahm das Programm seine Arbeit auf und etablierte eine Förder- und Vernetzungsstruktur für die beschriebenen Maßnahmen und Projekte. In den Koalitionsverträgen bekannten sich die regierungstragenden Fraktionen seither zur Fortführung und Weiterentwicklung des Landesprogramms.

Bei der Überarbeitung des Landesprogramms im Jahr 2016 durch eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern aller Ministerien der Thüringer Landesregierung und der Zivilgesellschaft (Religionsgemeinschaften, Sportbund, Feuerwehrverband, Gewerkschaften, kommunale Spitzenverbände, Bürgerbündnisse, etc.) wurde der inhaltliche Schwerpunkt auf eine Strategie gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gelegt. Dabei wird in den Blick genommen, dass diskriminierende, menschenfeindliche und antidemokratische Einstellungen ein gesamtgesellschaftliches Problem sind.

Die Handlungsfelder des Programms sind seither nach primärer, sekundärer und tertiärer Prävention sowie nach den verschiedenen Bereichen der Landespolitik und des Regierungshandelns strukturiert. Damit ist das Programm einerseits klar definiert und gegliedert, andererseits betont es auch die Freiheit der Projektträger, vor dem Hintergrund des Leitbildes des Landesprogramms und der Beschreibung der Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen, in Eigenverantwortung spezifische Konzepte und Maßnahmen umzusetzen.

Mit der Neufassung des Programms wurde auch festgeschrieben, alle zwei Jahre zur Umsetzung des Programms an den Thüringer Landtag zu berichten. Der Bericht beschreibt die Programmstruktur, den Umsetzungsstand der verschiedenen Maßnahmen und Projekte im Bereich der Zivilgesellschaft und auch in den Bereichen der Landespolitik und des Regierungshandelns. Zudem stellt der Bericht die verschiedenen Maßnahmen der Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie der begleitenden Evaluation dar.

In diesen zweiten „Bericht der Landesregierung an den Landtag zur Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ ist erstmals auch eine umfangreiche Analyse der Gefährdungen der demokratischen politischen Kultur in Thüringen integriert. Wie in den Vorjahren hat das Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratietriebung und gesellschaftliche Integration (KomRex) der Friedrich-Schiller-Universität Jena die Erarbeitung des Gutachtens übernommen. Bislang wurden diese Gutachten jeweils zur Entwicklung bzw. Überarbeitung des Landesprogramms erstellt. Zukünftig sollen sie Bestandteil des Berichts sein und als Folie zur Beurteilung der Maßnahmen des Landesprogramms dienen.

2 Programmstruktur

2.1 Organisationsstruktur

In Thüringen werden alle Maßnahmen, Strukturen und Projekte gegen Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit gebündelt. Die Koordination des Programms wird im Rahmen des Landes-Demokratiezentrams beim Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) wahrgenommen. Kernaufgaben dieser Koordinierungsstelle sind die Vernetzung aller im Themenfeld aktiven Akteure sowie die strategische Weiterentwicklung des Programms. Regelmäßige Netzwerktreffen stellen den Informationsfluss und den Erfahrungsaustausch der Akteure unter Einbezug von Bundesprogrammen (beispielsweise „Demokratie leben!“, „Zusammenhalt durch Teilhabe“) sicher. Zudem obliegt dem Landes-Demokratiezentrum die Empfehlung zur Förderung von Strukturen und Projekten. Alle Ressorts informieren das Landes-Demokratiezentrum im TMBJS regelmäßig über ihre Aktivitäten im Bereich des Landesprogramms. Die Berichte für 2018 und 2019 sind im Kapitel 4 dargestellt.

Als beratende Gremien des Landes-Demokratiezentrams gewährleisten ein Interministerieller Arbeitskreis (IMAK) sowie der Programmbeirat einen engen Austausch mit politischen und zivilgesellschaftlichen Vertretern. Fachliche und ressortrelevante Entwicklungen innerhalb des Landesprogramms werden im IMAK diskutiert und grundsätzlich entschieden. Der Vorsitz des IMAK obliegt dem TMBJS. Die Landeskoordinierungsstelle im TMBJS¹ unterstützt diesen Arbeitskreis, indem alle erforderlichen Informationen gebündelt und zur Entscheidung vorbereitet werden. Im IMAK sind die Thüringer Staatskanzlei, alle Thüringer Ministerien sowie die Landeszentrale für politische Bildung vertreten. Er tagt mindestens zweimal jährlich und tauscht sich regelmäßig mit dem Programmbeirat aus. Er bezieht dessen Empfehlungen in seine Arbeit mit ein und berücksichtigt sie in seiner Entscheidungsfindung. In den Berichtsjahren 2018 und 2019 traf sich der IMAK insgesamt fünfmal.

Neben aktuellen Förderanträgen wurden nachfolgende Schwerpunktthemen im IMAK behandelt:

- Konzeptauswahlverfahren für die Strukturprojekte des Landesprogramms im Bereich Schule,
- Diskussion zum aktuellen Stand in der Ausstiegs- und Distanzierungsberatung,
- Entscheidung über die zukünftigen Strukturen im Bereich Ausstieg / Distanzierung in Thüringen,
- Beratung über Konzepte für Modellprojekte im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ sowie
- Beratung zur Anlaufstelle in den Themenfeldern Islamismus und Islamfeindlichkeit in Thüringen.

Zur Beratung des Interministeriellen Arbeitskreises und der Landeskoordinierungsstelle im TMBJS hinsichtlich der fachlichen Weiterentwicklung des Landesprogramms wurde ein Programmbeirat unter Vorsitz eines Vertreters der Thüringer Bürgerbündnisse gebildet.

1 Die Begriffe „Landes-Demokratiezentrum“ und „Landeskoordinierungsstelle“ werden im Folgenden synonym verwendet.

Der Programmbeirat gibt u. a. eine Empfehlung über die Förderung von Strukturen, Projekten und Maßnahmen. Er soll dabei in geeigneter Weise wissenschaftliche Expertise in seine Arbeit einbeziehen und insbesondere die Erkenntnisse des jährlich erscheinenden Thüringen-Monitors für die Fortentwicklung des Landesprogramms reflektieren. In den Berichtsjahren 2018 und 2019 traf sich der Programmbeirat insgesamt fünfmal. Neben aktuellen Förderanträgen setzte er sich mit nachfolgenden Schwerpunktthemen auseinander:

- Wahl des Vorsitzenden,
- Konzeptauswahlverfahren für die Strukturprojekte des Landesprogramms im Bereich Schule,
- Diskussion zum aktuellen Stand in der Ausstiegs- und Distanzierungsberatung,
- Entscheidung über die zukünftigen Strukturen im Bereich Ausstieg / Distanzierung in Thüringen,
- Beratung über Konzepte für Modellprojekte im Bundesprogramm „Demokratie leben!“,
- Beratung zur Anlaufstelle in den Themenfeldern Islamismus und Islamfeindlichkeit in Thüringen sowie
- Vorstellung des Thüringen-Monitors und des Thüringen-Monitors Integration.

2.2 Leitziele

Die Leitbegriffe des Thüringer Landesprogramms sind Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Das Programm versteht sich als präventionsorientiertes Impuls-, Unterstützungs- und Förderprogramm zur Stärkung demokratischer, menschenrechtsorientierter und gewaltfreier Strukturen, Verfahren und Einstellungen.

Das Landesprogramm lädt alle Bürgerinnen und Bürger in Thüringen dazu ein, an der Entwicklung der demokratischen politischen Kultur in Thüringen mitzuarbeiten. Es dient als Orientierung für das Regierungshandeln und die Landespolitik. Es stellt Ressourcen für zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure und Initiativen für eigenverantwortliche Maßnahmen zur Verfügung. Dabei sind die folgenden übergeordneten Leitziele maßgebend:

Menschenrechtsorientierte Einstellungen fördern und demokratische Kompetenzen stärken

Durch geeignete Konzepte und Maßnahmen ermöglicht das Landesprogramm die kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen. Es wird themenspezifisches und zielgruppenorientiertes Wissen über demokratiegefährdende und demokratiestärkende Aspekte vermittelt. Auf dessen Grundlage bietet das Landesprogramm Gelegenheiten und Räume für Diskurse, die durch demokratische Werte geprägt sind und sich an den Grund- und Menschenrechten orientieren. Es werden Lernprozesse und Kompetenzen im Sinne einer humanistischen Menschenbildung angestoßen, indem sie ein Denken in Zusammenhängen und in Alternativen fördern, durch Erinnerungsarbeit historische Bezüge in vielfältiger Perspektive herstellen, gesellschaftliche Vielfalt und Diversität als Chance und Bereicherung verdeutlichen, Inklusion und Interkulturalität unterstützen, die Fähigkeit zur Differenzierung und zur gesellschaftlichen Analyse vermitteln, Empathie, Konfliktfähigkeit und die Fähigkeit zur Selbstreflexion entwickeln, Mündigkeit und Autonomie aufbauen, soziales und gewaltfreies Handeln fördern sowie zum gesellschaftlichen Engagement auf der Basis der Grund- und Menschenrechte und des demokratischen und sozialen Rechtsstaates motivieren.

Demokratische Erfahrungsräume ermöglichen und eine beteiligungsorientierte Alltagskultur entwickeln

Demokratische Einstellungen und eine entsprechende Alltagspraxis werden durch Erfahrungen von Teilhabe und Beteiligung, von Selbstbestimmung und Selbstwirksamkeit gestärkt. Das Landesprogramm versteht sich in diesem Zusammenhang als ein Programm, das gesellschaftliche und demokratische Bildungs-, Entwicklungs- und Beteiligungsprozesse fördern und das politische Partizipationsniveau erhöhen will. Ziel ist es demokratische Erfahrungsräume zu ermöglichen und eine beteiligungsorientierte Alltagskultur zu entwickeln.

Gesellschaftliche und soziale Inklusionsprozesse gestalten und Antidiskriminierungsarbeit stärken

Im Rahmen des Landesprogramms werden Konzepte und Projekte umgesetzt, die gesellschaftliche und soziale Inklusionsprozesse fördern und gestalten sowie sich aktiv und kritisch mit sozialen, kulturellen, demokratischen und politischen Exklusionsprozessen auseinandersetzen.

Diversität unterstützen, Interkulturalität und Internationalität entwickeln

Vielfalt, Diversität und Heterogenität sind Merkmale der heutigen pluralistischen Demokratien. Das Landesprogramm fördert diversitätsorientierte, interkulturelle und internationale Sozialisations- und Bildungsprozesse. Es unterstützt eine entsprechende Öffnung von Institutionen und eine Veränderung von Strukturen.

Zivilgesellschaftliches Engagement anregen und unterstützen

Zivilgesellschaftliches Engagement bildet eine entscheidende Grundlage, sich aktiv mit antidemokratischen und gewaltorientierten Entwicklungen und Einstellungen sowie mit Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit auseinanderzusetzen. Um das Engagement für Demokratiestärkung und Umsetzung der Menschenrechte zu unterstützen sollen staatliches und zivilgesellschaftliches Handeln Hand und Hand gehen. In diesem Sinne fördert das Landesprogramm eine soziale Praxis, die sich vor allem gegen Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, des Rechtsextremismus, des Rechtspopulismus und des Neonazismus richtet.

Lokale Aktivitäten unterstützen und im Sozialraum vernetzt wirken

Die Kommune ist ein entscheidender politischer Ort, an dem Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit gelebt wird. Durch lokal und sozialräumlich verankerte Konzepte unterstützt das Landesprogramm kommunale Akteurinnen und Akteure in der Umsetzung demokratischen, toleranten und weltoffenen Handelns. Diese werden in einem breiten Netzwerk verschiedener Träger vor Ort umgesetzt.

Beratungs- und Unterstützungssysteme bedarfsgerecht bereitstellen

Das Landesprogramm entwickelt und fördert bedarfsgerechte Beratungs- und Unterstützungssysteme, die die aktive Auseinandersetzung mit den Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen und damit zusammenhängendes gesellschaftliches Engagement unterstützt. Diese Angebote stellen Personen, Initiativen und Institutionen themen- und zielgruppenspezifische Ressourcen und Kompetenzen im Bereich der primären, sekundären sowie tertiären Prävention zur Verfügung.

Partnerschaft von Staat und Zivilgesellschaft ausgestalten

Die Auseinandersetzung mit demokratiegefährdenden Potentialen und das aktive Eintreten für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit bedürfen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Politik, Staat und der demokratischen Zivilgesellschaft. Partnerschaft in diesem Zusammenhang bedeutet, das jeweilige Handeln aller Partnerinnen und Partner an den Zielen des Landesprogramms auszurichten, gemeinsame Strategien im kritisch-konstruktiven Diskurs zu entwickeln und die jeweiligen Expertisen und Kompetenzen im Rahmen einer integrierten Gesamtstrategie zu nutzen.

Qualität durch Qualifizierungsangebote, Begleitforschung und Programmevaluation sichern

Neben der systematischen Qualifizierung von haupt- und ehrenamtlichen Fachkräften und engagierten Akteurinnen und Akteuren bilden begleitende Forschungsvorhaben integrale Bestandteile der fachlichen, strategischen und politischen Weiterentwicklung des Programms.

2.3 Finanzieller Rahmen

Für die Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit wurden im Haushalt 2018 und 2019 jeweils rund 5,275 Mio. Euro veranschlagt. Seit der Implementierung des Landesprogramms ist die Finanzausstattung stetig angestiegen und lag im Berichtszeitraum gut fünfmal so hoch wie zu Beginn 2011. Darüber hinaus standen aus den Bundesprogrammen „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und „Demokratie leben!“ finanzielle Mittel in Höhe von rund 6,76 Mio. Euro in 2018 und 6,44 Mio. Euro in 2019 zur Verfügung.

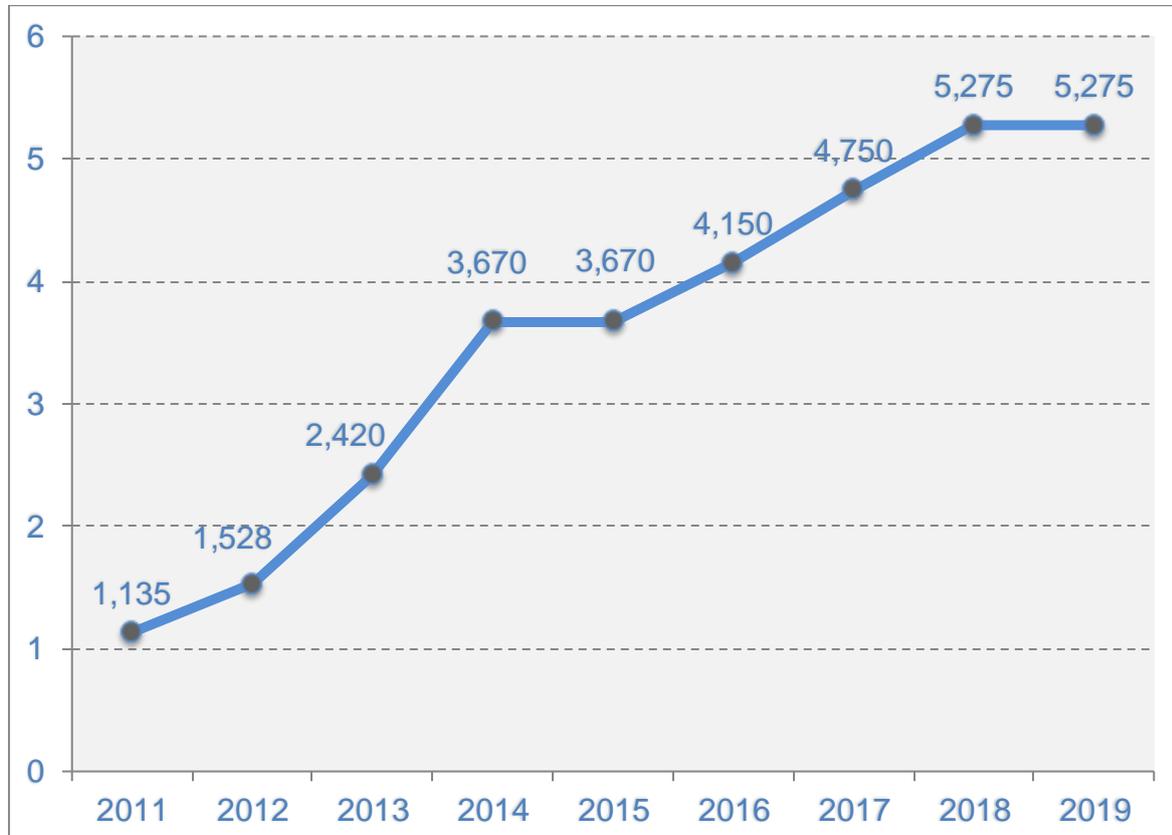


Abb. 1: Entwicklung der Finanzausstattung des Landesprogramms 2011 bis 2019 (Landesmittel in Mio. Euro)

2.4 Zusammenarbeit mit Bundesprogrammen

Das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit arbeitet mit den einschlägigen Bundesprogrammen in den Themenfeldern des Landesprogramms zusammen. Neben fachlichen Austausch werden die Bundesprogramme vor allem genutzt, um die Förderung der Projekte und Maßnahmen im Landesprogramm zu unterstützen.

Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Bedeutendster Partner ist weiterhin das Programm „Demokratie leben!“² des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dessen erste Förderperiode in 2015 begann und 2019 endete. Mit einem Fördervolumen von insgesamt 120,5 Mio. Euro in 2018 und 115,5 Mio. Euro in 2019 sind bundesweit Projekte zur Prävention des politischen und religiös begründeten Extremismus sowie zur Demokratiestärkung gefördert worden. In Thüringen wurden die Partnerschaften für Demokratie (PfD) und das Landes-Demokratiezentrum inklusive der Mobilen Beratung, der Opfer- und der Ausstiegsberatung anteilig gefördert. Weitere Fördergegenstände waren Modellprojekte zu ausgewählten Phänomenen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum und zur Radikalisierungsprävention. Das Thüringer Landesprogramm hat sich außerdem durch eine Kofinanzierung an der Förderung zur Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger beteiligt. Die im Anhang A aufgeführte Tabelle zeigt die im Berichtszeitraum geförderten Maßnahmen. Ohne diese Förderung des Bundes wäre das umfangreiche Netz an Beratungs- und Förderungsmöglichkeiten des Landesprogramms in Thüringen nicht denkbar.

Des Weiteren sind entsprechend der Ziele des „Nationalen Präventionsprogramms gegen islamistischen Extremismus“ Angebote zur Prävention von islamistischem Extremismus im Landes-Demokratiezentrum angesiedelt. Die „Beratungsstelle Thüringen“ und das Modellprojekt „Islam im Dialog“ in Trägerschaft des Violence Prevention Network e. V. (VPN) haben Fortbildungsveranstaltungen sowie Coaching und praktische Beratung im Themenfeld Islam angeboten. Beide Projekte sind 2019 in einer Beratungsstelle zusammengeführt worden. Ein Interessenbekundungsverfahren zur Fortführung einer Anlaufstelle ab 2020 ist in 2019 durchgeführt worden.

Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“

Das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“³ des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat fördert Projekte zur Stärkung demokratischer Teilhabe und gegen Extremismus. Diese sollen präventiv agieren und die grundlegenden Bedingungen für ein gleichwertiges und gewaltfreies Zusammenleben schaffen. Im Mittelpunkt stehen regional verankerte Vereine und Verbände, die intern ehrenamtliche Demokratieberaterinnen und -berater ausbilden. Diese sensibilisieren innerhalb ihrer Organisationen für das Erkennen antidemokratischer Haltungen, begleiten die Entwicklung von Präventionsstrategien und beraten im Konfliktfall vor Ort.

Wichtigste Partner sind im Freistaat der Landessportbund und der Thüringer Feuerwehr-Verband. Die meisten dieser Projekte verfolgen zudem den Ansatz, ins lokale Gemeinwesen hineinzuwirken und gemeinsam mit anderen Akteurinnen und Akteuren regionale Netzwerke zur Bearbeitung antidemokratischer Vorfälle zu entwickeln bzw. zu verstärken. Im Berichtszeitraum sind aus dem Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ rund 1,76 Mio. Euro in

2 <https://www.demokratie-leben.de/> (10.11.2020).

3 <https://www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de/> (10.11.2020).

2018 und rund 1,58 Mio. Euro in 2019 für Thüringer Projekte verwendet worden. Die verfügbaren Mittel sind in 2019 durch die Zuwendungsempfänger nicht vollständig abgerufen worden, weswegen sich dementsprechend die Höhe der Fördermittel reduziert.

Präventionsprogramm Respekt Coaches | Anti-Mobbing-Profis

Mit präventiven Angeboten an bundesweit rund 190 Standorten fördert das Präventionsprogramm Respekt Coaches | Anti-Mobbing-Profis⁴ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seit 2018 Respekt, Toleranz und den Abbau von Vorurteilen an Schulen. Die Schulen als wichtige Anlaufstellen für primär-präventive Angebote werden dabei unterstützt, jungen Menschen die Werte einer demokratischen und offenen Gesellschaft zu vermitteln, um ihre Resilienz gegenüber menschenfeindlichen Ideologien zu stärken. Umsetzungspartner des Bundesvorhabens sind Jugendmigrationsdienste, Schulen, Träger von Radikalisierungsprävention bzw. der politischen Kinder- und Jugendbildung und öffentliche Träger der Jugendhilfe und die Landes-Demokratiezentren. In Thüringen sind Respekt Coaches in Schulen an acht Standorten aktiv.

In den Berichtsjahren sind aus diesem Bundesprogramm finanzielle Mittel in Höhe von rund 6,76 Mio. Euro in 2018 und 6,44 Mio. Euro in 2019 nach Thüringen geflossen. Im Landes-Demokratiezentrum werden durch das Bundesprogramm Personalressourcen für die Koordination und fachliche Begleitung der geförderten Thüringer Projekte bereitgestellt.

	2018	2019
„Zusammenhalt durch Teilhabe“	1.758 Mio. Euro	1.576 Mio. Euro
Modellprojekte „Demokratie leben!“	1.536 Mio. Euro	1.459 Mio. Euro
Demokratie-Zentrum	1.141 Mio. Euro	1.134 Mio. Euro
Partnerschaften für Demokratie)	2.323 Mio. Euro	2.266 Mio. Euro
Gesamtsumme:	6.759 Mio. Euro	6.436 Mio. Euro

Tab. 1: Übersicht zur Bundesförderung 2018 bis 2019

Vier der mit Mitteln des Bundes geförderten Projekte werden im Folgenden beispielhaft vorgestellt:

„Beratungsstelle Thüringen im Themenfeld Islam“ und „Islam im Dialog“

Im Jahr 2018 lag der Schwerpunkt der Tätigkeit der Beratungsstelle Thüringen in der Umsetzung von Fortbildungsveranstaltungen und Coachings. Im Laufe des Jahres konnten im Rahmen der Beratungsstelle – ergänzt durch die Aktivitäten im Projekt „Islam im Dialog“ – insgesamt 61 Veranstaltungen umgesetzt werden. Die Anfragen für Fortbildungs- oder Beratungsangebote erfolgten in der Regel telefonisch, über E-Mail oder über die Homepage des Landesprogramms. Auf der Ebene von Coaching wurden Formate der Fallanalyse, der Reflexion, Sensibilisierung und Stärkung der Handlungsfähigkeit umgesetzt.

2018 gab es intensive Vernetzungstätigkeiten und viele Projektvorstellungen seitens der Beratungsstelle Thüringen, beispielsweise bei der Jahrestagung Schulsozialarbeit und der Netzwerktagung des „Zentrums für Integration und Migration“. Daneben wurde auf diversen Fachveranstaltungen das Portfolio der Beratungsstelle vorgestellt. Die Zusammenarbeit mit

4 <https://www.jmd-respekt-coaches.de/> (12.11.2020).

den neu geschaffenen Stellen der Respekt Coaches und die fachliche Begleitung der Jugendmigrationsdienste in Thüringen wurde begonnen.

Darüber hinaus gab es eine rege Zusammenarbeit mit der Stabsstelle Polizeiliche Extremismusprävention der Landespolizeidirektion in Erfurt, welche sich in Fallbesprechungen und -beratungen niederschlug. Auch mit Vertretern des Landeskriminalamts gab es Gespräche über die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit VPN als zivilgesellschaftlichen Träger zur Prävention und Intervention. Bezüglich präventiver Ansätze kam es zu Fallberatungen und fachlichen Einschätzungen der Situation von sich mutmaßlich radikalisierenden Personen durch die Beratungsstelle.

Die Maßnahmen des Projekts „Islam im Dialog“ zielten darauf ab, ein gemeinsames Grundverständnis für humanistische Prinzipien wie Demokratie, Gewaltverzicht, Menschenrechte und Toleranz zu schaffen und darüber hinaus als Werte der eigenen Weltanschauung bzw. Religion zu verstehen. Gleichzeitig sollte so Fundamentalismus und Radikalisierung im Kontext von Religion präventiv entgegengewirkt werden. Das Modellprojekt hatte das Ziel, mittels Workshopangeboten für Schülerinnen und Schüler sowie Fortbildungen und Coachings für deren Lehrkräfte, eine Empowermentstruktur für muslimische Jugendliche zu schaffen. Die interkulturellen/interreligiösen Workshops an Schulen dienten dabei der Extremismusprävention bei Jugendlichen und halfen bei der Aktivierung von eigenen Handlungskompetenzen unter Einbeziehung individueller Rahmenbedingungen und Bedarfe. Darüber hinaus wurde ein Qualifizierungsangebot für Personen mit Tätigkeiten im Kontext von Geflüchteten entwickelt, hier fanden sechs Veranstaltungen statt.

Dieses Angebot sollte aktives Handeln, Vermitteln und Intervenieren ermöglichen, wenn im beruflichen oder ehrenamtlichen Rahmen radikale, islamistische oder demokratiefeindliche Phänomene oder Tendenzen festgestellt werden. „Islam im Dialog“ bot dabei individuelle Beratung an und wurde im Falle eines Radikalisierungsverdachts intervenierend tätig, es konnten sich aber auch verunsicherte Eltern und Angehörige vertrauensvoll an die Beratungsstelle wenden. Ebenfalls richteten sich die Interventionsangebote an Menschen, die bereits in einem extremistischen oder demokratiefeindlichen Kontext auffällig geworden waren.

In 2019 sind die Angebote von „Islam im Dialog“ in die „Beratungsstelle Thüringen“ überführt worden. Die inhaltlichen Schwerpunkte lagen auch 2019 auf der Auseinandersetzung mit den Grundlagen des religiösen Lebens und ihrer Vereinbarkeit mit dem demokratischen Handeln in Thüringen. Themenkomplexe wie Radikalisierung im religiös begründeten Kontext waren in fachspezifischen Zusammenhängen von großem Interesse.

Die Zusammenarbeit mit den Respekt Coaches und die fachliche Begleitung der Jugendmigrationsdienste in Thüringen wurde fortgeführt. Kooperationen und Angebote wurden gezielt bei den Trägern der JMD-Stellen vorgestellt und die Umsetzung des Fortbildungsangebotes im Rahmen der Beratungsstelle begonnen. Die Teilnahme an der Sommertagung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit am 19.08.2019 und an allen Akteursnetzwerktreffen des TMBJS 2019 sowie die Teilnahme am Runden Tisch „Radikalisierungsprävention“ des BAMF stellten für die Beratungsstelle wichtige Möglichkeiten zur (bundesweiten) Vernetzung dar. Innerhalb Thüringens fanden weitere Projektvorstellungen sowie Fortbildungsangebote statt. Am 2. September 2019 war die Beratungsstelle auf der Fachtagung „Alles außer Kontrolle? [...]“ der Thüringer Landesmedienanstalt (TLM) und der Landesarbeitsgemeinschaft Kinderschutz mit Infostand und Fortbildungsangeboten vertreten. Am 20. und 21. November 2019 konnte die Beratungsstelle auf dem Fachaustausch des Deutschen Volkshochschulverbandes mit einem Fortbildungsangebot aktiv werden.

Ein weiterer wichtiger Baustein der Beratungsstelle war im Jahr 2019 die Weiterentwicklung und Durchführung von Schulworkshops speziell für Jugendliche und Heranwachsende. Für

junge Menschen fanden 17 interkulturelle und interreligiöse Workshops statt, welche als Bildungsangebot zur Radikalisierungsprävention für Zugewanderte, insbesondere Geflüchtete fungierten sowie (insbesondere muslimische) Jugendliche stärken sollten.

Im Themenfeld „Religiös begründeter Extremismus“ fanden 2019 sieben fallbezogene Clearingverfahren mit z.T. anschließender Fallberatung statt. Die begonnene Zusammenarbeit mit der Stabsstelle Polizeiliche Extremismusprävention der Landespolizeidirektion in Erfurt wurde 2019 fortgeführt. Fallbesprechungen und -beratungen fanden mit Vertretern des Landeskriminalamts im Rahmen regelmäßiger Gespräche statt. Darüber hinaus wurden die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden des Freistaates Thüringen im Rahmen der Arbeit mit gefahrenrelevanten Fällen erörtert. Ebenso fand eine Informationsveranstaltung für Beamte des LKA statt.

	2018	2019
Gesamt	61	48
Coaching	8	6
Fortbildungen	43	18
Workshops	10	17
Fallberatungen	0	7

Tab. 2: Anzahl der Fortbildungen und Beratungen des Trägers VPN

Die Förderung erfolgte durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

	2018	2019
Beratungsstelle Thüringen im Themenfeld Islam		
VzÄ	0,63	2,45
Förderhöhe aus Landesmitteln	16.000,00 Euro	33.000,00 Euro
Förderhöhe aus Bundesmitteln	64.000,00 Euro	210.000,00 Euro
Islam im Dialog		
VzÄ	1,44	
Förderhöhe aus Landesmitteln	33.000,00 Euro	
Förderhöhe aus Bundesmitteln	130.000,00 Euro	

„OHA - Online Hass Abbauen“

Im Modellprojekt „OHA - Online Hass Abbauen“ wurde ein Online-Training entwickelt und erprobt. Das innovative digitale Format ermöglicht jungen Menschen den Abbau von Hass und Gewaltbereitschaft. Die virtuellen Kurse sind multimedial aufbereitet, mit vielen spielerischen

Elementen gestaltet und bieten den Jugendlichen zahlreiche Interaktionsmöglichkeiten. Parallel zu den Kursen begleitet das Projektteam die Teilnehmenden über einen eigenen Messenger und ermöglicht so den Aufbau professioneller pädagogischer Beziehungen. Der digitale Ansatz, dessen Potenzial u. a. in seiner Niedrigschwelligkeit und Reichweite liegt, ist in der deutschen Präventionslandschaft einzigartig und wurde im Mai 2018 mit dem Primus-Preis der Stiftung Bildung und Gesellschaft ausgezeichnet.

Im Zeitraum 2018 und 2019 stand die weitere Entwicklung, Erprobung und Finalisierung des aus mehreren Modulen bestehenden Online-Trainings im Mittelpunkt, das insbesondere rechtsextrem orientierte junge Menschen erreichen will. Wesentlicher Bestandteil des Projekts war die Entwicklung webbasierter Trainingseinheiten. Entsprechend der Zielgruppe folgte die Entwicklung inhaltlich den Schwerpunkten „Straftaten und Gewalt“ sowie „Hass und Vorurteile“. Zum Projektabschluss im Jahr 2019 gliederte sich das Training insgesamt in 16 Trainingseinheiten, die je nach Bedarf zu maßgeschneiderten Kursen zusammengestellt werden können.

In den Jahren 2018 und 2019 haben insgesamt 302 Jugendliche am Online-Training teilgenommen. Während in 2018 noch die Teilnahme von Jugendlichen an eigenständigen Projektmaßnahmen (Pretests) im Vordergrund stand, war in 2019 die Erprobung der neuen Methode zusammen mit Kooperationspartnern der Hauptschwerpunkt.

Die meisten Teilnehmenden haben im Rahmen einer Jugendarrestvollstreckung in der Jugendstrafanstalt (JSA) Arnstadt am Training teilgenommen. Dadurch erreichte das Training bereits in der Entwicklungsphase Jugendliche aus ganz Thüringen. Weitere Teilnehmende absolvierten das Training in den Handlungskontexten Jugendarbeit und Berufsschule in Jena. Im Jahr 2019 gab es zudem eine Kooperation mit der Jugendarrestanstalt Worms. Dadurch konnte gezeigt werden, dass das Online-Training – wie vorgesehen – standortunabhängig eingesetzt werden kann und auch außerhalb von Thüringen auf großes Interesse stößt.

Bestandteil des Projekts in den Jahren 2018 und 2019 war die Entwicklung der eigenen Trainingsplattform (www.oha-training.de), auf der sowohl die Kurse bereitgestellt wurden als auch die Kommunikation mit den Teilnehmenden per Messenger erfolgte. Der neuartige pädagogische Ansatz ging einher mit der Erarbeitung einer spezifischen Methodik der virtuellen Ansprache. Entsprechende theoretische Grundlagen, konzeptionelle Überlegungen und erste praktische Erfahrungen wurden in einer 46-seitigen Handreichung für Trainerinnen und Trainer systematisiert.

Die Förderung des Modellprojekts erfolgte durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

	2018	2019
VzÄ	3,0	2,95
Förderhöhe aus Landesmitteln	32.500,00 Euro	32.500,00 Euro
Förderhöhe aus Bundesmitteln	130.000,00 Euro	130.000,00 Euro

Thüringen 19_19

2019 war der 100. Jahrestag der ersten Demokratie in Deutschland. Durch die Verabschiedung der Reichsverfassung in Weimar und der Namensgebung der Weimarer Republik ist Thüringen in besonderer Weise mit diesem Jubiläum verbunden. Das Gedenkjahr 2019 war Ausgangspunkt für die Initiative „Thüringen19_19“, wobei es dieser nicht allein um ein geschichtsbewusstes Erinnern und Gedenken ging, sondern um die Stärkung der Demokratie- und Menschenrechtsbildung. „Thüringen19_19“ macht es sich zur Aufgabe, im Sinne einer für das Demokratielernen gehaltvollen Bildung, Lernorte und Projekte zu entwickeln, zu begleiten und zu qualifizieren, damit diese als „Lernorte der Demokratie“ sichtbar werden. Entstanden sind im Jahr 2018 42 Lernorte der Demokratie- und Menschenrechtsbildung. Mit ihnen wurde auch in 2019 weitergearbeitet, durch abgeschlossene bzw. neu hinzugekommene Lernorte sind in 2019 insgesamt 43 Lernorten beteiligt. Beispielhaft werden nachfolgend fünf Kooperationen vorgestellt.

- Der Diskurs e. V. stellt für Kinder sowie Jugendliche politisch-soziale Bildungsangebote bereit und möchte damit die Demokratie, die demokratische Kultur und Partizipation stärken. In Zusammenarbeit mit dem Projekt „mit-gemacht“ des Vereins qualifizierte das Projekt Thüringen 19_19 mehrere Thüringer Kindergärten. Die unterschiedlichen und individuellen Kontexte in den jeweiligen Einrichtungen waren bei der Entwicklung spezifischer Partizipationskonzepte handlungsleitend. Durch umfassende Prozessbegleitungen sind elf Lernorte partizipativer Bildung im frühkindlichen Bereich entstanden. Die konzeptionelle Erarbeitung von mehr Mitbestimmung der Kinder erfolgte bspw. durch die Erstellung von Kindergarten-Verfassungen, Kinderräten oder die Etablierung von Beschwerde-Managements in den Einrichtungen.
- Die Jugendbildungsstätte Junker Jörg in Eisenach bietet vielfältige Möglichkeiten außerschulischer, politischer Jugendbildung an: Im Fokus stehen „Politische Bildung am historischen Ort“, „Demokratie lernen“ und „Digitalisierung der Gesellschaft“. Sie soll zugleich ein präsender und tätiger Ort für gelebte Demokratie sein. Die Jugendbildungsstätte wurde durch das Projekt Thüringen 19_19 in ihrem weiteren Ausbau als Lernort für Demokratie unterstützt. Dazu wurden bestehende Demokratie-Veranstaltungsformate weiterentwickelt und neue Formate geschaffen, wie z. B. eine Projektwoche, die Jugendkulturen und Alltag in der DDR zum Thema machte.
- Schullandheime sind außerschulische Lernorte, an denen Schulklassen leben und lernen. In der Zusammenarbeit mit Thüringen 19_19 entwickelten die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von neun Thüringer Schullandheimen Konzepte für die Integration von Demokratiebildung in die pädagogische Arbeit und die Weiterentwicklung der bestehenden Bildungsangebote. Entstanden sind neue Bildungsbau- steine für die beteiligten Schullandheime sowie ein Modulhandbuch zum Nachlesen, Reflektieren und Verstetigen.
- Öffentliche Zeitungskästen im öffentlichen Raum dienten während der Weimarer Republik der Information und regten so zu Diskussionen über gesellschaftliche Ereignisse an. In der Zusammenarbeit mit Thüringen 19_19 rekonstruierte das Team um „Libellus - Wissenschaftliche Dienstleistungen“ den Zeitungskasten als Medium in Weimar. Ausgestellt wurden und werden in Zukunft darin jeweils zwei Zeitungen von vor 100 Jahren und heute, die eine überregionale und lokale Perspektive einnehmen und so die Auseinandersetzung mit der demokratischen Entwicklung im Land Thüringen anregen soll. Abrufbar sind die Inhalte zudem online unter www.schaukasten100.de.

- 2019 berichtete Radio LOTTE einhundert Jahre zeitversetzt „live“ von der Nationalversammlung in Weimar. Thüringen 19_19 unterstützte bereits in 2018 die Vorproduktion des sechsteiligen Features, welches bis August 2019 ausgestrahlt wurde. Die Beiträge wurden gemeinsam von Jugendlichen und Erwachsenen produziert und stehen u. a. in der Soundcloud-Seite von Radio Lotte sowie als Podcast zur Verfügung.

Eine Übersicht der beteiligten Lernorte befindet sich auf der Website www.thueringen19-19.de. Thüringen 19_19 stellte sich in der Öffentlichkeitsarbeit und Wirkung nach außen in verschiedenen Magazinen, Zeitschriften und wissenschaftlichen Publikationen selbst sowie die Lernorte und deren Wirksamkeit öffentlich vor. Im Mai 2019 erschien beispielsweise „Demokratie ganz nah – 16 Ideen für ein gelebtes Grundgesetz“ der Bundeszentrale für Politische Bildung unter Schirmherrschaft des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier. In diesem wurden aus allen Bundesländern je ein Projekt vorgestellt, das sich beispielgebend mit dem Grundgesetz auseinandersetzte. Für das Bundesland Thüringen war dies das Projekt „Thüringen 19_19“ mit der Veranstaltungsreihe „DemokratieDialog“.

Die Förderung des Modellprojekts erfolgte als Sondervorhaben durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

	2018	2019
VzÄ	3	2,75
Förderhöhe aus Landesmitteln	150.000,00 Euro	150.000,00 Euro
Förderhöhe aus Bundesmitteln	150.000,00 Euro	150.000,00 Euro

„Schau HIN vor Ort – Handeln – Initiieren–Neugestalten! Beratungsnetzwerk gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit und für demokratische Teilhabe“

„Schau HIN vor Ort“ ist seit 2013 ein Kooperationsprojekt zwischen dem Paritätischen Landesverband Thüringen e. V. und dem Bildungswerk BLITZ e. V. Das Beratungsnetzwerk ist im Paritätischen Thüringen fest verankert und richtet sich an Interessierte, Rat- oder Hilfesuchende, die über ihre Organisationen ebenfalls dort eingebunden sind. Das Beratungsnetzwerk soll handlungsfähig gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sein, innerverbandlich sichtbar werden und sich aktiv gegen menschenverachtende Einstellungen und Verhaltensweisen einsetzen.

Im Berichtszeitraum sind u. a. die folgenden Aktivitäten durchgeführt worden:

- Abschluss der Qualifizierungsreihe zur Beratungsmanagerin bzw. -manager im April 2018 mit Vergabe der Gütesiegel „Demokratiestarke Mitgliedsorganisation“. Es wurden 16 weitere Demokratieberaterinnen bzw. -berater aus Mitgliedsorganisationen und zwei Nicht-Mitgliedsorganisationen gewonnen.
- Im Haushaltsjahr 2018 wurde ein Positionspapier zum Umgang mit menschenverachtenden Einstellungen im Paritätischen Landesverband Thüringen e. V. erarbeitet und in die Mitgliederversammlung des Verbandes am 7. November 2018 eingebracht. Dem lag ein breit angelegter Beteiligungsprozess durch Mitarbeitende und Mitgliedsorganisationen zu Grunde.

- Im Jahr 2018 fanden zwei Netzwerktreffen mit den bereits ausgebildeten Demokratieberaterinnen und -beratern und im 2. Halbjahr ein Treffen mit „alten“ und „neuen“ Beraterinnen und Beratern statt. Zur Begleitung vor Ort fanden Coaching-Tandems zwischen Projektmitarbeitenden und Beratungsmanagerinnen und -managern statt. Zudem gab es regelmäßige Netzwerktreffen mit den Thüringen ZdT- Projekten. Darüber hinaus wurden Beratungsfälle in den Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Landesverbands Thüringen e. V. gemeinsam bearbeitet.
- Zur Projektentwicklung fanden insgesamt zwölf teambegleitende Coachings statt, alle Beratungsfälle wurden evaluiert. Zudem gab es eine Klausur mit den Landesgeschäftsführern und dem Projektteam, welche dem Zielabgleich und Weiterentwicklung des Programmbereichs dienten. Als begleitendes Gremium gab es drei Treffen der Expertinnen- und Expertengruppe Demokratiestärkung mit der Landesgeschäftsführung des Paritätischen Landesverband Thüringen, dem Projektteam und Vertreterinnen und Vertretern der Beratungsstellen MOBIT und ezra. Begleitend über das ganze Jahr hat sich „Schau HIN vor Ort“ an der Ad hoc AG gegen Rechts beim Paritätischen Gesamtverband beteiligt.
- Im Jahr 2018 startete eine gemeinsame Fortbildungsreihe mit dem Projekt „Perspektivwechsel Plus“ der ZWST: Die „ACT-Fortbildungsreihe“ zum Umgang mit aktuellem Antisemitismus. Die Fortbildung konnte in 2019 abgeschlossen werden.
- Gemeinsame Kooperationsprojekte der PfdD und „Schau HIN vor Ort“, wie die Bündnikonferenz, die Schaufensteraktion oder das 5-jährige Jubiläum des Demokratieladens in Kahla, transportieren öffentlichkeitswirksam die Ziele des Projekts.

Durch „Schau HIN vor Ort“ fanden 2019 Beratungen (Kurz-, Verweis-, Prozessberatung) und Begleitung von Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Landesverbands Thüringen in ganz Thüringen statt. Regionalspezifische Schwerpunkte waren dabei die Landkreise Sömmerda und Saale-Holzland-Kreis, wo u. a. folgende Veranstaltungen stattfanden:

- „Sportfest für Vielfalt“ + „BöBi Kunterbunt“ in Sömmerda,
- Entwicklung eines Kinderrechte-Spiels und Anwendung in beiden Landkreisen,
- Organisation und erfolgreiche Durchführung der Demokratie- und Bündnikonferenz im Saale-Holzland-Kreis sowie
- verschiedene bedarfsorientierte Fortbildungsangebote für Akteure vor Ort.

Projektübergreifend gab es in 2019 zwei Netzwerktreffen mit ausgebildeten Demokratieberaterinnen und -beratern sowie vier Netzwerktreffen mit den Thüringer Projekten des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“. Im Rahmen des Projektes ist die Expertinnen- und Expertengruppe für Demokratiestärkung im Paritätischen entstanden, welche sich dreimal traf und einen Prozessleitfaden zur gemeinsamen Beratungs- und Zusammenarbeit entwickelte.

Das Projekt initiierte zwei Wahl-Cafés vor der Kommunalwahl in Erfurt und im Kyffhäuserkreis sowie zwei Wahl-Cafés vor der Landtagswahl in Erfurt und im Eichsfeld. Mit MOBIT wurde eine Veranstaltung zum „Umgang mit Rechtspopulistischen Organisationen in Parlamenten“ durchgeführt. Weiterhin gab es verschiedene Workshops zum „Umgang mit Rechtspopulismus“, zu „Rechte Szene in Thüringen“ und zum Argumentations- und Haltungstraining in der Berufsorientierung. „Schau HIN vor Ort“ beteiligte sich an einem Austausch der LIGA-Verbände aus Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt zum Thema „Umgang mit demokratiefeindlichen Entwicklungen in der Landes- und Kommunalpolitik“.

Zudem sind zwei Praxispapiere mit Handlungsempfehlungen mit den Titeln „Umgang mit Spenden von rechten Organisationen“ sowie „social media und hate speech“ für die Paritätischen Mitgliedsorganisationen entstanden.

Die Förderung des Modellprojekts erfolgte durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

	2018	2019
VzÄ	3,25	3,35
Förderhöhe aus Landesmitteln	33.750,00 Euro	31.706,44 Euro
Förderhöhe aus Bundesmitteln	194.480,00 Euro	186.419,74 Euro

3 Bericht zur Umsetzung der Strukturen und Projekte

3.1 Förderung und Unterstützung von lokalen Strategien, insbesondere lokaler Partnerschaften für Demokratie

Durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit werden in Thüringen flächendeckend die kreisfreien Städte und Landkreise unterstützt, „Partnerschaften für Demokratie“ als strukturell angelegte lokale bzw. regionale Bündnisse umzusetzen. In den 23 Thüringer Pfd schließen sich staatliche und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure in einem strukturierten Verfahren zu lokalen Bündnissen zusammen, um Engagement und Partizipation anzuregen und demokratie- und menschenfeindlichen Entwicklungen entgegenzutreten.

Die Partnerschaften haben sich insbesondere in der Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure, der Netzwerkbildung, in der Generierung von Problem- und Praxiswissen und der Beförderung der Kooperation von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren bewährt. Zur fachlich-inhaltlichen Koordinierung der einzelnen Projekte richten die geförderten Kommunen eine Koordinierungs- und Fachstelle ein, die in der Regel bei einem freien Träger angesiedelt ist. Sie ist für die Steuerung der Umsetzung der lokalen „Partnerschaft für Demokratie“ zuständig, fungiert als Ansprechpartner und trägt zur Bekanntmachung der vor Ort geleisteten Maßnahmen bei.

2018 und 2019 konnten sich die Pfd als regionale Strukturen zur Demokratieförderung und fachlichen Auseinandersetzung mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen in Thüringen weiter festigen. Es zeigte sich, dass im Laufe der Jahre 2018 und 2019 die überwiegende Mehrzahl der Koordinierungs- und Fachstellen, auch begleitet durch Unterstützungs- und Weiterbildungsangebote aus dem Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, die dafür nötigen Wissensbestände erwerben und die erforderlichen Zugänge zu Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft weiter verstetigen konnten.

Die Thüringer Pfd schaffen und vitalisieren Netzwerke vor Ort. Sie aktivieren nicht nur Zuständige, sondern auch – insbesondere junge – bürgerschaftlich Engagierte. Die demokratische Gestaltungskraft der Partnerschaften entfaltet sich unter anderem vor dem Hintergrund der Etablierung von engagierten Netzwerken und der Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern im kommunalen Raum. Der Begleitausschuss ist das Kernnetzwerk vor Ort, in dem Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung partizipativ integrierte Handlungsstrategien entwickeln und umsetzen. Die Thüringer Pfd beteiligen dabei nicht nur professionell Zuständige, sondern aktivieren auch ehrenamtlich aktive Bürgerinnen und Bürger.

Es konnten 2018 und 2019 zudem zentrale Impulse zur Förderung von Jugendpartizipation gesetzt werden. Mit der Vorgabe, Beteiligungsgremien für Jugendliche einzurichten und der Bereitstellung finanzieller Mittel, gelang es, in den Partnerschaften, Jugendforen einzurichten. Die überwiegende Mehrheit der Jugendforen sind Neugründungen und geben – insbesondere auch in ländlichen Räumen – Jugendlichen die Chance, Engagement einzuüben, ihre Perspektiven in politische Entscheidungsprozesse einzubringen und selbstständig eigene Projekte zu realisieren. Diese Jugendlichen sind zudem mit Stimmrechten ausgestattete Mitglieder der Begleitausschüsse und beteiligen sich aktiv an der Umsetzung der Partnerschaften. Junge Menschen werden auf diese Weise zu selbstbestimmten Mitgestalterin-

nen und Mitgestalten von Prozessen demokratischer Beteiligung. Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung der PfD wurde für die Jugendforen⁵ ein Leitbild erarbeitet, das in die Thüringer Landesstrategie Mitbestimmung einbezogen wurde. Ausgehend von den Jugendforen hat sich in Thüringen die Mitbestimmung und Beteiligung von jungen Menschen positiv entwickelt.⁶

Die Thüringer Partnerschaften sichern die Wehrhaftigkeit des zivilgesellschaftlichen Engagements für die Demokratie auch in Situationen von Anfeindungen durch Gruppen aus dem demokratie- und menschenfeindlichen Spektrum und entwickeln in diesem Kontext neue Formate. Aus den Förderregionen wird von Bedrohungslagen berichtet, die sich insbesondere gegen zivilgesellschaftlich Engagierte und staatliche Akteurinnen und Akteure richten. Neu und hervorzuheben ist, dass demokratisch Engagierte zunehmend mit der unmittelbaren Behinderung ihres demokratischen Engagements umzugehen haben. Darüber hinaus berichten nicht wenige Partnerschaften, dass eine gesellschaftliche Diskursverschiebung die Arbeit erschwere. Auf diese Bedrohungslagen wird durch die Thüringer Partnerschaften einhellig mit öffentlich wahrnehmbarem Widerspruch reagiert. Um dieser Herausforderung zu begegnen, werden solidarische Netzwerke geknüpft, das Handlungswissen unterschiedlicher Akteure zusammenführt und es wird sichtbar für demokratische Werte eingestanden.

Die Thüringer PfD entfalten Breitenwirkung und Öffentlichkeitswirksamkeit. Insbesondere die Entwicklung von neuen und kreativen Strategien, mit denen jene Bürgerinnen und Bürger erreicht werden, die nicht bereits in Engagementstrukturen eingebunden sind, ist vielen Partnerschaften ein wichtiges Anliegen. Inzwischen gelingt es den Partnerschaften gut, eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. Erfolgreich sind Formen der Öffentlichkeitsarbeit, die nicht nur über die Partnerschaft informieren, sondern auch zu einer Beteiligung motivieren. Hierfür sprechen die Vertreterinnen und Vertreter der PfD Menschen in ihrer Lebenswelt an, knüpfen an deren Bedarfen und Interessen an und laden oft sehr konkret zum Mitmachen ein.

Die Förderung von Einzelmaßnahmen aus den Mitteln des Aktions- und Initiativefonds stellt ein zentrales Instrument der Partnerschaften dar, um die lokale Zivilgesellschaft zu aktivieren und Strategien zur Stärkung der Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit umzusetzen.

Die Arbeit der Partnerschaften wurde intensiv durch die wissenschaftliche Begleitung unterstützt. 2018 und 2019 wurden in jeweils acht regionalen Treffen die Arbeit der Partnerschaften reflektiert, sich zu Best-Practice-Beispielen ausgetauscht, sich kollegial beraten, sich mit weiteren Akteurinnen und Akteuren des Landesprogramms und der Bundesprogramme „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und „Demokratie leben!“ vernetzt und gemeinsame Projekte umgesetzt.

2018 und 2019 organisierte das Landes-Demokratiezentrum Fortbildungsveranstaltungen für die Koordinatorinnen und Koordinatoren der PfD aus den federführenden Ämtern und den externen Koordinierungs- und Fachstellen. Es wurden u. a. Workshops zu den Themen Soziale Medien und Zivilgesellschaft, Gestaltung von Veränderungsprozessen, (Selbst)Evaluation der Partnerschaften, Moderation, Dokumentation und Visualisierung und sog. „Massive Open Online Courses“ (MOOCs) in der Demokratiebildung angeboten. Darüber hinaus

5 Jugendforen in den Partnerschaften für Demokratie <http://mitbestimmung.online/index.php?id=235> (12.11.2020).

6 Dies zeigt die Untersuchung von Prof. Dr. Ulrich Lakemann „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Thüringer Kommunen. Bestandsaufnahme, s. https://bildung.thueringen.de/fileadmin/ministerium/publikationen/Beteiligung_von_Kindern_und_Jugendlichen_in_Thueringer_Kommunen_Lakemann_WEB.pdf (12.11.2020).

wurde ein Starterworkshop für neue Kolleginnen und Kollegen der internen und externen Koordinierungen und Supervisionstreffen etabliert. Zudem führte die Landeskoordinierungsstelle für die federführenden Ämter zentrale Antragsworkshops im Rahmen der Antragsstellungen 2018 und 2019 durch. Unter Beteiligung des Bundesprogramms gab es die Möglichkeit, gemeinsam zu Neuerungen in der Antragsstellung ins Gespräch zu kommen und aktuelle Fragestellungen aus den Partnerschaften zu diskutieren.

Weiterhin wurden durch die Landeskoordinierungsstelle 2018 und 2019 jeweils drei überregionale Vernetzungstreffen durchgeführt, die als Austausch- und Informationsplattform zu aktuellen Entwicklungen im Bundes- und Landesprogramm als auch zu Entwicklungen im fachpolitischen Diskurs dienten. Themenschwerpunkte im Jahr 2018 waren u. a. die Ergebnisvorstellung des Thüringen-Monitors 2017, die Kommunalwahl unter Berücksichtigung des U18-Wahlrechts, Gender Mainstreaming und Diversity und die Bearbeitung demokratiefeindlicher Vorfälle in den Partnerschaften. 2019 wurden die Themen Wahljahr 2019, Motivation von Akteuren der Partnerschaften für Demokratie bearbeitet und zum Abschluss der alten bzw. zum Beginn der neuen Förderperiode eine Zukunftswerkstatt umgesetzt.

Die Anbindung an weitere Strukturen des Landesprogramms wird durch die Teilnahme der Sprecherinnen und Sprecher aus den vier Thüringer Planungsregionen (Ost, Südwest, Mitte, Nord) am Akteursnetzwerktreffen gewährleistet, das quartalsweise stattfindet (siehe Kapitel 5)

Mit 23 „Partnerschaften für Demokratie“ sind diese flächendeckend in allen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten Thüringens vertreten. In 2018 und 2019 erhielt jede Partnerschaft aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben“ anteilig bis zu 100.000 Euro für Personal- und Sachkosten, den Aktions- und Initiativfonds, den Jugendfonds sowie den Öffentlichkeitsarbeitsfonds.

Das Landesprogramm stellte pro Partnerschaft eine Ko-Finanzierung von einer halben Personalstelle für die Arbeit in der Koordinierungs- und Fachstelle sowie je 8.000 Euro für Projekte im Aktions- und Initiativfonds und 2.000 Euro für die Umsetzung des Jugendforums im Rahmen eines Jugendfonds bereit. Insgesamt wurden die 23 bestehenden Partnerschaften im Berichtszeitraum mit 1.661.100 Euro Landesmitteln gefördert.

	2018	2019
Förderhöhe aus Landesmitteln	795.169,63 Euro	865.930,84 Euro
Förderhöhe aus Bundesmitteln	2.323.271,83 Euro	2.266.000,00 Euro

3.2 Förderung der Mobilen Beratung

Die Mobile Beratung in Trägerschaft des MOBIT e. V. berät und unterstützt all jene Menschen, die sich für eine menschenrechtsorientierte, demokratische Kultur vor Ort einsetzen möchten und gegen die extreme Rechte handeln wollen. Im Mittelpunkt steht der Empowerment-Ansatz, mit dem Ziel, Akteurinnen und Akteure zu befähigen, künftig vergleichbare Probleme eigenständig oder/und unter Einbindung lokaler Netzwerke zu bearbeiten. Methodisch umfasst dieser Ansatz die (Problem-)Sensibilisierung, die Ressourcendiagnostik, die Zielvereinbarung für den Beratungsprozess, die anschließende reflektierte Prozessbegleitung sowie die Hilfe zur Entwicklung, Verstetigung und Stabilisierung lokaler Netzwerke. Gemeinsam mit Engagierten entwickelt MOBIT bedarfsspezifische Handlungskonzepte für eine

Stärkung des demokratischen Gemeinwesens und fördert somit eine lebendige Zivilgesellschaft. Die Beraterinnen und Berater setzen hierbei die mit den Mobilen Beratungen anderer Bundesländer gemeinsam entwickelten Qualitätsstandards um. Zudem findet regelmäßig ein bundesweiter Austausch statt und die vom Bundesverband organisierten Fortbildungen werden von den Thüringer Beraterinnen und Beratern intensiv genutzt.

In 2018 agierte die extrem rechte Szene mit ca. 500 registrierten Aktivitäten auf einem sehr hohen Aktionsniveau. Wenngleich es einen leichten Rückgang von Kundgebungen und Demonstrationen gab, ist insgesamt ein Anstieg extrem rechter Aktivitäten zu verzeichnen. So stellten beispielsweise 71 RechtsRock-Konzerte einen Höchststand der letzten Jahre dar. Die Anzahl der langen und mittleren Beratungen hat sich 2018 im Vergleich zum Vorjahr von 200 auf 220 erhöht.

Die Arbeit der Mobilen Beratung setzt sich aus dem Kernprozess Beratung, flankierenden Stützprozessen (Recherche, Dokumentation und Information, Vernetzung und Gremienarbeit, Öffentlichkeitsarbeit) sowie Fort- und Weiterbildungen zusammen. Aufgrund vermehrter Beratungsanfragen und einem erhöhten Informationsbedarf veröffentlichte MOBIT 2018 die Broschüren „Hass und Kommerz. RechtsRock in Thüringen“ und die Neuauflage „Nach den rechten Häusern sehen.“ Verbunden mit einer Veranstaltungsreihe in Kooperation mit verschiedenen Akteurinnen und Akteuren aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung konnten die Entwicklungen des RechtsRock in Thüringen und die Möglichkeiten sowie Grenzen von wirkungsvollen Protestaktionen diskutiert werden. Zum anderen wurde die Bedeutung von Immobilien für die Vernetzung, die politische Arbeit und den Gelderwerb für die neonazistische Szene diskutiert und problematisiert. Die Analyse der Chancen und Herausforderungen des ländlichen Raums in Thüringen bildeten 2018 einen Schwerpunkt. So fand unter dem Titel „Dorfgeflüster“ eine Veranstaltungsreihe von MOBIT zur Stärkung demokratischer Kultur im ländlichen Raum statt. Ziel war es, Bürgerinnen und Bürger, zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure und Initiativen, aber auch Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunalpolitik und Verwaltung in Diskussions- und Austauschprozesse zu bringen und eine Erweiterung der Zugänge für MOBIT in ländliche Regionen einerseits und die Sensibilisierung, Vernetzung und Unterstützung der Akteurinnen und Akteure vor Ort andererseits anzustoßen.

In den verschiedenen Planungsregionen konnte eine Vielzahl von Veranstaltungen durchgeführt werden und der Bedarf an themenspezifischen Angeboten im ländlichen Raum gedeckt werden. Die Mobile Beratung in Thüringen führte 2018 insgesamt 51 Informations- und Fortbildungsveranstaltungen und zehn Bildungstage durch. Durch den engen, verstetigten, fachlichen Austausch mit den Mobilen Beratungsteams anderer Bundesländer konnte MOBIT gemeinsam mit dem Bundesverband Mobile Beratung (BMB) und der Bundeszentrale für politische Bildung die arbeitsintensive Planung und Vorbereitung der bundesweiten Tagung „Was blüht dem Dorf? Impulse zur Demokratiestärkung auf dem Land“ (17./18. September 2018, Göttingen) unterstützen.

In Kooperation mit der Gedenkstätte Buchenwald und dem Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (TMMJV) führte MOBIT im November 2018 eine Tagung unter dem Titel: „Reichsbürger“ – Eine Herausforderung für Justiz, Polizei und Verwaltung durch. Im Bereich der Sensibilisierung und Aufklärung führte MOBIT in 2018 insgesamt 74 Vortrags- und Fortbildungsveranstaltungen sowie zehn Bildungstage im Rahmen des Fortbildungsprogramms durch.

Im Berichtszeitraum 2019 muss MOBIT mit mehr als 640 dokumentierten Fällen ein dem Vorjahr gegenüber gestiegenes Aktionsniveau der extremen Rechten in Thüringen konstatieren. Die Zahl extrem rechter Aktivitäten, darunter Übergriffe aus Motiven rechter Ideologie oder auch die hohe Zahl von 65 RechtsRock-Konzerten in Thüringen, sind Anlass zur Be-

sorgnis. Vor diesem Hintergrund zeigte sich ein konstant hoher Beratungs- und Unterstützungsbedarf mit insgesamt 250 Beratungen. 2019 fanden in Thüringen sowohl Kommunal-, Europa- als auch Landtagswahlen statt, was vor allem zivilgesellschaftlich engagierte Menschen vor große Herausforderungen stellte. Aus dem Spektrum der extremen Rechten stellten u. a. der Dritte Weg und die NPD eigene Kandidaten für die unterschiedlichen politischen Gremien auf. Aus dieser Situation heraus entwickelte sich ein hoher Bedarf an Beratungsprozessen zum Umgang mit der extremen Rechten in gesellschaftlichen, kirchlichen und politischen Zusammenhängen. Während des gesamten Zeitraums fanden thüringenweit zahlreiche lokale zivilgesellschaftliche Beratungen, Diskussionsrunden und Aktionen zur Auseinandersetzung mit demokratischer Kultur und der extremen Rechten im Zusammenhang mit dem Wahljahr statt. Ebenso vermerkte MOBIT in 2019 einen gestiegenen Bedarf von Bildungs- und Beratungsangeboten in „Leichter Sprache“. Diese Beratungsanfragen konzentrierten sich auf das Feld der beruflichen Ausbildung, sowie der Unterstützung und Begleitung von Menschen mit speziellem Förderbedarf.

Neben der Beratungsarbeit realisierte MOBIT im Jahr 2019 mehrere Fachtagungen. Mit der Landeszentrale für politische Bildung fand im September 2019 eine Ein-Tages-Veranstaltung zum Thema „Toxische Männlichkeit, Gewalt und Rechtsterrorismus“ zu aktuellen Entwicklungen des militanten Rechtsextremismus statt. Gemeinsam mit der Gedenkstätte Buchenwald, dem Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz und der Landeszentrale für politische Bildung konnten drei Fachtagungen angeboten werden. Im Februar 2019 wurde die zweitägige Tagung zum Thema „Reichsbürger“ zweimal wiederholt. Zum anderen wurde im November 2019 eine weitere Veranstaltung der drei Projektpartner umgesetzt, die sich mit der Aufarbeitung der NS-Verbrechen und der Verfolgung von Rechtsterrorismus durch die Justiz beschäftigte. Zusätzlich zu den Tagungen führte MOBIT 2019 insgesamt 76 Informations- und Fortbildungsveranstaltungen und 21 Bildungstage durch. Zu der breiten Themenpalette kam das Themenfeld der sog. „Neuen Rechten“ hinzu, über deren Ziele, Strategien und deren Netzwerke aufgeklärt werden konnte. Zudem spielte das Thema Kampfsport in der extremen Rechten aufgrund der Entwicklungen in Thüringen im Jahr 2019 eine wichtige Rolle.

Als Ergebnis einer bundesweiten Tagung „Was blüht dem Dorf? Impulse zur Demokratiestärkung auf dem Land“ (17./18. September 2018, Göttingen) erschien im April 2019 die zugehörige Tagungsdokumentation und Handreichung.

Die Förderung des Beratungsprojektes erfolgte im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

	2018	2019
VzÄ	8	8
Förderhöhe aus Landesmitteln	242.359,25 Euro	283.777,33 Euro
Förderhöhe aus Bundesmitteln	314.599,80 Euro	271.234,08 Euro

3.3 Förderung der Opferberatung

Der Beratungsdienst „ezra - Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ richtet sich an Betroffene von Straf- und Gewalttaten aus Motiven Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, an deren Angehörige und Personen des sozialen Umfelds sowie an Zeuginnen und Zeugen. Ezra wird in Trägerschaft der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) umgesetzt und ist Mitglied im Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V. (VBRG e. V.). Für die professionelle Unterstützung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt orientiert sich ezra an den gemeinsamen Qualitätsstandards der fachspezifischen Beratungsstellen, die im VBRG e. V. zusammengeschlossen sind. Zu den wichtigsten Arbeitsprinzipien gehören die Niedrigschwelligkeit des Beratungsangebots, die Vertraulichkeit der Beratung, die auf Wunsch auch anonym stattfinden kann, die Parteilichkeit mit den Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und die inhaltliche und strukturelle Unabhängigkeit der Beratungsstelle von staatlichen Einrichtungen und politischen Parteien.

Im Jahr 2018 wurden in Thüringen durch ezra 162 rechtsmotivierte Angriffe registriert – so viele wie nie zuvor seit Bestehen der Thüringer Opferberatungsstelle im Jahr 2011. In 2019 wurden ezra 108 Fälle rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt bekannt. In beiden Jahren war Rassismus das häufigste Tatmotiv. Im Jahr 2018 wurden 186 Menschen und im Jahr 2019 176 Menschen durch ezra beraten und unterstützt. An die Beratungsstelle können sich Betroffene, deren Angehörige, Freunde oder Zeuginnen und Zeugen von Straf- und Gewalttaten aus Motiven Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wenden. Das kann Personen betreffen, die aus rassistischen oder antisemitischen Motiven, wegen ihres alternativen Auftretens und/oder ihrer nicht-rechten Haltung, ihrer sexuellen Orientierung und/oder Geschlechtsidentität, ihrer Behinderung, ihrer sozialen Benachteiligung, ihrer Aktivität gegen die extreme Rechte oder ihrer religiösen Zugehörigkeit angegriffen werden. In beiden Jahren wurden die meisten Beratungsnehmerinnen und Beratungsnehmer über Kooperationspartner vermittelt.

Insgesamt konnten durch die ezra-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter im Jahr 2018 589 und im Jahr 2019 444 Beratungs- und Unterstützungsleistungen erbracht werden. Das Beratungsangebot umfasst u. a. die psychosoziale Beratung, die Beratung zu rechtlichen Fragen, die Begleitung zu Behörden, Ämtern, Polizei und Gerichten, die Vermittlung und Begleitung von/zugeweihten Ärztinnen und Ärzten, Therapeutinnen und Therapeuten, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten und die Unterstützung bei Antragsstellungen. Die Gesamtzahl der Beratungen steht im Zusammenhang mit rechtsmotivierten Gewalttaten bzw. massiven Bedrohungen/Nötigungen, bei denen die psychischen Folgen ähnlich denen eines körperlichen Angriffs sind, aus den Jahren 1998 bis 2019. Der Zeitraum der Beratung ist u. a. von der Dauer der Ermittlungs- und Strafverfahren abhängig. Es kann aber auch bei vermeintlich abgeschlossenen Fällen zu neuen Arbeitsaufträgen kommen, weil sich beispielsweise psychische Probleme infolge des Angriffs erst nach Jahren zeigen.

Zusätzlich zu den gewalttätigen Angriffen werden insbesondere Betroffene von Rassismus in ihrem Alltag mit Straftaten unterhalb der Gewaltschwelle (z. B. rassistischen Beleidigungen) und (institutionellen) Diskriminierungen (z. B. Racial Profiling) konfrontiert. Eine Aufarbeitung der psychischen Folgen wird dadurch erschwert. Deshalb hat ezra in den letzten Jahren Unterstützungsmöglichkeiten im Sinne von Empowerment-Angeboten ausgebaut, um Beratungsnehmende darin zu stärken, Selbstbestimmung über die Umstände in ihrem Alltag zu erlangen. Beispielsweise konnten in den Jahren 2018 und 2019 in Kooperation mit Refugio Thüringen e. V. Workshops für von rassistischer Diskriminierung und Gewalt betroffene Frauen angeboten werden. Ein anderes Beispiel ist der Film „La Couleur du Coeur – Die Farbe des Herzens“, der von vier Jugendlichen mit Rassismus-Erfahrungen mit pädagogischer und psychosozialer Unterstützung durch ezra initiiert und umgesetzt wurde.

Zum Unterstützungsangebot von ezra gehören auch Maßnahmen der lokalen Intervention. Diese kommen auf Wunsch von Beratungsnehmenden dann in Betracht, wenn sich z. B. rechtsmotivierte Angriffe in einer Kommune oder einem Stadtteil häufen. Ziel der Maßnahmen ist es, die Angriffe im öffentlichen Diskurs zu thematisieren, das gesellschaftliche Umfeld vor Ort für die Situation der Betroffenen zu sensibilisieren und lokale Solidarisierungsprozesse zu initiieren. In 2018 und 2019 wurden lokale Interventionen beispielsweise in Gera, Kahla, im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt, Eisenach und Erfurt begonnen bzw. fortgesetzt. Exemplarisch hierfür ist eine gemeinsame Veranstaltung mit der Mobilen Beratung in Thüringen (MOBIT) und lokalen Akteurinnen wie der Partnerschaft für Demokratie Saalfeld-Rudolstadt in Saalfeld-Gorndorf, mit der im November 2019 über lokale Entwicklungen der extrem rechten Szene und rechter Gewalttaten aufgeklärt und mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch gekommen wurde.

Neben der Beratung und Unterstützung von Betroffenen rechter Gewalt, gehören auch das unabhängige Monitoring und die Öffentlichkeitsarbeit zu den Schlüsselprozessen, die für die Qualität und den Erfolg der praktischen Beratungsarbeit maßgeblich sind. Ziel des unabhängigen Monitorings ist es, das tatsächliche Ausmaß rechter Gewalt darzustellen, es gesellschaftlich diskutierbar zu machen und Gegenmaßnahmen zu befördern. Grundlage hierfür ist die kontinuierliche Fallrecherche. Die Ergebnisse werden zum einen in anonymisierten Chronikmeldungen auf der Webseite und zum anderen als Jahresstatistik veröffentlicht. Auch in den Jahren 2018 und 2019 hat ezra die Jahresstatistiken zum Vorjahr auf einer Pressekonferenz vorgestellt. Diese konnten auch online in den sozialen Netzwerken verfolgt werden. Zudem wurden zu der Pressekonferenz im März 2019 Expertinnen und Experten eingeladen, die beispielhaft über die Situation von rassistischer Gewalt und Diskriminierung in Thüringen und zu aktuellen Entwicklungen neonazistischer Gewalt im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt und der Stadt Eisenach berichten konnten.

Durch über das Monitoring hinausreichende Öffentlichkeitsarbeit versucht ezra den gesellschaftlichen Diskurs über Ursachen und Wirkung rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten um die Perspektive der Betroffenen zu erweitern. Die Öffentlichkeit soll für die Perspektive der Betroffenen sensibilisiert und Solidarisierungsprozesse befördert werden. Dazu gehören die Durchführung und Teilnahme an Podiumsgesprächen, Informationsabenden oder weiteren öffentlichen Veranstaltungen. Im Jahr 2018 wurde beispielsweise in Kooperation mit den Filmpiratinnen und Filmpiraten e. V. der Film „Das blinde Auge – Ein Todesfall in Thüringen“ produziert, der den Mord an Axel U. durch einen stadtbekanntem Neonazi in der thüringischen Kleinstadt Bad Blankenburg am 24. Mai 2001 thematisiert. Dieser wurde auf verschiedenen Veranstaltungen auch außerhalb Thüringens gezeigt. Im Jahr 2019 wurde u. a. in Zusammenarbeit mit der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW Thüringen) und dem Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) die Veranstaltungsreihe „Zur Aktualität antisemitischer Bedrohungen“ durchgeführt. Die Öffentlichkeitsarbeit beinhaltet auch die Erstellung von Informationsmaterialien, die Veröffentlichung von Fachbeiträgen in wissenschaftlichen Publikationen, die Pflege der Webseite und die Präsenz in sozialen Medien.

Die Vernetzung mit Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern ist ein wichtiger Bestandteil und nicht selten mitentscheidend für den Erfolg der Arbeit von ezra. Die Zusammenarbeit mit Selbstorganisationen, Bürgerbündnissen sowie engagierten Kleingruppen und Einzelpersonen war auch 2018 und 2019 besonders dort intensiv, wo ezra in Beratungsfällen oder lokalen Interventionen aktiv ist. In den letzten Jahren wurde die Vernetzung insbesondere mit Personen, Initiativen und Anlaufstellen von und für Geflüchtete weiter ausgebaut. Darüber hinaus waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von ezra in beiden Jahren an vielfältigen und zum Teil regelmäßigen Vernetzungs- und Kooperationstreffen beteiligt.

Die Förderung des Beratungsprojektes erfolgte im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

	2018	2019
VzÄ	5,5	5,5
Förderhöhe aus Landesmitteln	227.886,76 Euro	205.868,82 Euro
Förderhöhe aus Bundesmitteln	150.000,00 Euro	196.799,12 Euro

3.4 Förderung der Ausstiegsberatung

Der „Thüringer Beratungsdienst – Ausstieg aus Rechtsextremismus und Gewalt“ beinhaltet die Beratung und Unterstützung von Ausstiegswilligen aus dem rechtsextremen Milieu und deren Reintegration in die Gesellschaft. Im Berichtszeitraum 2018 und 2019 wurden Beratungsanfragen von Ausstiegswilligen, Angehörigen, Eltern und Fachpersonal bearbeitet. Landesweit wurden insgesamt 308 Beratungen durchgeführt und 85 Fälle verzeichnet. Betreffend der Hauptzielgruppe der Ausstiegswilligen konnten 2018 fünf Fälle und 2019 vier Fälle abgeschlossen werden. Die jeweilige Erfolgsquote betrug 80 bzw. 75 Prozent. Die Zahl der niedrigschwelligen Veranstaltungen wie Tagungen und Projektvorstellungen betrug für den Berichtszeitraum 55. An diesen Veranstaltungen nahmen insgesamt 657 Personen teil.

Die Beratungsarbeit, die im Zentrum der Tätigkeit des Thüringer Beratungsdienstes steht, umfasst auch die inhaltliche und methodische Aufarbeitung sowie die Erarbeitung entsprechender Arbeitsmaterialien. Auch die Arbeit mit niedrigschwelligen Angeboten und Akquisetätigkeiten wurden dabei kontinuierlich ausgeführt.

Die jeweils zu Beginn des Jahres stattfindende vereinsinterne Klausurtagung wurde genutzt, um Strategien zur Öffentlichkeitsarbeit und Akquise herauszuarbeiten und weiterzuentwickeln. Das betrifft den Ausbau von Zugangswegen, die Erstellung von Öffentlichkeitsmaterialien sowie den Ausbau und die Pflege von landesweiten Netzwerken und Kooperationen. Weitere Schwerpunkte waren 2018 das Konzept und die Erstellung der Ausstellung „END.Täuschung – Rechtsextremismus.Irritation.Ausstieg“, 2019 das Konzept zum Einsatz der Ausstellung im Rahmen der Klientinnen- und Klientenakquise sowie das Konzept und die Erstellung der zugehörigen Poster-Ausstellung.

Der Zugangsweg in Form der genannten Ausstellung in Verbindung mit einem Workshop zur Sensibilisierung für Gruppen mit potentiell Ausstiegswilligen oder Personen, die potentiell Ausstiegswillige kennen, wurde in der JSA Arnstadt durchgeführt und erprobt.

Weiterhin wurden kurze Veranstaltungen in Verbindung mit der Ausstellung an Berufsschulen und mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Integrationsprojekten eingerichtet. Dieser Zugangsweg erwies sich als sehr erfolgversprechend im Hinblick auf potentiellen Klientinnen und Klienten, da diverse Themenbereiche des Rechtsextremismus niedrigschwellig angesprochen und gleichzeitig die Arbeit der Ausstiegsberatung vorgestellt werden konnte. Die zielgruppen- und themenspezifischen Werbemittel des Thüringer Beratungsdienstes, die beispielsweise zur Ansprache von haupt- und ehrenamtlichen Fachkräften genutzt werden, sind eine wichtige, niedrigschwellige Maßnahme zur Gewinnung von Klientinnen und Klienten.

Der Thüringer Beratungsdienst und dessen Angebote werden regelmäßig bei Projektpräsentationen und Fachtagungen vorgestellt. Im Rahmen dessen werden Informations- und Werbematerialien verteilt. Projekteigene Veröffentlichungen wie z. B. der Elternratgeber „Rechtsextremismus – das betrifft mein Kind?“ oder das Handbuch „Qualität in der Ausstiegsberatung“ sind immer noch aktuell und bieten Ratsuchenden weitere Projektinformationen und Hilfestellungen.

Ein weiterer wichtiger Bereich in Sachen Ausstieg ist das Internet. Auch Rechtsextreme bedienen sich in zunehmendem Maße dieser Möglichkeiten zur Organisation und zur Distribution der eigenen Ideologie, aber auch, um sich ein modernes Image zu geben. Rechtsextreme ‚Influencer‘ sind (omni-)präsent auf großen Plattformen wie Facebook, Twitter oder YouTube und leiten von dort Sympathisanten weiter auf alternative Plattformen. Daher ist es für den Thüringer Beratungsdienst wesentlich, seine Internetpräsenz sowie die dort gegebenen Möglichkeiten, insbesondere zur Ansprache gegenüber möglichen Ausstiegswilligen, immer weiter zu optimieren und bestmöglich zu nutzen. Das beinhaltet auch das Erschließen neuer Zugangswege zum Klientel.

Das Team Ausstieg hat 2019 neue Zugangswege zu potentiell Ausstiegswilligen im Online-Bereich genutzt und begonnen ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten. Das bedeutete, die aufsuchende Arbeit auch im Internet zu etablieren, nämlich mithilfe von Trackingprogrammen, die themensensibel über Suchmaschinen angesteuert werden. Aufbauend auf dieser Vorarbeit konnte das entsprechende Konzept inzwischen konkretisiert werden und befindet sich nun unter dem Titel „Tag-X“, der auf entsprechende rechte Szenarien anspielt, in der Implementierungsphase. Zielgruppe sind hier u. a. Menschen, die sich in Echokammern radikalieren, begünstigt durch den Aufschwung rechtspopulistischer bis rechtsextremer Ideologien sowie Verschwörungstheorien. Erreichen wollen wir aber auch z. B. Menschen, die sich durch persönliche Krisen bzw. psychische Notstände zu einfachen – und das heißt oft gewalttätigen – Lösungen gedrängt fühlen.

Die Ausstellung „END.Täuschung“ wurde an 18 verschiedenen Orten gezeigt. Darunter befinden sich Jugendzentren, Jugendhilfeeinrichtungen, Bildungseinrichtungen, Integrationsprojekte, u. a. im Justizzentrum Erfurt konnte die Ausstellung mit einer feierlichen Ausstellungseröffnung beworben werden und war dort über zwei Monate für die Öffentlichkeit zugänglich.

Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner stellen einen wichtigen Zugangsweg dar. Sie sind oftmals bereits Vertrauenspersonen potentieller Klientinnen und Klienten und können diese an den Thüringer Beratungsdienst vermitteln. Die Zusammenarbeit ist daher unverzichtbar, um eine Weitervermittlung von Klientinnen und Klienten mit Zusatzproblematiken an entsprechende Institutionen zu gewährleisten. In 2018 und 2019 wurden aufgrund dessen gezielt Institutionen angesprochen, welche im direkten Kontakt zu unserer Klientel stehen könnten. Dies sind z. B. Suchtberatungsstellen, Jugendämter, Betreuungsbehörden, Interventionsstellen häuslicher Gewalt, Jugendstationen, Bewährungshilfen, Integrationsprojekte, Bildungseinrichtungen zur Berufsvorbereitung, Vereine zur Selbsthilfe, Jobcenter u. a..

Im Berichtszeitraum war eine Reihe von Veranstaltungsteilnahmen zu verzeichnen, u. a. am Deutschen Präventionstag sowie an verschiedenen Fachtagen und Erfahrungsaustauschen. Dazu kommen Projektvorstellungen und Kurzworkshops, um das Beratungsangebot unter Fachkräften, aber auch unter potentiellen Klientinnen und Klienten bekannt zu machen. Der Thüringer Beratungsdienst konnte seine Arbeit beispielsweise beim Netzwerk gegen Gewalt im Wartburgkreis und auf der Fachtagung der Polizei „Best practices der Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft im Hinblick auf die Verhinderung von vorurteilsgeleiteten Straftaten“ vorstellen.

Einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit bildete die Qualitätssicherung und -weiterentwicklung, die kontinuierlich ausgebaut wurde. Hierzu fanden regelmäßig Teambesprechungen, Fallbesprechungen und -revisions sowie Supervisionen statt. Ein eigenes Dokumentationsverfahren trug zur weiteren Ergebnissicherung bei. Die Fertigkeiten und Erfahrungen im Umgang mit der Zielgruppe wurden durch regelmäßige Teilnahme an externen Fort- und Weiterbildungen aufgearbeitet, gesichert und erweitert.

Die Förderung des Beratungsprojektes erfolgte im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

	2018	2019
VzÄ	4	3,5
Förderhöhe aus Landesmitteln	99.876,18 Euro	118.525,66 Euro
Förderhöhe aus Bundesmitteln	150.000,00 Euro	113.286,71 Euro

3.5 Förderung von Beratungsangeboten in den Bereichen Sport und Feuerwehr sowie sozialen Verbänden und Vereinen

Die Beratungsangebote in den Bereichen Sport, Feuerwehr und sozialen Verbänden und Vereinen sind Kooperationsprojekte des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit mit dem Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat.

Die wichtigsten Ziele dieser Förderung sind die Etablierung demokratischer Verbands- und Vereinsstrukturen und die Bearbeitung von diskriminierenden und demokratiefeindlichen Vorfällen im Verband oder Verein. In allen Projekten werden ehrenamtliche Demokratieberaterinnen und -berater ausgebildet, die in der Lage sind, Konflikte mit Bezug zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu identifizieren und zu bearbeiten. Eine dauerhafte Verankerung des Angebots in den institutionellen Strukturen der Verbände und Vereine wird durch Etablierung von Beratungs- und Informationsangeboten erreicht. Beinahe alle Projekte verfolgen zudem den Ansatz, ins lokale Gemeinwesen hineinzuwirken und gemeinsam mit anderen Akteurinnen und Akteuren regionale Netzwerke zur Bearbeitung antidemokratischer Vorfälle zu entwickeln. Wichtigster Ansprechpartner sind hierbei die in allen Thüringer Landkreisen und kreisfreien Städten etablierten PfD.

Im Berichtszeitraum haben elf Träger verbandsinterne Beratungsstrukturen aufgebaut. Beteiligte Träger an verbandsinternen Beratungsprojekten:

- Heimatbund Thüringen e. V.
- Der Paritätische Wohlfahrtsverband Thüringen e. V.
- AWO LV Thüringen e. V.
- Thüringer Feuerwehr-Verband
- LSB Thüringen e. V.
- Arbeit und Leben Thüringen e. V.
- NaturFreunde Thüringen e. V.
- Diakonie Mitteldeutschland
- TALISA e. V.
- Anne-Frank-Zentrum
- Courage - Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e. V.

Durch einen regelmäßigen Austausch der Projektverantwortlichen bei Trägertreffen wird ein Erfahrungs- und Wissenstransfer zwischen den Projekten sichergestellt und somit die Qualität erhöht. Gerade im ländlichen Raum Thüringens sind Sportvereine und Feuerwehren oftmals die wichtigsten Vereinigungen, da sie beinahe überall vertreten sind. Wenn man demokratische Grundwerte hier vermitteln und stärken und somit ein demokratisches Miteinander entwickeln oder verbessern kann, dann können die Ziele des Landesprogramms in Thüringen flächendeckend verbreitet werden. Wegen der Bedeutung beider Verbände sind die Beratungsprojekte des Landessportbunds und des Feuerwehr-Verbands im Landesprogramm als Strukturprojekte aufgeführt, da diese einen unverzichtbaren Bestandteil des Programms darstellen.

Sport zeigt Gesicht – gemeinsam couragiert handeln

Die demokratischen Werte im und um den Sport zu stärken, mit Konflikten (besser) umgehen zu lernen und Diskriminierungen sowie weiteren antidemokratischen Erscheinungsformen vorzubeugen – das sind die Ziele, die der Landessportbund mit seinem Projekt „Sport zeigt Gesicht! Gemeinsam couragiert handeln“ verfolgt. Es führt vielfältige innerverbandliche Bildungsformate durch und widmet sich zugleich auftretenden Problemsituationen. Zentraler Bestandteil der Projektarbeit von „Sport zeigt Gesicht!“ im Jahr 2018 war die Umsetzung der gemeinsamen Beraterinnen- und Beraterausbildung mit dem Thüringer Feuerwehr-Verband e. V. (ThFV). Insgesamt fünf Pflicht- sowie zwei Wahlmodule fanden in 2018 unter anderem zu Themen wie „Haltung zeigen bei Diskriminierung und Ausgrenzung – Aber wie?“, „Fit für die Bildung – Was mache ich wie und warum?“ oder „Moderation und Visualisierung“ statt). Parallel zu den Modulen begleiteten die hauptamtlichen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner des Landessportbunds (LSB) und des Thüringer Feuerwehrverbandes (ThFV) neun Praxisprojekte der Teilnehmenden.

Die gemeinsame Beraterinnen- und Beraterausbildung zweier Verbände stellte für das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ ein Novum dar. Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass die Qualifizierungsreihe dazu beigetragen hat, die Neugier auf und das Wissen um die Gemeinsamkeiten aber auch die Unterschiede der jeweiligen Verbands- und Projektaufgaben, Rahmenbedingungen sowie Arbeitsweisen zu wecken beziehungsweise zu stärken. Die Basis für die inhaltliche Zusammenarbeit von LSB und ThFV stellt eine im November 2017 geschlossene Kooperationsvereinbarung dar. Diese Vereinbarung unterstreicht das gemeinsame Ziel der beiden Verbände: Die Stärkung demokratischer Werte und Strukturen, um in diesem Sinne die Gesellschaft positiv mitzugestalten und Mitverantwortung zu übernehmen. Darüber hinaus hat das Projekt in den beiden Jahren jeweils über 30 Bildungsveranstaltungen in und mit den Thüringer Sportstrukturen umgesetzt sowie insgesamt zehn Beratungsfälle begleitet. Zwei Bildungsmodule des Projektes sind im Jahr 2019 neu erarbeitet sowie ein weiteres überarbeitet worden („Wertevermittlung im Sportverein“, „Demokratieverständnisse“ bzw. „Diskriminierung erkennen und begegnen“). Mit den für die Umsetzung der Bildungs- und Beratungsarbeit wichtigen projektinternen Beraterinnen und Beratern fanden drei Teamtreffen statt. In diesen wurden ausgewählte Projektaktivitäten reflektiert und besprochen sowie neue Impulse für die Projektentwicklung gesetzt. Bei den Treffen finden unterschiedliche Methoden, wie beispielsweise die Kollegiale Fallberatung, Anwendung.

Das Projekt nutzte auch die sich aus der Vernetzungsarbeit ergebenden Synergien. Beim Teamtreffen mit den projektinternen Beraterinnen und Beratern im April 2019 wurde durch die „Mobile Beratung in Thüringen“ ein Inputvortrag mit anschließender Diskussion angeboten. Außerdem brachte sich das Projekt Ende 2019 in die Demokratiekonferenzen der Partnerschaften für Demokratie in Sömmerda und Sonneberg ein und übernahm hierbei jeweils die Ausgestaltung eines Workshops. Zudem entstand eine Arbeitshilfe für die Thüringer

Sportstrukturen, in der beispielhafte Sport-Projekte, die im Rahmen der PfD gefördert wurden, vorgestellt werden. Die Arbeitshilfe hat das Ziel, die Thüringer Sportstrukturen über gute Beispiele zu informieren und zu eigenen (weiteren) Antragstellungen anzuregen.

Die Förderung des Projekts erfolgte durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

	2018	2019
VzÄ	1,85	1,85
Förderhöhe aus Landesmitteln	26.275,00 Euro	32.342,00 Euro
Förderhöhe aus Bundesmitteln	105.100,00 Euro	129.368,00 Euro

Einmischen, Mitmachen, Verantwortung übernehmen – demokratiestarke Feuerwehren in Thüringen

Neben den regulären Aufgaben der Gefahrenabwehr erfüllen die Feuerwehren auch eine unverzichtbare gesellschaftliche Funktion. Insbesondere in den ländlich geprägten Regionen sind sie ein unentbehrlicher Bestandteil des Gemeinwesens, da sie den Zusammenhalt vor Ort fördern und aktiv gestalten. Hier setzt das Projekt „Einmischen, Mitmachen, Verantwortung übernehmen“ (EMVü) seit 2011 an. Das Anliegen besteht darin, Feuerwehrangehörige in Thüringen für demokratische Prozesse und aktive Mitwirkungs- sowie Mitgestaltungsmöglichkeiten im gesamten Verband und auch außerhalb zu aktivieren. Zur Unterstützung hat „EMVü“ ein verbandsinternes Multiplikatoren- und Berater/-innen Netzwerk aufgebaut und bedarfsgerecht qualifiziert. Als verlässlicher Partner aller Feuerwehren hat „EMVü“ es sich zum Ziel gesetzt, Kommunikations-, Bildungs- und Beratungsstrukturen aufzubauen und weiterzuentwickeln.

In den zwei Berichtsjahren wurde das Beratungsangebot regelmäßig in Anspruch genommen. Neben einer mehrmonatigen Prozessbegleitung hat das Projekt auch diverse Einzelberatungen mit Führungskräften und politischen Akteurinnen und Akteuren (Bürgermeister, Stadträte, etc.) durchgeführt. Die Anliegen waren dabei sehr unterschiedlich – von Schwierigkeiten bei Generationskonflikten bis hin zu Anfragen zur Aufnahme einer Person mit scheinbar rechtsextremen Tendenzen in die Einsatzabteilung. Weitere Anfragen betrafen auch den Bereich Mitgliederbindung und Mitgliedergewinnung.

Auch das bestehende Beraternetzwerk des Projektes „EMVü“ hat sich im Jahr 2018 zu Fortbildungsmodulen getroffen. Ein wichtiger Teil davon war die Vorbereitung des Tagesworkshops „Gemeinsam sprengen wir die Feuerwehr – Dienstvorschrift 11!“. Darüber hinaus haben sich die Beraterinnen und Berater unter anderem über das Thema Reichsbürger informiert.

Ab 2019 wurden die Treffen des bisherigen Beraternetzwerkes um die neuen (Feuerwehr-) Beraterinnen und Berater erweitert und konnten somit in etwas größerer Runde stattfinden. Das Projektteam freut sich über den wachsenden Zuspruch und arbeitet stringent darauf hin, dass die Angebote und Maßnahmen in den Untergliederungen des Verbandes noch bekannter werden.

Darüber hinaus ist die Auseinandersetzung mit dem eigenem Selbst- bzw. Werteverständnis ein wichtiger Aspekt der Projektarbeit. Hier hat der ThFV, samt seinen Mitgliedern, durch die Entwicklung des Leitbildes einen großen Schritt nach vorne gemacht. Als „Hausordnung“, in der klare Leitsätze formuliert sind, wird nun intern und extern kommuniziert, auf welchem Wertefundament die Thüringer Feuerwehren stehen. Das Leitbild soll auch als Brandmauer gegen undemokratische Verhaltensweisen und etwaige extremistische Unterwanderungsversuche dienen. Die breite Kommunikation des Leitbildes in die Untergliederungen des Verbandes wird auch in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle einnehmen.

Geistige Brandstifter – nicht in unseren Reihen! – so heißt die Handlungsempfehlung des Thüringer Innenministeriums von 2009. Darin geht es um Prävention und den richtigen Umgang mit Rechtsextremismus. Da dieses Thema immer noch brisant und gegenwärtig brandaktuell ist, hat sich das Projekt „EMVü“ die Überarbeitung und Aktualisierung der Handlungsempfehlung auf die Fahne geschrieben.

Seit Juli 2018 hat das Projektteam intensiv an den Inhalten der Broschüre gearbeitet. Die Handlungsempfehlung sollte moderner, anschaulicher und kompakter werden. Die Broschüre steht den Wehren als Informationsmaterial und Handlungsempfehlung sowohl digital, auch in gedruckter Form zur Verfügung.

Die Förderung des Modellprojekts erfolgte durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

	2018	2019
VzÄ	2,5	2,5
Förderhöhe aus Landesmitteln	40.080,30 Euro	38.821,90 Euro
Förderhöhe aus Bundesmitteln	160.321,19 Euro	155.287,59 Euro

3.6 Förderung von präventiven Angeboten an Schulen

Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC)

Arbeit und Leben Thüringen und die Kooperationspartner im Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) führen seit Jahren außerschulische politische Jugendbildung durch, welche auf elaborierten und ständig weiterentwickelten Konzepten fußt. Die Bildungsveranstaltungen werden dabei sehr gut nachgefragt. Die Projektstage sind Bildungskonzepte der außerschulischen und unterrichtsbegleitenden Jugendbildung in Thüringen, sie erreichen junge Menschen dort, wo sie die meiste Zeit ihres Tages verbringen: in den allgemein- und berufsbildenden Schulen. Während der Projektstage werden die Schülerinnen und Schüler zu einem offenen Meinungs austausch angeregt, z. B. innerhalb moderierter Diskussionen. Sie sind durch Informationen zu demokratiebildenden und antirassistischen Themen sowie solcher der grundlegenden Antidiskriminierungsarbeit sensibilisiert und üben in den Projekttagen Konfliktlösungen, Kommunikationsprozesse und Teamfähigkeit ein. Durch diese Auseinandersetzung mit verschiedensten Themen werden soziale und demokratiebildende Kompetenzen im Rahmen des lebensbegleitenden Lernens gestärkt und ausgebaut. Die Konzepte der außerschulischen und unterrichtsbegleitenden Projektstage erstrecken sich über sechs Unterrichtsstunden. Alle Projektstage sind abwechslungsreich in Bezug auf die methodisch-didakti-

sche Aufteilung der Inputparts, der Selbsterarbeitung und der spielerischen Auseinandersetzung mit den Themen. Die Methoden der Projektstage folgen prinzipiell den Erkenntnissen der modernen Lehr- und Lernpsychologie, indem unterschiedliche (kognitive und emotionale) Erklärungs- und Lernvarianten eingesetzt werden. Der Methodenmix verfolgt einen emanzipatorischen Ansatz: Die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden zu einer kritischen Auseinandersetzung mit ihrer gesellschaftlichen Umwelt angeregt.

Arbeit und Leben Thüringen/ NDC führte im Berichtszeitraum Projektstage an Regelschulen, Förderschulen, berufsbildenden Schulen, Gesamtschulen und Gymnasien in ganz Thüringen durch. In 2018 wurden insgesamt 85 Thüringer Schulen und Bildungseinrichtungen mit 231 Projekttagen erreicht.

	2018	2019
Regelschulen	92	76
Gymnasien	31	47
Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen	47	42
Berufsbildenden Schulen	40	31
Förderzentren	6	4
Sonstige Einrichtungen	15	16

Tab. 3: Projekttagübersicht

Die Zahl der Teilnehmenden betrug ca. 4170. In 2019 wurden insgesamt 87 Thüringer Schulen und Bildungseinrichtungen mit 216 Projekttagen erreicht. Die Zahl der Teilnehmenden betrug ca. 4100. Zusätzlich wurden in 2018 drei Fortbildungen zu „Kompetent handeln! – gegen Diskriminierung und Neonazismus“ durchgeführt. Zudem wurden 32 freiwillig Engagierte in zwei Grundausbildungen für die Umsetzung der Projektstage ausgebildet. Weiterführende Ausbildungen für die Projektstage im Bereich Teamfähigkeit und Kommunikation sowie Sexismus und Homophobie für die Klassenstufen 8 bis 12 und Projektstage für die Zielgruppe der Klassenstufen 5 bis 7 konnten in diesem Jahr jeweils einmal durchgeführt werden.

Zusätzlich zu den Projekttagen fanden in 2019 vier Fortbildungen für Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen und -pädagogen, Lehrkräfte und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren statt sowie eine Bildungsveranstaltung in der Gedenkstätte Buchenwald. Insgesamt konnten 33 neue freiwillig engagierte Teamerinnen und Teamer in insgesamt fünf Ausbildungsgängen ausgebildet werden. Die Grundausbildungen für die Umsetzung der Projektstage konnte zweimal durchgeführt werden, während jeweils einmal die Ausbildungen für die Projektstage im Bereich Fortbildungen für Pädagoginnen und Pädagogen sowie Sexismus und Homophobie für die Klassenstufen 9 bis 12 und Projektstage für die Zielgruppe der Klassenstufen 5 bis 7 umgesetzt wurden. Zusätzlich konnte eine viermodulige Ausbildung von freiwillig Engagierten zu Trainerinnen und Trainern gestartet werden. An dieser Ausbildung nehmen 15 Engagierte teil. Im Anschluss an diese Ausbildung können die Trainerinnen und Trainer Ausbildungsgänge im Rahmen des NDC umsetzen.

Förderung durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	2018	2019
VzÄ	4,13	4,25
Förderhöhe aus Landesmitteln	316.120,50 Euro	353.129,28 Euro

Landeskoordination Thüringen von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“

Die Landeskoordination Thüringen in Trägerschaft der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte in Weimar betreut das Thüringer Netzwerk von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SoR – SmC). Im Berichtszeitraum 2018 und 2019 war die Landeskoordination eine verlässliche Anlauf-, Beratungs- und Koordinierungsstelle für 55 Thüringer Courage-Schulen sowie weitere interessierte und Anwarter-Schulen. Zu den 55 Courage-Schulen gehören 1 Grundschule, 13 Regelschulen, 22 Gymnasien, 2 Berufsschulen, 1 Kolleg, 11 Gemeinschaftsschulen, 3 Gesamtschulen und 2 Förderschulen.

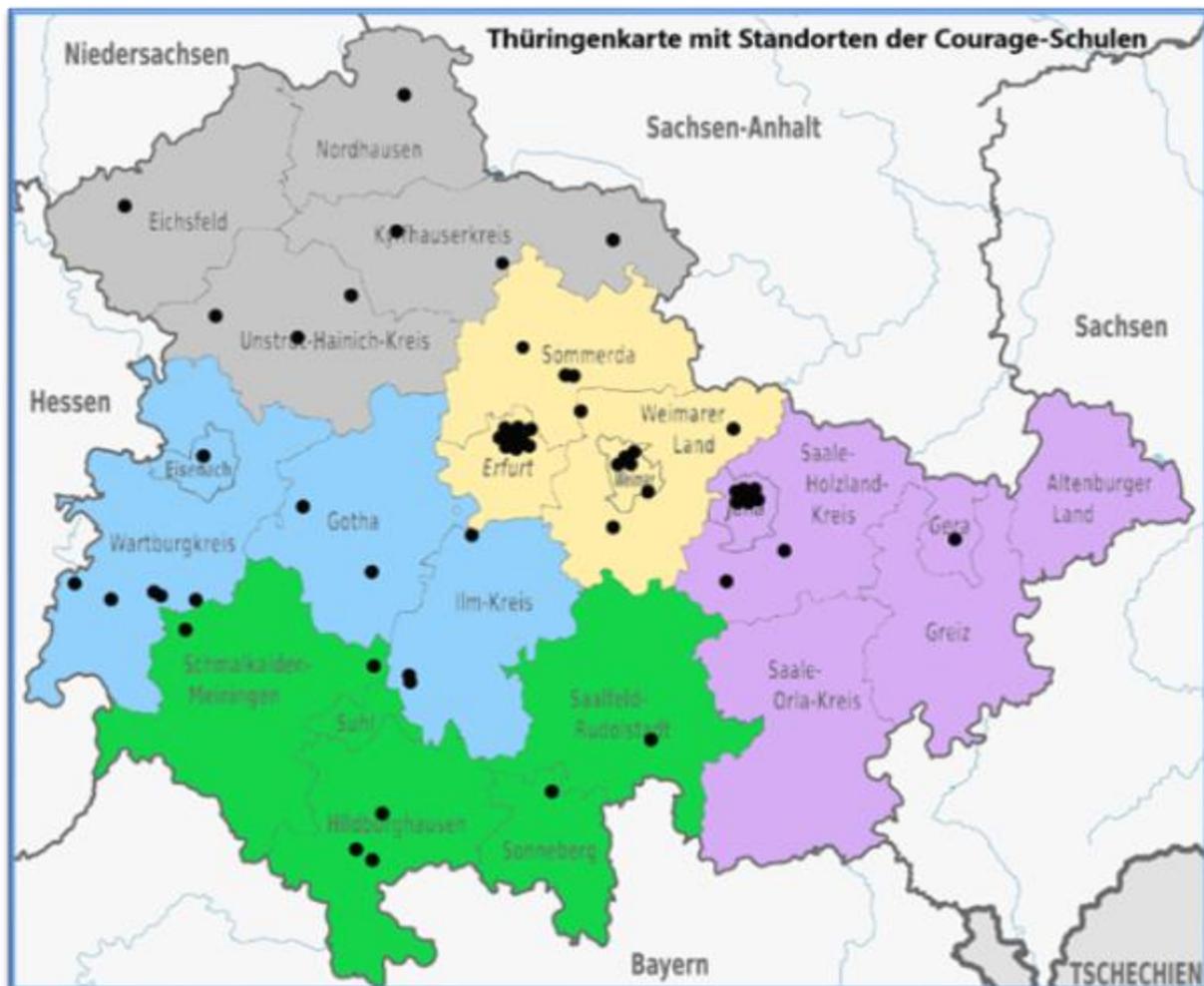
Kinder und Jugendliche werden in diesem Netzwerk darin bestärkt, ihre Schule aktiv mitzugestalten und sich gegen jede Form von Diskriminierung, Gewalt und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einzusetzen. Sie werden dabei von der Landeskoordination unterstützt, das Schulklima so nachhaltig zu verändern, dass die Stärkung von Zivilcourage gefördert wird und durch gegenseitige Achtung und Wertschätzung ein friedliches und demokratisches Miteinander auf Grundlage gemeinsamer Werte möglich ist. Die Schulen verpflichten sich, mindestens einmal im Jahr ein Projekt durchzuführen, um das Projektanliegen in der Schule umzusetzen.

Das Projekt richtet sich an alle Schularten unabhängig von der Trägerschaft: Grundschulen, Förderschulen, Regelschulen, Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen, Gymnasien und Berufsschulen. In allen fünf Schulamtsbezirken befinden sich Courage-Schulen. Es gibt keine Altersbegrenzungen für die Mitarbeit.

Schwerpunkte der Arbeit sind:

- Begleitung und Unterstützung der Courage-Schulen,
- Erweiterung des Thüringer Netzwerkes,
- Umsetzung von Schulprojekten und Qualifizierung der Beteiligten,
- Vernetzung der Courage-Schulen untereinander und mit Kooperationspartnern,
- Konzeptionelle Weiterbildung,
- Interne Qualitätsentwicklung,
- Fort- und Weiterbildung sowie
- Vernetzung und Gremienarbeit.

Der Kontakt zu den Schulen ist ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit, um die Nachhaltigkeit der Projektarbeit zu sichern. Dazu wurden zahlreiche Beratungsgespräche mit Schülerinnen und Schülern und Pädagoginnen und Pädagogen der Schulen geführt. Die Schulen werden u. a. mehrfach monatlich über eigene Veranstaltungen und von Kooperationspartnern informiert. In den Berichtsjahren fanden 24 Schulbesuche statt. Diese dienen der Aktivierung der Projektarbeit, in dem den Beteiligten verschiedene Angebote präsentiert werden, gemeinsam Ideen für eine aktive Projektarbeit in der Schule gesammelt und konkrete Umsetzungsmöglichkeiten besprochen werden. Vertreterinnen und Vertreter der besuchten Schulen konnten auf diesem Weg für die Teilnahme an den Landestreffen und anderen Fortbildungen motiviert werden. Zu den Schulbesuchen werden immer Schülerinnen und Schüler und Pädagoginnen und Pädagogen eingeladen.



Das Netzwerk ist im Förderzeitraum 2018 und 2019 um neun Schulen auf insgesamt 55 Schulen gewachsen. Nicht nur Schulen in den Städten Erfurt, Weimar und Jena, sondern auch Schulen im ländlichen Raum, z. B. Greußen, Vacha, Mühlhausen und Bad Salzungen konnten ins Netzwerk aufgenommen werden. Ende 2019 hatte die Landeskoordination zusätzlich Kontakt zu weiteren 17 interessierten und fünf Anwärter-Schulen.

Die interessierten Schulen und Anwärter-Schulen konnten gewonnen werden durch:

- Projektvorstellungen in Schulen und in eigenen Veranstaltungen,
- Präsentationen auf Tagungen und anderen Fortbildungen,
- Werbung und Information durch Aktive von Courage-Schulen sowie
- Versand durch Werbematerialien an Kooperationspartner.

Die Landeskoordination unterstützte und begleitete nicht nur die Schulen in der Entwicklung und Durchführung von Schulprojekten, sondern konzipierte und führte auch eigene Veranstaltungen und Formate durch. Die thematischen Schwerpunkte lagen dabei in den Bereichen Konfliktmanagement, Partizipation und Nationalsozialismus.

Mit dem SoR-Projekt „Mut zum Handeln – Konfliktkultur in meiner Schule“ wurde ein neues und eigenständiges Format erarbeitet. Dieses Projekt beinhaltet mehrere Veranstaltungsmodule für Schülerinnen und Schüler sowie Pädagoginnen und Pädagogen. Der erste Durchgang begann 2018 und wurde 2019 abgeschlossen. Im gleichen Jahr begann auch der zweite Projektdurchgang. Die Courage-Schulen erhielten mit der Teilnahme an diesem Projekt die Möglichkeit, eine demokratische Konfliktkultur in der Schule zu erproben und zu entwickeln. Vier Courage-Schulen – aus Waltershausen, Jena, Stadtroda und Bad Salzungen – nutzten dieses Angebot im ersten Durchgang. Schülerinnen und Schüler und Pädagoginnen und Pädagogen aus diesen Schulen bildeten sich fort und entwickelten eigene Veranstaltungen, um die Fortbildungsinhalte anderen Schülerinnen und Schüler in der Schule zu vermitteln und erste Schritte zur Implementierung des Projektes an der Schule umzusetzen.

Insgesamt wurden mit den Schul- und eigenen EJBW-Veranstaltungen mehr als 1600 Schülerinnen und Schüler und Schülerinnen sowie Pädagoginnen und Pädagogen (mehr als 800 pro Jahr) erreicht. Durch die Titelverleihungen, Schulbesuche, Projektvorstellungen konnten noch weit mehr Schülerinnen und Schüler, Pädagoginnen und Pädagogen, Eltern u. a. erreicht werden und erhielten Kenntnis über das Projekt.

Die Landestreffen waren 2018 und 2019 jeweils ein besonderer Höhepunkt und mit zahlreichen Pädagoginnen und Pädagogen und Kooperationspartnerinnen konnten sich die Teilnehmenden mit dem Thema „Diskriminierung erkennen und entgegenreten“ auseinandersetzen.

Förderung durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	2018	2019
VzÄ	1	1,5
Förderhöhe aus Landesmitteln	106.901,05 Euro	141.446,84 Euro

3.7 Förderung von präventiven Angeboten der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung

Entsprechend der Festlegung in Kapitel 4.7 im Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit sind hier „in Abstimmung mit den Planungsgremien des Landesjugendförderplans [...] ausgewählte präventive Angebote“ zu fördern.

Im Rahmen des Landesjugendförderplans werden fortwährend zwei Themenbereiche des Landesprogramms aufgegriffen und in die Struktur integriert: Das Angebot der außerschulischen Jugendbildung zur Entwicklung einer demokratischen, menschenrechtsorientierten und toleranten Alltagskultur durch das Projekt „K.ALLE – Kultur des Miteinanders mit ALLEn“ des Landesjugendwerks der AWO Thüringen wurde im März 2018 durch ein weiteres Projekt „MAZE – Medien aktiv zusammen erleben“ des Landesfilmdienst Thüringen e. V. ergänzt. Für beide Projekte wird bis zum Ende der Laufzeit des Jugendförderplans eine Personalkostenförderung in Höhe von 50.000 Euro pro Jahr und pro Projekt bereitgestellt.

Das **Projekt „K.ALLE – Kultur des Miteinanders mit ALLEn“ des Landesjugendwerks der AWO Thüringen** erreicht thüringenweit durchschnittlich im Jahr 350 junge Menschen im Alter von 10 bis unter 27 Jahren mit bis zu 400 Stunden non-formaler Bildungsarbeit. Eine wichtige Schwerpunktzielgruppe des Projektes sind junge Menschen in stationären Jugendhilfeeinrichtungen im ländlichen Raum Thüringens. Das Projekt bestärkt junge Menschen im Rahmen des konzeptionellen Ansatzes in methodisch vielfältigen Bildungsveranstaltungen darin, Kompetenzen zu entwickeln, mit vermeintlich Fremden umzugehen. Es unterstützt die Auseinandersetzung mit und das persönliche Engagement für eine Gesellschaft, in der Menschen mit unterschiedlichem Aussehen, Lebensweisen, Religionen, Wertvorstellungen, Sexualitäten und Herkunft respektvoll zusammenleben. Inhaltlich erweist sich die Auseinandersetzung mit den Wünschen rund um ein respektvolles Zusammenleben als niederschwelliges und lebensweltnahes Einstiegsthema für weiterführende politische Bildungsprozesse.

Das **Projekt „MAZE – Medien aktiv zusammen erleben“ des Landesfilmdienst Thüringen e. V.** führt junge Menschen verschiedener Nationalitäten, Kulturen und Religionszugehörigkeiten in Anwendung aktueller Medien zusammen. Auch dieses Projekt erreicht thüringenweit jährlich durchschnittlich 350 junge Menschen im Alter von 6 bis 27 Jahren. Durch Medienworkshops werden lebensnahe Fragestellungen und Themen kreativ bearbeitet. Das Projekt arbeitet mit verschiedenen aktiven Medienworkshops aus den Bereichen Audio, Video, Internet und Multimedia. Abhängig vom Alter, Workshoplänge und Interessen der jungen Menschen, können aus einem Modulkatalog verschiedene Angebote ausgewählt werden.

Auch das im Berichtszeitraum bestehende Angebot der außerschulischen Jugendbildung für Mitbestimmung und Beteiligung, wurde im März 2018 durch ein weiteres Projekt ergänzt. Gefördert wird nun bis zum Ende der Laufzeit des Landesjugendförderplans zum 31. Dezember 2022 das Projekt „LANDAKTIV – gelingende Partizipation von Kindern und Jugendlichen im ländlichen Raum in Thüringen“ der NaturFreundeJugend Thüringen und das Projekt „SelbstverständlichICH“– des Ferienparks Feuerkuppe e. V. Für beide Projekte wird auch hier eine Personalkostenförderung in Höhe von 50.000 Euro pro Jahr und Projekt bereitgestellt.

Das Projekt „LANDAKTIV – gelingende Partizipation von Kindern und Jugendlichen im ländlichen Raum in Thüringen“ der NaturFreundeJugend Thüringen hat seit dem Beginn der Umsetzung im Jahr 2017 bis zum aktuellen Zeitpunkt mehr als 1.500 junge Menschen im Alter von 12 bis 18 Jahren bevorzugt aus den ländlich geprägten Regionen Thüringens erreichen können. Das Projekt hat zum Ziel, die lokalen Ansätze von Beteiligung und Mitbestimmung junger Menschen in Thüringen zu stärken und dabei zu unterstützen, Beteiligungsstrukturen dauerhaft zu etablieren. Das non-formale Bildungsangebot ist dabei bewusst in den ländlichen Regionen Thüringens aktiv. Die Beteiligung und Integration von geflüchteten Kindern

und Jugendlichen wird im Konzept sowohl in der Methodenauswahl, als auch in der Sprache berücksichtigt.

Das **Projekt „SelbstverständlichICH“– des Ferienparks Feuerkuppe e. V.** unterstützt junge Menschen darin, Selbstwirksamkeit durch Beteiligungserfahrungen zu entwickeln. Als non-formales Bildungsangebot innerhalb und außerhalb des Ferienparks im Norden Thüringens setzt es an den Stärken junger Menschen im Alter von 8 bis 18 Jahren an und sieht sich in einer Moderatorenrolle für einen eigenen Lernprozess junger Menschen. Seit Beginn des Projektes wurden fast 800 junge Menschen erreicht.

Der im Jahr 2019 durchgeführte **Kindergipfel Thüringen** brachte vom 27. bis 29. September 2019 rund 100 Kinder- und Jugendliche im Alter von 10 bis 15 Jahren aus ganz Thüringen zusammen. Die auf der Grundlage der UN-Kinderrechtskonvention entwickelte Projektidee stärkt die Mitspracherechte von Kindern und Jugendlichen in Bezug auf ihre konkrete Lebensumwelt. Die NaturFreundeJugend Thüringen gab zum 6-mal als durchführender Träger des Projektes motivierten und engagierten Kindern und Jugendlichen eine landesweite Plattform für ihre Interessen und Anliegen. Mit dem Ziel, die eigene Lebenswirklichkeit ein Stück weit zu verbessern, drängende aktuelle Probleme zu thematisieren und in einem gemeinsamen Dialog mit Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung vorwärts zu kommen auf dem Weg hin zu einem kinderfreundlichen und zukunftsgerichteten Thüringen, ist im Ergebnis des 6. Thüringer Kindergipfels der Zukunftsvertrag 2019 entstanden, welcher gesammelt Selbstverpflichtungen der beteiligten jungen Menschen und ihrer Forderungen an die Politik enthält.

3.8 Umsetzung von Qualifizierungsangeboten für spezifische Zielgruppen

Ein umfangreiches Fortbildungsprogramm ist konstitutiver Bestandteil des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (Kapitel 4.8). Es steht allen kommunalen Gebietskörperschaften in Thüringen zur Verfügung. Das Angebot richtet sich in der Regel an Gruppen, zum Beispiel Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Behörde, Polizeimeisteranwärterinnen und -anwärter sowie Haupt- und Ehrenamtliche in den Kreisverbänden der Wohlfahrtspflege. Einzelne zielgruppenspezifische Bildungsbausteine werden zudem in den Fortbildungskatalogen des Landesjugendamtes, des Bildungszentrums der Thüringer Polizei, der Justizvollzugsbildungsstätte, des Oberlandesgerichtes und des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien ausgeschrieben. Im September 2013 wurde die Umsetzung auf der Grundlage einer umfangreichen Fortbildungsmatrix begonnen. Diese 2017 überarbeitete Matrix zeigt für neun verschiedene Zielgruppen die jeweils angestrebten Inhalte in drei verschiedenen Qualifizierungsbereichen, die durch Bildungsbausteine im Programm abgedeckt werden sollen.

Die **neun Zielgruppen** sind:

- Lehrerinnen und Lehrer,
- Polizistinnen und Polizisten,
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Verwaltungen,
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz,
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kindertageseinrichtungen,
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Beratungsdiensten,
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendhilfe,
- Ehren- und Hauptamtliche in Vereinen und
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Gesundheits- und Pflegeberufen.

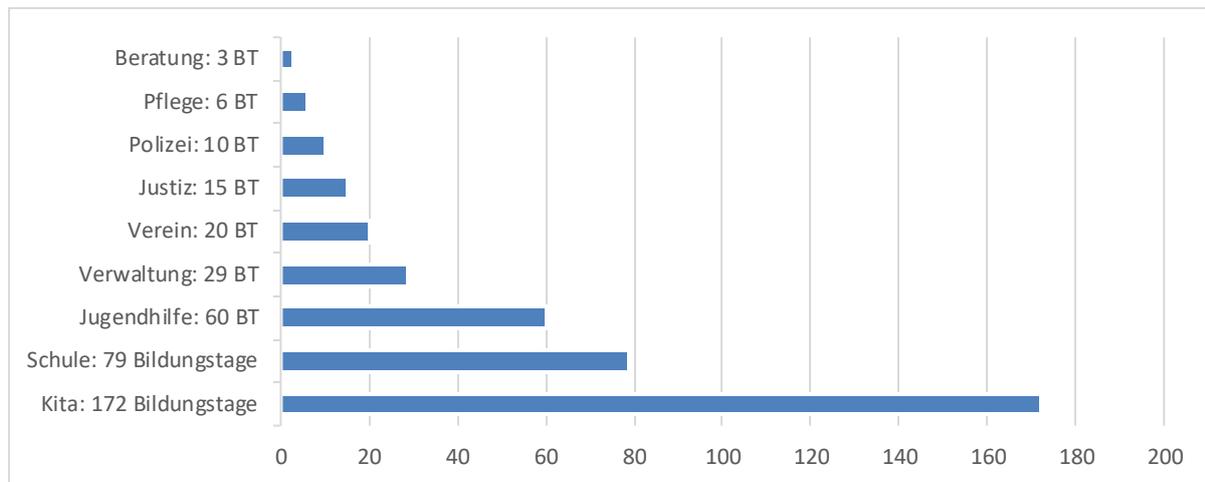
Die Fortbildungen werden in **drei Qualifizierungsbereiche** sortiert:

- I. Umgang mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit,
- II. Stärkung der Demokratie und der demokratischen und menschenrechtsorientierten Alltagskultur und
- III. Förderung von Vielfalt und Toleranz, interkulturelle Öffnung, interkulturelles und internationales Lernen.

Für das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit sind Trainerinnen und Trainer von **14 Fortbildungsträgern** aktiv. Durch Inputs, Fallbesprechungen und interaktive Methoden erhalten die Fachkräfte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren Anregungen für ihr Arbeitsfeld. Das in 2013 mit 86 unterschiedlichen Bildungsbausteinen gestartete Fortbildungsangebot umfasst inzwischen **99 Bildungsbausteine**. Den Zielgruppen steht dadurch eine Vielfalt von Bildungsbausteinen zur Verfügung:

- vier Bildungsbausteine für die Zielgruppe Pflege,
- sieben Bildungsbausteine für die Zielgruppe Justiz,
- sieben Bildungsbausteine für die Zielgruppe Beratung,
- acht Bildungsbausteine für die Zielgruppe Polizei,
- zehn Bildungsbausteine für die Zielgruppe Verein,
- elf Bildungsbausteine für die Zielgruppe Verwaltung,
- zwölf Bildungsbausteine für die Zielgruppe Kita,
- 18 Bildungsbausteine für die Zielgruppe Jugendhilfe und
- 22 Bildungsbausteine für die Zielgruppe Schule.

Die Bildungsbausteine fanden in den folgenden Einrichtungen der neun Zielgruppen statt, wobei die größte Resonanz im Berichtszeitraum bei den Zielgruppen Kita, Schule, Jugendhilfe und in der Verwaltung festzustellen ist.



- 172 Bildungstage wurden für Erzieherinnen und Erzieher in Kindertagesstätten akquiriert, davon 91 Bildungstage in Kindergärten, 23 Bildungstage in Zusammenarbeit mit den kommunalen Fachberatungen Kita und 58 Bildungstage für Erzieherinnen und Erziehern überwiegend im dritten Ausbildungsjahr der Berufsbildenden Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft.
- 79 Bildungstage fanden mit der Zielgruppe Lehrerinnen und Lehrer, davon zwei Bildungstage mit Schulleiterinnen und Schulleitern am Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung u. Medien (ThILLM), ein Bildungstag am Schulamt, fünf Bildungstage an Förderzentren, sieben Bildungstage an Studienseminaren mit Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärtern, acht Bildungstage an Gemeinschaftsschulen, neun Bildungstage an Gymnasien, 14 Bildungstage an Berufsbildenden Schulen, 16 Bildungstage an Regelschulen und 17 Bildungstage an Grundschulen.
- 60 Bildungstage fanden mit Pädagoginnen und Pädagogen der Jugendhilfe statt.
- 29 Bildungstage wurden mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltungen durchgeführt.
- 20 Bildungstage wurden mit Haupt- und Ehrenamtlichen von Thüringer Vereinen und Initiativen durchgeführt.
- 15 Bildungstage wurden von der Justizvollzugsausbildungsstätte des Thüringer Bildungszentrums in Gotha und vom Thüringer Oberlandesgericht für Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Justiz nachgefragt.
- Zehn Bildungstage fanden am Bildungszentrum der Polizei in Meiningen mit Polizeimeisteranwärterinnen und -anwärtern statt.
- Sechs Bildungstage wurden mit Schülerinnen und Schülern der Altenpflege an Berufsbildenden Schulen durchgeführt.
- Drei Bildungstage fanden mit Pädagoginnen und Pädagogen von Sozial-, Erziehungs- bzw. Sucht-Beratungsstellen statt.

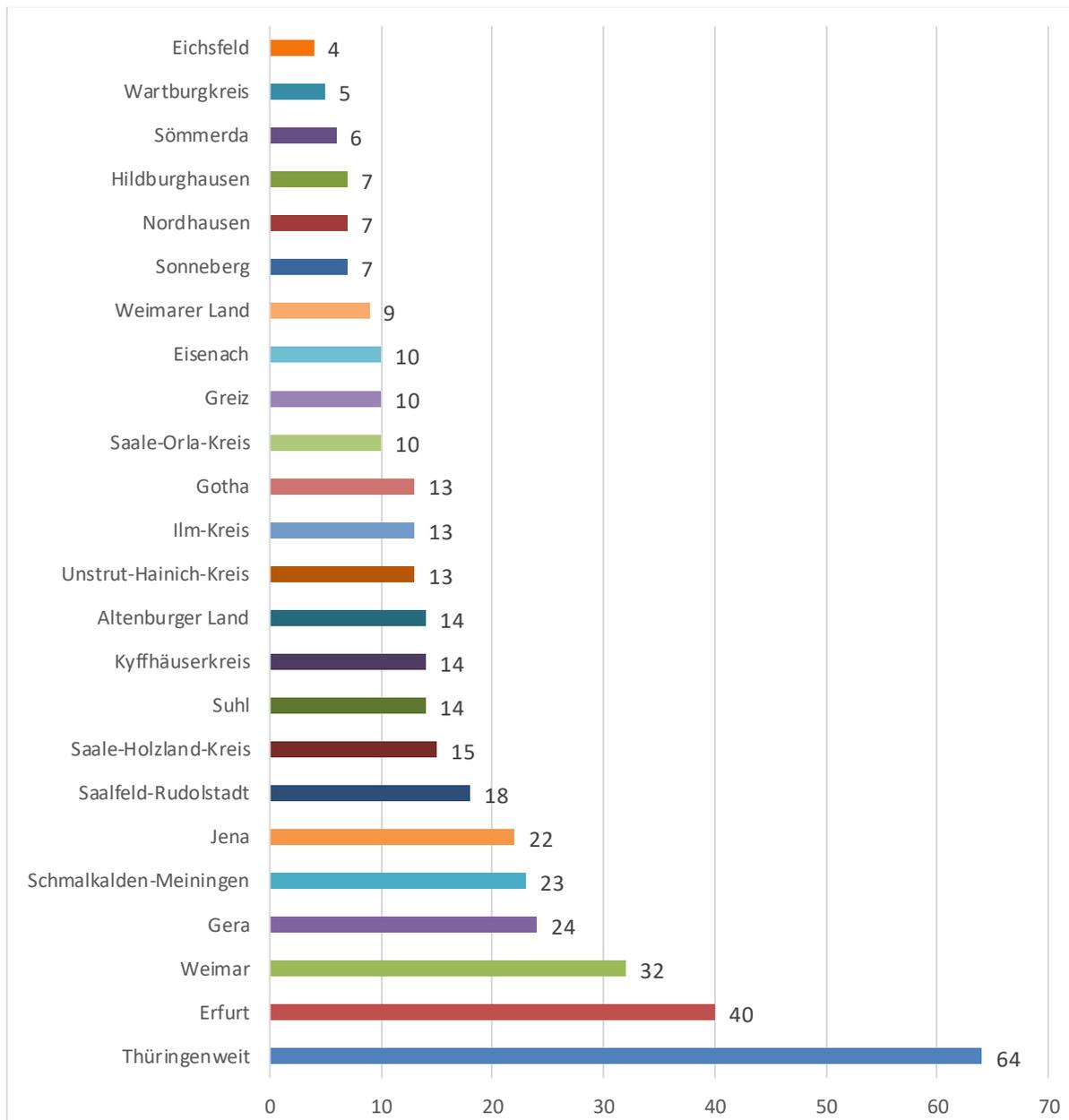
Besonders hoch war die Nachfrage der Adressaten bei den folgenden Bildungsbausteinen:

- Kindern eine Stimme geben! – Partizipation in Kitas praktisch gestalten
- Wie farbig ist „bunt“? Kulturelle Vielfalt in der Kita managen
- "Prima Klima in der Schule!" – Gewaltfreie Kommunikation, demokratische Lernkultur
- Giraffen und Elefanten in einem Haus – Chancen ... des Zusammenlernens in Vielfalt
- "Ey du Opfer" – Prävention und Intervention in der Arbeit mit rechtsaffinen Schülerinnen und Schülern
- „Hate Speech“ und „Fake News“ versus Fakten und kritische Medienbildung ...
- Reichsbürger nerven ... Handlungsmöglichkeiten für die Verwaltung
- Argumentationstraining gegen diskriminierende Äußerungen
- Vom Umgang mit Widersprüchen. Fortbildung zur Förderung von Vielfalt, Diversität und Toleranz
- Der Demokratie verpflichtet – Ein Fortbildungsangebot für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte
- Demokratie braucht Pflege – Pflege- und Gesundheitsberufe als Feld der Demokratie

Am häufigsten wurden die Bildungsbausteine im Qualifizierungsbereich 3 „Förderung von Vielfalt und Toleranz, interkulturelle Öffnung, interkulturelles, internationales Lernen“ durchgeführt (insgesamt 199). Die Bildungstage im Qualifizierungsbereich „Umgang mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ wurden von 109 Institutionen sowie die Bildungsbausteine zur „Stärkung der Demokratie und der demokratischen und menschenrechtsorientierten Alltagskultur“ von 86 Institutionen im Berichtszeitraum nachgefragt. Zusätzlich fanden 50 Bildungstage im Qualifizierungsbereich „Förderung von Akzeptanz vielfältiger sexueller Orientierungen, Geschlechtsidentitäten und Beziehungsformen“ des Landesprogramms für Akzeptanz und Vielfalt statt. Die in diesem Qualifizierungsbereich angebotenen Bildungsbausteine sind auf Bitten der Thüringer Staatskanzlei in das Fortbildungsprogramm des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit aufgenommen worden. Das in der Thüringer Staatskanzlei verortete Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt sieht ebenfalls Fortbildungen vor und mit der zweitweisen Verknüpfung konnte eine rasche Umsetzung gewährleistet werden. Weitere Informationen zu diesem Qualifizierungsbereich können dem Kapitel 4.1 entnommen werden. In 2018 und 2019 wurden insgesamt **394 Bildungstage mit 5.798 Teilnehmerinnen und Teilnehmer** durchgeführt. Durch eine Steigerung der Qualifizierungsangebote in den einzelnen kommunalen Gebietskörperschaften und über die Zielgruppen konnte sich die Anzahl der Bildungstage in 2019 im Vergleich zu 2017 um 37 erhöhen. Durchschnittlich nahmen 15 Personen an einem Bildungstag teil.

Regionale Verteilung

In allen Thüringer Landkreisen und kreisfreien Städten fanden Bildungstage statt. Die Nachfrage war in den kreisfreien Städten höher als in den Landkreisen. In der zusätzlichen Kategorie „Thüringenweit“ wurden insgesamt 64 Bildungstage erfasst, die an den Ministerien, Schulämtern, Studienseminaren, am Bildungszentrum der Polizei Meiningen, an der Justizvollzugsausbildungsstätte Gotha, am Oberlandesgericht, beim Landesjugendamt, am Landesverwaltungsamt sowie bei den Landesverbänden der Wohlfahrtspflege durchgeführt wurden.



Für die Koordinierung und Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen hat das Landesprogramm folgende Mittel zur Verfügung gestellt:

	2018	2019
Landesmittel	399.200,95 Euro	399.305,16 Euro

3.9 Förderung begleitender Dokumentation und Forschung

Für die begleitende Dokumentation und Forschung werden zwei Einrichtungen in Thüringen durch das Landesprogramm gefördert: das „Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft – Thüringer Dokumentations- und Forschungsstelle gegen Menschenfeindlichkeit“ in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung und das „KomRex - Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Beide Einrichtungen setzten sich im Konzeptauswahlverfahren als Strukturprojekte in diesem Bereich durch.

Beide Einrichtungen haben dabei konkrete Aufträge zur Unterstützung der Aktivitäten im Landesprogramm, etwa zur Evaluation einzelner Projekte, zur Teilnahme an Veranstaltungen oder zur Beratung einzelner Elemente des Landesprogramms. Darüber hinaus sind beide Einrichtungen angehalten, allgemeine Beiträge zur thematisch einschlägigen Forschung, zu relevanten Dokumentationen oder zur Unterstützung der Aktivitäten im Landesprogramm beizusteuern. Beide Einrichtungen werben über die Förderung durch das Landesprogramm hinaus weitere Drittmittel ein, die dann eine über Thüringen hinausgehende Betrachtung der demokratischen politischen Kultur ermöglichen. Eine scharfe Zuordnung der Arbeitsergebnisse zu den Fördermitteln ist daher nicht immer möglich. Die Expertise der Begleitforschung des Landesprogramms ist mittlerweile auch in anderen Bundesländern und bundesweit gefragt.

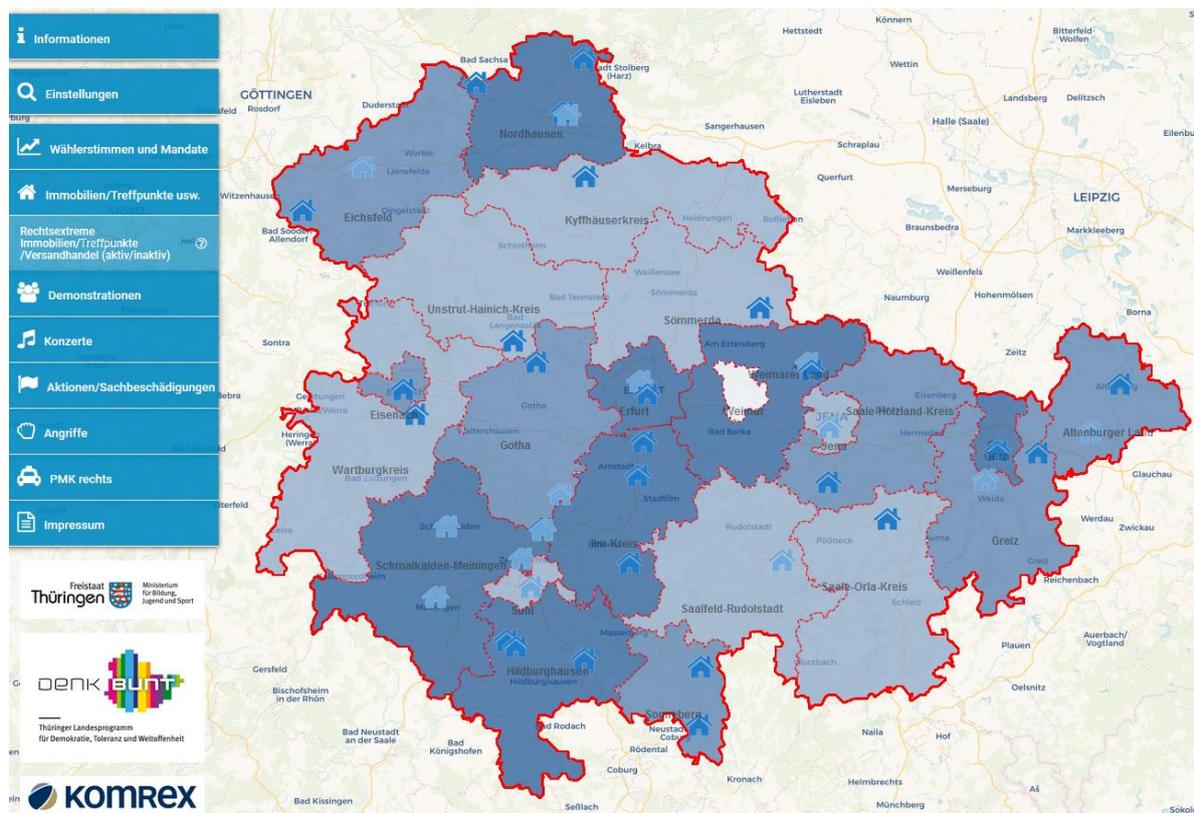
Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Das KomRex verfolgt seit seiner Gründung im Jahr 2013 das Ziel, die an der Friedrich-Schiller-Universität Jena bestehenden Ressourcen und Expertisen auf dem Gebiet der Rechtsextremismusforschung zu bündeln und überregional sichtbar zu machen sowie neue Forschungsprojekte zu initiieren und durchzuführen. Im Rahmen der Förderung durch das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit wurden in den Jahren 2018 und 2019 zwei zentrale Projekte bearbeitet.

Im Fokus eines vom Landesprogramm geförderten Wissenschafts-Praxis-Transferprojekts stand die Evaluation einer Reihe von Initiativen und Einrichtungen, die vom Landesprogramm bereits finanziell unterstützt werden. Die empirische Basis für die Evaluationen bildeten Interviews auf der Grundlage von kriterienorientierten Evaluationsbögen, Dokumenten- und Inhaltsanalysen sowie teilnehmenden Beobachtungen. Die Evaluationen sollen eine Grundlage für die Entscheidung darüber bilden, inwiefern die Projekte einen Beitrag zu ausgewählten Zielen des Landesprogramms leisten. Die Evaluationstätigkeit bildete aber nur eine Seite des Transferprojekts, das außerdem die wissenschaftliche Beratung der vom Landesprogramm geförderten zivilgesellschaftlichen Initiativen zum Ziel hatte: Bei Veranstaltungen des Akteursnetzwerks des Landesprogramms und Vortragsveranstaltungen, die von lokalen Pfd organisiert wurden, haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des KomRex insbesondere zu den Ergebnissen des „Thüringen-Monitors“, des „Thüringen-Monitors Integration“ und der „Topografie des Rechtsextremismus und der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen“ referiert und dabei Handlungsempfehlungen zum Umgang mit lokalen rechtsextremen Aktivitäten formuliert. Zusätzlich hat das KomRex anlässlich der Landtagswahl in der zweiten Jahreshälfte 2019 in Kooperation mit drei Strukturpartnern im Rahmen des Landesprogramms – MOBIT, ezra, IDZ – eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Demokratie hier!“ organisiert. Von Mai bis Oktober haben die vier Einrichtungen gemeinsam mit den Pfd landesweit Vorträge, Filmvorführungen, Podiumsdiskussionen und Workshops organisiert, mit denen u. a. über rechtsextreme Strukturen in Thüringen informiert wurde. Das KomRex hat sich sowohl maßgeblich an der Organisation der Reihe als auch inhaltlich mit mehreren Vorträgen beteiligt.

Ein weiteres Projekt, das vom Landesprogramm zum Zweck der Begleitforschung gefördert, ist die „Topografie des Rechtsextremismus und der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen“.⁷ Das Ziel der Topografie ist die fortlaufende systematische Erfassung, Dokumentation und Analyse rechtsextremer Aktivitäten und Einstellungen sowie ihrer regionalen Verteilung im Freistaat Thüringen. Hierfür werden seit 2017 öffentlich zugängliche Daten gesammelt, aufbereitet, statistisch ausgewertet und u. a. in Form einer Online-Karte visualisiert, die jährlich aktualisiert wird. Dabei wird auch auf die von MOBIT erstellte Chronik extrem rechter Aktivitäten in Thüringen und auf die von ezra erstellte Statistik rechtsextremer bzw. gruppenbezogenen menschenfeindlicher Angriffe zurückgegriffen. Die im Thüringen-Monitor gemessenen rechtsextremen, ethnozentrischen und neo-nationalsozialistischen Einstellungen der Bevölkerung werden im Rahmen des Topografie-Projekts auf Ebene der Thüringer Landkreise und kreisfreie Städte untersucht. Neben dem Projektbericht und der Online-Karte wird jährlich eine Begleitbroschüre erarbeitet, in der die Ergebnisse des Projekts für ein breiteres Publikum aufbereitet werden. Von den Mitarbeitenden des KomRex wurden die Ergebnisse der Topografie regelmäßig bei den Praxispartnern aus dem Akteursnetzwerk des Landesprogramms vorgestellt. Das Projekt soll zivilgesellschaftlichen Akteuren relevantes Handlungswissen über die konkreten Bewegungsstrukturen des organisierten Rechtsextremismus und über die Hotspots rechtsextremer Einstellungsmuster an die Hand geben, um sie in die Lage zu versetzen, Handlungsstrategien auf der Grundlage empirischer Analysen zu entwickeln.

Topografie des Rechtsextremismus und der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit



7 <http://www.topografie.komrex.uni-jena.de/> (12.11.2020).

Neben den Projekten, die in unmittelbarer Förderung durch das Landesprogramm stehen, hat das KomRex im Berichtszeitraum eine Reihe weiterer Forschungsprojekte durchgeführt. Hierzu können weitere Informationen dem Kapitel 4.4 entnommen werden.

Das KomRex engagiert sich seit seiner Gründung im Jahr 2013 für eine stärkere Verankerung der Demokratiebildung in den schulischen und universitären Curricula im Freistaat Thüringen. 2019 begann die zweite Förderphase der Qualitätsoffensive Lehrerbildung, in deren Rahmen an der FSU Jena das Forschungs- und Entwicklungsprojekt PROFJL² fortgesetzt wurde. Das Teilprojekt LADi („Lehrkräfte als Agenten der Demokratie“) wird von Prof. Michael May, Mitglied des KomRex und bis Dezember 2019 einer der Direktoren des Zentrums, und Prof. Nils Berkemeyer, ebenfalls Mitglied des KomRex, geleitet. Das Ziel des Projekts ist es, den Schwerpunkt Demokratiebildung im Curriculum der Lehramtsausbildung an der Universität Jena stärker zu verankern.

Im Jahr 2018 wurde zudem das langjährige Lehrprojekt „Taktvoll gegen Rechts“ unter der Leitung von Prof. May an der FSU weitergeführt. Das Projekt soll Lehramtsstudierende aller Fächer für rechtsextreme Parolen, Kleidung und Symbole sensibilisieren und ihnen u. a. die Gelegenheit geben, den Umgang mit rechtsextrem eingestellten Schülerinnen und Schüler im Unterrichtsalltag zu trainieren.

Ein zentrales Instrument des Wissenschafts-Praxis-Transfer stellt die vom KomRex veranstaltete Ringvorlesung mit dem Titel „Angegriffene Demokratie – Befunde und Gegenmittel“ dar, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sowie Mitgliedern des KomRex Gelegenheit bietet, aktuelle Forschungsergebnisse zu präsentieren und in einen fachlichen Austausch mit den eingeladenen Gastrednerinnen und -rednern zu kommen. Zudem war das KomRex in den Jahren 2018 und 2019 bei einer Reihe von Großveranstaltungen (z. B. Tag der Vielfalt 2019, Lange Nacht der Wissenschaften 2019, Deutscher Präventionstag 2018) präsent, wo Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Zentrums ein breiteres Publikum über aktuelle Ergebnisse aus der Rechtsextremismus- und Integrationsforschung sowie zum Thema Prävention von Radikalisierungsprozessen informierten.

Förderung durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	2018	2019
VzÄ	1,23	1,23
Förderhöhe aus Landesmitteln	95.562,29 Euro	95.356,90 Euro

Das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft (TMWWDG) hat die Arbeit des KomRex in den Jahren 2018 und 2019 zudem mit insgesamt 228.900 Euro gefördert (2018: 113.400 Euro; 2019: 115.500 Euro). Der durch die FSU Jena jährlich zur Verfügung gestellte Grundetat beträgt rund 18.000 Euro. Daneben hat das KomRex für den Berichtszeitraum eine Reihe von Drittmitteln in Höhe von mehr als einer Million Euro eingeworben.

Weitere Informationen zur Arbeit des KomRex können dem Kapitel 4 entnommen werden.

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft

Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) mit Sitz in Jena ist eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung in Trägerschaft der bundesweit tätigen Amadeu Antonio Stiftung. Übergeordnetes Ziel des IDZ ist es, durch die Erforschung von Ursachen, Inhalten, Wirkungsweisen sowie Verbreitung antidemokratischer und auf Ungleichwertigkeitsideologien basierender Einstellungen und Verhaltensweisen, durch wechselseitigen Wissenstransfer sowie Politik- und Gesellschaftsberatung die demokratische Kultur insbesondere in Thüringen zu fördern. Die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren ist konzeptioneller Bestandteil der öffentlichen Demokratieforschung des IDZ.

Im Folgenden werden einige Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte des IDZ in den Jahren 2018 und 2019 überblicksartig dargestellt. Im Sinne des Forschungskonzeptes des IDZ ist den Tätigkeiten eine aktive Öffentlichkeitsarbeit implizit, um Forschungsergebnisse und Informationen in die Gesellschaft transferieren zu können und auf dieser Grundlage anschließende Forschungsfragen zu formulieren und zu bearbeiten. Zudem liegt eine besondere Stärke des IDZ in seiner kurzfristigen Analyse- sowie Interventionsfähigkeit.

- Befragung im Rahmen des Aufbaus des Thüringer Antidiskriminierungsnetzwerks (thadine): Die Befragung hatte zum Ziel, einen Einblick in den Status quo der Antidiskriminierungsarbeit in Thüringer Beratungsstellen zu geben. 48 Institutionen beteiligten sich an der Befragung.
- Seit Beginn der öffentlichen Anhörungen im Juni 2017 begleitet das IDZ die Enquete-Kommission „Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen in Thüringen sowie ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die freiheitliche Demokratie“ als externe Beobachterin, um Chancen und Herausforderungen dieser Kommission zu analysieren.
- Gruppendiskussion im Rahmen der Studie „Interkulturelle Erziehung“: Die Studie „Interkulturelle Erziehung“ war ein Teilprojekt innerhalb des Verbundprojekts „Pilotprojekt: Vielfalt zusammenleben – Miteinander Demokratie lernen“ des Fördervereins Demokratisch Handeln e. V. Ziel des Verbundprojekts war es, Qualifizierungs- und Trainingsprogramme für Lehrkräfte zur Unterstützung einer integrativ wirksamen demokratiepädagogischen Lernpraxis an Schulen mit Geflüchteten zu etablieren. Eingebunden in diese Studie hat das IDZ vier Gruppendiskussionen in Thüringen mit Jugendlichen mit Fluchtbiografie im Alter zwischen 14 und 18 Jahren vorbereitet, durchgeführt und anschließend ausgewertet sowie verschriftlicht.
- „Neue Herausforderungen für die demokratische Kultur in ländlichen Regionen Ostdeutschlands: Reichsbürger, völkische Siedler, Bürgerwehren“: In der Studie wurden mittels qualitativer Methoden und Netzwerkanalysen die Strukturen, Vernetzung sowie Formen der Agitation und Mobilisierung von Reichsbürgern, Völkischen Siedlern, rechtsextremen Bürgerwehren und rechtspopulistischen Mobilisierungen in Ostdeutschland analysiert. Zudem wurden anwendungsorientierte Handlungsempfehlungen zur Stärkung der demokratischen Gesellschaft formuliert.
- Rechte Radikalisierung in sozialen Netzwerken: Das Forschungsprojekt geht den Fragen nach, wo und wie Radikalisierungsprozesse im Netz verlaufen, welche insbesondere nichtintendierte Folgen das Deplatforming (d. h. der Ausschluss) von rechten Hassakteuren hat, wie Zivilgesellschaft, Medien, Politik, Pädagoginnen und Pädagogen mit diesen Radikalisierungsverläufen und mit schweren politisch motivierten Gewalttaten sowie deren Begleitung in sozialen Netzwerken umgehen können. Erfahrungen und Empfehlungen zum Umgang mit Medien wie dem Livevideo des Anschlags

in Halle, welches zwar schnell von großen Netzwerken entfernt wurde, doch über kleinere Plattformen und über Direktnachrichten auch unter vielen Thüringer Jugendlichen kursiert, sind rar. Um diese Lücke zu schließen, entstehen zum einen einfach verständliche Aufklärungsmaterialien. Zum anderen werden aktuelle Radikalisierungsdynamiken in sozialen Netzwerken erforscht, durch die die Gefahr von Rechts extremismus und Gewalt wächst.

- Fachkonferenz: Gewalt gegen Minderheiten. Internationale Perspektiven und Strategien zum Umgang mit Hasskriminalität am 20./21.09.2018 in Jena.
- Fachaustausch „Rechtsrockkonzerte“ mit der Thüringer Polizei.

Fachtag Engagement und Zusammenhalt: Im Rahmen der Bundesweiten Woche des bürgerschaftlichen Engagements des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) veranstaltete das IDZ am 16. September 2019 einen Fachtag zum Thema „Engagement und Zusammenhalt“ in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung, dem BBE, der Thüringer Ehrenamtsstiftung, der Landeshauptstadt Erfurt und dem MDR Thüringen. Der Fachtag gliederte sich in ein geschlossenes Fachgespräch sowie eine offene Podiumsdiskussion, an der auch Georg Restle (Leiter und Moderator des ARD-Magazins MONITOR) teilnahm.

Erkenntnisse des Fachgesprächs waren unter anderem, dass es bisher noch keine ausreichend stabile institutionalisierte Engagementförderung gibt. Vor allem in ländlichen Räumen brauche es andere innovative Beteiligungsoffensiven, demokratie- und engagementfördernde Konzepte. Die Podiumsdiskussion fokussierte das Thema „Was hält die Engagierten zusammen? Zivilgesellschaft zwischen Erfolg und Resignation“.

„Mit uns statt über uns! Wir sprechen über Demokratie!“. Während der „Woche der Demokratie“ vom 1. bis 10. Februar 2019 hat das IDZ zu Auseinandersetzungen mit Gästen aus unterschiedlichen marginalisierten Gruppen in das Foyer des Deutschen Nationaltheaters Weimar (DNT) eingeladen. Wir sprachen an insgesamt vier Abenden über Kultur und Migration, Antiziganismus in Deutschland, über Vielfalt und warum wir mehr als zwei Geschlechter brauchen sowie über die Kolonialzeit und was sie mit unserer Demokratie zu tun hat. Die Veranstaltungsreihe stieß auf breites Interesse beim Publikum, so dass das DNT und das IDZ dieses Gesprächsformat in der Theaterspielzeit 2019/2020 fortführten.

Demokratie hier!: Mit Blick auf die Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen in Thüringen war es dem IDZ, dem Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex der Friedrich-Schiller-Universität Jena), der Mobilien Beratung in Thüringen MOBIT e. V. und ezra - Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen ein zentrales Anliegen, die Bürgerschaft für die Gefahr offener und getarnter Antidemokraten zu sensibilisieren. Daher organisierten die vier Einrichtungen gemeinsam mit PFD von Mai bis November 2019 die Veranstaltungsreihe „Demokratie hier!“ vorrangig im ländlichen Raum Thüringens. Die Vorträge, Podiumsdiskussionen und Workshops boten eine Plattform für Bürgerinnen und Bürger und für die Zivilgesellschaft zur kritischen Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus, extremer Rechten und verschiedensten Formen von Diskriminierung in Thüringen. Insgesamt wurden zehn Veranstaltungen realisiert.

Neben anderen Publikationen hat das IDZ in 2018 und 2019 drei Bände der Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ veröffentlicht.

Das IDZ als Teil des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Ende September 2018 informierte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) über das Ergebnis eines wissenschaftsgeleiteten Auswahlprozesses für die Förderung des bundesweiten „Forschungsinstituts gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Von über 50 Bewerbungen wurden elf Institute aus zehn Bundesländern ausgewählt, darunter auch das IDZ. In der Vorphase vom 1. Dezember 2018 bis 31. Mai 2020 wurde die Basis der gemeinsamen Forschungs- und Transferpraxis des bundesweiten Zusammenschlusses für die erste Förderperiode (2020 – 2024) vorbereitet.

Das IDZ Jena beteiligt sich mit folgenden Forschungsprojekten, die die Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte des IDZ vertiefen:

- Internationaler Rechtspopulismus im Kontext globaler ökologischer Krisen,
- Diversität – Engagement – Zusammenhalt: In- und Exklusionserfahrungen gesellschaftlich marginalisierter Gruppen und
- Relativierung, Revisionismus, Resurrektion: Die Abwehr der Erinnerung an den Nationalsozialismus seit 1990 und ihre Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Großer Wert wird im FGZ auf den wechselseitigen Transfer zwischen gesellschaftlicher Praxis und Wissenschaft gelegt. Deshalb konzipiert das IDZ in Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnerinnen und Partnern sowie Kolleginnen und Kollegen folgende Projekte:

- Transfer innovativ denken (zielgruppenorientierte, allgemeinverständliche Kommunikation und Vermittlung von wissenschaftlichen Inhalten),
- Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung,
- Entwicklung eines Masterstudienganges „Civic Education“ an der EAH Jena sowie
- Lehrbuch zu den Grundlagen der Transferforschung.

Förderung durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	2018	2019
VzÄ	4,06	3,83
Förderhöhe aus Landesmitteln	292.806,20 Euro	295.487,65 Euro

3.10 Förderung weiterer Maßnahmen einschließlich zivilgesellschaftlicher Projekte und Aktivitäten

Darüber hinaus wurden entsprechend der Richtlinie zur Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit verschiedene Projekte und Maßnahmen, die den Zielen des Landesprogramms dienen, gefördert. Das Landesprogramm versteht sich dabei als „präventionsorientiertes Impuls-, Unterstützungs- und Förderprogramm zur Stärkung demokratischer, menschenrechtsorientierter und gewaltfreier Strukturen, Verfahren und Einstellungen.“ Es ist grundsätzlich an alle Bürgerinnen und Bürger Thüringens gerichtet. Die im Anhang B aufgeführte Tabelle zeigt die im Berichtszeitraum geförderten Maßnahmen.

Demokratie_laden

Das Projekt Demokratie_laden gibt es in Kahla seit 2013. Es entstand aus der Notwendigkeit heraus, Engagierte zu unterstützen, die sich in einer kleinen Initiative zusammenschlossen, um den extrem rechten Bestrebungen und Aktivitäten in ihrer Stadt etwas entgegenzusetzen und ihnen einen Raum zum Austausch und Schutz zu bieten. In Kahla gibt es eine etablierte und teilweise militant agierende rechtsextreme Szene, die regional und überregional vernetzt ist.

Das Projekt nimmt die Funktionen lokaler Intervention wahr: Schutzraum, Betroffenenarbeit, Verweisberatung, Gegenrede, Dokumentation und Bearbeitung der Vorfälle. Es ist kooperativ in überregionalen Netzwerken zur Entwicklung von Deradikalisierung und Prävention beteiligt, so bspw. gegenwärtig in Bezug auf offen rechtsextrem auftretende Jugendgruppen im SHK, SOK und Jena. Zur Grundanlage gehört zudem die enge Zusammenarbeit mit Strukturprojekten im Landesprogramm, insbesondere mit MOBIT und ezra.

Der Präventions- und Beteiligungsansatz des Projekts und die Arbeit vor Ort richten sich an den gesamten Sozialraum, im Besonderen an Jugendliche und junge Erwachsene. Alle Aktivitäten finden immer beteiligungsoffen, anlass- und themenbezogen sowie bedarfsorientiert statt und sind stets kooperativ angelegt. Die Zielgruppen sind Engagierte, Interessierte, Aktive, Akteure, Kooperationspartnerinnen und -partner, Fach- und Funktionsträgerinnen und -träger, Initiativen, Gruppen sowie Vereine. Das Projekt beteiligt sich aktiv an der Nahfeldkommunikation im Sozialraum und der Stadtgesellschaft und nimmt mit der Komm- und Gehstruktur am Gemeinwesen teil. Dabei fungiert es als Plattform für vielfältige Aktivitäten.

2018 bildete die Unterstützung und Begleitung der Aktivengruppe bei der Entwicklung, Planung und Durchführung einer Groß-Veranstaltung im Themenbereich sexuelle und geschlechtliche Vielfalt den Schwerpunkt. Die Aktivenrunde besteht vorrangig aus Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich regelmäßig im Demokratieladen trifft und vom Team beraten, unterstützt und begleitet wird. Die Gruppe steht exemplarisch für den verfolgten Ansatz des Praxislernens mit v. a. jungen Menschen. Bei der Veranstaltung mit dem Titel „Kahla Courage – Vielfalt ist das ganze Leben“, die auf dem Marktplatz in Kahla stattfand, wurde durch künstlerische Darbietungen und Redebeiträge auf der Bühne von bspw. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Kulturschaffenden und Engagierten auf verschiedene Weise die Errungenschaften, Probleme und Erfahrungen aus der regionalen und überregionalen LSBTIQ*-Bewegung (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter*- und queere* Menschen) thematisiert.

Der Demokratieladen setzt immer wieder beteiligungsorientiert und gemeinsam mit und für Jugendliche und (junge) Erwachsene Projekte um, die aus ihren Interessen und Anliegen entspringen und sich an ihrer Lebenswelt orientieren. Beispielhaft steht dafür auch die Um-

gestaltung der Bahnhofsfassade im Jahr 2019, die von Jugendlichen gewünscht und angestoßen sowie als längerfristig geplante, große Mitmachaktion umgesetzt wurde. Hierbei gestalteten Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene die Fassade des Bahnhofsgebäudes unter dem Motto „Alle anders, alle gleich“ neu. Dadurch entstand gleichzeitig ein gut sichtbares Symbol für Jugendbeteiligung in der Stadt, an dem die ansässige Bevölkerung Anteil nahm.

Förderung durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	2018	2019
VzÄ	1,75	1,88
Förderhöhe aus Landesmitteln	95.823,21 Euro	92.823,57 Euro

ost*deutsch*now

Die Imaginata ist ein deutsches Science Center in Jena. Das Experimentarium für die Sinne gehört mit seinem Stationenpark zu einem der ersten derartigen Zentren in Deutschland und hat sich dem imaginativen Lernen verschrieben. Die Förderung der Vorstellungskraft, die durch die Anregung und den Freiraum für (Gedanken-)Spiele und Experimente geschaffen wird, spielt für die Imaginata eine tragende Rolle. In der Zusammenarbeit mit dem Künstler Sebastian Jung widmete sich das Projekt der Frage „Was ist Ost Deutsch Now?“ ohne dabei eine allgemeine Antwort geben zu wollen.

Beobachtungen der aktuellen Verhältnisse in Ostdeutschland bilden den Ausgangspunkt für die Auseinandersetzung. Es geht bei diesen Beobachtungen um Wendeerfahrungen und die damit verbundenen Enttäuschungen. Inwieweit sind ökonomische Unterschiede zwischen Ost und West ausschlaggebend für die Beschreibung des Zustands des demokratischen Miteinanders? Diese und andere Fragen sind in einer multimedialen Ausstellung bearbeitet worden. Es ging darum, lange bestehende gesellschaftliche Tendenzen sichtbar zu machen. In einem interdisziplinären Think-Tank unterschiedlicher Autorinnen und Autoren sind Texte entstanden, die sich aus vielfältigen Perspektiven dem Beobachtungsgegenstand nähern. Neben dieser sachlich-inhaltlichen Auseinandersetzung, sollte die künstlerische Bearbeitung der Thematik ein Zugang zur spezifischen emotionalen Gemengelage ermöglichen und damit letztlich auch die weitere inhaltliche Auseinandersetzung anregen. Als Teil dieser Beschäftigung ist Sebastian Jung in verschiedene Orte und ihre Vergangenheit eingedrungen und hat sie sich sowohl kognitiv als auch emotional angeeignet, um sie schließlich künstlerisch zu besetzen. Das Ergebnis dieser Bearbeitungen sind in einer Ausstellung in der Imaginata im November 2019 und mit der Publikation eines Katalogs öffentlichkeitswirksam präsentiert worden.

Förderung durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit:

	2019
Förderhöhe aus Landesmitteln	19.800,00 Euro

4 Bericht zur Umsetzung in den verschiedenen Bereichen der Landespolitik und des Regierungshandelns

Die Leitziele des Landesprogramms Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, die im Abschnitt 2.2. kurz umrissen sind, bilden mit ihren Handlungsfeldern auch die Orientierung für das politische Regierungshandeln und die Landespolitik. In Kapitel 3.2.2 des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit sind dazu verschiedene Maßnahmen in Verantwortung der einzelnen Ressorts beschrieben, für die die entsprechenden Ressourcen jeweils eigenverantwortlich zur Verfügung gestellt werden.

4.1 Sensibilisierung, Bildung und Qualifizierung

Mit einer umfassenden Sensibilisierung, Bildung und Qualifizierung sollen unterschiedliche Personengruppen erreicht werden, um sie u. a. mit themenspezifischen Wissen über demokratiegefährdende und demokratieverstärkende Aspekte auszustatten, sie zur kritischen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen zu befähigen sowie demokratische Einstellungen zu stärken. Dazu wurden durch die verschiedenen Bereiche der Landesregierung nachfolgende Maßnahmen umgesetzt:

Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt

Im Rahmen des Landesprogrammes für Akzeptanz und Vielfalt wird seit Sommer 2018 als zentrale Maßnahme eine Koordinierungsstelle für LSBTIQ* gefördert. Damit entstand erstmalig in Thüringen eine zivilgesellschaftliche und hauptamtliche Koordinierungsstelle, die bestehende Aufklärungs- und Bildungsangebote zu den Themen Vielfalt geschlechtlicher Identitäten, sexuelle Orientierungen und Beziehungsweisen bündelt, unterstützt sowie eigene Aktivitäten zur Schließung von Angebotslücken entfaltet.

Die Koordinierungsstelle berät LSBTIQ*-Personen oder zu LSBTIQ*-Themen, organisiert Infoveranstaltungen, Bildungsangebote und Schulungen, klärt auf und sensibilisiert, vernetzt, organisiert und unterstützt LSBTIQ*-Projekte und bietet Material zu dem Themenfeld an. Nicht zuletzt ist sie eine Interessenvertretung von und für LSBTIQ*.

Die LSBTIQ*-Koordinierungsstelle wurde in 2018 mit 48.900 Euro und in 2019 mit ca. 66.800 Euro gefördert.

Durch die Arbeit der Koordinierungsstelle ist es nicht nur gelungen, das Thema LSBTIQ* sichtbarer zu machen und damit eine Basis für Aufklärung und Sensibilisierung zu schaffen. Es existiert nunmehr auch eine niedrigschwellige Ansprech- und Beratungsstelle. Hier zeichnen sich vor allem die Bereiche LSBTIQ*- Jugendliche und queere Geflüchtete als die Bereiche ab, die am häufigsten z. B. von Behörden, Institutionen, pädagogisch Tätigen oder auch Betroffenen in Anspruch genommen werden.

Das Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt fördert und unterstützt die Akzeptanz der Vielfalt sexueller Orientierungen, geschlechtlicher Identitäten und individueller Lebensentwürfe. Dafür bedarf es eines gesellschaftlichen Klimas von Toleranz und Weltoffenheit.

Über das Fortbildungsangebot von „DenkBunt“ konnten durch die Landesantidiskriminierungsstelle ab 2018 Bildungstage im Qualifizierungsbereich „Förderung von Akzeptanz vielfältiger sexueller Orientierungen, Geschlechtsidentitäten und Beziehungsformen“ für alle

neun Zielgruppen (Lehrerinnen und Lehrer, Mitarbeitende der Polizei, in Verwaltungen, der Justiz, in Kindertageseinrichtungen, in Beratungsdiensten, der Jugendhilfe, Ehren- und Hauptamtliche in Vereinen sowie Mitarbeitende der Pflege angeboten werden. Insgesamt wurden in 2018 in diesem Qualifizierungsbereich 17 Bildungstage durchgeführt. Dabei haben Mitarbeitende in Kindertageseinrichtungen (6), der Jugendhilfe (5) und Verwaltungen (3) diese Fortbildung überwiegend in Anspruch genommen. Die übrigen drei Bildungstage verteilen sich mit je einem Seminar auf die Zielgruppe Lehrerinnen und Lehrer, Vereine und Pflege.

Im Ergebnis des ersten Jahres zeichnete sich ein großer Bedarf an diesem Themenfeld ab, was sich in der Entwicklung der Wahrnehmung dieser Fortbildungen widerspiegelte. So hat sich die Anzahl der wahrgenommenen Bildungstage in 2019 mit 35 Veranstaltungen Thema Vielfalt sexueller Orientierungen, Geschlechtsidentitäten und Beziehungsformen praktisch verdoppelt. Der Schwerpunkt bei den Zielgruppen lag nach wie vor bei der frühkindlichen Erziehung (15), der Jugendhilfe (5) und den kommunalen Verwaltungen (3). Verstärkt hinzugekommen werden konnten Lehrerinnen und Lehrer mit nunmehr 7 Bildungstagen. Mitarbeitende von Beratungsdiensten nahmen zwei, haupt- und ehrenamtlich Tätige in Vereinen, Mitarbeitende der Pflege und in der Justiz jeweils einen Bildungstag wahr.

THADINE - Thüringer Antidiskriminierungsnetzwerk

Im Mai 2018 hat sich das Thüringer Antidiskriminierungsnetzwerk „thadine“ als Netzwerk nicht-staatlicher Organisationen, Aktivistinnen und Aktivisten aus verschiedenen Bereichen der sozialen Arbeit, Bildung, politischen Arbeit und Wissenschaft gegründet. Sie verbindet die Antidiskriminierungsarbeit als Querschnittsthema bezüglich der Diskriminierungsdimensionen ethnische Herkunft, rassistische Zuschreibungen, Religion/Weltanschauung, Geschlecht, sexuelle Identität, Behinderung/chronische Erkrankung und Lebensalter. Dabei setzt sich thadine aus einer menschenrechtlichen Perspektive heraus fachlich mit Diskriminierung, ihren strukturellen Grundlagen sowie den individuellen und gesellschaftlichen Konsequenzen auseinander.

Ziel von thadine ist es, Diskriminierung sichtbar zu machen, die politische und fachliche Auseinandersetzung des Themas voranzubringen, Modelle und Konzepte für Thüringen zu entwickeln, die Betroffene unterstützen sowie zum Thema zu sensibilisieren und aufklären zu helfen. Zudem wird angestrebt, für Politik, Zivilgesellschaft, Öffentlichkeit und Verwaltung Ansprechpartner zu sein.

Der wachsende Zuspruch der beiden Fachtage hat gezeigt, dass es thadine gelingt, die Kompetenzen der zivilgesellschaftlichen Antidiskriminierungsarbeit in Thüringen zusammenzubringen, zu bündeln und ihr Sprachrohr zu sein. Mit dem Wahlkompass zur Thüringer Landtagswahl 2019 hat thadine zudem den Blick auf die Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik der Parteien gelenkt, das Thema sichtbar(er) gemacht und zur Diskussion angeregt.

Thadine wurde in 2018 mit 10.980 Euro (Fachtag) und in 2019 mit 40.415 Euro durch die Thüringer Landesantidiskriminierungsstelle gefördert. Seit 2019 wird die Arbeit von thadine durch eine Geschäftsstelle mit 0,5 Vollzeitäquivalent koordiniert.

Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik für Thüringen

Der Landtag hat sich mit den Beschlüssen vom 28. September 2017 und 28. Februar 2019 zur „Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik für Thüringen“ bekannt, die insbesondere junge Menschen in der Phase zwischen Eintritt in die Sekundarstufe bis zum Ende der Ausbildung in den Blick nimmt und einen Schwerpunkt auf die Ausweitung ihrer Mitbestim-

mungs- und Beteiligungsmöglichkeiten legt. Ziel sei eine jugendgerechte Politik, die ressortübergreifend positive Rahmenbedingungen für ein gelingendes Aufwachsen aller jungen Menschen in Thüringen schaffen soll.

Mit der Eigenständigen Jugendpolitik entsteht ein neues Politikfeld, das sowohl Ressort- als auch Querschnittspolitik ist. Mit der Entwicklung wird auf die aktuellen Herausforderungen für junge Menschen (z. B. demographischer Wandel, durch Globalisierung steigende Anforderungen an Wissen und Kompetenzen, Beschleunigung und Verdichtung der Bildungsbiographie, fortschreitenden Heterogenisierung und Ausbreitung der Jugendphase) reagiert, um ihnen bestmögliche und passgenaue Bedingungen in der vielfältigen und sich laufend verändernden Jugendphase zu gewähren.

Mit der Umsetzung der Eigenständigen Jugendpolitik wurde in 2019 begonnen. Schwerpunkte sind dabei die Umsetzung der Landesstrategie Mitbestimmung, die 2019 vom Thüringer Kabinett beschlossen wurde. Die darin enthaltenen Prüfaufträge zur Verstärkung der Mitbestimmung junger Menschen in der Schule und in der Kinder- und Jugendhilfe wurden mit den Gesetzesnovellierungen in 2019 bzw. 2020 umgesetzt.

Angebote der Jugendbildung und Jugendverbandsarbeit

Als außerschulische Lebens- und Sozialisationsorte haben die Jugendverbände einen entscheidenden Bildungsanteil junger Menschen außerhalb formalisierter Strukturen. Die Jugendverbände leisten dabei einen wichtigen Beitrag zur Professionalisierung der Bildungsangebote. Auch im Berichtszeitraum 2018 und 2019 wurden die Jugendverbände in Thüringen als Partnerinnen und Partner und Unterstützerinnen und Unterstützer der Demokratiebildung junger Menschen durch das TMBJS weiter gestärkt. Dafür wurden insgesamt in 2018 ca. 1.500.000 Euro und 2019 1.550.000 Euro zur Förderung aller im Landesjugendring zusammengeschlossenen Jugendverbände bereitgestellt. Darin enthalten waren für Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung in 2018 ca. 342.000 Euro und in 2019 ca. 347.000 Euro.

Darüber hinaus werden in den Landesprogrammen Örtliche Jugendförderung (2018 und 2019 jeweils 15 Mio. Euro Landesförderung) und Schulbezogene Jugendsozialarbeit (2018 mit rund 11,155 Mio. Euro Landesmittel und 2019 11,382 Mio. Euro Landesmittel) ebenfalls Möglichkeiten der außerschulischen Bildung genutzt, um insbesondere Kinder und Jugendliche zu stärken.

Angebote der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen (LZT)

Zentrales Anliegen der Landeszentrale für politische Bildung ist es, gesellschaftspolitische Fragen in ihrer Kontroversität aufzugreifen und damit die demokratische politische Kultur zu stärken. Im Folgenden ist lediglich eine themenspezifische Auswahl der Veranstaltungen und Angebote aufgeführt, die dem Handlungsfeld „Sensibilisierung, Bildung, Qualifizierung“ zugeordnet werden können. Soweit nicht anders vermerkt, wurden sie im Wesentlichen aus Haushaltsmitteln der LZT finanziert. Eine ausführliche Veranstaltungsübersicht ist den jeweiligen Jahresberichten 2018 und 2019 zu entnehmen, der auf der LZT-Internetseite verfügbar ist.

Historisch-politische Bildungsarbeit zum Themenfeld „Nationalsozialismus“

In Zusammenarbeit mit den Thüringer Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora bietet die LZT mehrtägige Projektstage bzw. eintägige Studientage am Erfurter Erinnerungsort Topf & Söhne für Thüringer Schulklassen an. Das LZT-Publikationsangebot stellt eine Reihe von

Publikationen und Quellendokumentationen zum Nationalsozialismus (NS) bereit, auch mit landesgeschichtlichen Schwerpunkten.

Ein besonderer Schwerpunkt war die Auseinandersetzung mit dem Schicksal von Kindern und Jugendlichen im NS. Die LZT initiierte die Buchpublikation „Das Kind auf der Liste. Die Geschichte von Willy Blum und seiner Familie“. Das Buch erzählt die Geschichte des Sinto Willy Blum, der als 16jähriger in Auschwitz ermordet wurde. Das Buch wurde in zahlreichen Thüringer Städten vorgestellt. Die LZT ist die einzige Bildungseinrichtung in Thüringen, die sich kontinuierlich und in regionaler Breite mit dem Thema der rassistischen Verfolgung von Sinti und Roma im NS und ihrer Nachgeschichte beschäftigt. Die Ausstellung „Vergiss Deinen Namen nicht. Die Kinder von Auschwitz“ wurde in Gotha mit einem umfangreichen Begleitprogramm präsentiert. Wichtige Neuveröffentlichungen zum NS werden in unserer Reihe „Das politische Buch im Gespräch“ regelmäßig vorgestellt.

Die kritische Auseinandersetzung mit der stalinistischen Überformung des DDR-Antifaschismus stellt seit Jahren ein wichtiges Programmsegment der LZT dar. 2019 konnte die LZT-Eigenpublikation „Paul Schäfer. Erfurter Kommunist, ermordet im Stalinismus“ auf den Weg gebracht werden.

Demokratielernen an positiven Beispielen: Republikjubiläum 18/19, Frauenwahlrecht, Friedliche Revolution

Der Projektzusammenhang „Für ein lebendiges Republikjubiläum“, den die LZT zusammen mit der Evangelischen Akademie initiierte und koordinierte, hat sich in Form eigener Trägerstrukturen verselbständigt. Die Finanzierung des Projekts erfolgte durch Landes- und Bundesmittel.

Im Zuge des 100. Jubiläums wurden alle wichtigen Neuerscheinungen zur Novemberrevolution in Thüringen vorgestellt. Dabei wurde auf die Schlüsselrolle der Arbeiterbewegung in der Novemberrevolution, aber auch für die Thüringer Landesgründung hingewiesen. Im Publikationsangebot der LZT standen zahlreiche Eigenpublikationen zur Weimarer Republik zur Verfügung, u. a. von Karsten Rudolph „Die Thüringer Arbeiterbewegung vom Kaiserreich bis zum Ende der Weimarer Republik“.

Gemeinsam mit dem DNT, dem Weimarer Republik e. V. und dem ZDF wurde eine Gesprächsreihe „Echo von Weimar“ organisiert. Die Eröffnungsveranstaltung „Was ist aus unserer Revolution geworden?“ debattierte die Lehren aus der Weimarer Republik und fragte nach den Zuständen und Demokratiegefährdungen der Berliner Republik. 2019 wurde diese Gesprächsreihe mit vier Podien zu den Themen „Egalité ist weiblich“, „Europe – eine Nationalversammlung“, „Demokratie und Religion“ und „Einigkeit und Recht und Freiheit“ fortgesetzt.

In Kooperation mit Städten und Landkreisen sowie lokalen Pfd konnte die LZT die Ausstellungen „Mit Macht zur Wahl. 100 Jahre Frauenwahlrecht in Europa“ und „Frauenpolitischer Aufbruch-Der Kampf um das Wahlrecht der Frauen“ vom Frauenmuseum Bonn einem großen Publikum präsentieren. Im Rahmen der Begleitprogramme fanden zahlreiche Einzelveranstaltungen zu „100 Jahren Frauenwahlrecht“ und den langen Kampf um politische Gleichberechtigung statt.

In Zusammenarbeit mit dem Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ fanden 2018 Schulprojekte unter dem Thema „Demokratie und Menschenrechte in der DDR und heute“ statt. 2019 standen die Schulprojekte ganz im Zeichen der Friedlichen Revolution 1989. Eine Filmreihe aus Anlass des 30. Jahrestages der friedlichen Revolution eröffnete die Chance,

sich mit der SED-Diktatur sowie mit konformen, nonkonformen und widerständigem Verhalten in der DDR auseinanderzusetzen. Für Schulen wurden die Kooperationsseminare mit der Stiftung Ettersberg bzw. der EJBW zur Aufarbeitung von DDR-Geschichte fortgesetzt, genauso die auf eine demokratische Schulentwicklung zielenden Seminare für Schülervertretungen bzw. Schülerzeitungsredaktionen.

Auseinandersetzung mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Autoritarismus und Rechtsextremismus

Die pädagogische Auseinandersetzung mit Formen „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“, Rechtspopulismus und -extremismus gehört seit vielen Jahren zu den Schwerpunkten der LZT.

Fachtagungen für unterschiedliche Berufsgruppen sensibilisierten für neue Tendenzen innerhalb der radikalen Rechten und beschäftigten sich u. a. mit „Rechtspopulismus als Herausforderung für den Journalismus“ (2018). Die gemeinsam organisierte Tagung mit MOBIT „Toxische Männlichkeit, Gewalt und Rechtsterrorismus“ (2019) verband den Blick auf die historische Dimension mit einer Analyse aktueller Entwicklungen. Die Tagung fand bundesweite Aufmerksamkeit und thematisierte neue Aktionsfelder wie Kampfsport und neue Formen des Rechtsterrorismus in ihrem Zusammenhang mit Männlichkeitskonstruktionen.

Für die politische Bildung ist die Auseinandersetzung mit dem RechtsRock, dem Medium des jugendkulturellen Rechtsextremismus, von besonderer Bedeutung. Thematisch stand die Frage im Mittelpunkt, welchen Stellenwert der Antisemitismus in der Rap-Szene und im Thüringer RechtsRock hat. Die unterschiedlichen Ebenen des Antisemitismus zwischen offener Zustimmung zum Holocaust, dessen Leugnung oder Bagatellisierung wurden ebenso thematisiert, wie neuere Erscheinungsformen des sekundären und des Israel-bezogenen Antisemitismus.

In der Reihe „Das politische Buch im Gespräch“ wurden regelmäßig der aktuelle Forschungsstand sowie neue Entwicklungen zur Diskussion gestellt. Andreas Speit präsentierte z. B. sein Buch „Reichsbürger. Die unterschätzte Gefahr“ in zahlreichen Veranstaltungen. Das Buch von Andreas Speit liegt in einer Sonderauflage der Landeszentralen für politische Bildung vor und ist auch in der LZT erhältlich. Weitere Veranstaltungen mit unterschiedlichen Referenten widmeten sich dem Thema der sog. Neuen Rechten und möglicher Gegenstrategien. Buchvorstellungen beschäftigten sich mit der Demokratiekrise wie z. B. Jana Simons Reportage-Band „Unter Druck. Wie Deutschland sich verändert“ oder Jürgen Wiebickes Leitfaden „Zehn Regeln für Demokratieretter“ oder den Gewalterfahrungen in den frühen 90er Jahren (Manja Präkels Buch „Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß“).

Ein Höhepunkt war die Vortragsveranstaltung in Jena mit Didier Eribon, die in Zusammenarbeit mit dem Institut für Soziologie und dem Französischen Kulturinstitut durchgeführt werden konnte. Sein Buch „Rückkehr nach Reims“ hat auch in Deutschland die Debatte um eine „Arbeiterbewegung von rechts“ stark beeinflusst.

Im Themenfeld Antisemitismus stellte Wolfgang Benz sein Buch „Feindbild Israel. Antisemitismus und Antizionismus in der DDR“ mehrfach in Thüringen vor. Die Anfang 2019 verstorbene Mirjam Pressler gehörte zu den bedeutendsten Jugendbuchautorinnen unseres Landes. Ein großes Lebensthema der Autorin war die Auseinandersetzung mit der Shoah und die Geschichte jüdischen Lebens in Deutschland. Mehrere Veranstaltungen – von Schulleisungen bis zur Fortbildung – dienten dem Ziel, Lehrerinnen und Lehrern sowie anderen Interessierten einen breiten Einblick in das Gesamtwerk von Mirjam Pressler – vor allem bezogen auf ihre Auseinandersetzung mit jüdischer Geschichte – zu bieten.

Ein neues Thema in der Programmstruktur der LZT ist die Debatte um eine Dekolonisierung der Erinnerungskultur. Jochen Zeller stellte sein Buch „Deutschland postkolonial. Die Gegenwart der kolonialen Vergangenheit“ auf einer gut besuchten Veranstaltung in Erfurt vor und präsentierte ausgewählte Aktionen und Projekte zur Weiterentwicklung einer postkolonialen Gedenkkultur in Deutschland. Gemeinsam mit der Stadt Erfurt und dem Max Weber-Kolleg veranstalteten wir im Dezember eine Diskussion zum städtischen Umgang mit ihrem kolonialen Erbe.

Wahlkampagnen 2019

Die 2019 in Thüringen anstehenden Kommunal- und Europawahlen im Mai sowie die Landtagswahl im Oktober boten der Landeszentrale Anlässe, Demokratielernen praktisch zu ermöglichen und insbesondere Erstwähler zur Beteiligung an den Wahlen zu motivieren.

Das Ziel der Erstwählerkampagne, Jugendliche und junge Erwachsene über Wahlen, ihre Bedeutung für die Demokratie, sowie über spezielle Fragen im Zusammenhang mit Kommunalwahlen zu informieren sowie zur Beteiligung an diesen Wahlen zu motivieren, wurde erreicht. Hierzu wurden insbesondere digitale Kanäle genutzt. Belastbare Daten über die unmittelbare Wirkung der Kampagne auf die spezielle Zielgruppe der Erstwähler wurden zwar offiziell nicht zur Verfügung gestellt, aber die allgemeine Wahlbeteiligung hatte sich bei der Kommunalwahl 2019 im Vergleich zu 2014 um fast 9 % erhöht, wozu die Kampagne einen Beitrag geleistet haben könnte. Die Ende Februar freigeschaltete Kampagnen-Website wurde bis zur Wahl am 26. Mai von knapp 13.000 Nutzern besucht, die Reichweite der Inhalte auf Instagram und Facebook betrug ca. 180.000 Views, bei YouTube 2.150.000 und die In-App-Werbung erzielte 420.000 Einblendungen. Mit gedruckten Informationsmaterialien wurden alle weiterführenden Schulen in Thüringen sowie alle Lokalen PfD versorgt. Zudem wurde das Material auch von anderen sich im Rahmen von Jugendbildung und Jugendarbeit engagierenden Vereinen, Initiativen und Einrichtungen abgerufen.

Für auf die Kommunalwahlen und dabei speziell auf das Thema „Wählen mit 16“ zielende Maßnahmen erhielt die Landeszentrale im Doppelhaushalt 2018/19 zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 350.000 Euro. Sie wurden hauptsächlich für die von der Landeszentrale in Zusammenarbeit mit zahlreichen Partnern durchgeführte Erstwählerkampagne „Was willst du eigentlich!? #gehwaehlen“ eingesetzt.

Ein weiteres Vorhaben war das in Kooperation mit der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW) umgesetzte Erstwählerprojekt „Heimat Europa – ihr seid meine Wahl“. Im Rahmen dieses Vorhabens wurden thüringenweit im Sinne aufsuchender politischer Bildung Projekttag in Schulen und Jugendeinrichtungen angeboten. Insgesamt wurden in über 50 Thüringer Schulen fast 100 Klassen mit mindestens 2.500 Schülern im Zielgruppen-Alter von 16 bis 21 Jahren erreicht. Zusätzlich wurden für interessierte Schüler und Schülerinnen Demokratiebotschafter-Seminare, Fortbildungen für Politik-Lehrer und Lehrerinnen sowie zwei zentrale Podiumsdiskussionen für Jugendliche mit Politikern organisiert. Die Landeszentrale beteiligte sich im Vorfeld der Wahlen am 26. Mai 2019 außerdem in 30 Thüringer Schulen an der Juniorwahl zur Europawahl. Darüber hinaus unterstützte die Landeszentrale kleinere regionale Projekte.

Zur Landtagswahl im Herbst 2019 wurde die erfolgreiche Kommunalwahl-Kampagne „Was willst Du eigentlich?! #geh wählen“ an landespolitische Gegebenheiten und Fragestellungen angepasst und als „Wahlkampagne für Erst- und Jungwähler zur Thüringer Landtagswahl“ fortgeführt. Hierzu entstanden zusätzliche Motivationstrailer, außerdem wurden Fotomotive und sowie ein interaktives Online-Spiel „Wahlrennen – mach mit!“ entwickelt. Der Instagram-Kanal der Landeszentrale @gehwaehlen konnte weiter ausgebaut werden.

Mit der Bundeszentrale für politische Bildung und einer Jugendredaktion wurde auch 2019 wieder ein Wahl-O-Mat zur Landtagswahl im Rahmen mehrerer Workshops entwickelt. Das beliebte Tool wurde diesmal erstmals nicht nur mit den klassischen Medien- und Kooperationspartnern verbreitet, sondern intensiv auch von der Landeszentrale selbst über ihre Social-Media-Kanäle und das Internet beworben. Mit 236.561 Zugriffen wurden beim Wahl-O-Mat 2019 mehr als drei Mal so viele Nutzungen wie 2014 erzielt. Zudem kam auch 2019 wieder eine Analogversion des Wahl-O-Mat zum Einsatz, mit der zusätzlich rund 3.000 Interessenten erreicht werden konnten.

Das Projekt „Wahlkampagne Erst- und Jungwähler zur Thüringer Landtagswahl“ wurde vom Lehrstuhl für Didaktik der Politik der Universität Jena fachlich und wissenschaftlich begleitet. Politik-Studierende erarbeiteten schulpraktische Module, die an Thüringer Schulen durchgeführt und anschließend ausgewertet wurden. Darüber hinaus wurde das Workshop-Projekt Landtagswahl an mehreren Thüringer Schulen sowie das Projekt „Kinder- und Jugendwahl U18“ des Vereins Arbeit und Leben Thüringen unterstützt. An der Demokratie-Offensive des Thüringer Landtags zur Landtagswahl hat sich die LZT als Projektpartner im Online-Bereich ebenfalls beteiligt. Mit dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung wurde die Broschüre „Landtags-Wahl – so geht das!“ erstellt, die ausdrücklich auch für junge Menschen und Menschen mit Sprachbarrieren konzipiert und daher in leichter Sprache verfasst war. Somit bot die Broschüre auch eine gute Gelegenheit, um mit Kindern und Jugendlichen über Wahlen und Demokratie ins Gespräch zu kommen.

Publikationen:

Das LZT-Publikationsangebot stellt kontinuierlich Eigenpublikationen zur Demokratiegeschichte in Thüringen wie auch aktuelle Neuveröffentlichungen zur Verfügung, die unterschiedlichen Präventionsbereiche des Denkbunt-Programms ansprechen. Ein ausführliches Publikationsverzeichnis findet sich auf der Internetseite der Landeszentrale.

Angebote der Gedenkstätten- und Erinnerungsorte

Die Gedenkstätten- und Erinnerungsorte in Thüringen haben in den vergangenen Jahren verstärkt auch die Zeit nach 1945 in den Fokus gerückt und Schwerpunkte bei den Themen deutsche Teilung, revolutionärer Umbruch 1989/90 und Auseinandersetzung mit den divergierenden Eigenschaften von Diktatur und Demokratie gesetzt.

Bei dieser wichtigen Bildungs- und Vermittlungsarbeit setzen die Einrichtungen häufig interdisziplinäre Mittel und Methoden ein, um unterschiedliche und neue Zielgruppen zu erreichen. Sie tragen zur Stärkung des Bewusstseins für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bei.

Im Grenzmuseum Schiffersgrund konnten z. B. zwei Schülerinnen und Schülerprojekte durch die lokale Partnerschaft für Demokratie umgesetzt werden (Fördermittel: 6.300 Euro), die sich im Rahmen von Comic- und Video-Workshops mit der deutschen Teilungsvergangenheit und deren Folgen für die Gegenwart auseinandersetzten. Der internationale Austausch ist in Geisa wichtiger Teil der Arbeit. So können Führungen mehrsprachig und internationale Begegnungen mit Jugendlichen aus Tschechien und den USA durchgeführt werden.

Ressourcen: Lt. HH-Plan 18/19 wurden für die Grenzmuseen ca. 900.000 Euro Zuschüsse (ohne Investitionen) ausgereicht. Für Aufarbeitungsinitiativen, wie Amthordurchgang Gera und Geschichtswerkstatt Jena standen 400.000 Euro zur Verfügung.

Der Einsatz von unterschiedlichen Medien und das digitale Lernen sind auch bei der Point Alpha Stiftung wichtige Methoden der politischen Bildungsarbeit. So konnten bei einem

Schülerprojekttag zum Jahrestag des 9. November über 150 Teilnehmende in Workshops mit Zeitzeugen ins Gespräch kommen und Fertigkeiten zum Führen von Interviews und zum Verfassen von Zeitungsartikeln vermittelt bekommen.

Das Grenzlandmuseum Eichsfeld e. V. Teistungen konnten 5.000 Schülerinnen und Schüler in den Jahren 2018 und 2019 besuchen und weitere 10.000 Besucher zum 30. Jahrestag der Grenzöffnung eine Licht- und Klanginstallation zum Thema erleben.

Die Angebote richten sich nicht nur an Jugendliche, sondern auch an Erwachsene. Eine besondere Rolle spielen hierbei zahlreiche Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte in Thüringen und dem benachbarten Hessen und Niedersachsen. Dabei sind die Kooperationen und Vernetzungen mit dem ThILMM, den Volkshochschulen, Bildungsakademien, der Thüringer Landesmedienanstalt und anderen Gedenkstätten und Kultureinrichtungen unerlässlich.

Welche Wirkungen die Angebote der Erinnerungs- und Gedenkort kurz- oder mittelfristig haben, lässt sich derzeit nur an dem anhaltend hohen Interesse- besonders von Schulklassen- an den vielfältigen Angeboten messen. Darüber hinaus muss es noch mehr gelingen, Schülerinnen und Schüler aller Schulformen und darüber hinaus jungen Heranwachsende, wie Auszubildenden diese Angebote zugänglich zu machen.

Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora

Die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora hat nach den guten Erfahrungen mit den verschiedenen Veranstaltungen zum Gedenken an den 73. Jahrestages, die 2018 für beide Gedenkstätten erstmals unter einer gemeinsamen Fragestellung „Wie gegenwärtig ist die Vergangenheit?“ standen, für den Sommer 2019 ebenfalls ein gemeinsames Motto für die dort stattfindenden Veranstaltungen der beiden Gedenkstätten gesucht. Unter dem Titel „80 Jahre Krieg“ sollte so thüringenweit die Sichtbarkeit der Veranstaltungen in einer Reihe erhöht und zugleich die unterschiedlichen Aspekte der Veranstaltungen vom Publikum perspektivisch auf ihre Gegenwartsrelevanz befragt werden können.

Neben Nordhausen und Erfurt lag ein Schwerpunkt in der Zusammenarbeit mit der Klassik Stiftung in Weimar, insbesondere mit dem neuen Bauhaus-Museum. Die mit dem dort entstehenden „Quartier der Moderne“ verbundenen historischen und gesellschaftlichen Fragestellungen sollten mit einem neuen Veranstaltungsort im städtischen Raum verankert werden. Dafür konnten prominente Publizisten und Historiker wie Hannes Heer und Michael Wildt gewonnen werden. Die zum Teil sehr intensiven Diskussionen mit dem Publikum zeigten, dass die angestrebte Perspektivierung auf die Gegenwart der Fragestellungen historischer Gesellschaftsgeschichte angenommen wurde. Sehr bewusst konnte am historischen Ort nationalsozialistischer Repräsentationsarchitektur vielfältig die Verantwortung in der Gegenwart für die Aufrechterhaltung zivilisatorischer Errungenschaften einer demokratischen Gesellschaft thematisiert werden.

Stiftung Ettersberg

Die Stiftung Ettersberg in Weimar steht für wissenschaftliche und kulturelle Bildungsarbeit zur vergleichenden Europäischen Diktaturforschung und verfügt mit der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Erfurt über einen vielschichtigen historischen Erinnerungs- und Lernort. Fragen der historisch-politischen und kulturellen Bildung prägen die multiperspektivische Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Die Diktaturgeschichte der DDR, der Nationalsozialismus und andere Diktaturerfahrungen bilden dabei den historischen Hintergrund, vor dem die Teilnehmenden der Bildungsangebote sich in der demokratischen Ge-

genwart samt ihren Herausforderungen und Ambivalenzen verorten können. Wichtiges Merkmal der Tätigkeit ist der Raum, der heterogenen Erfahrungen eingeräumt wird und sich von bipolaren Narrativen ohne Zwischentöne abhebt. Anknüpfend an die bei vielen Veranstaltungen genutzte Dauerausstellung Haft – Diktatur – Revolution, bei der im Comicraum Kontingenz und Konsequenzen eigener Entscheidungen thematisiert werden, werden die Veranstaltungsteilnehmenden angehalten, eigene Positionen zu beziehen, pro und contra gegeneinander abzuwägen und in der Lern- und Erfahrungsgruppe diese zu vertreten und Kompromisse zu erarbeiten. In den vergangenen Jahren nehmen Themen wie Diversität, Migration und Nachhaltigkeit stetig an Bedeutung zu. Auf diese Entwicklung wird reagiert, indem neue entsprechende inhaltliche Schwerpunkte gesetzt werden, in den Veranstaltungen die Teilnehmenden dahingehend sensibilisiert und außerdem die bestehenden Formate um diese gesellschaftlichen Fragen erweitert werden.

Die Stiftung Ettersberg bedient sich dabei unterschiedlicher Ansätze, die einerseits bewährte Erfahrungen weiterführen, andererseits auch innovative Formate etablieren. Zu ersteren gehören Bildungsangebote zur DDR-Geschichte, die die Stiftung seit vielen Jahren für weiterführende Schulen anbietet. Hierbei gilt es, anhand historischer Beispiele und Quellen ein Problembewusstsein für autoritäre Politik und die daraus erwachsenden gesellschaftlichen Folgen zu befördern. In den Jahren 2018 und 2019 konnten jeweils acht Thüringer Schulen diese intensiven Lernformate nutzen. In Kooperation mit der Weimarer EJBW wurden jährlich zwei bis drei weitere Projekte durchgeführt, die sich auf jeweils mehrere Tage erstreckten und an einzelnen Schulen historische Tiefenbohrungen in Klassenstärke ermöglichten. Der alljährliche Wettbewerb für Schülerinnen und Schüler der Stiftung Ettersberg erfreut sich anhaltenden Interesses und unter den Dutzenden Einsendungen finden sich zahlreiche hervorragende und innovative Seminarfacharbeiten auf bemerkenswertem fachlichem Niveau.

Die Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße führte in den vergangenen beiden Jahren wieder äußerst innovative Veranstaltungen durch, bei denen insbesondere die Ferienworkshops auf reges Interesse stießen. 2018 widmete sich eine Veranstaltung dem Thema „Revolution auf Papier“ und fasste die Gedanken und Impulse der Teilnehmenden als wandfüllende Comics zusammen. Im Jahr 2019 gab es mehrere Angebote, beispielsweise den Band-/Rapworkshop „WIE KLINGT die Demokratie?“, den professionell begleiteten Comic-Workshop „KANN MAN Demokratie ZEICHNEN?“ sowie den Kurzfilm-Workshop „DEMOKRATIE meets STOP-MOTION“.

Die Dauerausstellung erfreute sich weiterhin steigender Besucherzahlen: So haben im Jahr 2019 ca. 30.000 Gäste die Dauerausstellung und die wechselnden Sonderausstellungen erlebt. Erstmals wurden auch professionelle polnischsprachige Führungen angeboten. Zusätzlich kamen unzählige Gäste zu den grundsätzlich kostenlosen abendlichen Konzerten, Diskussionsrunden, Buchvorstellungen und Gedenkveranstaltungen.

In Kooperation mit dem ThILLM in Bad Berka konnten wieder Weiterbildungen für Lehrkräfte und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Form von Tagesseminaren durchgeführt werden, die sich methodischen Ansätzen zur Reflexion pädagogischer Haltungen und dem Umgang mit heterogenen jugendlichen Gruppen an Lernorten zur Geschichte von Sowjetischer Besatzungszone (SBZ) und DDR widmeten. Außerdem fand 2019 erstmalig eine polnisch-deutsche Lehrkräftefortbildung statt. Auch das Symposium der Stiftung Ettersberg steht dem nicht-akademischen Publikum offen und konnte insbesondere mit den Themen Jüdisches Leben in Deutschland und Europa nach der Shoah (2018) und Die revolutionären Umbrüche in Europa 1989/91: Deutungen und Repräsentationen (2019) zahlreiche Bürgerinnen und Bürger locken.

Die Gedenk- und Bildungsstätte beteiligt sich aktiv an verschiedenen städtischen und lokalen Initiativen und Veranstaltungen, wie der langen Nacht der Museen und der Fête de la Musique, ist Gastgeber des Bürgerfests des Thüringer Geschichtsverbunds und konnte im Jahr 2018 zu den unterschiedlichen Formaten zwischen 800 und 1200 Besucherinnen und Besucher begrüßen. Auch der lokale Kulturpass wurde unterstützt und von vielen Schülerinnen und Schüler genutzt.

Die Veröffentlichungen der Stiftung verfügen über eine zielgruppenspezifische Varianz, bei der immer die Wissenschaftlichkeit im Vordergrund steht. Umso erfreulicher ist es, dass die Veröffentlichung „Nieder mit Hitler“ im Stil einer Graphic Novel im Jahr 2019 einen renommierten Comibuchpreis erhalten hat. Außerdem sind zahlreiche Sammelbände und kleinere Veröffentlichungen zu historischen Themen erschienen.

Andere niederschwellige Bildungsformate betreffen den Onlinebereich. So konnte zum 4. Dezember 2019 die Scroll-Dokumentation: »Was geschah am 4. Dezember 1989 in der Andreasstraße?« über die erste Besetzung einer Bezirksverwaltung der Staatssicherheit fertiggestellt und freigeschaltet werden. Gleiches gilt für den Podcast der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße „Horchpost DDR“, von dem mittlerweile sechs Folgen online sind. Eine weitere Innovation konnte in Kooperation mit einer Schülerinnengruppe und der Thüringer Landesmedienanstalt umgesetzt werden: Es gibt erstmalig ein 360°-Video mit ausgewählten Orten der Gedenk- und Bildungsstätte, welches auch mit 3d-Technik erfahren werden kann.

Aus- und Fortbildungsangebote der Bildungseinrichtungen der Thüringer Polizei

Die Bildungseinrichtungen der Thüringer Polizei setzten folgende Maßnahmen fortführend um:

- polizeiinterne Seminarangebote in Zusammenarbeit mit dem Fortbildungsprogramm des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit,
- Qualifikation des Lehrpersonals zum Wissenstransfer im Bereich der „Politisch motivierte Kriminalität“ und einhergehender Ausprägungen,
- Fortentwicklung neuer Bildungsangebote (z. B. zu „Hasskriminalität und rassistische Gewalt erkennen und verfolgen“ in Zusammenarbeit mit dem Institut für Politikwissenschaft der LMU München; „Die Klassifikation politisch motivierter Kriminalität“; „Politische Bildung“) sowie
- Netzwerkbildung und Gewinnung von Referentinnen und Referenten für die Aus- und Fortbildung.

Die Stabsstelle Polizeiliche Extremismusprävention (PEP) leistet Bildungs-, Informations- und Netzwerkarbeit und unterhält zu diesen Zwecken ein spezielles Informations- und Wissensportal im Intranet der Thüringer Polizei, was einen deutlich regen Zugriff aufweist. Darüber hinaus gewährleistet sie insbesondere

- die Vermittlung von externen Bildungsangeboten für die Thüringer Polizei,
- die Organisation und Durchführung eigener Aus- und Fortbildungsangebote (z. B. im Rahmen von Fachtagungen und Fachvorträgen zu Themen, wie Opferschutz bei extremistischen Straftaten, Islamismus - Salafismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung),
- den Erkenntnistransfer aus Polizei und Wissenschaft zum politischen und religiösen Extremismus und stärkt damit die polizeiliche Präventionsarbeit, sowohl innerorganisatorisch als auch nach außen,
- eine Aufbereitung polizeirelevanter gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen mit Bezug zu extremistischen Phänomenen für die Polizeipraxis,

- den Ausbau von Kooperationen mit polizeiexternen Partnern für ein konstruktives Dialogklima zwischen behördlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren der Extremismusprävention, aber auch Betroffenen von politisch motivierter Kriminalität und
- die Beratung der polizeilichen Führungsebene zu Themen der Extremismusprävention.

Angebote für die Schulen durch das TMBJS, das Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien und die Erwachsenenbildung

Im Bereich der Schule sind u. a. folgende Maßnahmen umgesetzt worden:

2018:

- Zielvereinbarung zwischen der Landeschülervertretung und dem TMBJS zur Vermittlung von DDR-Geschichte mit 35 Schulen,
- Schulprojekte der Staatlichen Schulämter zur politischen Bildung/Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur: Plakatausstellungen „Der Kalte Krieg“, Zeitzeugengespräche mit insgesamt 25 allgemein bildenden weiterführenden,
- 181 Fahrten/Projekte von allgemeinbildenden weiterführenden Schulen mit 7.241 Schülerinnen und Schülern zu Gedenk- und Erinnerungsorten der beiden deutschen Diktaturen in Thüringen,
- 13 Fahrten/Projekte von allgemeinbildenden weiterführenden Schulen mit 290 Schülerinnen und Schülern sowie 26 Lehrkräften zu Orten der nationalsozialistischen Vernichtung in Polen,
- Projekte „Schabbat – Sonntag – Ruhetag“ von allgemeinbildenden weiterführenden Schulen mit dem Verein Kulturelle Begegnung Jerusalem,
- 29 Projekte von Thüringer Schulen im Rahmen des Landesprogramms/Bundeswettbewerbs „Demokratisch Handeln“,
- 26 mitwirkende allgemeinbildende Schulen mit ca. 3.300 Schülerinnen und Schülern und ca. 110 Lehrkräften am Landesprogramm/Bundeswettbewerb „Jugend debattiert“.

2019:

- Juniorwahl zur Europawahl mit 90 Thüringer allgemeinbildenden weiterführenden Schulen und ca. 9.800 Schülerinnen und Schülern sowie 120 Lehrkräften,
- Juniorwahl zur Thüringer Landtagswahl mit 166 allgemeinbildenden weiterführenden Schulen mit ca. 23.500 Schülerinnen und Schülern sowie 190 Lehrkräften,
- 15 Schulprojekte im Rahmen des Themenfeldes „100 Jahre Weimarer Verfassung – 70 Jahre Grundgesetz – 30 Jahre Friedliche Revolution“,
- 16 allgemeinbildende Schulen mit außerschulischen Partnern im Rahmen des vom BMFSJ finanzierten OPENION-Programms,
- Zielvereinbarung zwischen der Landeschülervertretung und dem TMBJS zur Vermittlung von DDR-Geschichte mit 32,
- Schulprojekte der Staatlichen Schulämter zur politischen Bildung/Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur: Plakatausstellungen der Stiftung Aufarbeitung (Berlin), Zeitzeugengespräche mit insgesamt 23 allgemein bildenden weiterführenden,
- 320 Fahrten/Projekte von allgemeinbildenden weiterführenden Schulen zu Gedenk- und Erinnerungsorten der beiden deutschen Diktaturen in Thüringen mit 9.850 Schülerinnen und Schülern,
- 12 Fahrten/Projekte von allgemeinbildenden weiterführenden Schulen zu Orten der nationalsozialistischen Vernichtung in Polen mit 260 Schülerinnen und Schülern sowie 24 Lehrkräften,
- Projekte „Schabbat – Sonntag – Ruhetag“ von allgemeinbildenden weiterführenden Schulen mit dem Verein Kulturelle Begegnung Jerusalem,

- 70 Projekte von Thüringer Schulen im Rahmen des Landesprogramms/Bundeswettbewerbs „Demokratisch Handeln“,
- 26 mitwirkende allgemeinbildende Schulen mit ca. 3.100 Schülerinnen und Schülern sowie ca. 110 Lehrkräften am Landesprogramm/Bundeswettbewerb „Jugend debattiert“,
- 47 mitwirkende Schulen mit 53 Projektbeiträgen im Rahmen des Schülerwettbewerbs „Demokratie gestalten –aber wie?“.

Eine quantitative und qualitative Stärkung der Demokratiebildung an Thüringer Schulen konnte aufgrund der Ausweitung der Angebote zur politischen Bildung/Demokratieerziehung und Schülermittlung durch das TMBJS und die Staatlichen Schulämter ebenso erreicht werden wie die Verbesserung der regionalen Kooperationsformen zwischen den Staatlichen Schulämtern, Schulen und außerschulischen Lernorten in Thüringen.

Das Thillm ist an der Umsetzung des Fortbildungsprogramms im Landesprogramm beteiligt und unterstützt die Umsetzung der Bildungsbausteine für Lehrerinnen und Lehrer. In der weiteren Arbeit des Schwerpunktes Demokratiepädagogik und Gewaltprävention wurden 12 Veranstaltungen angeboten innerhalb derer 123 Pädagoginnen und Pädagogen fortgebildet werden konnten.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Betreuung und Fortbildung von Lehrkräften im Rahmen des Wettbewerbes „Jugend debattiert“. Im angefragten Zeitraum wurden 23 Veranstaltungen durchgeführt und dadurch 163 pädagogische Fachkräfte aus- und fortgebildet.

Als letzter Schwerpunkt soll die Arbeit im Rahmen des Unterstützersystems dargestellt werden. Für das Jahr 2018 wurden insgesamt 21 Veranstaltungen von Beraterinnen und Beratern für Schulentwicklung und sechs Veranstaltungen von Fachberaterinnen und Fachberatern als Angebote im Fortbildungskatalog eingestellt. Für das Jahr 2019 waren es insgesamt 6 Veranstaltungen von Beraterinnen und Beratern für Schulentwicklung und zwei Veranstaltungen von Fachberaterinnen und Fachberatern.

Erwachsenenbildung

Ziel der Erwachsenenbildung ist die Stärkung der politischen und historisch-politischen Bildung von Erwachsenen durch die Entwicklung von neuen Ideen u. a. für die Schulung und Sensibilisierung von Multiplikatoren.

Auf Beschluss des Landeskuratoriums für Erwachsenenbildung vom 16. November 2017 wurde deshalb als Themenschwerpunkt nach § 15 Förderung von Bildungsprojekten von besonderem öffentlichem Interesse des Thüringer Erwachsenenbildungsgesetzes (ThürEBG) in den Jahren 2018/2019 die politische Weiterbildung (WB) festgelegt. Dafür erfolgte ein Zuschuss aus Landesmitteln für die Personalkosten im Rahmen der Grundförderung nach § 12 ThürEBG und eine Förderung durch die Landeszentrale für politische Bildung.

Ein weiteres Ziel ist die kontinuierliche Aus- und Weiterbildung des pädagogischen Fachpersonals sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der anerkannten Erwachsenenbildungseinrichtungen in den Themenfeldern des Landesprogramms. Die anerkannten Erwachsenenbildungseinrichtungen gewährleisten, dass die Qualität ihrer Bildungsarbeit durch die Fortbildung des Personals gesichert und ständig verbessert wird. Die Themenfelder des Landesprogramms werden dabei berücksichtigt.

Weiterhin ist die Stärkung der politischen und historisch-politischen Bildung von Erwachsenen im Fokus. Dies wird durch ein vielfältiges Angebot an Seminaren und Kursen bzw. Wei-

terbildungen im Rahmen der Anerkennung von Angeboten zur gesellschaftspolitischen Bildung im Rahmen des Thüringer Bildungsfreistellungsgesetzes (ThürBfG) sichergestellt. Seit Dezember 2019 ist eine bis 31. Dezember 2022 befristete Richtlinie zur Förderung der Inklusion in der Erwachsenenbildung in Kraft. Auf dieser Basis wird inklusives und gemeinsames Lernen weiter unterstützt.

„Bibliotheken sind bunt“

2018 und 2019 wurde das landesweite Programm „Bibliotheken sind bunt“ mit 175.000 und 150.000 Euro gefördert. Hauptzielgruppe waren Kinder unter 6 Jahren und deren Familien. Das Leseförderprojekt für kulturelle Vielfalt, Mehrsprachigkeit und Integration fußt auf drei Säulen:

- Unterstützung von bereits erfolgreichen Projekten in den Bibliotheken
- Bereitstellung von adäquatem Veranstaltungs- und Werbematerial
- Fortbildungen zum Thema kulturelle Vielfalt

Die Bibliotheken als Kultur- und Bildungseinrichtung haben bereits interessante Veranstaltungsformate zur Integration entwickelt (z. B. Nordhausen, Erfurt, Mühlhausen, Gera, Jena, Suhl, Sömmerda) Diese wurden mit Medien und Honorarmitteln unterstützt.

Die vernetzte Struktur der Bibliothekslandschaft in Thüringen, die mehr als 85% der Bevölkerung in Thüringen direkt erreicht, ermöglicht es, über die Bibliotheken der Mittelzentren auch die kleinen ehrenamtlichen Bibliotheken anzusprechen und in das Projekt einzubeziehen. Dazu fanden für jeden Kreis und jede kreisfreie Stadt Fortbildungen zum Thema statt, bei denen es spezielle Werbemittel vorgestellt und ausgegeben wurden. (z. B. wurde mit der Unterstützung des Autors Janosch die Fabel „Fiedelgrille und Maulwurf“ als Sonderausgabe gedruckt.)

Die Thüringer Onlinebibliothek „Thuebibnet“ wurde genutzt, um auch in diesem Format Medien anzubieten. Besonders günstig für die Gewinnung neuer Zielgruppen im Sinne des Projekts war es, dass die eMedien auf privaten PCs und Smartphones nutzbar sind und nach Ablauf der Leihfrist erlöschen. (Konflikte wegen Überziehung der Leihfrist können nicht auftreten). Es wurden speziell mehrsprachige Medien angeschafft.

Durch die Fortbildungen angeregt, haben sich fast alle, auch die kleinen, Bibliotheken mit der Thematik beschäftigt und ihr Veranstaltungsprogramm um eine multikulturelle Dimension erweitert. Sie können ganz selbstverständlich alle Kinder integrieren und Interesse an anderen Kulturen und Lebenswirklichkeiten wecken. Die Medien, die in dem Projekt angeschafft wurden, stehen allen Thüringer Bibliotheksnutzern zur Verfügung.

Angebote der Thüringer Hochschulen

Das Kompetenzzentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration an der Friedrich-Schiller-Universität Jena (KomRex) hat im Rahmen eines vom Landesprogramm geförderten Wissenschafts-Praxis-Transferprojekts eine Reihe von Initiativen und Einrichtungen evaluiert, gemeinsam mit den lokalen Pfd landesweit Vorträge, Filmvorführungen, Podiumsdiskussionen und Workshops organisiert und mit der Topografie eine Online-Karte und eine Begleitbroschüre erstellt.

Das KomRex hat zudem eine Befragung zum sozialen Klima an der FSU durchgeführt. Der Schwerpunkt dieser Befragung, an der sich im Sommersemester 2019 rund 2.000 Studierende beteiligt haben, lag auf der Erhebung von Diskriminierungserfahrungen von Studierenden der Universität. Anfang Februar 2020 wurden der Universitätsleitung erste Ergebnisse

der Erhebung präsentiert. Demnach klagten immerhin 23 Prozent der Studierenden darüber, an der FSU bereits persönlich Diskriminierung erfahren zu haben. Im Herbst 2020 sollen die Ergebnisse in einem Projektbericht veröffentlicht werden.

Seit seiner Gründung engagiert sich das KomRex für eine stärkere Verankerung der Demokratiebildung in den schulischen und universitären Curricula im Freistaat Thüringen. 2019 begann die zweite Förderphase der Qualitätsoffensive Lehrerbildung, in deren Rahmen an der FSU Jena das Forschungs- und Entwicklungsprojekt PROFJL² fortgesetzt wurde. Das Teilprojekt LADi („Lehrkräfte als Agenten der Demokratie“) verfolgt dabei das Ziel, den Schwerpunkt Demokratiebildung im Curriculum der Lehramtsausbildung an der Universität Jena stärker zu verankern. Im Jahr 2018 wurde zudem das langjährige Lehrprojekt „Taktvoll gegen Rechts“ an der FSU weitergeführt. Das Projekt soll Lehramtsstudierende aller Fächer für rechtsextreme Parolen, Kleidung und Symbole sensibilisieren und ihnen u. a. die Gelegenheit geben, den Umgang mit rechtsextrem eingestellten Schülerinnen und Schüler im Unterrichtsalltag zu trainieren.

Im Rahmen des Wissenschafts-Praxis-Transfers steht die im Berichtszeitraum fortgesetzte Ringvorlesung mit dem Titel „Angegriffene Demokratie – Befunde und Gegenmittel“ dar. Zudem war das KomRex in den Jahren 2018/19 bei einer Reihe von Großveranstaltungen (z. B. Tag der Vielfalt 2019, Lange Nacht der Wissenschaften 2019, Deutscher Präventionstag 2018) präsent. Ein weiterer Aspekt des Praxistransfers ist die Bereitstellung wissenschaftlicher Expertise für politische Entscheidungsträger. Ein weiteres Beispiel für die vom KomRex geleistete politische Beratung ist eine im Oktober 2019 auf Einladung des Innenausschusses des Landtags von Schleswig-Holstein formulierte Stellungnahme zu zwei Gesetzesvorlagen, die Maßnahmen zum Schutz zivilgesellschaftlicher Akteure vor gewaltsamen Übergriffen des organisierten Rechtsextremismus betrafen.

4.2 Inklusive Sozialpolitik und Integration

Die Herstellung einer tatsächlichen gesellschaftlichen Teilhabe aller Menschen ist das Ziel einer inklusiven Sozialpolitik. Sie berücksichtigt dabei insbesondere Gruppen mit besonderer Förderungsbedürftigkeit. Hierzu zählen etwa Menschen mit Behinderung, Langzeitarbeitslose, Migrantinnen und Migranten sowie Alleinerziehende. Um diese besser zu integrieren verweisen die verschiedenen Ressorts der Landesregierung auf nachfolgende Maßnahmen:

Einen besonderen Schwerpunkt nimmt dabei der Thüringer Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein, dessen Version 2.0 am 30. März 2019 vom Thüringer Landtag beschlossen wurde.

Die Gesamtkoordination obliegt dem TMASGFF.

In Folge der intensiven Einbeziehung der Zivilgesellschaft und insbesondere von Menschen mit Behinderungen selbst in den kontinuierlichen Realisierungs- und Fortschreibungsprozess des Thüringer Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention durch die regelmäßigen Tagungen von neun thematisch gegliederten Arbeitsgruppen wird den Zielen der Transparenz und Partizipation umfassend Rechnung getragen.

Zur Realisierung von Einzelmaßnahmen des Thüringer Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention konnte das TMASGFF im Haushaltsjahr 2020 einmalig 150.000 Euro an die Ressorts zur Verfügung stellen. Flankiert werden diese Haushaltsmittel über den seit 2018 bestehenden Haushaltstitel zum Abbau von Kommunikationsbarrieren über 700.000 Euro, der ebenfalls für die Ressorts der Landesregierung offensteht. Durch diese finanziellen Mittel ist die Umsetzung konkreter Vorhaben im Sinne einer Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen möglich.

Mit der **Rahmenleitlinie PERMANENT** wurde unter der Federführung des TMIK der Erlass zur Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Landesdienst Thüringen erarbeitet und vom Kabinett am 11. Dezember 2018 zur Kenntnis genommen.

In diesem Teilhabeerlass werden die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die in verschiedenen bundes- und landesrechtlichen Vorschriften umfassend geregelt sind, aufgegriffen und für die betroffenen Bediensteten und Verantwortlichen in der Landesverwaltung gebündelt dargestellt. Der Teilhabeerlass ist eine Arbeits- und Informationsgrundlage und soll ein gleichmäßiges Verwaltungsverfahren sowie eine Gleichbehandlung aller Betroffenen in allen Geschäftsbereichen der Landesverwaltung gewährleisten.

Ebenso gehört es zum Repertoire der Sozialpolitik, den Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention konsequent zu verfolgen und weiterzuentwickeln, um Menschen mit Behinderungen Inklusion zu ermöglichen, sie damit für Menschen ohne Handicap auch alltäglich erfahrbar zu machen und damit langfristig Vorurteile abzubauen. Auch die Förderung des ehrenamtlichen Engagements über die Thüringer Ehrenamtsstiftung sowie über die beim Büro der Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge (BIMF) des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (TMMJV) angesiedelte Ehrenamtskoordination trägt dazu bei, Strukturen zu fördern und zu etablieren, die demokratiefeindlichen Einstellungen entgegenstehen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei in der Stärkung von Migrantinnen- und Migrantenorganisationen. Ziel ist es, sie als wichtige Sprecherinnen und Akteure der Zivilgesellschaft zu fördern.

Eine besondere Aufmerksamkeit hat im Berichtszeitraum die Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund eingenommen. Das TMMJV hat mit der **Projektförder-**

richtlinie Integration (Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen des Freistaates Thüringen für die Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund) die Grundlage dafür geschaffen, dass verschiedene Arten von Projekten gefördert werden können (Beratungsangebote, Bildungsangebote, Begegnungsangebote, Angebote zur Integration durch Begegnung und Sport etc.): Diese Richtlinie zielt insgesamt auf die verbesserte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund ab. Die geförderten Projekte dienen auch der Bereitstellung von Möglichkeiten der Begegnung und des Kennenlernens von Aufnahmegesellschaft und Zugewanderten. Dadurch können Prozesse der interkulturellen Öffnung, des Dialogs und damit auch der Vermittlung von Wissen über die jeweils andere Kultur stattfinden. Vorurteile können abgebaut und Zugewanderte besser integriert werden.

Hinzu kommt seit 2018 die Förderung des TMMJV über die **Richtlinie der sozialen Beratung und Betreuung von anerkannten Flüchtlingen in Thüringen**. Mit der Förderung soll es den Thüringer Landkreisen und kreisfreien Städten ermöglicht werden, anerkannte Flüchtlinge migrationsspezifisch sozial zu betreuen und zu beraten und damit zu einer gelingenden Integrationsarbeit in den Thüringer Kommunen beizutragen.

Mit dem **Landesprogramm Start Deutsch** wird die Förderlücke im Sprachangebot für Personen ohne Zugang zum Integrationskurs geschlossen. Thüringenweit werden Sprachkurse in Deutsch als Zweitsprache bis zum Niveau A1 (einschließlich Alphabetisierung) sowie zum Erreichen der Niveaustufen A2 und B1 durchgeführt. Grundlage des Landesprogramms ist eine Projektförderung durch das TMMJV auf Basis der Projektförderrichtlinie Integration. Durchführender Träger ist der Thüringer Volkshochschulverband e. V.

Darüber hinaus kann seit Anfang Mai 2019 das **Landesprogramm Dolmetschen** in Thüringen durch berechtigte Einrichtungen genutzt werden. Eine große Anzahl von Stellen, die in ihrer täglichen Arbeit mit Zugewanderten in Berührung kommen, sind berechtigt, auf die vom TMMJV finanzierten Audio- und Videodolmetschleistungen zuzugreifen. Zu diesen Stellen gehören neben Behörden u. a. auch Beratungsstellen, Ärzte, Hebammen, Krankenhäuser, Frauenhäuser, Gemeinschaftsunterkünfte, Verbraucherberatungsstellen sowie landesgeförderte Projektträger. Für die berechtigten Stellen steht das Angebot kostenfrei zur Verfügung. Die Dolmetschleistungen können über Endgeräte wie stationäre Computer, Laptops, Tablets und Smartphones sowie über das Telefon genutzt werden. Insgesamt erfolgten seit dem Start im Mai 2019 bis August 2020 7.539 Dolmetschungen über das Landesprogramm (5.377 Videodolmetschungen und 2.162 Audiodolmetschungen).

Durch das Landesprogramm „Start Bildung“ des TMBJS. Mit diesem wird die Integration junger Geflüchteter, die nicht mehr schulpflichtig sind, durch die Bereitstellung von Angeboten der nachholenden Schulbildung unterstützt. Ihnen wird die Möglichkeit eröffnet, schulische Grundbildung zu erfahren und so eine Ausbildungsreife zu erreichen. Zudem werden im Rahmen des Bildungsangebots im Kontext des Lernbereichs „Politische und gesellschaftliche Bildung“ auch Kenntnisse über die Funktionsweise der demokratischen Gesellschaft vermittelt und Möglichkeiten der Partizipation aufgezeigt.

Die Ziele des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit finden im Geschäftsbereich des Thüringer Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft Berücksichtigung bei der gemeinsamen Entwicklung und Bereitstellung von Instrumenten zur Verknüpfung von Sozialplanung und Raum beziehungsweise Landes- und Stadtentwicklung.

Die Serviceagentur Demografischer Wandel

(SADW) fördert seit 2016 Projekte und Maßnahmen zur Gestaltung der Folgen des demografischen Wandels. Seit 2019 erfolgt die Förderung über die „Thüringer Richtlinie zur Förderung von Projekten und Maßnahmen der Regionalentwicklung und zur Gestaltung der Folgen des demografischen Wandels“.

Die SADW veröffentlicht jedes Jahr eine Auswahl an geförderten Projekten als Gute-Praxis-Beispiele, um die Vielschichtigkeit der Thematik zu verdeutlichen und Anregungen für zukünftige Projekte zu geben, wie der demografische Wandel vor Ort gestaltet werden kann. Ein entsprechender Bericht zur Förderung von Projekten zur Gestaltung der Folgen des demografischen Wandels aus dem Jahr 2018 ist auf der Homepage der SADW⁸ zu finden. Die Serviceagentur Demografischer Wandel beschäftigt sich im Rahmen von demografischen Themenjahren mit ausgewählten Schwerpunkten vor dem Hintergrund demografischer Veränderungen. In den Jahren 2017 und 2018 fokussierte sich das demografische Themenjahr auf die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.

In den Jahren 2018 und 2019 konnten insgesamt 65 Projekte mit einem Volumen von ca. 1.035.000 Euro zur Gestaltung der Folgen des demografischen Wandels gefördert und aktiv begleitet werden. Die Förderschwerpunkte betrafen dabei insbesondere die Stärkung von baulichen und sozialen Infrastrukturen, um die gesellschaftliche Teilhabe aller Generationen in ländlichen Gebieten zu sichern, die Förderung des Wir-Gefühls sowie die Unterstützung ehrenamtlichen Engagements.

Mit der Maßnahme **LEADER** der Richtlinie zur Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung und der Revitalisierung von Brachflächen (FR ILE/REVIT) wird den Zielen des Handlungsfeldes des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit entsprochen.

Seitens der Europäischen Kommission ist LEADER in der aktuellen Förderperiode zu einem äußerst innovativen und flexiblen Förderinstrument ausgestaltet worden. Diesen Vorgaben ist Thüringen bei der Formulierung seines Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum (EPLR) in den maßgeblichen Bereichen gefolgt. Die Regionen haben so noch mehr Freiraum für die Entwicklung und Umsetzung eigener und innovativer Ideen und den Aufbau und die Intensivierung regionaler Netzwerke. LEADER ermöglicht es den Menschen, vor Ort ihren Lebensraum mitzugestalten. Finanziert wird LEADER aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sowie Mitteln des Freistaates Thüringen.

In Thüringen gibt es 15 LEADER-Regionen, die den gesamten ländlichen Raum abdecken. In jeder Region gibt es eine Regionale Aktionsgruppe (RAG), in der Akteure aus Vereinen und Verbänden, Unternehmen und Landwirtschaft, Politik und Bürgerschaft gemeinsam über die Verwendung der Fördermittel entscheiden. LEADER-Regionen sind räumlich abgegrenzte ländliche Gebiete, in der mit breiter Bevölkerungsbeteiligung im Jahr 2015 eine regionale Entwicklungsstrategie (RES) erarbeitet wurde, die für die gesamte Förderperiode gilt. Diese Strategie definiert Handlungsfelder und Ziele der Regionen und dient als Grundlage für die Auswahl von Projekten.

LEADER folgt dem Bottom-up-Ansatz. Das bedeutet, dass die örtliche Bevölkerung die regionale Entwicklungsstrategie mitgestaltet, Projekte zur Erhaltung der Lebensqualität anstößt und umsetzt. Die europäischen Fördergelder sollen dazu beitragen, Neues und Innovatives

8 https://www.serviceagentur-demografie.de/media/dokumente/publikationen/TML_broschuere_2018.pdf (12.11.2020).

in den ländlichen Regionen zu ermöglichen, das Miteinander zu stärken und dadurch die Zukunftsfähigkeit der Dörfer zu sichern. Was in den einzelnen Regionen konkret gefördert werden kann und wie hoch die finanzielle Unterstützung in den jeweiligen Handlungsfeldern ist, haben die regionalen Aktionsgruppen selbst in ihren Strategien festgelegt. Die regional unterschiedlichen Fördersätze können bis zu 75% betragen.

Ein aktives Gründungsgeschehen bedarf einer offenen Gesellschaft, um innovative Ideen entstehen und wachsen zu lassen, um international zu kooperieren und die klügsten Köpfe in Thüringen zu halten bzw. nach Thüringen zu holen. Aus diesem Grund hat sich das **Thüringer Zentrum für Existenzgründungen und Unternehmertum (ThEx)** auf dem Thüringer Gründertag 2019 zu Offenheit, Vielfalt und Toleranz bekannt. Diese Werte sind Teil des Selbstverständnisses in allen Begleitungs-, Vernetzungs- und Veranstaltungsangeboten des ThEx. Ausgedrückt werden diese Werte u. a. durch eine gemeinsame Button-Aktion, Beiträge in Social-Media-Kanälen und Newslettern und vor allem in den Inhalten der Unterstützungsangebote (z. B. Workshopreihe für Migrantinnen und Migranten durch ThEx Enterprise, frauenspezifische Angebote durch ThEx FRAUENSACHE.).

Die Wirkung dieses Selbstverständnisses bzw. dieser Maßnahmen kann u. a. dokumentiert werden durch:

- Anteil der Migrantinnen und Migranten an den Unterstützungsangeboten im Bereich der allgemeinen Gründungen (17,5%; ThEx CRM) im Verhältnis zum Bevölkerungsanteil in Thüringen (2019; 5,2%, Thüringer Landesamt für Statistik),
- Anteil der Frauen an den Unterstützungsangeboten im ThEx-Verbund (45,9%; ThEx CRM) im Verhältnis zum Anteil von Frauen bei Gründungen (2019; 35,1%; vgl. Thüringer Gründer- und Unternehmerreport 2019).

4.3 Verwaltung, Polizei und Justiz zu angemessenem Handeln befähigen

Rahmenleitlinie PERMANENT

In der Zuständigkeit des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales wurde die Rahmenleitlinie PERMANENT – Personalmanagement für Thüringen fortgeschrieben und am 28. Februar 2017 vom Kabinett beschlossen. Sie gilt als Handlungsanleitung für eine moderne Personalarbeit in den Behörden der Landesverwaltung. Neben der „Geschlechtergleichstellung“ und „Inklusion“ wurde das Thema „Diversity Management“ als Querschnittsfeld benannt und somit als übergeordnetes Ziel bei der Umsetzung jeder Maßnahme der Personalplanung, Personalentwicklung sowie Personaleinsatz und -betreuung definiert. Mit einem Kabinettschluss vom 24. März 2020 wurde die Evaluation bzw. der Sachstandsbericht zum 31. Dezember 2019 zur Kenntnis genommen.

Ressortübergreifende Fortbildung

In der ressortübergreifenden Fortbildung in der Zuständigkeit des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales wurden sowohl 2018 als auch 2019 im Jahresfortbildungsprogramm Fortbildungsangebote für Landesbedienstete zu den Themen Vielfalt und Vorurteilsfreiheit angeboten und auf die Fortbildungsveranstaltungen des Landesprogramms verwiesen.

Justiz

Das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit wurde im Zuständigkeitsbereich des Thüringer Oberlandesgerichts (ThOLG) und hier besonders im Bereich der Sozialen Diensten in der Justiz genutzt. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nahmen an den speziell für den Bereich der Justiz zugeschnittenen Fortbildungen teil. Somit wurden die Bediensteten in den Bereichen der Rassismus, Antisemitismus- und Homophobieprävention geschult und für diese Themen sensibilisiert. Gerade für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialen Dienste in der Justiz fanden spezielle Schulungen zum Thema Deradikalisierung sowie verfassungsfeindliche Symbole statt.

Durch die gesetzliche Neuregelung des Thüringer Richter- und Staatsanwältegesetz sind Richter/-innen und Staatsanwälte/-innen nunmehr zur dienstlichen Weiterbildung verpflichtet. Das Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz fördert die dienstliche Fortbildung durch geeignete Maßnahmen. Durch die Stärkung personeller Ressourcen bei den Richtern und Richterinnen sowie Staatsanwälten und Staatsanwältinnen in den vergangenen zwei Jahren wird gewährleistet, dass Straftaten zum Nachteil von Menschen mit Migrationshintergrund zügig ermittelt werden können und eine Ahndung zeitnah erreicht werden kann.

Zur Vorbeugung vor Radikalisierungsprozessen innerhalb der Thüringer Justizvollzugseinrichtungen hat sich die Zusammenarbeit zwischen dem TMMJV, den Justizvollzugseinrichtungen, den Polizeibehörden sowie dem Thüringer Amt für Verfassungsschutz bewährt. Den Kern der Zusammenarbeit bildet neben dem Informationsaustausch das abgestimmte Vorgehen im Einzelfall. Bereits bei der Ausbildung von Anwärtern wird das Demokratieverständnis, der gleichberechtigte Umgang mit allen Menschen und eine weltoffene Haltung in verschiedenen Fächern vertieft und gestärkt. Schon die Wahl des Klassensprechers und die entsprechende Beachtung der Interessen der Anwärter sind eine Form, demokratische Prozesse zu erlernen. Es ist der Ausbildungsstätte dabei stets wichtig, in den Dialog mit den Teilnehmern zu treten. Dabei wird auf ein tolerantes und weltoffenes Miteinander geachtet. Dies kann besonders dadurch erzeugt werden, dass ein Interesse und gegenseitiges Verständnis füreinander erzeugt wird. Wer die religiösen Essensvorschriften kennt, wird auch im Umgang mit Menschen, für die diese Vorschriften Bedeutung haben, meistern oder wer sich in die Situation eines Menschen hineinversetzt, der nicht heterosexuell ist, wird für diese Menschen sensibilisiert.

Darüber hinaus werden entsprechende Fortbildungsmaßnahmen für die Bediensteten durch das landeseigene Fortbildungsprogramm angeboten. Hierdurch sollen die Vollzugsbediensteten befähigt werden, Radikalisierungsbestrebungen frühzeitig zu erkennen und verhindern zu können. Die zentralen Fortbildungen im Bereich des Justizvollzugs enthalten auch Elemente zur Stärkung des Demokratieverständnisses. Bei der Fortbildung wird darauf geachtet, dass unterschiedliche gesellschaftliche Akteure und ihre Perspektive zur Sprache kommen (Behörden, Vereine etc.) Besonders Wert wird daraufgelegt, dass auch Gruppen und Vereine eingebunden werden, die sich für die Opfer von Intoleranz stark machen. Diese Zusammenarbeit hat sich ebenfalls bewährt und bietet die Möglichkeit, aktuelle Themen miteinander zu binden.

In den Justizvollzugsanstalten werden zudem anstaltsbezogene Fortbildungen angeboten. Dabei gibt es sowohl für die Bediensteten als auch für die Gefangenen differenzierte Veranstaltungen, in welchen je nach Teilnehmerkreis Themen wie Toleranz, Leben in einer Demokratie und Gefahren für diese diskutiert und besprochen werden.

Gesellschaftliche Entwicklungen machen auch vor dem Vollzug nicht halt. Die positiven Entwicklungen können durch Aus- und Fortbildung gefördert und die negativen zumindest angegangen werden. Zu den positiven Entwicklungen in den letzten Jahren zählt für die Justizvollzugsanstaltsstätte Thüringen die Zunahme an Bewerbungen und Anwärtern unterschiedlicher sexueller Orientierung und Herkunft. Ein weiterer Bedarf wird zukünftig im Bereich der interkulturellen Kompetenz bestehen. Die Integration von Menschen aus dem arabischen Raum kann nur in Kenntnis der jeweiligen Kultur und Religion sowie deren religiösen Strömungen gelingen. Diesem Bedarf wurde durch eine Zunahme der Veranstaltungen auch entsprechend Rechnung getragen. So werden den Mitarbeitern Wege gezeigt, sich dieser Entwicklung zu stellen und zu öffnen. Diese Fortbildungsveranstaltungen führen, entsprechend der jeweiligen Konzeption, dazu, dass das themenspezifische Wissen erweitert und vertieft wird. Sie tragen aber auch nicht unerheblich zu einem länderübergreifenden Erfahrungsaustausch bei. Zum Teil handelt es sich um interdisziplinäre Veranstaltungen für verschiedene Laufbahnen und Funktionsgruppen, die auf ein gemeinsames zielgerichtetes Handeln abgestimmt sind.

Neben den von den Bediensteten der Thüringer Justiz sehr gut angenommenen Fortbildungen im Rahmen des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, werden für die Bediensteten der Gerichte und Staatsanwaltschaften regelmäßig eine Vielzahl von Fortbildungen zu dem Themenkomplex angeboten und durchgeführt. Soweit sich das Angebot an Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten richtet, wird in den Planungen der Deutschen Richterakademie, einer von Bund und Ländern gemeinsam getragenen Fortbildungseinrichtung, darauf geachtet, dass auch für diesen Personenkreis jährlich eine Vielzahl von themenbezogenen Fortbildungsveranstaltungen angeboten wird. Die Teilnahme an den einwöchigen Tagungen steht Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte aller Bundesländer offen.

Diese Fortbildungsveranstaltungen führen, entsprechend der jeweiligen Konzeption, dazu, dass das themenspezifische Wissen erweitert und vertieft wird. Sie tragen aber auch nicht unerheblich zu einem länderübergreifenden Erfahrungsaustausch bei. Zum Teil handelt es sich um interdisziplinäre Veranstaltungen für verschiedene Laufbahnen und Funktionsgruppen, die auf ein gemeinsames zielgerichtetes Handeln abgestimmt sind.

Im Bereich Justizvollzug werden zur Umsetzung des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit Maßnahmen im Bereich der Extremismusprävention und Deradikalisierung durchgeführt. Insoweit werden einzel- und gruppenpädagogische Maßnahmen sowohl im Strafvollzug, im Bereich des Jugendarrests als auch in der Bewährungshilfe durchgeführt. Die Maßnahmen intendieren eine möglichst frühzeitige Bekämpfung extremistischer Bestrebungen und richten sich nicht nur an bereits radikalisierte Personen, sondern insbesondere auch an Personen, die für entsprechende Bestrebungen sehr empfänglich und insoweit gefährdet erscheinen. Vor diesem Hintergrund ist die Maßnahme auch auf den Übergangsbereich zwischen Vollzug und Bewährungshilfe ausgerichtet, um eine umfängliche Betreuung gewährleisten zu können. Zielgruppen im Strafvollzug sind neben den in den Förderleitlinien des Bundes genannten Personen insbesondere Jugendliche, Heranwachsende und junge Erwachsene bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Die Maßnahme begann im Jahr 2017 und wurde in den Jahren 2018 sowie 2019 dezidiert implementiert, um das Projekt im Jahr 2020 in den Regelbetrieb zu überführen.

Die Finanzierung für das Projekt „Kompetent ohne Hass und Gewalt“ erfolgt dabei anteilig durch entsprechenden Zuwendungen des Bundes in Höhe von 341.371 Euro im Jahr 2018 und 396.644 Euro im Jahr 2019. Im Übrigen erfolgte eine Finanzierung aus Landesmitteln (im ThOLG) in Höhe von 37.930 Euro im Jahr 2018 und in Höhe von 39.664 Euro im Jahr 2019.

4.4 Wissenschaftliche Begleitforschung

Das KomRex der FSU Jena hat den größten Anteil an der wissenschaftlichen Begleitung. Dieses hat neben den Projekten, die in unmittelbarer Förderung durch das Landesprogramm stehen, im Berichtszeitraum eine Reihe weiterer Forschungsprojekte durchgeführt, die für das Landesprogramm und seine Akteure relevant sind. Dazu zählt der Thüringen-Monitor, eine Langzeitstudie zur Politischen Kultur im Freistaat Thüringen, die auf einer seit dem Jahr 2000 jährlich durchgeführten Bevölkerungsumfrage basiert.

Einen Schwerpunkt der am Arbeitsbereich Rechtsextremismusforschung angesiedelten Projekte bildete die Radikalisierungsforschung. So wurde im Berichtszeitraum ein in Kooperation mit dem Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld durchgeführtes Drittmittelprojekt zu Radikalisierungsverläufen bei fremdenfeindlich motivierten Straftäterinnen und Straftätern im Zuge der Anti-Asyl-Agitation seit 2015 bearbeitet. In dem Forschungsprojekt wurde der Frage nachgegangen, welche persönlichen, sozialen und gesellschaftlichen Faktoren bei der Radikalisierung von fremdenfeindlich motivierten Straftäterinnen und Straftätern im Zuge der Anti-Asyl-Agitation eine Rolle gespielt haben. Insbesondere wurde untersucht, inwieweit die betrachteten Personengruppen Einstellungen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bereits vor der strafrechtlich relevanten Radikalisierung entwickelt hatten, inwiefern Anknüpfungspunkte zur organisierten rechtsextremen Szene, on- und offline, vorlagen und welchen Einfluss die Anti-Asyl-Agitation auf die Radikalisierungsdynamik hatte. Das Projekt leistet somit nicht nur einen empirisch fundierten Beitrag zur Radikalisierungsforschung; es kann auch eine Grundlage für die Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Prävention von Radikalisierungsprozessen im Rahmen des Landesprogramms bilden.

Das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft hat die wissenschaftliche Begleitforschung im Berichtszeitraum mit insgesamt 228.900 Euro gefördert (2018: 113.400 Euro; 2019: 115.500 Euro). Der durch die FSU Jena jährlich zur Verfügung gestellte Grundetat – ebenfalls Landesmittel – beläuft sich auf rund 18.000 Euro p.a. Daneben hat das KomRex im Berichtszeitraum Drittmitteln von gut 500.00 Euro eingeworben.

Ein besonderes Forschungsinteresse des KomRex ist die Radikalisierung im Internet und die Suche nach effektiven Maßnahmen ihrer Prävention. Im Berichtszeitraum war das KomRex an dem interdisziplinären BMBF-Verbund „Radikalisierung im digitalen Zeitalter“ (RadigZ) beteiligt, das sich mit der Radikalisierung unter besonderer Berücksichtigung des Internets und digitaler Medien beschäftigt. Das Ziel des Teilprojekts an der FSU Jena besteht darin, universelle und entwicklungsorientierte Präventionsmaßnahmen gegen die Radikalisierung von Jugendlichen zu erarbeiten.

Ein weiteres Projekt, von deren Ergebnissen das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit profitieren könnte, ist die wissenschaftliche Begleitung des beim Niedersächsischen Justizministerium angesiedelten und vom Landespräventionsrat (LPR) Niedersachsen getragenen niedersächsischen „Landesprogramms gegen Rechtsextremismus – für Demokratie und Menschenrechte“ durch das KomRex. Ziel der Kooperation mit dem LPR Niedersachsen ist die Entwicklung einer nachhaltigen Präventionsstrategie gegen Rechtsextremismus und Radikalisierung im Rahmen eines Forschungs-Praxis-Dialogs. Die Erweiterung der Wissensbasis über Risiko- und Schutzfaktoren für rechtsextremes Verhalten sowie die Neu- oder Weiterentwicklung von wirkungsvollen Präventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus stehen im Mittelpunkt dieses Projekts.

Einen Schwerpunkt des 2017 am KomRex eingerichteten Arbeitsbereichs Integration und Migration bildete im Berichtszeitraum die Durchführung einer breit angelegten Untersuchung

zu Integrationspotentialen, -voraussetzungen, -hindernissen und -erfordernissen Geflüchteter in Thüringen, die im Januar 2019 unter dem Titel „Thüringen-Monitor Integration“ veröffentlicht wurde. Da für dieses Projekt über 900 volljährige Geflüchtete schriftlich befragt und neben Daten zur Arbeitsmarktintegration u. a. auch das psychische Wohlbefinden, politische Einstellungen und Diskriminierungserfahrungen der Geflüchteten abgefragt wurden, bildet die Studie eine umfangreiche empirische Basis für politische Planungs- und Entscheidungsprozesse hinsichtlich der Integration Geflüchteter in die deutsche und thüringische Gesellschaft.

Die Stabsstelle Polizeiliche Extremismusprävention im Zuständigkeitsbereich des TMK ist zwar selbst keine Forschungsstelle, es gehört aber zu ihrem Aufgabenspektrum, publizierte Texte zum Themenfeld des Extremismus zu analysieren und einen wissenschaftlichen Erkenntnistransfer in die polizeiliche Praxis zu leisten. Die dafür erforderlichen wissenschaftlich-fachlichen Kompetenzen sind bei der Stabsstelle vorhanden. Die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung – Fachbereich Polizei – unterstützt in Forschung und Lehre im Polizeibereich.

Das Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz hat den Thüringer Zuwanderungs- und Integrationsbericht 2019 erstellt. In diesem hat der Freistaat erstmalig alle vorliegenden Daten zum Themenfeld Migration und Integration in dem „Thüringer Zuwanderungs- und Integrationsbericht 2019“ zusammengetragen. Der Bericht bildet die Wanderungsbewegungen aus und nach Thüringen ab und fasst Kennzahlen zum Stand der Integration gegliedert nach den Handlungsfeldern des Thüringer Integrationskonzepts – für ein gutes Miteinander! zusammen. Er legt damit die Grundlage für ein fortlaufendes Integrationsmonitoring im Freistaat.

5 Verschiedene Maßnahmen der Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit, wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation

5.1 Vernetzungsarbeit

Ergänzend zu der Vernetzung des Landes-Demokratiezentrums mit den übrigen Häusern der Landesregierung (IMAK, Kapitel 2.1) und mit den Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft (Programmbeirat, Kapitel 2.1) ist regelmäßig Gelegenheit zur weiteren Vernetzung und Austausch gegeben. Die Landeskoordinierungsstelle sorgt mit regelmäßigen Treffen für einen kontinuierlichen Fach- und Informationsaustausch mit den zentralen Akteurinnen und Akteuren des Landesprogramms und nimmt selbst an Vernetzungsveranstaltungen teil.

Für die Vernetzung zwischen dem Thüringer Landesprogramm und dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ finden mindestens zweimal im Jahr die regelmäßigen Bund-Länder-Treffen statt. Das ist auch die Gelegenheit zum Austausch und zur Vernetzung mit Akteurinnen und Akteuren der Landesprogramme in den anderen Bundesländern. Das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch“ Teilhabe lädt zum gleichen Zweck jährlich zu einem Sommerfest und zu einer Fachtagung ein.

Für die Vernetzung in Thüringen führt die Landeskoordinierungsstelle quartalsweise die sogenannten Akteursnetzwerktreffen für die Vertreterinnen und Vertreter der Strukturen des Landesprogramms durch. Diese Treffen werden durch Fachvorträge eingeleitet und für den aktiven Austausch und zur Diskussion über die Beratungsarbeit, lokale und überregionale Entwicklungen und neuen Herausforderungen genutzt. Ziel dabei ist es, Akteurinnen und Akteure für ein Handeln zu befähigen und sie in der Umsetzung und kontinuierlichen Verbesserung aller Maßnahmen zu unterstützen. Dabei ist eine partnerschaftliche Zusammenarbeit wichtig; Synergien zwischen den einzelnen Projekten sind erwünscht und beabsichtigt. Diese Akteursnetzwerktreffen finden viermal im Jahr statt, üblicherweise in jedem Quartal einmal. Neben dem Austausch über die aktuellen Entwicklungen waren Schwerpunkte in 2018 und 2019 die Themen „Reichsbürger – Einordnung und Entwicklung in Thüringen“ sowie die geplante Gebietsreform. In der jeweils letzten Sitzung eines Jahres wurden die Jahreschroniken der Beratungsprojekte vorgestellt und diskutiert. Die regelmäßigen Arbeitssitzungen der Beratungsangebote in den Bereichen Sport und Feuerwehr sowie sozialen Verbänden und Vereinen (Kapitel 3.5) dienen ebenfalls der Vernetzung der Akteurinnen und Akteure und dem Austausch mit dem Bundes- und dem Landesprogramm. Zudem findet Vernetzungsarbeit auf regionaler Ebene statt. Dazu treffen sich in regelmäßigen Abständen die PfD in den Vernetzungstreffen um sich mit dem Landesprogramm und untereinander auszutauschen, Kurzberichte zu geben und über weitere Planungen zu sprechen. Zusätzlich gibt es regionale Vernetzungstreffen der PfD in den vier Planungsregionen Thüringens. Auf regionaler Ebene werden dabei insbesondere die Koordinatorinnen und Koordinatoren der PfD, zivilgesellschaftliche Vertreterinnen und Vertretern aus den Begleitausschüssen sowie Vertreterinnen und Vertretern der örtlichen Bürgerbündnisse mit einbezogen.

Weiterhin finden im Landesprogramm regelmäßige Treffen (Jour fixe) mit den Strukturprojekten ezra und MOBIT statt. Diese dienen zur Berichterstattung aus den Beratungsprojekten, der Auswertung durchgeführter Projekte sowie zur Beratung und zum Ideenaustausch zu weiteren Entwicklungen.

Einem besonderen Stellenwert für die Vernetzung hat die jährliche stattfindende Sommertagung. Sie richtet sich an haupt- und ehrenamtliche Akteurinnen und Akteure des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit sowie an Interessierte aus Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft. Die Sommertagung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit widmete sich am 21. Juni 2018 im Augustinerkloster zu Erfurt dem Themenfeld Demokratiestärkung und Menschenrechtsbildung. Den Hauptvortrag übernahm Herr Prof. Dr. Hermann Veith (Georg-August-Universität Göttingen) mit dem Thema „Demokratiebildung als Mündigkeitsbildung – die Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit?“. Am Nachmittag fanden Workshops u. a. zum Stand der Demokratiebildung in Professionalisierungsprozessen, Demokratiebildung im verbandlichen Kontext, zur Initiative Thüringen 19_19 und zur Demokratiebildung in der Erwachsenenbildung statt. Unter der Fragestellung „Erinnerungskultur – welche Rolle spielt die Vergangenheit in der Gegenwart?“ fand die Sommertagung des Landesprogramms in 2019 am 19. August statt. Im Anschluss an einen einführenden Vortrag von Herrn Dr. Jonas Rees (Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld) zur Studie „MEMO Deutschland – Multidimensionaler Erinnerungsmonitor“ und einer Podiumsdiskussion folgten am Nachmittag verschiedene Workshopangebote.

5.2 Weitere Maßnahmen der Wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation

Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation dienen dem Landesprogramm zur kontinuierlichen Verbesserung aller Maßnahmen. Die Projekte in diesem Bereich begleiten, beraten und bewerten die Elemente des Programms und versuchen, diese im Sinne der Ziele zu optimieren. Die Landeskoordinierungsstelle des Landesprogramms wird durch die wissenschaftliche Begleitung und die Evaluation ebenso beraten und in ihrer Arbeit unterstützt.

Die lokalen PfD erhalten eine wissenschaftlich fundierte Praxisbegleitung. Sie sichert den Erfahrungstransfer sowie den Informationsfluss zwischen den einzelnen Partnerschaften einerseits und der Koordinierungsstelle des Landesprogramms andererseits ab und sorgt so für die Einbindung aller Maßnahmen in das Landesprogramm. Zum Auftrag zählen vor allem die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung mindestens eines regionalen Vernetzungstreffens für Thüringer PfD in jeder Planungsregion, die Prozessbegleitung und ein regelmäßiger Austausch zu Handlungserfordernissen (z. B. Fortbildungsbedarfe) mit der Koordinierungsstelle des Landesprogramms. Die Partnerschaften konnten in 2018 und 2019 auf die wissenschaftliche Begleitung der Praxis für Organisationsberatung zugreifen.

Für die inhaltliche und organisatorische Unterstützung der Jugendforen der PfD wurde für 2018 und 2019 eine gesonderte wissenschaftliche Begleitung der NaturFreunde Thüringen e. V. eingerichtet, die über besondere Expertise im Bereich der Beteiligung verfügen. Die PfDs haben die Aufgabe der Etablierung eines lokalen Jugendforums zur Stärkung der Beteiligung von jungen Menschen. Das Jugendforum wird von Jugendlichen selbst organisiert und geleitet. Die wissenschaftliche Begleitung sollte die Partnerschaften bei der Etablierung, Umsetzung und Verstetigung dieser Jugendforen unterstützen. Sie vermittelte Kenntnisse zu Konzepten zur Ausgestaltung von Partizipationsformaten für Kinder und Jugendliche und sicherte einen Erfahrungstransfer für Beispiele gelungener Beteiligung. Ziel ist die langfristige Entwicklung tragfähiger – an die jeweilige lokale Situation angepasste – Beteiligungsmodelle für Jugendliche. Damit sind die Jugendforen zugleich Kristallisationspunkt der Landesstrategie Mitbestimmung, die Initiativen auf kommunaler und Landesebene zur Stärkung der direkten Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen zusammenfasst. Die wissenschaftliche Begleitung sicherte außerdem den Informationsfluss zur Landeskoordinierungsstelle und sorgt für eine Einbindung in die Maßnahmen des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

Ein Projekt der wissenschaftlichen Begleitung von Orbit e. V. kümmerte sich 2018 und 2019 um die Optimierung von Projekten und Projektanträgen. Die Strukturen und Projekte erhielten eine wissenschaftlich fundierte Praxisbegleitung. Diese vermittelte ihnen die neuesten Kenntnisse über die Wirksamkeit von Präventions- und Interventionsprojekten im Themenfeld Demokratietarbeit und Rechtsextremismus und beriet sie bei der Verbesserung der Projektperformanz. Eine intensive Beratung der Antragsteller und Projektträger wird durch die kontinuierliche, sich jährlich wiederholende gemeinsame Erarbeitung von Zielvereinbarungen mit den wichtigsten Projekten im Landesprogramm ergänzt. In 2018 und 2019 wurden mit der Mobilien Beratung, der Opferberatung, der Ausstiegsberatung sowie den Beratungsprojekten beim Landessportbund und beim Feuerwehr-Verband Zielvereinbarungen erarbeitet und abgeschlossen. Alle Antragsteller für landesweite Präventionsprojekte wurden intensiv beraten.

Eine Evaluation des Landesprogramms ist ebenfalls regelmäßig vorgesehen. Dabei wird entweder die Gesamtanlage des Programms und seiner Elemente oder ein einzelner Teilbereich detailliert untersucht. Die Evaluationsberichte werden auf der Programmhomepage veröffentlicht und in einer Veranstaltung vorgestellt. In 2018 und 2019 wurden die Partnerschaften für Demokratie evaluiert.

Wissenschaftliche Begleitung der Pfd

	2018	2019
Förderhöhe aus Landesmitteln	31.654,00 Euro	31.654,00 Euro

Wissenschaftliche Begleitung der Jugendforen und Mitarbeit an der Landesstrategie Mitbestimmung

	2018	2019
Förderhöhe aus Landesmitteln	65.000,00 Euro	65.000,00 Euro

Wissenschaftliche Begleitung Landespräventionsprojekte

	2018	2019
Förderhöhe aus Landesmitteln	30.000,00 Euro	30.000,00 Euro

5.3 Homepage, Facebook und Materialien

Auf der Webseite www.denkbunt-thueringen.de stellt sich das Landesprogramm vor. Die Homepage informiert schnell und übersichtlich über das Landesprogramm, einzelne Maßnahmen und Projekte. Sie gibt Antworten auf häufig gestellte Fragen und macht einen (Erst-)Kontakt zum Landesprogramm möglich. Damit ist die Website ein Beitrag zur Vernetzung und eine Hilfe für diejenigen, die Unterstützung suchen.

Auf der Webseite werden das Landesprogramm und alle aktuell geförderten Projekte sowie das Beratungsnetzwerk vorgestellt. Das Fortbildungsprogramm wird ausführlich dargestellt und es besteht die Möglichkeit, direkt eine Buchungsanfrage zu stellen. Weiterhin werden die PfD, inklusive der jeweiligen Kontaktdaten vorgestellt. Auf der Startseite informiert zudem ein Kalender über aktuell anstehende Veranstaltungen. Dieser kann von den Partnern des Landesprogramms selbst gepflegt werden. In den sozialen Netzwerken ist das Landesprogramm mit einer eigenen Facebook-Seite aktiv. Regelmäßige Pressemitteilungen informieren über Neuigkeiten aus dem Programm.

Das Landesprogramm bietet für seine Öffentlichkeitsarbeit verschiedene Printmaterialien zur Information sowie Give-aways für Werbung und Wiedererkennung an. Für das Landesprogramm wurden eine Imagebroschüre und eine Textbroschüre aufgelegt. Zu den weiteren Printmaterialien in 2018 und 2019 gehören ein Flyer, der Interkulturelle Kalender und die Werbepostkarte zum Demokratiepreis. Der Flyer bietet das Wichtigste auf einen Blick: Darin gibt es eine kurze Vorstellung zu den PfD, den Fördermöglichkeiten sowie eine Vorstellung der Strukturen und Kontaktdaten. Im Interkulturellen Kalender in Form eines Plakats im Format A1 sind Feiertage aus verschiedenen Kulturen eingetragen und kurz erläutert. Er informiert zudem allgemein über die Ziele und Inhalte des Landesprogramms und speziell zu den Fortbildungsangeboten in den Themenfeldern Vielfalt, Interkulturalität sowie Rassismus. Die Postkarte dient als Werbung für den Demokratiepreis und das Landesprogramm. Sie informiert über den Demokratiepreis und fordert dazu auf, Personen oder Initiativen für den Demokratiepreis vorzuschlagen.



Im 1. Quartal 2018 führte das Landes-Demokratiezentrum eine Kampagne zur Bekanntmachung des neuen (Kommunal-) Wahlrechts ab 16 Jahre durch. Es wurden Flyer, Plakate und eine Social-Media-Kampagne entwickelt. Die Give-aways (etwa Kugelschreiber, Klebezettel, Mappen für Veranstaltungen, Tassen, Beutel) bedruckt mit dem DenkBunt-Logo und der Webadresse dienen zur Werbung und Wiedererkennung des Landesprogramms. Auch die Durchführung der Sommertagung des Landesprogramms und der Preisverleihung des Thüringer Demokratiepreises tragen u. a. aufgrund der medialen Begleitung zur Sichtbarkeit und Wirkungsverbreitung des Landesprogramms bei.

Alle geförderten Projekte haben darüber hinaus eigene Konzepte der Öffentlichkeitsarbeit, die in der Regel eine Internetpräsenz, Selbstdarstellungsflyer und eine umfangreiche Pressearbeit umfassen. Vereinzelt wird durch die geförderten Projekte auch die Möglichkeit der Verkehrsmittelwerbung auf Bus und Bahn genutzt.

5.4 Demokratiepreis

Seit dem Jahr 2013 wird jährlich der Thüringer Demokratiepreis verliehen. Mit dem Demokratiepreis werden gute Ideen und Praxisbeispiele, besonderes Engagement, innovative Handlungsansätze und Erfolge in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit anerkannt und ausgezeichnet. Diese Art von Einsatz und Zivilcourage will das Landesprogramm sichtbarmachen, wertschätzen und unterstützen.

Es können Initiativen, Vereine und Verbände, regionale Projekte sowie Einzelpersonen ausgezeichnet werden. Für den Demokratiepreis kann man vorgeschlagen werden oder sich selbst bewerben. Es werden drei Hauptpreise und vier Anerkennungspreise verliehen. Die Hauptpreise sind mit jeweils 3.000, 2.000 bzw. 1.000 Euro dotiert, die Anerkennungspreise mit 500 Euro. Die Auswahl der Preistragenden erfolgt durch eine Jury unter Vorsitz des Bildungsministers mit Vertreterinnen und Vertretern aus Bürgerbündnissen, Medien, Wirtschaft, Sozialverbänden, Künstlern und Kirchen sowie der FSU Jena.

In 2018 erhielt Max Reschke den ersten Hauptpreis für sein Engagement gegen Rechtsextremismus, insbesondere wegen der Initiierung eines Bündnisses gegen Rechtsrockkonzerte im Weimarer Land. Der zweite Preis ging an die Erich Kästner Grundschule in Gera für das Projekt „Demokratie sichtbar machen“. Mit dem dritten Preis wurde der antirassistische und antifaschistische Ratschlag Thüringen für sein jährlich durchgeführtes Angebot zur Stärkung und Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure, die sich vor Ort gegen Antisemitismus und Rassismus einsetzen, ausgezeichnet.

Anerkennungspreise erhielten 2018 zudem die folgenden Initiativen:

- Zeitzeugenprojekt „2. Weltkrieg – Flucht /Vertreibung früher heute, Integration früher – heute, Willkommenskultur früher – heute, gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit, für Solidarität und Menschenfreundlichkeit“ beim Bund der Vertriebenen Sonneberg/Neuhaus e. V.,
- TSV Bad Salzungen 1990 e. V. und das Dr. Sulzberger-Gymnasium Bad Salzungen für das X. Internationale Workcamp „Freundschaft kennt keine Grenzen“,
- Schule der Phantasie Weimar e. V. für seine stadtteilbezogene Kulturarbeit in Weimar-Schöndorf,
- Frauenbildungs- und Begegnungsstätte ko-ra-le e. V. für das Projekt „Toleranzbotschafter*innen im Landkreis Eichsfeld“,
- Arbeitsgruppe „Tag der Vielfalt“ Erfurt für die Organisation des „Tages der Vielfalt – Ein Fest für alle Menschen, Toleranz und Weltoffenheit im Erfurter Südosten“.

In 2019 erhielt das „Eichsfelder Bündnis gegen Rechts“ den ersten Hauptpreis. Das Bündnis organisierte unter anderem den zivilgesellschaftlichen Protest gegen den sogenannten Eichsfeldtag der NPD. Seit Jahren ist es die zentrale zivilgesellschaftliche Struktur im Landkreis Eichsfeld, die offen gegen Rechtsextremismus aktiv ist. Der zweite Hauptpreis ging an die Junge Gemeinde Stadtmitte Jena für die Konzeption und Realisierung eines Erinnerungsortes in Form einer Holzskulptur für die vom sogenannten Nationalsozialistische Untergrund (NSU) ermordeten Menschen. Das Projekt wurde von Jugendlichen und jungen Menschen auf den Weg gebracht. 2019 sind zudem zwei dritte Hauptpreise verliehen worden. Geehrt wurde einerseits Heidemarie Schwalbe aus Suhl. Die Geschichtslehrerin setzt sich seit vielen Jahren für ein demokratisches Miteinander und eine pluralistische Gesellschaft ein. Des Weiteren wurde Michael Kleim ausgezeichnet. Der Theologe tritt entschieden gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Neonazismus ein. Mit seinem Engagement, etwa in der Initiative „Die Kontinuierlichen“, am Runden Tisch in Gera oder als Stadtjugendpfarrer hat er wichtige Beiträge für das demokratische Miteinander in Gera geleistet.

Anerkennungspreise erhielten 2019 zudem die folgenden Initiativen:

- die Evangelische Jugend Greiz für den „Demokratiebus“,
- der Verein „Themar trifft Europa e. V.“ für den thüringisch-fränkisch-tschechischen Schüleraustausch zwischen den Partnerstädten Themar, Gerbrunn und Černošice,
- das Theater am Markt Eisenach e. V. für das Sommertheater 2019 „Sein oder Nichtsein“ sowie
- das Aktionsnetzwerk gegen Rechtsextremismus Jena für seinen Arbeitskreis „Sprechende Vergangenheit“.

Die Auszeichnung gibt den Projekten oder Personen die Gelegenheit, ihre Ziele und Anliegen einer breiten Öffentlichkeit darstellen und somit noch mehr Thüringer ermutigen und anregen, sich für die Demokratie zu engagieren.

6 Fazit

Das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit ist eine gelungene Kooperation aus eigenständigen, landesspezifischen Elementen und der Mitwirkung an der bundesweiten Präventionsarbeit. Es wurde kontinuierlich weiterentwickelt und ausgebaut.

Für die Berichtsjahre 2018 und 2019 zeigt dieser Bericht, dass es gelungen, ist wieder ein umfassendes Angebot an Präventionsmaßnahmen vorzuhalten. Der Berichtszeitraum beschreibt nach der Überarbeitung in 2016/17 die Konsolidierung des Programms. 2019 war zudem das letzte Jahr der ersten Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, in dem die Modellprojekte Ergebnisse sichern, neue Ideen entwickeln und beantragen mussten.

Die Regiestelle des Landesprogramms, das Landes-Demokratiezentrum, versucht eine möglichst umfassende Nutzung der Angebote und Möglichkeiten von Bundesprogrammen bei gleichzeitig guter Abstimmung mit bereits bestehenden Maßnahmen und Strukturen sicherzustellen. Neben der Kofinanzierung von Bundesprojekten gibt es mit den Landespräventionsprojekten, dem Fortbildungsprogramm und dem Interventionsfonds klare eigenständige Linien vorhanden. Die finanziellen Mittel des Landesprogramms haben sich seit Beginn der Umsetzung von 1.135 Mio. Euro auf 5.275 Mio. Euro nahezu verfünffacht. Im gleichen Zeitraum ist es gelungen, die in Thüringen für die Ziele des Landesprogramms verwendeten Bundesgelder von 1.944 Mio. Euro auf 6.694 Mio. Euro mehr als zu verdreifachen.

Das Landesprogramm hat mit den Partnerschaften für Demokratie in allen Kreisen und kreisfreien Städten eine gute kommunale Basis. Zahlreiche Projekte und Strukturen sind lokal bzw. regional aktiv oder auch thüringenweit mobil tätig, einige wie z. B. die wissenschaftliche Begleitung erbringen Ergebnisse, die über Thüringen hinausweisen. Viele Maßnahmen zielen auf die Beteiligung der gesamten Bevölkerung, aber wichtige Zielgruppen wie junge Menschen, Multiplikatoren, Opfer rechtsextremer Gewalt, Bürgerbündnisse, Vereine und Verbände sowie Schulen werden zusätzlich mit jeweils passgenauen Angeboten versorgt.

Der überwiegende Anteil der Projekte arbeitet im Bereich der Primärprävention an der Stärkung der demokratischen politischen Kultur im Land. Aber auch im Bereich der Sekundär- und der Tertiärprävention ist das Landesprogramm mit Maßnahmen bemüht, Devianz zu begegnen. Viele Projekte und eine große Zahl von Maßnahmen der verschiedenen Ressorts der Landesregierung berühren eher am Rande die Handlungsfelder des Landesprogramms. Gleichwohl leisten diese Maßnahmen wertvolle Beiträge zur Verbesserung der politischen Kultur.

Eine weitere Aufgabe der Regiestelle des Landesprogramms im TMBJS ist es, die Vernetzung und Abstimmung der Projekte, Strukturen und Maßnahmen untereinander zu organisieren. Die in Evaluationen des Landesprogramms wiederholt durchgeführten Vernetzungsanalysen der Elemente des Landesprogramms zufolge, ist diese Vernetzung gut gelungen. Das Gewicht der einzelnen Projekte spiegelt sich dabei in der Vernetzung wider.

Eine weitere Aufgabe der Regiestelle ist es, den Blick auf die Schwachstellen in der Präventionsmatrix zu werfen. Dabei ist die vom Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration der Universität Jena erstellte Expertise zu Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen ein hilfreiches Instrument. Eine Verstärkung der Demokratieförderung in Regionen mit großen Strukturproblemen, mehr Bildungs-

und Informationsangebote für lokale Verantwortungsträgerinnen und -träger oder eine Verstärkung der Maßnahmen im Kindes- und Jugendalter werden in die Überlegungen zur Weiterentwicklung des Landesprogramms einfließen.

Im achten und neunten Jahr der Umsetzung des Landesprogramms, über die in diesem Bericht informiert wird, zeigt sich ein gefestigtes Bild des Landesprogramm. Es ist solide und umfassend aufgestellt und gleichzeitig wird erneut deutlich, dass die Arbeit an der demokratischen politischen Kultur in Thüringen eine beständige Aufgabe ist. Auch wenn diese Aufgabe nicht abgeschlossen werden kann, soll doch ein möglichst großer, positiver Einfluss darauf angestrebt werden. Vor allem soll das Programm weiterhin Brücke zwischen Politik und Verwaltung einerseits und der aktiven demokratischen Zivilgesellschaft andererseits sein, um sich gemeinsam für eine demokratische, tolerante und weltoffene Gesellschaft in Thüringen einzusetzen.

7 Anhang

Anhang A:

Folgende Projekte sind im Rahmen der Projektförderung durch das Landesprogramm und das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ unterstützt worden:

Förderung in 2018

Träger	Projekt	Landesmittel	Bundesmittel
Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.	Perspektivwechsel Plus	26.000 Euro	130.000 Euro
Cultures Interactive e. V.	Distanz – Trainingsmaßnahmen und lokal verankerte Zentren zur Radikalisierungsprävention	182.500 Euro	180.354 Euro
Radio FREI	Erfurter Medienlabor	20.000 Euro	110.579 Euro
Drudel 11 e. V.	oha- online hass abbauen	32.500 Euro	130.000 Euro
DKSB - LV Thüringen	Stärkung des Engagements im Netz – gegen Hass im Netz	22.888 Euro	91.555 Euro
Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.	Strukturentwicklung bundesweiter Träger	8.000 Euro	460.577 Euro
Cultures Interactive e. V.	Strukturentwicklung bundesweiter Träger	4.000 Euro	298.166 Euro
Deutsches Kinderhilfswerk e. V.	Vielfalt und Mitbestimmung in Kita	5.000 Euro	120.376 Euro

Förderung in 2019

Träger	Projekt	Landesmittel	Bundesmittel
Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.	Perspektivwechsel Plus	26.000 Euro	130.000 Euro
Cultures Interactive e. V.	Distanz – Trainingsmaßnahmen und lokal verankerte Zentren zur Radikalisierungsprävention	182.500 Euro	180.354 Euro
Drudel 11 e. V.	oha- online hass abbauen	32.500 Euro	130.000 Euro
DKSB - LV Thüringen	Stärkung des Engagements im Netz – gegen Hass im Netz	21.680 Euro	86.722 Euro
Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.	Strukturentwicklung bundesweiter Träger	8.000 Euro	130.000 Euro
Cultures Interactive e. V.	Strukturentwicklung bundesweiter Träger	8.000 Euro	298.166 Euro
Deutsches Kinderhilfswerk e. V.	Vielfalt und Mitbestimmung in Kita	5.000 Euro	123.500 Euro

Anhang B

Folgende Träger und Projekte sind im Rahmen der Projektförderung und des Interventionsfonds unterstützt worden:

Förderung durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in 2018

Träger	Projekt	Landesmittel
DGB Bildungswerk Thüringen e. V.	CoRa - Contra Rassismus_Pro Migration und Asyl	137.717, Euro
Landesverband der Roma, RomnoKher Thüringen e. V.	Tromadipen!	9.500 Euro
NaturFreunde Thüringen	Vorurteile über Bord – Lebendige Methoden zur Prävention von Diskriminierung und Ausgrenzung	37.951 Euro
Arbeit und Leben Thüringen e. V.	Nur hundert Jahre? – Die Aktualität von Frauenwahlrecht und Frauenpolitik	37.798 Euro
Bildungswerk Blitz e. V.	Demokratieladen	92.823 Euro
Landesjugendring Thüringen	#JUGEND prägt - Politik - Gesellschaft - Thüringen	45.000 Euro
Cultures Interactive e. V. Weimar	Qualitätssicherung, Teamkoordination und -entwicklung für sekundärpräventive Jugendkulturprojekttage	24.406 Euro
Bildungswerk Blitz e. V.	DemokratieCamp	39.375 Euro
Imaginata e. V.	Whats up Abendland – eine Kulturzeitung für Aufklärung und gegen Ausgrenzung	22.000 Euro
Hennebergisch-Fränkischer Geschichtsverein e. V.	Internationales Sommersymposium "Grenzen: denken und überwinden"	20.800 Euro
Deutsches Nationaltheater Weimar	Kunstoffest 2019	20.000 Euro
Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Thüringen e. V.	Vorsicht Demokratie	18.000 Euro
Imaginata e. V.	ost*deutsch*now	19.800 Euro
Migration- und Integration Gemeinschaft e. V. (MIG e. V.)	Demokratie Leben	9.144 Euro
Diakoniewerk Sonneberg e. V.	Demokratie-Coach Themar: Stark für unsere Region	21.096 Euro
Arbeit und Leben Thüringen e. V.	Prima Klima?! Demokratiebildung im Kontext von Rechtspopulismus, Klimawandel und Fridays for Future	19.516 Euro
Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora e. V.	Veranstaltungsreihe "80 Jahre Krieg" – Ursachen und Konsequenzen	16.500 Euro

Förderung durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in 2019

Träger	Projekt	Landesmittel
DGB Bildungswerk Thüringen e. V.	CoRa - Contra Rassismus_Pro Migration und Asyl	120.941 Euro
Landesjugendwerk der AWO e. V.	Hochachtungsvoll	36.211 Euro
NaturFreunde Thüringen	Lebendige Bücher unterwegs in Thüringen 2018	35.004 Euro
Bildungswerk Blitz e. V.	Demokratieladen	95.832 Euro
Landesjugendring Thüringen	Jugendprogramm zur Wertekommunikation "Werte. Zusammen. Leben. In Thüringen 2018"	54.530 Euro
Theaterhaus Jena	Bewegung Liebe	18.000 Euro
Verein für Vielfalt in Sport und Gesellschaft	Stärker-Ressourcen durch Vielfalt	29.700 Euro
Gedenkstätte Buchenwald	Veranstaltungsreihe anlässlich des 73. Jahrestages der Befreiung.	7.926 Euro
Schallwerk Berlin e. V.	WIR BIN ICH – Begegnungen mit UnBekanntem	37.000 Euro
Landesjugendring Thüringen e. V.	Studie zur Parteienverdrossenheit unter Jugendlichen in Thüringen	59.000 Euro
Bauhaus EINS e. V.	Mahnmal im Kollektiv	44.500 Euro
Radio Lotte e. V.	Der Tag X – Das Ende des NSU-Prozesses	1.000 Euro
Evangelische Akademie Thüringen	#Demokratie. Digitale Herausforderungen für die politische Kultur	1.000 Euro
Landesverband der Roma Romnokher Thüringen e. V.	Tromadipen!	27.662 Euro
Freiheit - Förderverein der Gedenkstätte Andreasstraße e. V. Erfurt	Freiheit in der Demokratie	3.125 Euro
MXPerience Festival gUG Weimar	Filmproduktion zur Woche der Demokratie	28.000 Euro
Förderkreis zur sprachlichen, beruflichen und kulturellen Integration Apolda e. V.	Mustik verein	1.000 Euro
ASB Kreisverband Sömmerda e. V.	Musikfestival – Musik für Vielfalt	1.000 Euro

TEIL B

Expertise

**Gefährdungen der demokratischen Kultur in
Thüringen**

**des KomRex – Zentrum für
Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und gesellschaftliche
Integration**

Danny Michelsen · Matthias Koch · Marius Miehle
Juliane Dingfelder · Andreas Beelmann

Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen

Rechtsextremismus und politische Entfremdung

Expertise für das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

September 2020

KomRex

Zentrum für Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration

FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT
JENA

 **KOMREX**

Inhalt

1	Einleitung.....	6
2	Rechtsextreme Einstellungsmuster und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	8
2.1	Rechtsextreme Einstellungen.....	8
2.2	Inklusion, Diversität und Ablehnung von ethnischen und sozialen Gruppen	12
3	Rechtsextreme Strukturen in Thüringen	16
3.1	Formell organisierter Rechtsextremismus in Thüringen.....	16
3.1.1	Rechtsextreme Parteien in Thüringen	16
3.1.2	Vereinsförmig organisierte rechtsextreme Angebotsstrukturen in Thüringen.....	21
3.2	Informell organisierte rechtsextreme Gruppen	22
3.3	Rechtsextreme Angebotsstrukturen im sub- und jugendkulturellen Feld.....	24
3.4	Rechtsextreme Szene-Infrastruktur in Thüringen.....	28
3.5	Angebotsstrukturen rund um den Rechtsrock in Thüringen.....	30
3.6	Entwicklung der Aktivitäten und Straftaten mit rechtsextremem Kontext.....	33
4	Verbindungslinien zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus.....	35
4.1	Die AfD	35
4.2	Populistische Proteste und Mimikry der rechtsextremen Bewegung in Thüringen	37
5	Gibt es Hinweise auf eine politische Entfremdung der Thüringer Bevölkerung?	38
6	Fazit.....	46
	Literatur	50

Abbildungen

Abb. 1:	Dimensionen des Rechtsextremismus (2001 - 2019).....	11
Abb. 2:	Anteile rechtsextrem, ethnozentrisch und ns-ideologisch Eingestellter 2001 – 2019.....	11
Abb. 3:	Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2017 nach Schichtzugehörigkeit	12
Abb. 4:	Zeit- bzw. Parteistimmen rechtsextremer Kleinparteien und der AfD in Thüringen bei landesweiten Wahlen seit 2013 (in Prozent)	17
Abb. 5:	Bundesländer mit der höchsten Prozentzahl an Reichsbürgern (inkl. Selbstverwaltern)	27
Abb. 6:	Anzahl der Immobilien und Treffpunkte von Bewegungen und Akteuren der rechtsextremen Szene pro 100.000 Einwohner auf Landkreisebene (aktiv und inaktiv).....	30
Abb. 7:	Fälle in der Chronik extrem rechter Aktivitäten in Thüringen nach Jahren.....	33
Abb. 8:	Straf- und Gewalttaten nach PMK rechts	34
Abb. 9:	Wahlbeteiligung an Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in Thüringen 1990- 2019.....	39
Abb. 10:	Zahl der Mitglieder der im Thüringer Landtag vertretenen Parteien 2010-2019	40
Abb. 11:	Partizipationsformen und Wahrnehmung durch die Thüringer Bevölkerung.....	41
Abb. 12:	Subjektive Selbsteinschätzung der Kompetenz zu politischen Themen und der politischen Selbstwirksamkeit	42
Abb. 13:	Vertrauen in Institutionen 2001 – 2019	43
Abb. 14:	Demokratieunterstützung und -zufriedenheit 2001-2019 in Prozent.....	44
Abb. 15:	Demokratietypen 2001-2019 in Prozent (oben); Entwicklung der Anteile der jeweiligen Demokratietypen anhand des gleitenden 5-Jahres-Durchschnitts (unten)	45

Tabellen

Tab. 1:	Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen.....	10
Tab. 2:	Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Gruppen 2013 - 2019.....	15
Tab. 3:	Landesweite Wahlergebnisse der NPD seit 2013 in Thüringen (in Prozent).....	18
Tab. 4:	Wahlergebnisse der NPD seit 2013 in Eisenach (in Prozent)	18
Tab. 5:	Landkreisweite Wahlergebnisse des BZH und von Tommy Frenck seit 2014.....	19
Tab. 6:	In Thüringen ansässige rechtsextreme Vereine seit 2015.....	21
Tab. 7:	Bürgerwehren mit rechtsextremen Bezügen in Thüringen	23
Tab. 8:	Anzahl an Reichsbürger*innen (inkl. Selbstverwaltern) in Thüringen	27
Tab. 9:	Überblick zu rechtsextremen Musikveranstaltungen in Thüringen (2014–2019) nach Angaben der Topografie und von MOBIT	32
Tab. 10:	Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politische Kriminalität – Rechts“ in den Ländern pro 100.000 Einwohner 2009, 2014 und 2019	34

1 Einleitung

Durch das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit werden seit nunmehr fast zehn Jahren zahlreiche Projekte und Initiativen gefördert, die auf eine Stärkung der demokratischen Kultur im Freistaat hinwirken sollen. Da bei der Entwicklung des Landesprogramms großer Wert auf die wissenschaftliche Begleitung als Voraussetzung für eine Fortentwicklung der Förderrichtlinien gemäß neuer Erkenntnisse über aktuelle demokratiefeindliche Bestrebungen gelegt wurde, wurde das KomRex im Frühjahr 2020 vom Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport mit der Erstellung einer Expertise beauftragt, die aktuelle Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen identifizieren und einordnen soll. Bei der Strukturierung und inhaltlichen Schwerpunktsetzung der vorliegenden Analyse konnten wir an zwei hervorragende Vorarbeiten von Edinger (2010) und Quent/Schmidtke/Salheiser (2016) anknüpfen, die bislang als sozialwissenschaftliche Grundlage für die konzeptionelle Ausrichtung der im Rahmen des Landesprogramms geförderten Präventionsmaßnahmen und Initiativen gedient haben. Da der Schwerpunkt des Landesprogramms von Beginn an auf der Bekämpfung des Rechtsextremismus lag (vgl. ebd.: 64 ff.), wurde in diesen ersten beiden Gefährdungsanalysen primär auf die Verbreitung rechtsextremer Einstellungsmuster und auf aktuelle Entwicklungen im organisierten Rechtsextremismus fokussiert. Wir setzen diese Schwerpunktsetzung in dem vorliegenden Bericht fort, möchten aber bereits an dieser Stelle darauf hinweisen, dass damit keine Verharmlosung des Gefährdungspotentials anderer Extremismen intendiert sein soll. Die jüngste Verdoppelung der in Thüringen begangenen Straftaten, welche der politisch motivierten Kriminalität (PMK) -links- zugerechnet werden, im Jahr 2019 ist ohne Zweifel besorgniserregend – v.a. wenn man bedenkt, dass auch die Zahl der Gewaltdelikte, die von Linksextremisten begangen wurden (42), angestiegen ist und fast gleichauf lag mit der Zahl der von Rechtsextremisten verübten Gewaltdelikte (49) (vgl. TMIK 2020: 9). Aber erstens zeigt schon ein Blick auf die aktuellen Gesamtzahlen der PMK in Thüringen – PMK rechts: 1.301 Delikte; PMK links: 646 Delikte –, dass von rechtsextremer Seite insgesamt noch immer eine größere Bedrohung ausgeht (ebd.: 3). Zudem machen die jüngeren rechtsterroristischen Anschläge außerhalb Thüringens – der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019, der Anschlag auf die Synagoge in Halle vier Monate später oder der Anschlag von Hanau im Februar 2020 – deutlich, dass rechtsextreme Gewalt in vielen Fällen den Tod von Menschen in Kauf nimmt oder gezielt anstrebt. Zweitens bedroht der Rechtsextremismus nicht nur die öffentliche Sicherheit, sondern – in einem Maße und mit einer Aggressivität, wie das für den Linksextremismus und den Islamismus in Deutschland nicht gilt – auch die Fundamente der demokratischen Kultur, wie der Präsident des Thüringischen Amtes für Verfassungsschutz (AfV), Stephan J. Kramer, zu recht festgestellt hat (FAZ 2019).

Eine Identifizierung von Gefährdungen der *demokratischen Kultur* macht es allerdings erforderlich, dass wir uns zunächst über die Bedeutung dieses Begriffs Klarheit verschaffen – was ein durchaus heikles Unterfangen ist, ist doch allein schon der Demokratiebegriff ein Musterbeispiel für ein „essentially contested concept“ (Gallie 1962). Verfassungsschutzbehörden, die mit dem Schutz der demokratischen Ordnung betraut sind, sind mit diesem Problem nicht konfrontiert, da sie, wie alle Exekutivorgane, ihren Auftrag ausschließlich aus Rechtsnormen ableiten: Sie operieren auf der Grundlage des Begriffs der „freiheitlichen-demokratischen Grundordnung“ (FDGO) und dessen Legaldefinition, wie sie etwa in § 4 Absatz 2 BVerfSchG formuliert ist. Die in dieser Definition enthaltenen Kriterien entsprechen den Mindestanforderungen, die wir heute an einen demokratisch verfassten Rechtsstaat stellen: z.B. das Recht des Volkes, seine parlamentarischen Vertreter in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen, oder das Recht auf die Ausübung einer parlamentarischen Opposition. Aber erstens lässt sich die Demokratie nicht nur als eine

Regierungsform oder als ein bestimmtes Institutionenset verstehen. Vor allem jene Demokratietheoretiker*innen, die in der Tradition des zivilrepublikanischen Denkens stehen, haben darauf hingewiesen, dass die Demokratie darüber hinaus und „in erster Linie eine Form des Zusammenlebens, der gemeinsamen und miteinander geteilten Erfahrung“ (Dewey 1993: 121), darstellt – oder, wie es bei Sheldon Wolin (1994: 23) heißt, eine „Seinsweise“, die sich nicht zuletzt durch das Bewusstsein ihrer eigenen Fragilität auszeichnet. Damit ist die Bedeutung einer partizipativen politischen Kultur in einer Demokratie angesprochen. Zudem ist die jahrtausendealte Idee der Demokratie nicht mit der FDGO identisch: Sie ist wesentlich deutungsöffener, was schon daran deutlich wird, dass es in der Politischen Theorie eine Vielzahl konkurrierender demokratietheoretischer Ansätze gibt.¹ Die Beantwortung der Frage, was wir für eine Gefährdung der demokratischen Kultur halten, ist selbstverständlich immer auch davon abhängig, für welchen Demokratiebegriff wir uns entscheiden. Das hat die jüngere politikwissenschaftliche Kontroverse um das Verhältnis von Demokratie und Populismus einmal mehr deutlich gemacht: Während Autoren wie Jan-Werner Müller (2016), die sich für einen liberalen Demokratiebegriff aussprechen, den Populismus per se als antidemokratisch deuten, vertreten andere namhafte Politikwissenschaftler*innen, die das Ideal der Volkssouveränität als Bestandteil der Demokratieidee stärker hervorheben, die Auffassung, dass die neuen populistischen Parteien zwar „sicherlich antiinstitutionell, im Regelfall Gegner der repräsentativen Demokratie, [...] aber eben nicht antidemokratisch“ seien (Manow 2020: 17). Auf diese Debatte wie auch auf die vielen normativen Fallstricke bei der näheren Bestimmung des Demokratiebegriffs können wir hier nicht näher eingehen; stattdessen wollen wir der Einfachheit halber an die Vorarbeit von Edinger (2010) anknüpfen, der eine demokratische Kultur auf der Grundlage folgender Kriterien bestimmt:

- Demokratische Entscheidungsverfahren werden von Bürger*innen akzeptiert, die sich als Subjekte der politischen Prozesse verstehen.
- Die bestehenden Entscheidungsverfahren garantieren eine gewaltfreie politische Kommunikation und Interessenartikulation.
- Der gesellschaftliche und politische Pluralismus erfährt eine breite Anerkennung.

Wenngleich diese Kriterien sehr offen formuliert sind, macht doch vor allem der erste Punkt deutlich, dass eine demokratische Kultur nicht erst dann gefährdet ist, wenn extremistische Parteien oder Bewegungen die politische Ordnung aktiv bekämpfen. Eine demokratische Kultur ist auch dann gefährdet, wenn eine Mehrheit der Bürger*innen in einem Maße politisch entfremdet ist, dass diese sich nicht mehr als Subjekte der politischen Prozesse wahrnehmen, sondern auf eine Rolle als Zuschauer*innen und Konsument*innen reduziert sehen. Edinger hat die politische Entfremdung in seiner Analyse daher zurecht als eine konkrete Gefahr für die Demokratie benannt und ihr Ausmaß anhand einschlägiger Indikatoren (z.B. Wahlbeteiligung, Mitgliederzahlen der Parteien, Institutionenvertrauen) untersucht. Im 5. Kapitel dieser Expertise führen wir diese Vorgehensweise fort.

Da diese Expertise auf aktuelle Entwicklungen im organisierten *Rechtsextremismus* fokussiert, muss auch dieser Begriff zunächst definiert werden. Mit Richard Stöss (2010: 19) wird der Rechtsextremismus hier als „völkischer Nationalismus“ verstanden – eine Ideologie, deren gesellschaftliches Leitbild „die angeblich der natürlichen Ordnung entsprechende, ethnisch homogene („reinrasige“) *Volksgemeinschaft*“ ist. Aus diesem Leitbild ergibt sich die Abwertung aller Menschen, die dieser ethnisch definierten Gemeinschaft aufgrund von Merkmalen, welche als unveränderlich betrachtet werden, nicht angehören können und somit eine prinzipielle Negation der universellen Freiheits- und Gleichheitsrechte, wie sie z.B. im Grundgesetz kodifiziert sind. Zu unterscheiden sind

¹ Für eine einführende Übersicht vgl. z.B. Lembcke/Ritzi/Schaal 2012 u. Schmidt 2019.

rechtsextreme Einstellungsmuster und rechtsextremes Verhalten, das sich z.B. in Protesten, Lebensstilen, Wahlverhalten, Parteimitgliedschaften oder auch in Gewalt und Terror manifestieren kann (vgl. ebd.: 21).

Die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen im Freistaat Thüringen wird in Kapitel 2 näher untersucht. Im 3. Kapitel folgt eine Analyse der aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus. Dabei wird zwischen dem formell und informell organisierten Rechtsextremismus differenziert: Zu ersterem zählen Parteien und vereinsförmig organisierte Angebotsstrukturen, während zu letzterem u.a. Kameradschaften, lokale Initiativen oder überregionale Netzwerke wie die Identitäre Bewegung zu rechnen sind. Weiterhin bietet das Kapitel einen Überblick über den jugend- und subkulturellen Rechtsextremismus, über Immobilien der rechtsextremen Szene und über die Entwicklung rechtsextremer Straftaten seit 2001. In Kapitel 4 wird das Gefährdungspotential des Rechtspopulismus und aktueller verschwörungstheoretisch fundierter Protestformationen für die demokratische Kultur in Thüringen untersucht. Dabei stehen ideologische und personelle Überschneidungen mit dem organisierten Rechtsextremismus im Fokus. Abgeschlossen wird die Expertise durch eine Betrachtung von Bedrohungen, denen die demokratische Kultur nicht durch die Feinde der offenen Gesellschaft, sondern gewissermaßen von innen her, nämlich durch das bereits erwähnte Problem der politischen Entfremdung der Bürger*innen, ausgesetzt ist.

2 Rechtsextreme Einstellungsmuster und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

2.1 Rechtsextreme Einstellungen

In diesem Abschnitt wird die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in Thüringen dargestellt. Ihre Messung ist relevant, weil antidemokratische Einstellungen die Voraussetzung für antidemokratisches Verhalten sind, das in der öffentlichen Berichterstattung meist im Vordergrund steht und im nächsten Kapitel näher behandelt werden soll. Die Analyse von Einstellungen kann Aufschluss über das soziokulturelle Umfeld geben, in dem rechtsextreme Akteure sich bewegen. Aus der Verbreitung von rechtsextremen Einstellungsmustern lassen sich zwar keine Prognosen über zukünftiges Verhalten ableiten, aber es können Rückschlüsse auf die Bereitschaft zu bestimmten Verhaltensformen gezogen werden, z.B. auf die Bereitschaft der Thüringer Bevölkerung, rechtsextreme Parteien zu wählen (Decker et al. 2018: 65).

Die empirische Grundlage für die folgenden Ausführungen bilden die Längsschnittdaten des THÜRINGEN-MONITORS, einer vom KomRex erstellten Langzeitstudie zur Politischen Kultur in Thüringen, die auf einer jährlich durchgeführten Bevölkerungsumfrage basiert. Im THÜRINGEN-MONITOR werden rechtsextreme Einstellungen auf der Basis einer Rechtsextremismus-Definition erhoben, die bei einer Expert*innentagung an der FU Berlin im Jahr 2001 speziell zum Zweck der Vereinheitlichung des Forschungsdesigns für künftige empirische Untersuchungen zur Verbreitung rechtsextremer Einstellungen entwickelt wurde. Demnach meint Rechtsextremismus „ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“ (Zitiert nach Stöss 2010: 57) Die sechs Dimensionen des rechtsextremen Einstellungssyndroms sind folgende: Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Antisemitismus, Unterstützung einer rechten Diktatur, Nationalismus (Chauvinismus) und Migrant*innenfeindlichkeit.

Im THÜRINGEN-MONITOR werden die Ausprägungen dieser sechs Einstellungsdimensionen des Rechtsextremismus durch zehn standardisierte Items ermittelt (vgl. Kreis 2007: 13 ff.). Die konkreten Fragen, mit deren Hilfe die Einstellungen zu den jeweiligen Dimensionen erfasst werden, sind in Tab. 1 abgebildet. Um die Bestandteile des rechtsextremen Weltbildes intern deutlicher zu differenzieren, wurden die Fragen zudem zwei unterschiedlichen, aber gleichgewichtigen Facetten des Rechtsextremismus zugeordnet, die das rechtsextreme Weltbild konstituieren: Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus. Dem Ethnozentrismus, der die Bewertung von fremden Gruppen auf der Grundlage von Normen, die von der Eigengruppe vorgegeben werden, meint, sind die unter der Dimension Nationalismus/Chauvinismus rubrizierten Fragen und außerdem zwei Fragen zugeordnet, die zu der Dimension Fremdenfeindlichkeit gehören. Die letzte der zu dieser Dimension gerechneten Fragen misst den Anteil der rassistisch eingestellten Befragten und wird daher dem Komplex des Neo-Nationalsozialismus zugeordnet.

Auffällig ist, dass die Zustimmung zu den einzelnen Fragen stark variiert, dass nationalistische und fremdenfeindliche Aussagen aber die stärkste Zustimmung erhalten. Mehr als die Hälfte der Thüringer*innen ist der Meinung, dass „die Bundesrepublik durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet ist“ und dass „ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“ notwendig ist. Demgegenüber finden die Aussagen, mit denen neo-nationalsozialistische Einstellungen gemessen werden, erwartungsgemäß deutlich weniger Zustimmung. Allerdings ist die Zustimmung zu der antisemitischen Aussage und zu der den Nationalsozialismus verharmlosenden Aussage im Erhebungsjahr 2019 deutlich gestiegen. Mehr als jede*r vierte Thüringer*in ist heute der Meinung, dass „der Nationalsozialismus auch seine guten Seiten hatte“.

Der Anteil rechtsextrem Eingestellter umfasste zu Beginn der Messungen ein Viertel der Befragten und stieg bis 2005 auf 30 % an. Bis zum Ende des Jahrzehnts sank der Anteil rechtsextrem Eingestellter auf 19 %. Innerhalb des letzten Jahrzehnts blieben die Werte unter 20 %, mit Ausnahme der Jahre 2011, 2015 und 2019, in denen jeweils 24 % gemessen wurden, sowie 2018, als der Anteil rechtsextremer Einstellungen bei 20 % lag. Als rechtsextrem werden Befragte eingeordnet, die in den beiden Kategorien „Ethnozentrismus“ und „Neo-Nationalismus“ jeweils mehr Fragen zustimmend als ablehnend beantwortet haben (vgl. Reiser et al. 2019: 55).

Zusammengefasst zeigten sich für 2019 Zustimmungen zu einzelnen Dimensionen des Rechtsextremismus zwischen 14 % (Sozialdarwinismus) und 42 % (Ausländerfeindlichkeit) (siehe Abb. 1). Die Befragungsergebnisse sind relativ stabil; jedoch wurde 2019 für die Dimension „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ ein neuer Höchststand und für die Dimension „Diktaturaffinität“ der bisherige Maximalpunkt vom Jahr 2001 erneut erreicht. Auffällig ist zudem, dass es seit der Mitte der vergangenen Dekade zu einer deutlichen Zunahme von Migrant*innenfeindlichkeit (Dimension: Fremden- bzw. Ausländerfeindlichkeit), Nationalismus (Chauvinismus) und Antisemitismus gekommen ist. Die Werte in diesen Einstellungsdimensionen befinden sich auf einem deutlich höheren Niveau als noch vor sechs Jahren.

Tab. 1: Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen
(Angaben in Prozent)

		2019	2018	2017	2016	2015
Ethnozentrismus	Nationalismus und Chauvinismus					
	„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	61	64	64	63	62
	„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	34	25	30	25	29
	Fremdenfeindlichkeit					
	„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	56	58	53	52	51
	„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	45	49	44	37	40
Neo-Nationalsozialismus	„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“ (Rassismus)	23	25	22	17	22
	Sozialdarwinismus					
	„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	25	25	24	23	28
	„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	22	20	18	12	18
	Verharmlosung des Nationalsozialismus					
	„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	26	18	16	16	24
	Antisemitismus					
	„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	16	9	14	10	9
	Unterstützung einer rechten Diktatur					
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	21	18	14	17	20	

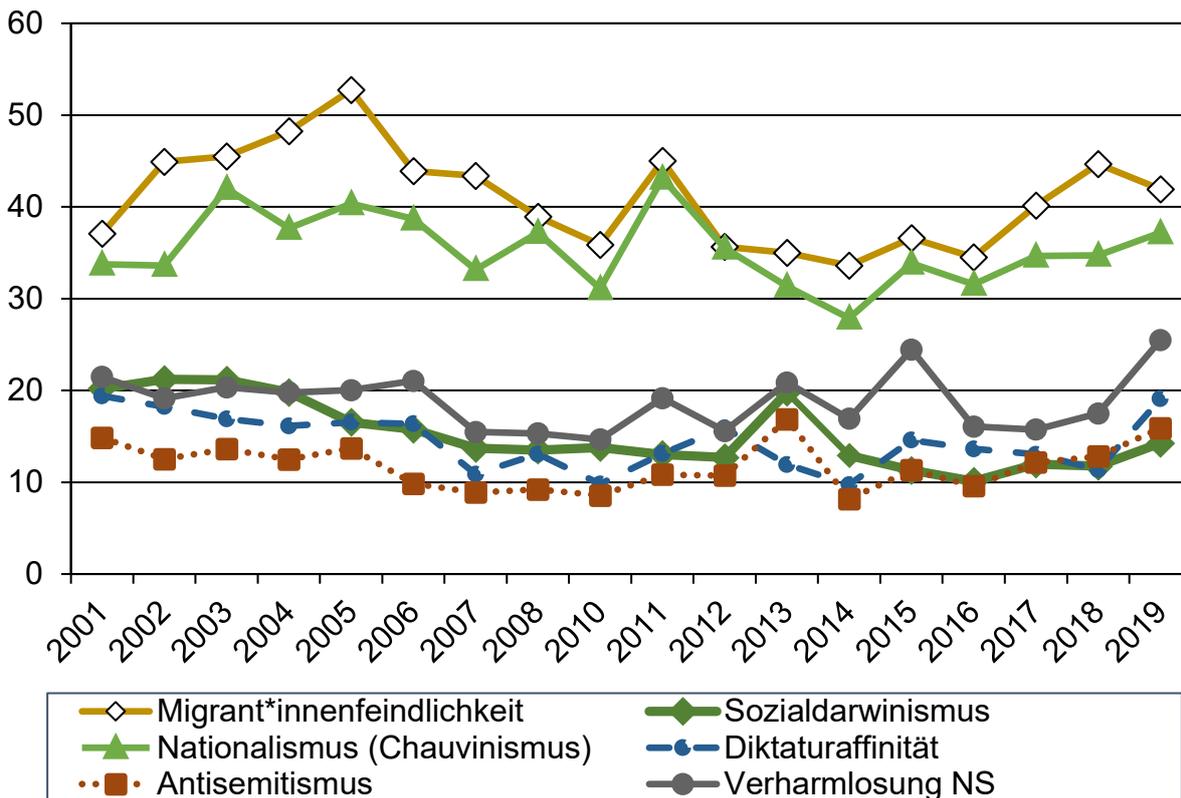


Abb. 1: Dimensionen des Rechtsextremismus (2001 - 2019)
(Daten: THÜRINGEN-MONITOR)

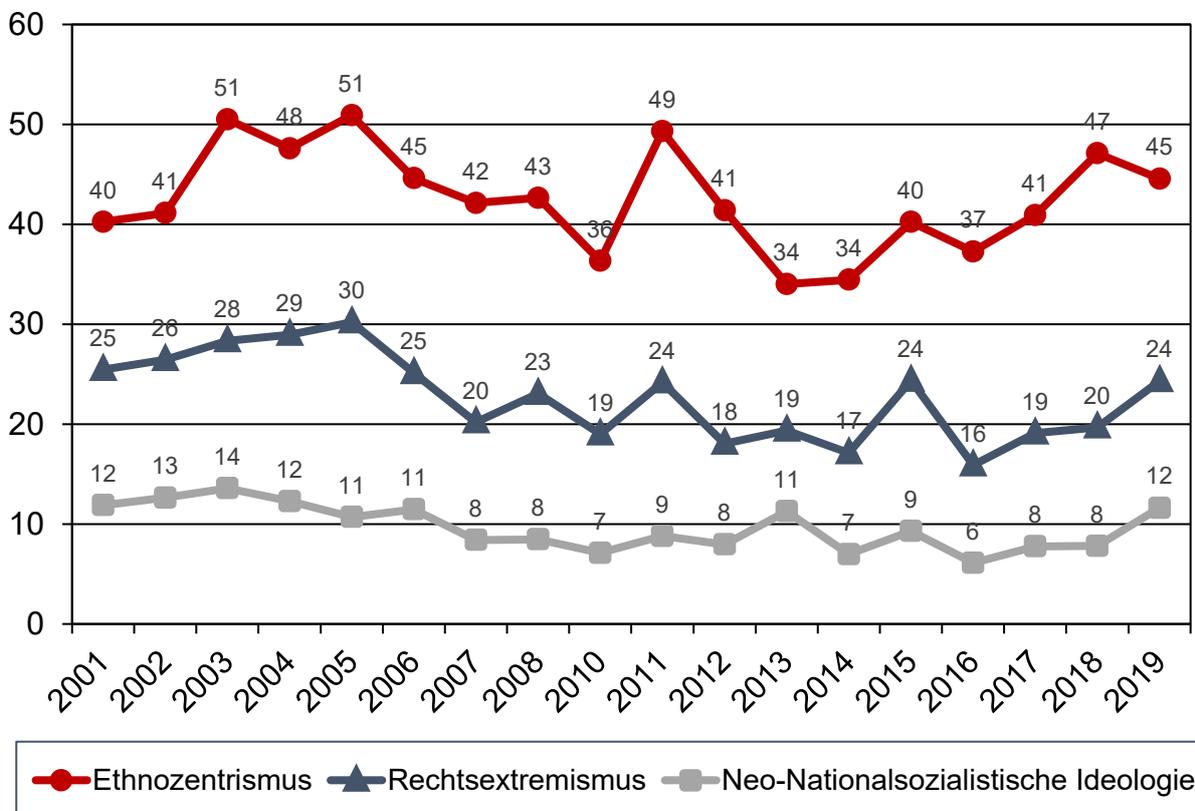


Abb. 2: Anteile rechtsextrem, ethnozentrisch und ns-ideologisch Eingestellter 2001 – 2019
(Daten: THÜRINGEN-MONITOR)

In der Forschungsliteratur wird eine Vielzahl von Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen diskutiert (für einen guten Überblick vgl. Zick/Küpper 2016: 103 ff.). Zu den wichtigsten Faktoren zählen relative Deprivation, die Neigung zu autoritären Ordnungsvorstellungen und niedrige Bildung (vgl. Quent/Salheiser/Schmidtke 2016: 14f.). Letzteres konnte auch durch die Daten des THÜRINGEN-MONITORS bestätigt werden. Eine Analyse des Zusammenhangs zwischen sozialer Milieugehörigkeit und rechtsextremen Einstellungen zeigt deutlich, dass insbesondere Personen mit niedrigem Bildungsstand, auch weitgehend unabhängig vom Einkommen, hohe Werte bei Rechtsextremismus, Neo-Nationalsozialismus und Ethnozentrismus aufweisen. So zeigen sich bei niedrigem Einkommen und bei hohem Bildungsstand die niedrigsten Werte für Rechtsextremismus, Neo-Nationalsozialismus und Ethnozentrismus, während die Gruppe der Personen mit hohem Einkommen und subakademischer Bildung die höchsten Werte bei Rechtsextremismus und Neo-Nationalsozialismus aufweisen.

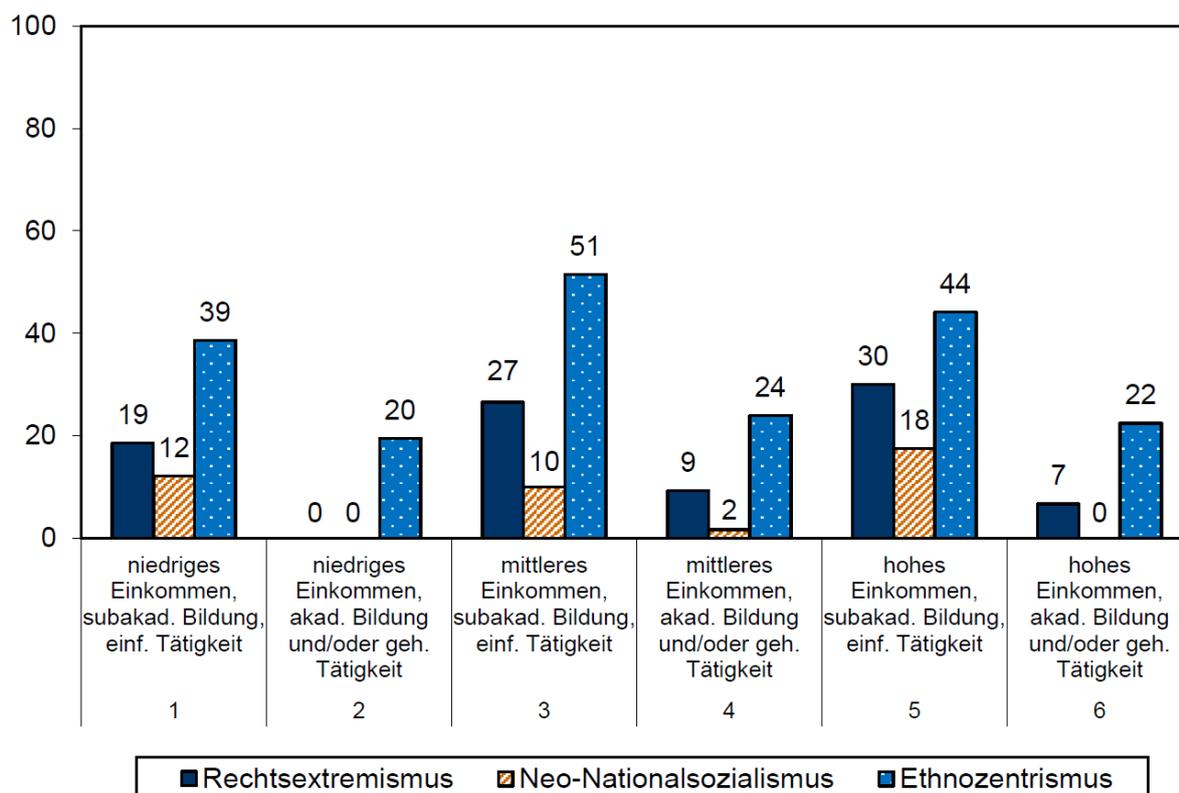


Abb. 3: Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2017 nach Schichtzugehörigkeit

(Abbildung aus Thüringen-Monitor: Reiser et al. 2017:141)

2.2 Inklusion, Diversität und Ablehnung von ethnischen und sozialen Gruppen

Voraussetzung für einen offenen demokratischen Diskurs, an dem sich alle beteiligt fühlen können, ist die Möglichkeit der Interaktion auf gleicher Augenhöhe. Ein hohes Maß an wechselseitiger Ablehnung aufgrund von unveränderbaren Merkmalen kann daher den demokratischen Diskurs und damit eine lebendige demokratische Kultur gefährden.

Im THÜRINGEN-MONITOR werden nach dem Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (vgl. Heitmeyer 2011), die u.a. in den „Mitte Studien“ der Friedrich-Ebert-Stiftung erfasst wird (zuletzt Zick/Küpper/Berghan 2019), Vorurteile und negative Einstellungen gegenüber unterschiedlichen sozialen und ethnischen Gruppen gemessen (Reiser et al. 2019: 62). Es wird nach Vorurteilen gegenüber Angehörigen der jüdischen Gemeinschaft und Muslim*innen, Sinti*innen und Roma*innen,

Homosexuellen, Langzeitarbeitslosen, Obdachlosen und Behinderten gefragt. Neben der allgemeinen Frage zu Einstellungen gegenüber Migrant*innen wurden zwischen 2014 und 2016 auch vermehrt Fragen zu Einstellungen gegenüber Asylbewerber*innen gestellt.

Die Einstellungen haben sich in den letzten Jahren in den meisten Kategorien nicht stark verändert (vgl. Tab. 2). Die höchste Zustimmung (2019: 81 % der Befragten) erhielt die Aussage, dass der Staat bei der Prüfung von Asylanträgen nicht großzügig sein soll. Die Forderung, dass Flüchtlinge und Asylsuchende in ihre Heimatländer zurückkehren sollen, sobald Krieg und Verfolgung dort vorüber sind, wurde von einer großen Mehrheit der Thüringer*innen unterstützt (2019: 71 %). Auch die Aussage, dass Asylsuchende aufgrund ihrer Kultur in Deutschland nicht integrierbar seien, fand im Vergleich zu den anderen Fragen zu diesem Bereich eine außergewöhnlich hohe Zustimmung (2019: 63 %). Zwei Drittel der Thüringer*innen sind zudem der Meinung, dass wieder mehr für die Mehrheit der Menschen in Deutschland getan werden und weniger auf die Interessen von Minderheiten fokussiert werden sollte.

Relativ gering fällt die Zustimmung dagegen bei Fragen zur Überfremdung der eigenen Wohnumgebung (2019: 11 %) und zur Ablehnung von Geschlechtsumwandlungen aus (2019: 14 %). Die Zustimmung zu dieser letztgenannten Aussage nahm in den vergangenen Jahren signifikant ab.

Abnehmende Zustimmung gibt es insgesamt für homophobe Einstellungen, hier insbesondere zur Frage „Es ist NICHT in Ordnung, wenn Menschen ihr Geschlecht ändern, z.B. durch Operationen und hormonelle Behandlungen.“

Auch gegenüber Muslimen scheinen Ressentiments in der Thüringer Gesellschaft weit verbreitet zu sein. So waren 2019 63 % der Thüringer*innen der Ansicht, dass Muslime in Deutschland zu viele Forderungen stellen. Weiterhin vertrat knapp die Hälfte (45 %) die Auffassung, dass die meisten in Deutschland lebenden Muslime unsere Werte, wie sie im Grundgesetz verankert sind, nicht akzeptieren (siehe Tab. 2). Befunde aus dem Thüringen-Monitor Integration (Beelmann et al. 2019) widerlegen diese Annahme jedoch weitgehend. Im Rahmen des Thüringen-Monitors Integration wurden 2018 über 900 Fluchtmigrant*innen in Thüringen, von denen knapp 80 % muslimischen Glaubens waren, unter anderem zu ihren politischen und sozialen Einstellungen befragt. Die große Mehrheit dieser Befragten (80 %) erachtete die Demokratie als die beste aller Staatsideen (ebd.: 118). Damit lag der Anteil der Demokratiebefürworter*innen unter den Geflüchteten annähernd so hoch wie in der eingesessenen Thüringer Bevölkerung. Von den Thüringer*innen betrachteten im Jahr 2018 86 % und im Jahr 2019 90 % die Demokratie als beste Staatsidee (vgl. Reiser et al. 2019: 40).

Auch konkrete demokratische Werte befürworteten die im TMI befragten Geflüchteten mehrheitlich, jedoch in etwas geringerem Ausmaß als die Demokratie insgesamt. So meinten 77 %, dass auch Minderheiten das Recht auf freie Meinungsäußerung haben sollten. Der Aussage, dass jede*r Bürger*in das Recht habe sollte, für ihre/seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen, stimmten rund zwei Drittel (64 %) der Geflüchteten zu. Eine große Mehrheit lehnte außerdem die Aussage, dass man für seine Ziele kämpfen sollte, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist, ab; 16 % der befragten Geflüchteten stimmten ihr jedoch zu (Beelmann et al. 2019: 118). Der Anteil der Thüringer*innen, der dieser Aussage zustimmte, war mit 8 % deutlich geringer (Reiser et al. 2019: 40). Bei der Interpretation dieser Befunde muss jedoch die unterschiedliche Kontextualisierung berücksichtigt werden. So sind in den meisten Herkunftsregionen der Geflüchteten demokratische Strukturen und Prinzipien kaum etabliert. Zusätzlich sind gewaltsame Konflikte bzw. kriegerische Auseinandersetzungen weit verbreitet. Daher ist es denkbar, dass das Antwortverhalten der befragten Geflüchteten durch Erfahrungen und Konfliktsituationen in den Herkunftsländern beeinflusst wurde. In Be-

zug auf patriarchalische Einstellungsmuster deuten die Befunde des TMI darauf hin, dass diese unter Geflüchteten weit verbreitet sind. So befürwortete rund die Hälfte der Befragten (49 %) patriarchalische Normen und Verhaltensweisen (Beelmann et al. 2019: 133).

Hinsichtlich deutscher Institutionen wiesen die befragten Geflüchteten jedoch großes Vertrauen auf: 80 % gaben an, der Bundesregierung ziemlich oder völlig zu vertrauen. Vor dem Hintergrund, dass die Befragten nicht wahlberechtigt waren, ist dieser Befund besonders überraschend. Auch in ausführende Institutionen des Rechtsstaates war das Vertrauen groß. So äußerten drei Viertel (75 %) ziemliches oder völliges Vertrauen in Gerichte und 84 % vertrauten der Polizei ziemlich oder völlig (ebd.: 115). Damit lag das Institutionenvertrauen Geflüchteter deutlich höher als jenes der eingesessenen Thüringer*innen. Von diesen äußerten 2019 73 % Vertrauen in die Polizei, eine knappe Mehrheit (53 %) vertraute den Gerichten und lediglich 29 % vertrauten der Bundesregierung (Reiser et al. 2019: 45).

Auch wenn das Vertrauen Geflüchteter in deutsche Institutionen ausgeprägt ist, belegen die verbreiteten patriarchalischen Einstellungsmuster und die vergleichsweise geringere Befürwortung demokratischer Prinzipien, dass der Besuch des Integrationskurses für Geflüchtete eine sinnvolle Integrationsmaßnahme darstellt. Im Integrationskurs werden, neben der deutschen Sprache, auch die Rechtsordnung, Grundkenntnisse des politischen Systems der Bundesrepublik und der deutschen Geschichte sowie Grundprinzipien der politischen Kultur in Deutschland, insbesondere Werte und Verfassungsprinzipien, vermittelt. Zur Optimierung der Wirksamkeit des Integrationskurses bzw. zum Erreichen einer nachhaltigen Wirkung, scheint eine evidenzbasierte Weiterentwicklung des Integrationskurses jedoch ratsam (vgl. Beelmann/Lutterbach 2020).

Tab. 2: Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Gruppen 2013 - 2019

	2019	2018	2017	2016	2015	2014	2013
Migrant_innenfeindlichkeit							
„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“	56	58	53	52	51	48	42
„Thüringen ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“	34	36		23			25
„Meine Wohnumgebung ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“	11	11		7			7
„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	45	49	44	37	40	36	44
„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“	23	25	22	17	22	18	21
(Klassischer) Rassismus							
„Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.“	19				13		
Vorurteile gegenüber Muslim_innen							
„Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren NICHT unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.“ (Aussage sinngemäß invertiert)	45	54	48	47	47	51	49
„Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen.“	63	61	62	60	62	65	65
„Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.“	27	28	28				
Ablehnung von Asylbewerber_innen, Einstellung zu Asyl und Integration							
„Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.“	57	58	54	56	55		
„Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat NICHT großzügig sein.“ (Aussage sinngemäß invertiert)	81	85	83	73	70	71	
„Die meisten Flüchtlinge und Asylsuchenden sind aufgrund ihrer Kultur gar nicht in Deutschland integrierbar.“	63	64		58			
„Sobald Krieg und Verfolgung beendet sind, sollten alle Flüchtlinge und Asylsuchenden wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren.“	71	74		66			
„Alle Flüchtlinge und Asylsuchenden sollten zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen verpflichtet werden.“		97		96			
„Die in Deutschland lebenden Zuwanderer sollten ihren Lebensstil beibehalten dürfen, auch wenn er sich vom Lebensstil der Deutschen unterscheidet.“	48	48		51			53 (2012)
Antisemitismus							
„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“ (primärer Antisemitismus)	16	9	14	10	9	9	15
„Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.“ (sekundärer Antisemitismus)	27	26	21		29	32	32
„Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“ (israelbezogener bzw. antizionistischer Antisemitismus)	32	34	27				
Antiziganismus (Abwertung von Sinti_zze und Rom_nja)							
„Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Wohngegend aufhalten.“	40				39	38	35
Etabliertenvorrechte							
„Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.“		32			27	28	
Abwertung von Langzeitarbeitslosen							
„Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben.“		55	58		55	50	56
Abwertung von Obdachlosen							
„Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.“					40	39	
Abwertung von Behinderten							
„Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.“					5	7	8
Gender-Rollenkonventionalismus / Antifeminismus							
„Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.“		11			14	12	
Negative Aussagen über Homosexuelle und Trans*-Personen							
„Homosexuelle sollten aufhören, so einen Wirbel um ihre Sexualität zu machen.“	43		45				
„Es ist NICHT in Ordnung, wenn Menschen ihr Geschlecht ändern, z.B. durch Operationen und hormonelle Behandlungen.“ (Aussage sinngemäß invertiert)	14		23				
Generalisierte Einstellung zu Minderheiten							
„Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden als sich um Minderheiten zu kümmern.“	66	68	62				

Zustimmung in Prozent: „stimme voll und ganz zu“ und „stimme überwiegend zu“ zusammengefasst, Tabelle aus Thüringen-Monitor: Reiser/Best et al. 2019: 63

3 Rechtsextreme Strukturen in Thüringen

Nachdem im vorangegangenen Abschnitt rechtsextreme und diskriminierende Einstellungsmuster innerhalb der Thüringer Bevölkerung ausgewertet wurden, soll nun im Folgenden die Verhaltensdimension in den Blick genommen werden. Hierfür wird auf die Typologie der „Angebotsstrukturen“ der rechtsextremen Szene in Thüringen aus der letzten Gefährdungsanalyse (Quent/Schmidtke/Salheiser 2016: 29 ff.) zurückgegriffen, die allerdings punktuell erweitert werden soll. Der nachfolgende Überblick rechtsextremer Angebotsstrukturen in Thüringen stellt eine aktualisierte, überblicksartige Momentaufnahme ohne Anspruch auf Vollständigkeit unter Rückgriff auf Befunde der „Topografie des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen“ dar, die seit 2017 jährlich vom KomRex erstellt wird (s. Best/Miehlke/Salheiser 2017-2019; vgl. insb. Best/Miehlke/Salheiser 2018: 235, Abb. 154).

3.1 Formell organisierter Rechtsextremismus in Thüringen

Das Feld des formell organisierten Rechtsextremismus umfasst Organisationsformen mit einer festen Satzungsstruktur und Mitgliedschaft (z.B. Parteien, Vereine bzw. vereinsförmige Organisationen, Burschenschaften) (vgl. Quent/Schmidtke/Salheiser 2016: 29). Mit Blick auf den hohen Institutionalisierungsgrad erlangen diese Organisationsformen häufig Rechtsfähigkeit als juristische Personen, wodurch die rechtsextremen Akteure zwar einerseits stärker an das Recht gebunden und somit unflexibler sind als „lose Zusammenschlüsse“; andererseits gewährt eben dieser Rechtsstatus bestimmte rechtliche Vorteile, die Rechtsextreme bewusst nutzen (vgl. exemplarisch Quent 2016: 89 f.), bzw. einen bestimmten rechtlichen Schutz, durch die z.B. ein Ausschluss aus der Öffentlichkeit, eine ungleiche Behandlung oder ein Verbot rechtlich nur beschränkt möglich bis untersagt sind (vgl. Gundling 2017: 19 ff.; LTO 2018; 2019; Podolski 2018).

3.1.1 Rechtsextreme Parteien in Thüringen

Der parteiförmige Rechtsextremismus in Thüringen ist in den 2010er Jahren durchgängig vom Landesverband der verfassungsfreundlichen „**Nationaldemokratischen Partei Deutschland**“ (NPD) und der NPD-nahen regionalen Wählergemeinschaft „**Bündnis Zukunft Hildburghausen**“ (BZH) geprägt gewesen. Neben diesen beiden Konstanten traten in den letzten Jahren vereinzelt weitere rechtsextreme Kleinstparteien in Thüringen in Erscheinung („**Die Rechte**“ von 2015 bis 2017; „**Der III. Weg**“ seit 2016), denen bisher stets die organisierte Erfurter Neonazi-Szene rund um den rechtsextremen Bewegungsunternehmer *Enrico Byczysko* angehörte. Die drei gegenwärtig in Thüringen aktiven rechtsextremen Parteien (NPD; „Der III. Weg“; BZH) vertreten eine dezidiert neonazistische Ideologie und Programmatik (vgl. Best/Miehlke/Salheiser 2018; 2019). Keine der o.g. vier Parteien verfügte in den letzten Jahren, geschweige denn gegenwärtig, über eine flächendeckende Organisationsstruktur in Thüringen. Im Gegenteil sind regionale Schwerpunkte, Aufteilungen und Hochburgen erkennbar (vgl. Best et al. 2018: 59-133; Best et al. 2019: 15-20), in denen sie gezielt und relativ erfolgreich eine „Strategie der Regionalisierung“ (Miliopoulos 2020) verfolgen bzw. rechtsextreme Graswurzelarbeit betreiben (siehe weiter unten).

Die rechtsextreme Kleinstpartei „**Die Rechte**“ verfügt seit dem Austritt der Erfurter Neonazis rund um *Biczysko* und *Michel Fischer* Ende 2017 in Thüringen über keine eigenen Strukturen mehr. Der Landesverband von „Die Rechte“ ist seither in Thüringen faktisch inaktiv und bedeutungslos (vgl. Best et al. 2018: 106 ff.; Thüringer Landtag 2020e). Seit Parteigründung 2012 stand „Die Rechte“ in Thüringen nur bei der Europawahl 2019 auf dem Wahlzettel.

Der Landesverband von „**Die Republikaner**“ besteht formell weiter², nahm allerdings zuletzt 2014 an Wahlen in Thüringen teil (2017 und 2019 kein Antritt zur Bundestags- und Europawahl) und fiel in den letzten Jahren lediglich zweimal im Jahr 2018 nennenswert auf: als der Greizer Neonazi David Köckert (Thügida; vormals NPD, AfD) Mitglied im Landesverband werden wollte (vgl. Best et al. 2018: 105 f.) und als eine Person für die Partei bei der Bürgermeisterwahl in Berga/Elster (Landkreis Greiz) antreten wollte (vgl. Schubert 2018). Davon abgesehen verfügt der Landesverband über keine erkennbaren Strukturen in Thüringen und ist damit bedeutungslos. Inwieweit „Die Republikaner“ noch als *eindeutig rechtsextrem* einzuschätzen sind, ist eine andere Frage (vgl. Kailitz 2017; Best et al. 2018: 105 f.).

Aufgrund der Abwanderung von Wähler*innen zur AfD gelang es den oben genannten „einschlägigen“ rechtsextremen Kleinparteien mittelfristig nicht, bei *landesweiten* Wahlen politisches Kapital aus der sog. Flüchtlingskrise schlagen zu können. Im Gegenteil sind sie bei landesweiten Wahlen in summa von ca. 4 % auf deutlich unter 1 % gefallen (vgl. Abb. 4). Eine Ausnahme hiervon bilden *kommunale* Wahlergebnisse in einzelnen Hochburgen (siehe NPD und BZH weiter unten).

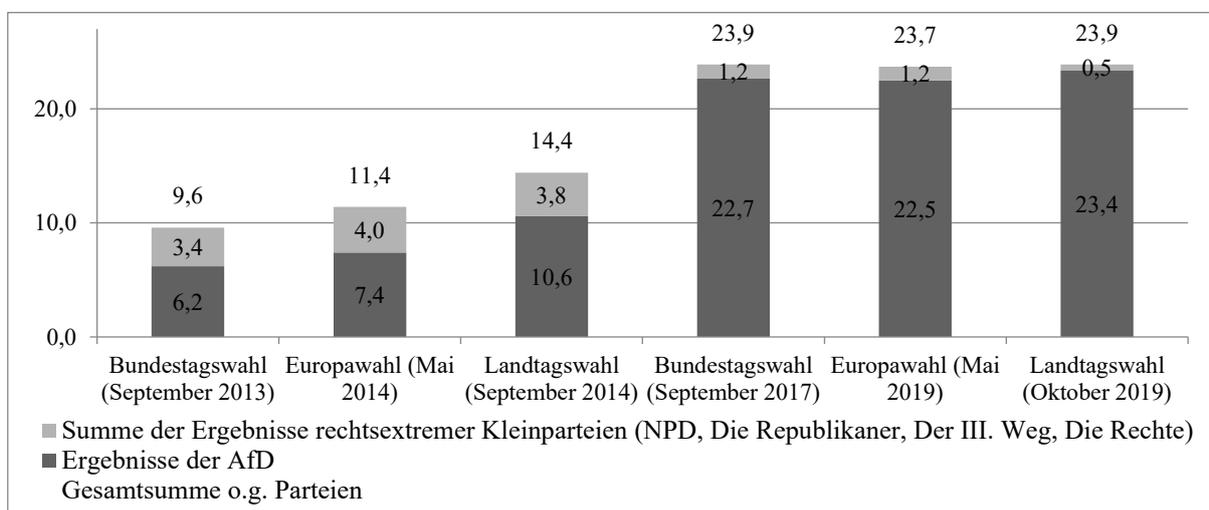


Abb. 4: Zeit- bzw. Parteistimmen rechtsextremer Kleinparteien und der AfD in Thüringen bei landesweiten Wahlen seit 2013 (in Prozent)

Eigene Darstellung. Quellen: Landeswahlleiter Thüringen.

Die NPD in Thüringen

Der Landesverband der NPD ist mittlerweile die am längsten aktive rechtsextreme Partei in Thüringen. Allerdings ist der Landesverband in den letzten Jahren strukturell und personell auf wenige Regionen in Nord- und Südwestthüringen und einzelne Inseln im Landkreis Sömmerda, im Weimarer Land und Gera zusammengeschrumpft (vgl. insb. Best et al. 2018). Die wichtigste NPD-Hochburg ist die Region rund um die kreisfreie Stadt Eisenach (vgl. Thüringer Landtag 2018g; Thüringer Landtag 2020). Dort befindet sich neben der Parteizentrale, dem sog. „Flieder Volkshaus“, in der regelmäßig Partei- und Szeneaktivitäten stattfinden, ein weiteres NPD-nahes Szeneobjekt. Zudem erhält die NPD auf Kreisebene in Thüringen seit 2013 ihre höchsten Wahlergebnisse stets in Eisenach (vgl. Tab. 4).

² Vgl. <https://www.die-republikaner.net/landesverbände/thüringen/> (aktuell [Juli 2020] mit einer Adresse in Düsseldorf). Das Facebook-Profil des Landesverbandes (<https://www.facebook.com/republikanerth/>) hat seit 2019 nur in 2 Beiträgen einen Bezug zu Thüringen gehabt. Der Rest ist Werbung für die Bundespartei.

Die NPD ist heute landesweit machtpolitisch bedeutungslos und elektoral zur Kleinstpartei geschrumpft (vgl. Tab. 3). Aufgrund der deutschlandweit zuletzt geringen Wahlergebnisse wird die NPD vorläufig aus der staatlichen Parteienfinanzierung, um die es der Partei „vorrangig ging“³, für das Jahr 2019 ff. herausfallen. Nach Eigenangaben soll die NPD zur Landtagswahl 2019 ca. 260 Mitglieder gehabt haben (vgl. Oppelland 2019; MDR 2019a). In Wirklichkeit dürften die Zahlen deutlich darunter gelegen haben (vgl. Best et al. 2018: 75 f.; AfV 2019b: 18) für 2019 ist von deutlich unter 170 auszugehen (vgl. Thüringer Landtag 2020e).

Obleich die NPD in Thüringen strukturell, personell, elektoral und finanziell zusammengeschrumpft ist und landesweit macht- bzw. parteipolitisch durchgängig randständig, isoliert und bedeutungslos war, darf dadurch kein falscher Eindruck entstehen: Die NPD galt bereits mehrfach in ihrer Parteigeschichte als totgesagt und versteht sich als eine „Kampfgemeinschaft“ und „Weltanschauungspartei“ (Brandstetter 2017: 39; vgl. Missy 2013; Brandstetter 2012). Zudem darf die strukturelle Bedeutung des Landesverbandes für die rechtsextreme Bewegung nicht unterschätzt werden: Die Thüringer NPD und deren Akteure tragen mit ihren Aktivitäten, Veranstaltungen und Kampagnen, Strategien, Geschäftsmodellen bzw. Vertriebsstrukturen und der bereitgestellten Infrastruktur wesentlich dazu bei, dass weiterhin verschiedene Angebotsstrukturen für die rechtsextreme Bewegung in und außerhalb Thüringens verfügbar sind (vgl. Best et al. 2017: 64 ff., 79f.; 2018 passim; 2019: 8-15, 26 ff.).

Tab. 3: Landesweite Wahlergebnisse der NPD seit 2013 in Thüringen (in Prozent)

Wahlen zum Kreistag und den kreisfreien Stadträten*		Landtagswahl (Zweitstimmen)		Bundestagswahl (Zweitstimmen)		Europawahl	
2014	2019	2014	2019	2013	2017	2015	2019
3,1	0,8	3,6	0,5	3,2	1,2	3,4	1,0

* Die NPD trat 2014 in 17 und 2019 in 10 Landkreisen und kreisfreien Städten an.

Tab. 4: Wahlergebnisse der NPD seit 2013 in Eisenach (in Prozent)

Stadtratswahl des kreisfreien Eisenach		Landtagswahl (Zweitstimmen)		Bundestagswahl (Zweitstimmen)		Europawahl	
2014	2019	2014	2019	2013	2017	2015	2019
7,4	10,2	6,4	3,1	4,8	4,1	5,5	4,6

Eigene Darstellung. Quellen: Landeswahlleiter Thüringen

Das „Bündnis Zukunft Hildburghausen“ (BZH)

Das „Bündnis Zukunft Hildburghausen“ (BZH) ist eine regionale, rechtsextreme Wählervereinigung im Landkreis Hildburghausen, die 2009 von ehemaligen NPD-Mitgliedern gegründet wurde. Die Wählervereinigung wird seit ihrer Gründung vom NPD-sozialisierten⁴ bzw. NPD-nahen Neonazi und rechtsextremen Bewegungsunternehmer Tommy Frenck geführt (vgl. AfV 2019b: insb. 30-35; 2018: 24 ff.; Kreter 2019a; 2020). Obgleich das BZH programmatisch gemäßiger als die NPD oder „Der III. Weg“ in Thüringen auftritt (vgl. Best et al. 2019: 18 ff.), überwiegen auf der Facebook-Präsenz des BZH in täglich geteilten Nachrichtenmeldungen geflüchteten- und islamfeindliche Positionen.

Das BZH verfügt im Landkreis über ein hohes Mobilisierungspotential und einen gestiegenen elektoralen Rückhalt (vgl. Tab. 5). Seit der Kommunalwahl 2019, bei der das BZH 55 Kandidat*innen in

³ <https://www.facebook.com/wieschkepatrick/posts/1272861806220095> (Abruf: 29. Oktober 2019).

⁴ Frenck wurde als Jugendlicher vom damaligen NPD-Landesvorsitzenden Frank Schwerdt „entdeckt“ (Ruf/Sundermeyer 2009: 25) und gezielt aufgebaut (vgl. ebd.: 24 ff.).

15 kommunalen Gremien des Landkreises Hildburghausen aufstellte (2014: 23 Kandidat*innen), verfügt die Wählervereinigung über 16 kommunale Mandate (2014: 2).⁵ Als regionale Wählervereinigung ist das BZH landesweit machtpolitisch bedeutungslos; allerdings spiegelt die Entwicklung des BZH eine bedenkliche *Normalisierung* des Rechtsextremismus im Landkreis wider (vgl. Quent/Richter/Salheiser 2019: 12-13, 32-33), die vor dem Hintergrund der rechtsextremen „Strategie der Regionalisierung“ (Miliopoulos 2020) und der *Raumgewinne* von Frencck nicht unterschätzt werden darf: Frencck ist kommunal verankert, thüringen- und deutschlandweit in der rechtsextremen Bewegung vernetzt, be- und anerkannt und er bietet durch seinen wirtschaftlich-elektoralen Erfolg eine Motivation und Vorlage für andere rechtsextreme Akteure und regionale Graswurzelarbeit. Wichtigster Erfolgsfaktor ist Frenccks Gasthaus „**Goldener Löwe**“ in Kloster Veßra (Landkreis Hildburghausen): Seit dessen Erwerb 2014 konnte Frencck damit eine eigene rechtsextreme Erlebniswelt-orientierte Angebots-, Vertriebs- und Infrastruktur bereitstellen, die über den Landkreis und Thüringen hinaus Rechtsextreme mobilisiert (vgl. Best et al. 2017-2019 passim) und die Frencck beständig weiter auszubauen versucht (seit Mitte 2017 mit der Konzertwiese im benachbarten Themar; seither wurden von ihm mehrere Versuche unternommen, andere Objekte im Landkreis und darüber hinaus zu erwerben; vgl. außerdem „**Junge Revolution**“). Die Entwicklung und Wahlerfolge bzw. die rechtsextremen Geländegewinne des BZH sind ein Resultat von Frenccks intensivierter und für ihn gewinnbringender Graswurzelarbeit.

Tab. 5: Landkreisweite Wahlergebnisse des BZH und von Tommy Frencck seit 2014

Wahlebene	Jahr	BZH	Tommy Frencck
Kreistagswahl	2014	3,4 %	1670 Vorzugsstimmen (14. meiste)
	2019	8,6 %	6079 Vorzugsstimmen (zweitmeisten)
Landratswahl	2018	-	16,6 %

Eigene Darstellung. Quelle: Landeswahlleiter Thüringen.

„Der III. Weg“

Die neonazistische Kleinstpartei „Der III. Weg“ ist seit Mai 2015 in Thüringen in wenigen Regionen (hauptsächlich in Mittel- und Ostthüringen, vereinzelt in Nord- und Südwestthüringen) organisiert und hat bis heute keinen Landesverband in Thüringen gegründet, sondern ist im Freistaat weiterhin in zwei sogenannten Stützpunkten („Thüringer Wald/Ost“ und „Ostthüringen“) organisiert (vgl. Best et al. 2018: 110 ff.; 2019: 18 ff.). Die Partei weist deutliche Bezüge zum historischen Nationalsozialismus auf und versteht sich als „nationalrevolutionäre Bewegung“, die mittels des „Werkzeugs Partei“ eine „Kampfgemeinschaft“ aufbauen will.⁶ Insgesamt ist „Der III. Weg“ klar verfassungs- und demokratiefeindlich ausgerichtet (vgl. ebd.; AfV 2017-2019 passim; BfV 2016-2020a passim; MOBIT e.V. 2019c).

Seit dem Beitritt eines nicht genau bezifferbaren Teils des damaligen Thüringer Landesverbandes der Partei „Die Rechte“ im Sommer 2018 rund um das Neonazi-Duo *Enrico Biczysko* (langjähriger rechtsextremer Bewegungsunternehmer aus der Erfurter Hooligan-Szene, vgl. Quent/Schulz 2015: 240 ff.) und *Michel Fischer* (vormals Führungsfigur verschiedener neonazistischer Gruppierungen in Weimar und Umgebung) ist Erfurt und dort insbesondere der südöstliche Stadtteil Herrenberg bisher die Hochburg von „Der III. Weg“ in Thüringen gewesen (vgl. Thüringer Landtag 2020e; Best et al. 2019; 2018; MOBIT 2019a; 2019c). Zur Kommunalwahl 2019 trat die Partei nur in Erfurt an und

⁵ Zum Vergleich: Die AfD stellte zur Kommunalwahl 2019 im Landkreis Hildburghausen 12 Kandidat*innen auf (nur für den Kreistag und Stadtrat Hildburghausen) und erhielt insgesamt 10 Mandate.

⁶ <https://der-dritte-weg.info/2018/08/iii-weg-parteevorstellung-in-erfurt-durchgefuehrt/> und <https://der-dritte-weg.info/2019/06/wahlkampfauftwertung-in-erfurt/> (Abruf: 17. Juli 2020).

erhielt durch zwei Nachrücker (zuletzt im April 2020)⁷ je ein Mandat in drei Ortsteilräten. Bei der Wahl für das Amt des Ortsteilbürgermeisters 2019 im Stadtteil Herrenberg, in dem die organisierte Neonazi-Szene rund um Biczysko mit ihrer „**Volksgemeinschaft**“ seit 2015 ihre rechtsextreme Graswurzelarbeit intensiviert hat (vgl. Best et al 2017; 2018; MOBIT e.V. 2019a), errang die Kandidatin von „Der III. Weg“ (als einzige Gegenkandidatin zum amtierenden Ortsteilbürgermeister) mit 37,3 % einen bedenklichen Teilerfolg. Davon abgesehen ist die Partei in Thüringen politisch bedeutungslos und hat im Vergleich zu den anderen rechtsextremen Kleinparteien in Thüringen den niedrigsten elektoralen Rückhalt. Über Erfurt hinaus ist die Partei selten aktiv (dann v.a. mit Flugblattverteilungen und Infoständen).

Derzeit ist fraglich, ob bzw. wie lange die Parteistrukturen in Erfurt noch Bestand haben, denn die Kader um Biczysko sollen seit etwa Juni 2020 nicht mehr in der Partei sein (vgl. (MDR 2020b); Radio F.R.E.I. 2020b). Davon unabhängig darf die rechtsextreme Graswurzelarbeit rund um Biczysko und Fischer in Erfurt weiterhin nicht unterschätzt werden, weil diese auch ohne Parteistrukturen in einschüchternd-bedrohlicher und gewalttätiger Weise fortbestehen wird und längst intensiv auf die Jugendrekrutierung und auf rechtsextremes Kampfsporttraining ausgerichtet ist (vgl. Neigelt 2018; Wolf 2019; MDR 2020b; 2020c).

Sonstige Kleinparteien in Thüringen mit Bezügen zum Rechtsextremismus

Die dem *Reichsbürgermilieu* zuzuordnende Wählervereinigung „**Die Parteifreien Wähler**“ (DPFW) existiert formal noch und hat weiterhin eine Landesvertretung in Thüringen,⁸ dessen Vorsitzender *Frank Geißler* zwischenzeitlich zum mittlerweile inaktiven Thügida-Netzwerk gehörte (vgl. MOBIT Chroniken 2016-2017 passim - MOBIT e.V. 2020a) und sich immer wieder an rechtsextremen Veranstaltungen außerhalb Thüringens beteiligt (vgl. *haskala* 2017)⁹. Zur Landtags- und Europawahl 2014 wurde die Partei nicht zugelassen (vgl. Bundeswahlleiter 2014: 4 f.; König 2018: 411). Weil darüber hinaus nur noch vereinzelte Aktivitäten von der Wählervereinigung in Thüringen ausgingen, zuletzt 2017 (vgl. *Hagen* 2017), ist sie in Thüringen als faktisch inaktiv und bedeutungslos einzustufen.

Der Versuch von zwei ehemaligen NPD-Kandidaten (*Klaus Städler*¹⁰, *Timo Pradel*), im Landkreis Gotha zur Kreistagswahl 2019 als Wählergruppe „Unabhängige Bürger für Landkreis Gotha“ anzutreten, scheiterte aufgrund zu weniger Unterstützerunterschriften.¹¹ Zuvor versuchte Pradel, über den damaligen AfD-Ortsverband Friedrichroda-Bad Tabarz zu einer Stadtratswahl anzutreten, was zu dessen Auflösung führte (vgl. *Fischer* 2019; *Klaus* 2019). Im Februar 2020 gründete Pradel u.a. mit einem ehemaligen AfD-Mitglied des aufgelösten Ortsverbandes die „Thüringer Heimatpartei“ (THP). Aktivitätsschwerpunkt ist Friedrichroda (Landkreis Gotha). Die Partei versteht sich als „freiheitlich-patriotisches Korrektiv zum Blockparteienkartell UND zur AfD!“ Das Parteiprogramm und die Außendarstellung sind u.a. fremden- und islamfeindlich geprägt. Eine Teilnahme an der nächsten Landtagswahl 2021 ist geplant.

⁷ Vgl. <https://der-dritte-weg.info/2020/04/der-iii-weg-aktivistin-gabriele-wanjukowa-rueckt-zum-ortsteilrat-in-erfurt-wiesenhuegel-nach/> (Abruf: 17. Juli 2020).

⁸ <http://dpfw.eu/lv-thueringen/> (Abruf: 10. Juli 2020).

⁹ Vgl. außerdem: <https://twitter.com/FriedensWatch/status/1061229829322915840> (Abruf: 10. Juli 2020).

¹⁰ Nachtrag vom 16.08.2021: *Klaus Städler*, der Mitglied der Deutschen Sozialen Union (DSU) war, hat sich 2009 im Wahlkreis 15 (Gotha II) als Direktkandidat der NPD um ein Landtagsmandat beworben. In der ursprünglichen Textfassung der vorliegenden Analyse wurde Herr Städler missverständlich als ehemaliger „NPD-Kader“ klassifiziert. Wir bitten diesen Fehler zu entschuldigen.

¹¹ Nachtrag vom 16.08.2021: Die politischen Aktivitäten der „Unabhängigen Bürger“ lassen nicht darauf schließen, dass es sich bei ihnen um eine rechtsextremistische Gruppierung handelt. In diesem Abschnitt werden jedoch auch Parteien und Wählergruppen behandelt, deren führende Akteure in der Vergangenheit eindeutige Verbindungen zur rechtsextremistischen Szene hatten.

3.1.2 Vereinsförmig organisierte rechtsextreme Angebotsstrukturen in Thüringen

Neben parteiförmigen Organisationen gehören vereinsförmige Organisationen zu den formellen rechtsextremen Angebotsstrukturen. Diese können von Rechtsextremen direkt gegründet oder übernommen worden sein oder Rechtsextreme können versuchen, Vereinsstrukturen zu unterwandern, sodass eine Grauzone entsteht. Von den vereinsförmigen rechtsextremen Organisationen gehen je nach Aktivität, Handlungsfeld, Bedeutung, Größe bzw. Organisations- und Vernetzungsgrad in unterschiedlicher Weise und Intensität Gefährdungen aus (vgl. Quent/Schulz 2015). Mit der Gründung von Vereinen bietet sich rechtsextremen Akteuren die Gelegenheit, sich in der Zivilgesellschaft zu verankern, um dadurch aus der gesellschaftspolitischen Isolation herauszutreten und den gesellschaftlichen Resonanzraum für rechtsextremes Denken zu vergrößern (vgl. ebd.: 21 ff.; Kulturbüro Sachsen 2019: 7 ff.; Schroeder et al. 2020: 5-10, 118-123 ff.).

Rechtsextreme Vereine in Thüringen

Analytisch zu unterscheiden sind in Thüringen ansässige rechtsextreme Vereine, die von rechtsextremen Akteuren in Thüringen gegründet, unterwandert und/oder betrieben werden, von rechtsextremen Vereinen, die in Thüringen Aktivitäten entfalten, aber dort nicht ansässig sind (z.B. Veranstaltungen der „*Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung*“ im Hotel Hufhaus in Ilfeld, Landkreis Nordhausen, oder die Jahreskongresse der „*Gesellschaft für freie Publizistik*“ im „Veranstaltungszentrum Erfurter Kreuz“ in Kirchheim, Ilm-Kreis). Aufgrund der Vielzahl an in Frage kommenden rechtsextremen Vereinen, die seit der letzten Gefährdungsanalyse in Thüringen aktiv waren (unabhängig davon, ob sie mittlerweile inaktiv sind), wird im Folgenden lediglich ein grober Überblick über Vereinsstrukturen gegeben, die unter die erstgenannte Kategorie fallen (vgl. Tab. 6).

Tab. 6: In Thüringen ansässige rechtsextreme Vereine seit 2015

Vereinsname	Kurze Zu- und Einordnung
„Barbaria Sportgemeinschaft“	Sportverein der rechtsextremen Kampfsportgruppe der „Barbaria Schmölln“ (Altenburger Land)
„Demokratieförderverein Thüringer Identitärer“	Trägerverein der „Identitären Bewegung Thüringen“; trat nach 2019 in Thüringen öffentlich nicht mehr in Erscheinung
„Deutscher Zivilschutz“	Trägerverein des neurechten „Bürgerforums Altenburger Land“; Organisator verschiedener, zumeist unpolitischer Veranstaltungen
„Flieder Volkshaus“	Trägerverein der NPD-Parteizentrale in Eisenach
„Gedächtnisstätte“	Geschichtsrevisionistischer, bundesweit vernetzter Verein mit hoch frequentiertem Veranstaltungsgelände in Guthmannshausen (Sömmerda)
„Lebenskurve“	Teil des neurechten „Bürgerforums Altenburger Land“
„Neue Stärke Erfurt“ (vormals „Volksgemeinschaft Erfurt“)	Verein der Erfurter Neonazi-Szene um <i>Enrico Biczysko</i> und <i>Michel Fischer</i> , von der eine intensive rechtsextreme Graswurzelarbeit in Erfurt ausgeht (siehe „Der III. Weg“)
„Schlesische Jugend-Bundesgruppe“, „Schlesische Jugend-Landesgruppe Thüringen“	Vereine der völkischen, gebietsrevisionistischen und revanchistischen „Schlesischen Jugend“ mit Sitz in Marlishausen (OT Arnstadt, Ilm-Kreis)
„Stahlsau“	Tarnverein für paramilitärische Aktivitäten von <i>Axel Schlimper</i> ; mittlerweile inaktiv
„THÜGIDA & Wir lieben Sachsen“	Verein des gleichnamigen Netzwerkes u.a. rund um <i>David Köckert</i> ; trat nach 2019 in Thüringen öffentlich nicht mehr in Erscheinung

Eigene Darstellung. Quellen: Best et al. 2017-2019; KomRex-Recherchen 2017-2020; AfV 2016-2019 passim; Budler 2018a; 2018b; Thüringer Landtag 2018b; 2019f; 2019i; Kovahl 2019; MOBIT e.V. 2019b; Mudra 2018;

Rechtsextreme Burschenschaften in Thüringen

Die vormals NPD-nahe (via *André Kapke* und *Ralf Wohlleben*), mittlerweile „Der III. Weg“-nahe rechtsextreme Burschenschaft „Normannia zu Jena“ hat ihren Schwerpunkt in den 2010er Jahren nach Kahla (Saale-Holzland-Kreis) in das Umfeld der rechtsextremen Immobilie „**Burg 19**“ verlagert, trat allerdings als Burschenschaft öffentlich immer weniger wahrnehmbar in Erscheinung und soll im Februar 2019 „in Vertagung“ gegangen sein (Verbindungsleben vorläufig eingestellt, aber nicht aufgelöst) (vgl. Thüringer Landtag 2018e; 2018e; 2020f; 2020j; Haak 2019). Allerdings sind die Mitglieder der Burschenschaft weiterhin politisch aktiv (vgl. ebd.; Thüringer Landtag 2020g). Mitglieder der „Normannia“ nahmen in den letzten Jahren an verschiedenen rechtsextremen und AfD-Demonstrationen in Thüringen teil und führten gemeinsame Veranstaltungen mit der „**Identitären Bewegung Thüringen**“, darunter eine mit *Martin Sellner* (IB Österreich) als Redner, durch (vgl. ebd.; Thüringer Landtag 2016b; 2018f; 2019d)¹². Bei einem gewalttätigen, rassistisch motivierten Übergriff auf geflüchtete Jugendliche und deren Unterkunft in Kahla (April 2018) waren Burschenschafter der „Normannia“ tatbeteiligt (vgl. ezra 2018; Thüringer Landtag 2018c; Langer 2018; Thüringer Landtag 2018a).

Rechtsextreme Bezüge weist auch die 2008 gegründete „**Alte Burschenschaft Burgkeller Jena in der DB**“ auf. Die Burschenschaft ist Mitglied der „**Deutschen Burschenschaft**“ (DB). Die DB ist ein Dachverband und hält seinen „Burschentag“ jährlich in Eisenach, dem Gründungsort der DB, ab. Seit dem Bruch und nachfolgenden Ausritten gemäßigter Verbände infolge eines innerverbandlichen Streites um die Aufnahmekriterien Anfang der 2010er Jahre (kritisiert als „Arierparagraf“) verblieb in der DB „im Wesentlichen der rechtsextreme Rand des Burschenschaftswesens“ (Weidinger 2017: 122), sodass die DB spätestens seitdem als extrem rechts eingeordnet wird (Kurth 2014: vgl.; Kurth/Weidinger 2017).

3.2 Informell organisierte rechtsextreme Gruppen

Das Spektrum des informell organisierten Rechtsextremismus umfasst ein heterogenes Feld von stärker bewegungsförmig ausgerichteten Organisationsformen (z.B. Kameradschaften, „Freie Netze“; lokale bis überregionale Initiativen und Netzwerke; virtuelle Handlungsstrukturen bzw. Kampagnen, Bürgerwehren). Diese sind gekennzeichnet durch fluidere, losere Strukturen mit geringerer Zugangshürde und Hierarchie, geringer bis fehlender Formalität sowie durch eine höhere personelle Fluktuation (vgl. Quent/Schulz 2015: 25 f.; Quent/Schmidtke/Salheiser 2016: 29, 35 f.). Die informellen Angebotsstrukturen bilden unter den rechtsextremen Angebotsstrukturen den größten Anteil. Von den in der letzten Gefährdungsanalyse benannten informell organisierten rechtsextremen Angebotsstrukturen (vgl. Quent/Schmidtke/Salheiser 2016: 35 ff.) treten aktuell (Stand: Juli 2020) noch zwei öffentlich in Erscheinung: täglich und virtuell die Nachfolgeorganisation der „**Patriotischen Bürgerbewegung für Arnstadt**“ (seit Mitte 2018 als „**Für Arnstadt**“¹³ mit mittlerweile überwiegend unverdächtigen virtuellen Aktivitäten, die allerdings vereinzelt unterschwellig

¹² Vgl. außerdem: <https://www.facebook.com/1492126171014950/posts/1733343073559924/> (Abruf: 27. Juli 2020).

¹³ Die Antwort auf eine Kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten Raymond Walk (Thüringer Landtag 2019j) enthält diesbezüglich einen Fehler: die Facebook-Gruppe „Stadtwache Arnstadt“ existiert noch. Sie hat lediglich die Vanity-URL irgendwann vor August 2018 zu „fuerArnstadt“ geändert und irgendwann danach auch den Info-Text angepasst (im August 2018 noch: „Die Stadtwache Arnstadt möchte [...]“; aktuell: „Arnstadt möchte [...]“). Vgl. <https://www.facebook.com/fuerArnstadt/photos/a.1500198343554716/1660599124181303> (Abruf: 30. Juli 2020).

islam- und asylfeindliche Vorurteile bedienen und solche Konnotationen v.a. in den Kommentarbereichen enthalten) und regelmäßig das rechtsextreme „**Bündnis Zukunft Landkreis Gotha**“. Die anderen in der letzten Gefährdungsanalyse aufgeführten Angebotsstrukturen traten in dieser Form länger nicht mehr öffentlich in Erscheinung, weil sie faktisch inaktiv wurden und/oder sich umstrukturiert haben (z.B. „**Volksbewegung Nordthüringen**“) oder sich nach polizeilichen Durchsuchungsmaßnahmen formal auflösten.

Es würde den Rahmen dieser Analyse sprengen, an dieser Stelle alle informell organisierten rechtsextremen Angebotsstrukturen aufzuzählen, die seit der letzten Gefährdungsanalyse in Thüringen in Erscheinung traten. Beispielhaft sei hier lediglich auf die islamfeindliche Initiative „**Erfurt zeigt Gesicht**“ hingewiesen, die Verbindungen zu rechtsextremen Akteuren auch außerhalb Thüringens aufweist (MDR 2019b).

Bürgerwehren (Rechtsextreme Bürgerwehren in Thüringen seit bzw. nach 2015)

Während und infolge der sogenannten Flüchtlingskrise gründeten rechtsextreme Akteure u.a. in Thüringen eine Reihe von Bürgerwehren bzw. bürgerwehr-ähnlichen Angebots- und Handlungsstrukturen oder beteiligten sich an diesen (vgl. Tab. 7). Daneben führten 2019 Mitglieder der NPD im Rahmen ihrer sog. „Schafft Schutzzonen“ (SS)-Parteikampagne vereinzelt „Bürgerstreifen“ in Sondershausen (Kyffhäuserkreis) und (damalige) Mitglieder von „Der III. Weg“ vereinzelt „nationale Streifen“ in Erfurt durch. Die in Thüringen identifizierten Bürgerwehren mit rechtsextremen Bezügen (vgl. Tab. 7) entfalten bis heute hauptsächlich virtuelle Aktivitäten und nur kurzzeitig und punktuell Aktivitäten im öffentlichen Sozialraum.

Rechtsextreme Bürgerwehren unterstellen dem Staat, den politisch Verantwortlichen und Sicherheitsbehörden vielfach Untätigkeit bis hin zur Duldung von kriminellen Handlungen, die von Migrant*innen begangen werden. Zudem bedienen und schüren rechtsextreme Bürgerwehren fremden- und asylfeindliche Vorurteile, indem sie diese Personengruppen pauschal als Einbrecher*innen, Diebe, Kriminelle verdächtigen (Thüringer Landtag 2017b; Bündnis gegen Rechts - Werratal 2017). Aufgrund der vorwiegend virtuellen Aktivitäten von rechtsextremen Bürgerwehren in Thüringen ist die Instrumentalisierung des Sicherheitsempfindens durch solche Gruppen als besonders problematisch zu bewerten. Eine Überdramatisierung und Verzerrung der tatsächlichen Lage der inneren Sicherheit in Verbindung mit einer einseitigen, hetzerischen Fokussierung auf Ausländerkriminalität, wie sie auch von der **AfD** systematisch getätigt wird (vgl. Hestermann/Hoven 2019), kann dem Aufbau von Angst und Vorurteilen gegenüber bestimmten Gruppen Vorschub leisten und im Extremfall gar zur Selbstjustiz motivieren.

Tab. 7: Bürgerwehren mit rechtsextremen Bezügen in Thüringen

Name	Kurze Zu- und Einordnung (Stand: Juli 2020)
„Bürgerforum Meuselwitz“ (Altenburger Land)	Um 2015 von <i>Daniel Peschek</i> (vorbestrafter, früherer NPD-naher Kameradschaftsführer der Zwickauer Neonazi-Szene) gegründete private Facebook-Gruppe (aktuell über 1500 Mitglieder); überreichte 2016 bei einer Einwohnerversammlung zum Thema Asyl einen Fragenkatalog und schlug der Stadtverwaltung 2020 ein Sicherheitskonzept mit polizeiähnlichen Befugnissen vor; davon abgesehen überwiegend und weiterhin virtuell aktiv
„Bürgerwehr Arnstadt“ (Ilm-Kreis)	Vorläufer u.a. von „Patriotische Bürger für Arnstadt“; in anderer Form weiterhin aktiv
„Bürgerwehr Piesau-Lichte“ (OT Neuhaus am Rennweg, Landkreis Sonneberg)	2016 gegründete rechtsextreme Facebook-Gruppe (unter dem Motto „Wir rufen nicht die Polizei! Um unerwünschte Besucher kümmern wir uns höchstpersönlich“; aktuell ca. 60 Abonent*innen) mit starken Bezügen zur Reichsbürgerideologie; weiterhin nur virtuell aktiv

„Bürgerwehr Unterstuhl, Gerstungen und Umgebung“ (Landkreis Wartburgkreis)	2015 von <i>Andreas Niebling</i> (ehemaliger NPD-Funktionär) gegründete, private, rechtsextreme Facebook-Gruppe; erreichte in kurzer Zeit über 2000 Mitglieder (aktuell über 2800); überregionales Sammelbecken für rechtsextremes und rechtsaffines Spektrum; 2015 mit Streifzügen aufgefallen; <i>Niebling</i> war u.a. 2015 auf lokalen NPD-Demos und 2017 als „Saalschutz“ (Bündnis gegen Rechts - Werratal 2017) einer AfD-Veranstaltung aufgefallen; die „Bürgerwehr“ ist weiterhin virtuell aktiv
„Bürgerwehr Thüringen“	Private Facebook-Gruppe; überregionales Sammelbecken für Akteure und Personen aus dem rechtsextremen und AfD-Spektrum; war 2019 virtuell noch aktiv
„Ellricher [Bürger] für Sicherheit und Ordnung“ (Landkreis Nordhausen)	2015 von einem lokalen Kaufmann als Interessensgemeinschaft gegründete Bürgerinitiative (ohne Vereinsstatus); hatte Verbindungen zur damaligen lokalen und regionalen Neonazi-Szene (u.a. „Volksbewegung Nordthüringen“); nach 2017 keine Aktivitäten mehr bekannt
„Sicherheit für Eisenach“ (ursprünglich „Schutz für Eisenach“)	2017 gegründete private Facebook-Gruppe (aktuell über 2400 Mitglieder), an der sich u.a. regionale NPD-Mitglieder beteiligen; weiterhin virtuell aktiv
„Soldiers of Odin Germany“	Rechtsextreme, bundesweit agierende Gruppierung; soll eine „Division“ in Thüringen haben; keine öffentlichen Aktivitäten bekannt oder erkennbar
„Wachsame Bürger Bad Blankenburg“ (Saalfeld-Rudolstadt)	Ende 2016 einmalig in Erscheinung getreten (Flugblattverteilung mit u.a. islamfeindlichen Inhalten)

Eigene Darstellung. Quellen: Best et al. 2017-2019; KomRex-Recherchen 2017-2020 Thüringer Landtag 2015; 2017a, 2017b, 2018d, 2018h, 2019c, 2019j; Bündnis gegen Rechts - Werratal 2017; Rosenkranz 2020; Speit 2020; Stadtverwaltung Meuselwitz 2016; 2020a; 2020b; thuringenrechtsaussen 2017.

3.3 Rechtsextreme Angebotsstrukturen im sub- und jugendkulturellen Feld

„Rechtsextremismus“, verstanden „als innovationsfähige soziale Bewegung“ (Quent/Schmidtke/Salheiser 2016: 23), beschränkt sich nicht allein auf formell und informell organisierte Angebotsstrukturen (vgl. Langebach 2016: 401 ff., Schedler 2016a: 287 f.). Um z.B. Nachwuchs zu rekrutieren oder die Anhängerschaft über die eigenen genuinen Wirkungsgrenzen hinweg zu vergrößern, bewegen sich rechtsextreme Akteure in verschiedenen jugend- und subkulturellen Feldern (z.B. Rockermilieu, Hooliganszene, Reichsbürgermilieu, Kampfsport). Diese Akteure können dabei gezielt Angebote für eben diese sozialen Gruppen organisieren oder diese durch Angebotserweiterung in vorhandene rechtsextreme Angebotsstrukturen einbinden (z.B. Kampfsport auf Rechtsrock-Events) (vgl. Quent/Schulz 2015: 26 f.; Quent/Schmidtke/Salheiser 2016: 42). Dadurch können sich eigene rechtsextreme Angebotsstrukturen innerhalb von Jugend- und Subkulturen herausbilden (z.B. „Kampf der Nibelungen“), die sich entweder selbst „dem“ Rechtsextremismus zuordnen oder die analytisch aufgrund verschiedener Überschneidungen (personell, strukturell, inhaltlich-ideologisch) „dem“ Rechtsextremismus zuzurechnen sind.

Rechtsextreme Akteure und Angebotsstrukturen im subkulturellen Bereich

Subkulturen sind heterogen und zeichnen sich durch eine hohe Fluktuation aus, können aber gleichfalls Angebotsstrukturen ausbilden (vgl. Stöss 2010: 159). Skinheads waren lange Zeit die dominierende Subkultur innerhalb des Rechtsextremismus, verloren aber an Bedeutung (vgl. Stöss 2010: 160 ff.; Langebach 2016: 407 ff.; Schedler 2016b; Pfahl-Traughber 2019b: 197 ff.). Weitere Subkulturen, die häufiger rechtsextreme Bezüge aufweisen können, sind die Hooligan- und Kampfsportszene sowie das Rocker- und Reichsbürgermilieu. Darüber hinaus können weitere Subkulturen inhaltlich-ideologische Anschlüsse und Einfallstore an „den“ Rechtsextremismus bieten, wie z.B. bei der rechtsextremen **Anastasia-Bewegung** (vgl. Best et al. 2019: 28 f.; Hellwig 2020), im Neopaganismus bzw. Neuheidentum oder bei „Reenactment“-Veranstaltungen mit germanischen oder Wikinger-Bezügen (vgl. Banghard 2016; Ickerodt 2017; Oehrl/Pesch 2017; Bonvalot 2018).

Rechtsextremes Rockermilieu in Thüringen

Gruppen aus dem Rockermilieu zeichnen sich durch langjährige, streng hierarchische, auf Disziplin und Loyalität aufbauende, in sich geschlossene Strukturen und selbst geschaffene Regeln und Satzungen aus. Mitglieder sind fest integriert, identifizieren sich nach innen und außen (z.B. über das Tragen gleicher Kleidung, Patches bzw. Abzeichen) und durchlaufen einen langjährigen Prozess (vgl. Schmid 2012). Nach eben diesem Prinzip treten seit 2014 das neonazistische Rechtsrock-Netzwerk **„Bruderschaft H8 Thüringen“** (alternativ ohne „H8“; doppeldeutiges Szenewortspiel für „Hate“, dt. Hass, und „88“, d.h. „Heil Hitler“) bzw. die **„Turonen“** und dessen Supportergruppe **„Garde 20“** aus dem Raum Gotha auf. In der „Bruderschaft“ sind Akteure aus der Neonazi-Szene, die rund um das „Gelbe Haus“ in Ballstädt (Landkreis Gotha) und die rechtsextremen Musikbands **„Treueorden“** und **„N.A.P.O.L.A.“** („Natürliche politische Alternative“; Anspielung auf die Abkürzung der nationalsozialistischen Erziehungsanstalten) organisiert ist, aktiv. Ein zentraler Akteur der „Bruderschaft“ ist Steffen Richter. Die „Bruderschaft“ und Richter wiesen lange Zeit Merkmale einer rechtsextremen Bewegungsunternehmung auf (insbesondere durch die Organisation von mehreren Rechtsrock-Events, u.a. in Kirchheim, und mit ihrem weitläufigen, bis ins Ausland reichenden Kontaktnetzwerk, das auch die verbotene Gruppe „Combat 18“ umfasst). Allerdings ist die öffentliche Wahrnehmung der Bruderschaft spätestens seit der polizeilichen Auflösung eines Rechtsrock-Events in Apolda (Oktober 2018), mit der finanzielle Einbußen und ein Reputations- bzw. Imageverlust einhergingen, in Thüringen deutlich zurückgegangen (vgl. Best et al. 2017-2019 passim; AfV 2019b: 46 ff.; 2018: 24 ff.; BMI 2019: 64 f.; Thüringer Landtag 2016a; 2018h; 2019e; 2018i; 2019g; 2019h; 2020b; Kreter 2019a: 164 ff.).

Der „Rocker-Habitus“ (Schmid 2012: 221 f.) in Verbindung mit rechtsextremer Ideologie birgt eine erhöhte Gefahr, dass rockerähnlich organisierte Rechtsextreme stärker zur Selbstjustiz neigen und dabei „billigend in Kauf [nehmen], das Gewaltmonopol des Rechtsstaats zu unterlaufen“ (ebd.). Der Überfall auf eine Kirmesgesellschaft in Ballstädt 2014 durch Angehörige der „Bruderschaft“, bei der diese sich laut eines damals Angeklagten „Respekt verschaffen“ (zit. nach Jansen 2017) wollten, ist vor diesem Hintergrund zu verstehen. Allerdings hat sich durch den (langjährigen und noch nicht rechtskräftig abgeschlossenen) Gerichtsprozess in Ballstädt vorerst eine Art „Burgfrieden“ (Lirabelle 2017) eingestellt.

Rechtsextreme Hooligan- und Kampfsportszene in Thüringen

Zwischen rechtsextremen Hooligans und Kampfsport bestehen häufig informell-fließende bis konkret-handfeste personelle und ideologische Übergänge und Überschneidungen (z.B. bezüglich der Politisierung und Ideologisierung von Sport und der Affinität zur Gewalt). Daher werden beide Phänomene zusammen abgehandelt.

„Hooligans“ sind Personen(-gruppen), die bei bestimmten Ereignissen, insbesondere im Umfeld von Fußballspielen (der Männer), öffentlich durch ein aggressives Verhalten und „Gewaltanwendung

um der Gewaltanwendung willen“ (Pfahl-Traughber 2019b: 213) auffallen. Die Schnittmengen zwischen Hooligans und Rechtsextremismus sind vielfältig. Zentral sind die Gewaltaffinität, ein chauvinistisch aufgeladenes Bild von Männlichkeit und verschiedene Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bzw. Diskriminierungs- und Abwertungsmechanismen (z.B. Sozialdarwinismus, Rassismus) (vgl. Claus 2017; Becker 2019; Pfahl-Traughber 2019b: 213 ff.; Schubert 2019). „Hooligans“ sind zwar terminologisch von „Ultras“ (fanatische Anhänger einer Mannschaft) zu unterscheiden, das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich auch rechtsaffine Hooligans hinter dem Label tarnen (z.B. im Fall der „**Ultras Nordhausen**“, vgl. WELT 2019). Überhaupt existieren seit der letzten Gefährdungsanalyse bzw. nach 2016 weiterhin insbesondere in **Nordhausen** (zuletzt in Form der „Volksbewegung Nordthüringen“, vgl. Best et al. 2019) und im Umfeld der Fußballmannschaft von Rot-Weiß Erfurt (KEF bzw. „**Kategorie Erfurt**“, siehe Biczysko; „**Jungsturm Erfurt**“) verschiedene mehr oder weniger formell organisierte Gruppen und Netzwerke, bei denen es zwischen der rechtsextremen und Hooligan-Szene in und außerhalb des Stadions vielfach personelle Verknüpfungen gibt, die sich nicht nur auf diese Städte und Vereine beschränken (vgl. Radio F.R.E.I. 2020a).

„Kampfsport“ erweist sich für Rechtsextreme seit jeher als ein hoch attraktives Wirkungsfeld. Neu ist lediglich der Aspekt der „Professionalisierung“, der Gewaltbereitschaft sowie der Kommerzialisierung und Vernetzung (Claus 2018): Was früher in Wehrsportübungen und beim Ackerkampf stattfand, hat sich (auch wegen des Verbotes von Ackerkämpfen) verlagert in rechtsextreme Trainingsgruppen und -gyms, europaweite Netzwerke und Szeenevents. Nichtsdestotrotz – das zeigte zuletzt die Auflösung eines Wehrsportlagers auf einer Wiese in Stützerbach (Ilm-Kreis) mit Angehörigen u.a. von der „Jungen Revolution“ – haben Wehrsportübungen noch nicht ausgedient.¹⁴

Aus dem Bereich des Kampfsportes in Thüringen sind einige Gruppen in Teilen bis gänzlich als rechtsextrem einzuordnen: „Barbaria Sportgemeinschaft Schmölln“ (Altenburger Land), das „Team Bäumler“ vom „ASC Ronneburg“ (Greiz), die NPD-nahe Gruppe „Knockout 51“ und „Wardon 21“ (Südthüringen) (vgl. MOBIT e.V. 2019b; AfV 2019: 44 ff.; MDR 2020c). Mit dem Austritt der Kader rund um Enrico Biczysko, einem früheren Mitglied von „Kategorie Erfurt“, aus „Der III. Weg“ und dem bevorstehenden Verlust der Immobilie am Herrenberg ging es mit der Sportgemeinschaft „Körper und Geist“ in Erfurt formal zu Ende. Derzeit ist unklar, wie die Neonazis ihr Kampfsporttraining in Erfurt fortführen werden.

Angebotsstrukturen aus dem Bereich des Reichsbürger*innen-Phänomens in Thüringen

„Reichsbürger*innen“ im weiteren Sinne ist ein Sammelbegriff und eine Fremdbeschreibung für ein sehr heterogenes Phänomen und Milieu (vgl. Krüger 2017), deren Anhänger*innen aus unterschiedlichen Gründen und Motiven die Existenz, Legitimität und Legalität der Bundesrepublik Deutschland, des Grundgesetzes, des bestehenden Rechtssystems und der bestehenden politischen Ordnung ablehnen und das verschiedenartig zum Ausdruck bringen (z.B. durch Vielschreiberei, Abgabe des Personalausweises, Praktiken der „Selbstverwaltung“ und der „Reaktivierung“ von Gemeinden). Das Phänomen ist „nicht neu“ (Pfahl-Traughber 2019b: 194), fristete aber bis zu den 2000er Jahren eher ein Schattendasein. Mit zunehmender Ausbreitung des Internets war die Reichsbürger*innen-Ideologie zugänglicher geworden und in Verbindung mit einem hohen Sendungsbewusstsein der Reichsbürger*innen nach außen erlebte das Phänomen in den 2010er Jahren eine enorme Verbreitung (vgl. BfV 2017-2020; Schönberger 2020b; AfV 2016-2019; Wilking 2017; Vollmer 2018; Freitag/Hüllen/Krüger 2017; Rathje 2017a; 2017b; Speit 2018).

¹⁴ Vgl. <https://twitter.com/KatharinaKoenig/status/1285587367907254273>, <https://twitter.com/KatharinaKoenig/status/1284933226105049088> und <https://twitter.com/sannykujath/status/1284886260063051776> (Abruf: 8. August 2020).

Neben der Grundannahme, das Deutsche Reich existiere fort (vgl. Günther 2020; Schönberger 2020a) ist das Hauptnarrativ der Reichsbürger*innen von der Annahme bestimmt, es gebe eine gegen Deutschland („die Deutschen“, „das deutsche Volk“) gerichtete Weltverschwörung und die deutsche Politik sei fremdbestimmt. Das wird unterschiedlich intensiv mit antisemitischen, fremdenfeindlichen, rassistischen und völkisch-nationalistischen Elementen konnotiert (vgl. Vollmer 2018; Freitag et al. 2017; Hüllen/Homburg 2017; Rathje 2017a; 2017b).

Thüringen gehört zu den Bundesländern, in denen, bezogen auf 100.000 Einwohner, der Anteil der Reichsbürger*innen an der Bevölkerung am höchsten ist (vgl. Bathe et al. 2018: 64, Abb. 1 u. Abb. 5). Nach einer Auswertung der bisher (bis zum 16. August 2020) beantworteten und verfügbaren 39 Kleinen Anfragen der Landtagsabgeordneten König-Preuss seit 2018 zum Thema „Neonazi-Szene in ...“ ist für den Zeitraum seit 2017 festzuhalten: Es gibt in jedem Landkreis bzw. in jeder kreisfreien Stadt Thüringens Reichsbürger*innen, deren Anzahl sich hauptsächlich im unteren zweistelligen Bereich befindet; nur im Landkreis Hildburghausen kam es bisher zu einem Anstieg des Personenpotenzials; die meisten Reichsbürger*innen befinden sich im Landkreis Gotha, im Altenburger Land sowie im Wartburgkreis und in Eisenach; die meisten noch bewaffneten Reichsbürger*innen sind im Eichsfeld ansässig (vgl. König-Preuss 2020).

Tab. 8: Anzahl an Reichsbürger*innen (inkl. Selbstverwaltern) in Thüringen

2016: ca. 550*	2017: ca. 650*	2018: ca. 1000* bis 1100	(April) 2019: über 800
----------------	----------------	--------------------------	------------------------

Eigene Darstellung. Quellen: AfV Thüringen 2016-2019*; MDR 2019b.

* Die Angaben in AfV Thüringen (2016-2019) beziehen sich auf den 31.12 des jeweiligen Beobachtungsjahres.

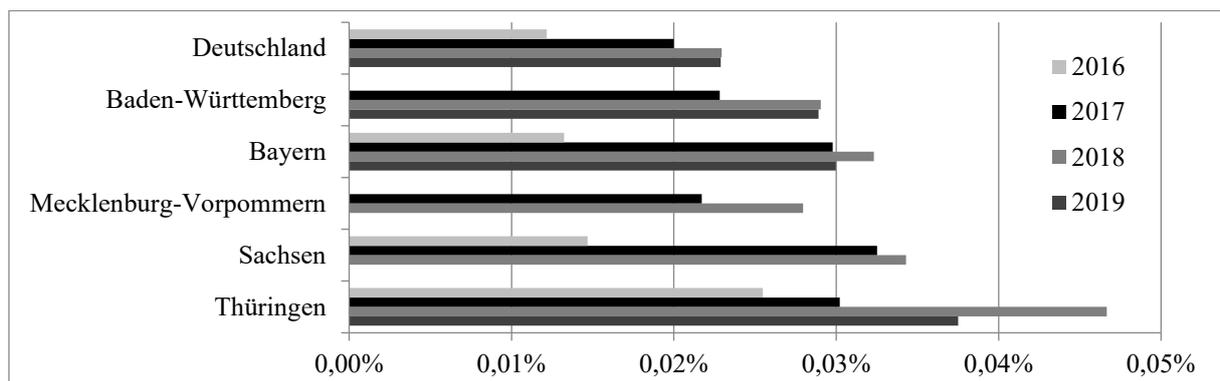


Abb. 5: Bundesländer mit der höchsten Prozentzahl an Reichsbürgern (inkl. Selbstverwaltern)

Eigene Darstellung. Quellen: Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder 2016-2020; Destatis; Statista.

Rechtsextreme Akteure und Angebotsstrukturen im jugendkulturellen Bereich

Neben rechtsextremen Angebotsstrukturen (z.B. die „Jungen Nationalisten“ und „Schülersprecher.info“ von der NPD; „Schlesische Jugend“, „Identitäre Bewegung“ oder das neonazistische Projekt „Junge Revolution“) und Akteuren (z.B. aus dem Umfeld von Patrick Wieschke oder Enrico Biczysko), die in Thüringen gezielt versuchen, Jugendliche (erweitert auch Familien mit Kindern) anzusprechen und zu rekrutieren bzw. jugendlich geprägte Angebotsstrukturen zu etablieren oder soziale Bewegungen zu unterwandern (z.B. bei einer „Fridays for Future“-Demonstration in Erfurt, vgl. Ayyadi 2019)¹⁵, konnten drei rechtsextreme Angebotsstrukturen identifiziert werden, die sich im bzw. mit Bezug zum jugendkulturellen Feld in Thüringen herausgebildet haben: die NPD-nahe „Nationale Front Gotha“ (gegründet als „Nationale Jugend Gotha“); der NPD-nahe „Nationale Aufbau Eisenach“ und dessen Vorläuferorganisationen sowie die „Neue Hitler Jugend“ (NHJ). Letztere ist die Selbstbezeichnung einer über WhatsApp organisierten Jugendgruppe mit ca. 30 Mitgliedern,

¹⁵ Vgl. https://twitter.com/klaus_kurt/status/1131892837962919936 (Abruf: 7. August 2020).

die Mitte 2019 in Pößneck (Saale-Orla-Kreis) für Schmierereien, Bedrohungen und Übergriffe auf ausländische Jugendliche verantwortlich gewesen ist. Darüber hinaus tauchte das Kürzel „NHJ“ bei Schmierereien in Arnstadt (Ilm-Kreis) und in Kahla (Saale-Holzland-Kreis) auf. Die Gruppe soll sich infolge von polizeilichen Ermittlungsverfahren selbst aufgelöst haben, allerdings weisen Sachbeschädigungen weiterhin Bezüge zur NHJ auf (vgl. Thüringer Landtag 2019k; 2020a; 2019b). Insgesamt waren die Aktivitäten der o.g. drei Gruppen überwiegend davon geprägt, durch wahrnehmbare, einschüchternde Präsenz und/oder Straftaten in den lokalen Sozialraum einzuwirken und dadurch Geländegewinne (hier: Provokations- und Raumgewinne) zu erzielen.

3.4 Rechtsextreme Szene-Infrastruktur in Thüringen

Aus den vorherigen Kapiteln ging bereits vereinzelt hervor, dass der Besitz und die Nutzung von Immobilien in Thüringen für die rechtsextreme Bewegung bedeutsam ist. Das Vorhandensein einer rechtsextremen Szene-Infrastruktur (Immobilien, Treffpunkte bzw. Veranstaltungsorte) und Vertriebsstruktur (Szeneläden und Versandhandel) ist ein zentrales Kennzeichen des Rechtsextremismus in Thüringen. Bei den rechtsextremen Immobilien und Treffpunkten bzw. Veranstaltungsorten handelt es sich um Lokalitäten, die von Rechtsextremen dauerhaft bzw. regelmäßig für Aktivitäten mit Szenebezug (z.B. politische Tätigkeit, „Erlebniswelt“-bezogene Veranstaltungen, Vorträge, Treffen, Kampfsporttraining) genutzt werden, wo sie willkommen sind und Hegemonie ausüben bzw. beanspruchen. Zusätzlich zu dieser Szene-Infrastruktur zählt die vom KomRex erstellte „Topografie des Rechtsextremismus“ die rechtsextreme Vertriebsstruktur, d.h. Szeneläden und offizielle Versandhandelsadressen. Im Rahmen des Topografie-Projekts wurden bisher diejenigen Objekte dokumentiert, die diese Kriterien erfüllen und im Zeitraum seit Januar 2014 oder bis dahin „aktiv“ (d.h. in Nutzung) waren (vgl. zu den Arbeitsdefinitionen: Best et al. 2017: 46 ff.; 2018: 40 ff.; Patz/Salheiser 2019: 6).

Aus der regelmäßig aktualisierten Beobachtungsliste sind für den o.g. Zeitraum nach Quellenlage und Recherchestand in Thüringen insgesamt 53 Objekte als „rechtsextrem“ einzustufen, von denen zum Stichtag 30.07.2020 36 „aktiv“ waren.¹⁶ Diese Objekte haben jeweils unterschiedliche Funktionen und Relevanz für die rechtsextreme Bewegung (z.B. als reiner Versandhandel, als Treffpunkt, als Austragungsort) und sie wirken unterschiedlich in den öffentlichen Raum ein (vgl. Best et al. 2017-2019; AfV 2019; MOBIT e.V. 2018b; Patz/Salheiser 2019). Über eigene „Stützpunkte“ für die Bewegung zu verfügen, ist Teil rechtsextremer Raumergreifungsstrategien (vgl. Eckhardt i.E.). Im Umfeld von Rechtsrock-Veranstaltungsorten (insb. in Kirchheim, Kloster Veßra und Themar), bei denen die Polizei vor Ort im Einsatz ist, gibt es regelmäßig Anzeigen gegen Veranstaltungsteilnehmende (vgl. Thüringer Landtag 2020k; 2020h). Im Umfeld von Szene-Immobilien gab es erhebliche Straf- und Gewalttaten gegenüber markierten Feindbildern (z.B. im April 2018 in Kahla gegenüber jugendlichen Geflüchteten und im August 2020 im Umfeld der „Volksgemeinschaft“ gegenüber drei Afrikanern), bei denen in einigen Fällen der Gerichtsprozess noch nicht begonnen hat (z.B. nach dem schweren Raubüberfall gegenüber Journalisten im Umfeld von *Thorsten Heises* Objekt im April 2018) oder noch nicht rechtskräftig abgeschlossen ist (z.B. aufgrund eines formalen Fehlers im Urteil zum Überfall auf eine Kirmesgesellschaft in Ballstädt 2014 aus dem Umfeld des „Gelben Hauses“). Das Vorhandensein rechtsextremer Infrastruktur ist einer der Hauptgründe für die hohe Anzahl an rechtsextremen Musik-, aber auch internen Veranstaltungen in Thüringen (vgl. Best et al. 2017-2019; MOBIT e.V. 2018a: 13 ff.; 2020b). Daher gelten Immobilien als zentrale „Stützpfeiler neonazistischer Aktivitäten“ (MOBIT e.V. 2018b: 4).

¹⁶ Bekannt ist das rechtskräftige Gerichtsurteil, demnach die „Volksgemeinschaft“-Immobilie in Erfurt bis zum 31. August 2020 geräumt werden muss.

Aus der Beobachtungsliste der Topografie sind neben den Objekten der rechtsextremen Bewegungsunternehmer in Thüringen (Gaststätte „Goldener Löwe“ und Konzertwiese in Themar, das „Lieder Volkshaus“ und die „Volksgemeinschaft“ sowie die Vertriebsstrukturen von *Thorsten Heise*, *Tommy Frenck* und *Patrick Wieschke*) außerdem die – insbesondere bezüglich des Nationalsozialismus und Holocausts geschichtsrevisionistisch agierende – „Gedächtnisstätte“ in Guthmannshausen (Landkreis Sömmerda), das Veranstaltungszentrum „Erfurter Kreuz“ in Kirchheim (Ilm-Kreis) und das abgelegene Hotel „Hufhaus“ in Illfeld (Ortsteil Harztor, Landkreis Nordhausen) hervorzuheben – jeweils aufgrund ihrer deutschlandweiten und Szeneübergreifenden, d.h. insgesamt sehr hohen Bedeutung sowie starken Frequentierung, die z.T. seit über einem Jahrzehnt anhält (vgl. Best et al. 2017-2019; ebd.; AfV 2016-2019 passim; Thüringer Landtag 2020d; 2020c; 2020m). Gleichfalls bedeutend sind das sog. „Gelbe Haus“ in Ballstädt (Ortsteil der Landgemeinde Nesselal, Landkreis Gotha), die sog. „Burg 19“ in Kahla (Saale-Holzland-Kreis) und das sog. „Ober-salzberg Sonneberg“ in der kreisfreien Stadt Sonneberg, weil sie lokalen Neonazi-Akteuren und Rechtsextremen seit Jahren als private Rückzugs- und Veranstaltungsorte bzw. Treffpunkte dienen (vgl. ebd.; Thüringer Landtag 2020b; 2020j).

Im Zusammenhang mit rechtsextremer Szene-Infrastruktur ist auf die seit Anfang 2020 öffentlich in Erscheinung getretene rechtsextreme Initiative „**Zusammenrücken in Mitteldeutschland**“¹⁷ hinzuweisen. Hierbei handelt es sich um ein langfristig angelegtes, rassistisches Siedlungsprojekt, bei dem unter wiederholter (vgl. Metzger 2020) Bezugnahme auf Björn Höckes „gallische Dörfer“-Topos¹⁸ aus seinem Buch „Nie zweimal in denselben Fluss“ dafür geworben wird, dass sich „nationalbewusste Menschen“¹⁹ aus Westdeutschland gezielt in Mitteldeutschland niederlassen („zusammenrücken“), um dort einen „weißen Ethnostaat“ aufzubauen²⁰ bzw. „völkische Landnahme“ zu betreiben (haskala 2020). Vorbilder sind Jamel (Mecklenburg-Vorpommern) sowie die Ideologie der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft und völkischen Siedler. Bezüglich Thüringen ist bekannt, dass die Initiative über den rechtsextremen Liedermacher *Frank Renniecke* eine Wohnung in einem Dorf am Rennsteig „mit zich Gleichgesinnten“ und dem Thing-Kreis „um die Ecke“ – also vermutlich Haselbach – in Sonneberg anbietet.²¹ Fraglich ist, wie nachhaltig und erfolgreich das Projekt langfristig sein wird (vgl. Freires 2020).

Absolut betrachtet lassen sich sechs Räume mit einer hohen Dichte an rechtsextremer Szene-Infrastruktur identifizieren: Die höchste Dichte lässt sich in Erfurt und Gera feststellen. Kleinere Verdichtungen gibt es um Jena und Suhl. Nebenzentren stellen Eisenach und Nordhausen dar. Allerdings muss hierbei berücksichtigt werden, dass in dieser Betrachtung nicht zwischen Orten mit hoher und niedriger Bevölkerungsdichte unterschieden wird. In Abb. 6 wird die Anzahl der Immobilien pro 100.000 Einwohner dargestellt. Hier zeigt sich, dass Gera zwar in die Klasse mit dem

¹⁷ Seit August unter <https://zusammenruecken.io>, zuvor unter der Domain „.info“ (Abruf: 21. August 2020).

¹⁸ In der Rubrik „Lesenswertes“ unter <https://zusammenruecken.io/lesenswertes/> (Abruf: 21. August), wird konkret folgende Passage von Höcke zitiert: „Dann haben wir immer noch die strategische Option der »gallischen Dörfer«. Wenn alle Stricke reißen, ziehen wir uns wie einst die tapfer-fröhlichen Gallier in unsere ländlichen Refugien zurück, und die neuen Römer, die in den verwahrlosten Städten residieren, können sich an den teutonischen Asterixen und Obelixen die Zähne ausbeißen! Wir Deutschen – zumindest die, die es noch sein wollen – sind dann zwar nur noch ein Volksstamm unter anderen. Die Re-Tribalisierung im Zuge des multikulturellen Umbaus wird aber so zu einer Auffangstellung und neuen Keimzelle des Volkes werden. Und eines Tages kann diese Auffangstellung eine Ausfallstellung werden, von der eine Rückeroberung ihren Ausgang nimmt.“

¹⁹ „Zusammenrücken in Südthüringen“ unter <https://zusammenruecken.io/podcast/> (Abruf: 21. August 2020).

²⁰ <https://diekurskorrektur.wordpress.com/2020/03/05/ueber-die-initiative-zusammenruecken/> (Abruf: 21. August 2020).

²¹ Zit. *Frank Renniecke* in „Zusammenrücken in Südthüringen“ unter <https://zusammenruecken.io/podcast/> (Abruf: 21. August 2020).

zweithöchsten Verhältnis von Immobilien zu Einwohnern eingeteilt wird, Erfurt jedoch nur im Mittelfeld rangiert. Ein anderes Bild ergibt sich für die Schwerpunkte Nordhausen, Eisenach und Hildburghausen, die die höchste Dichte an Immobilien im Verhältnis zur Einwohnerzahl aufweisen.

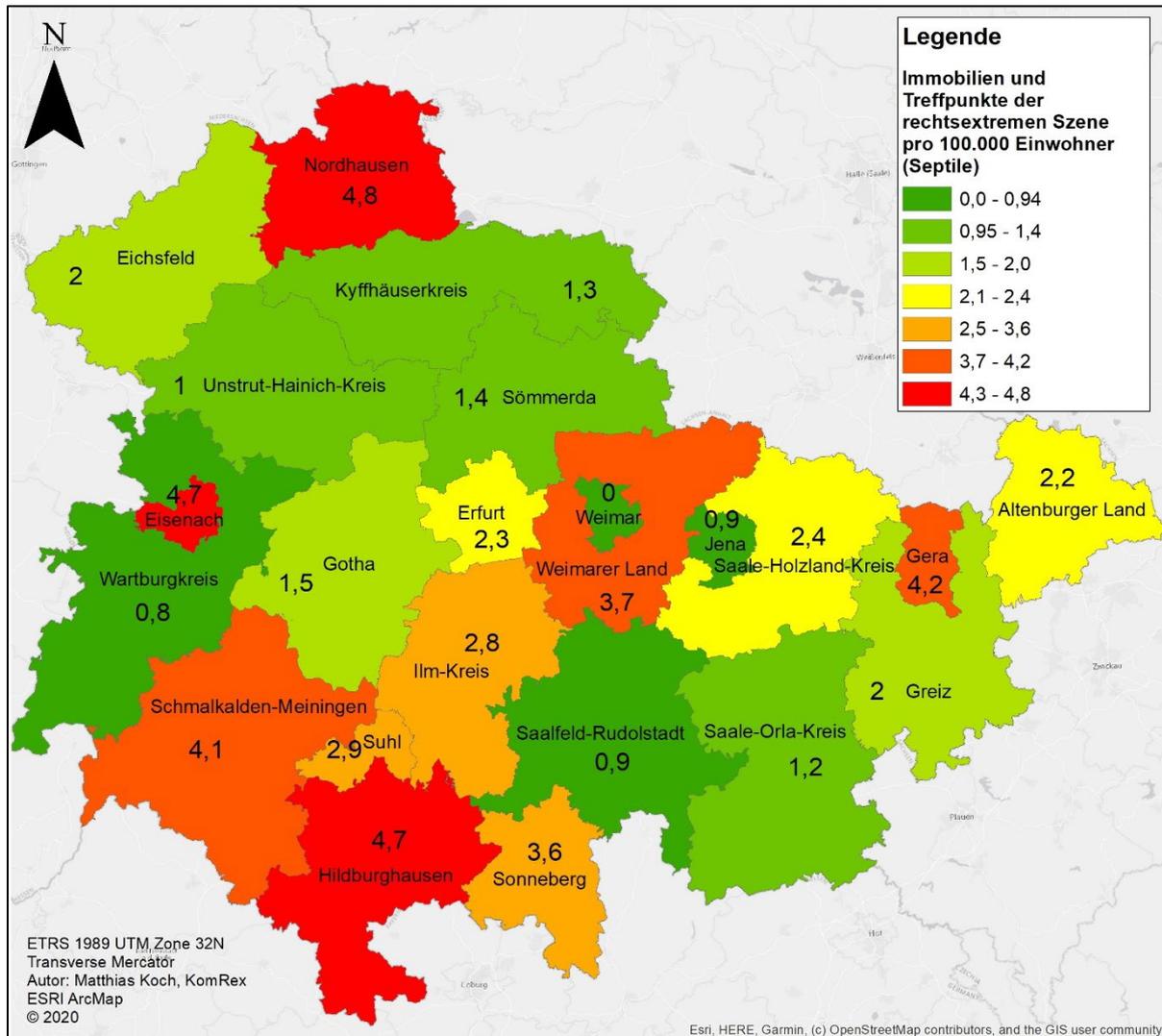


Abb. 6: Anzahl der Immobilien und Treffpunkte von Bewegungen und Akteuren der rechtsextremen Szene pro 100.000 Einwohner auf Landkreisebene (aktiv und inaktiv)
 (Daten: Topografie des Rechtsextremismus, Grundkarte: TLBG 2020)

3.5 Angebotsstrukturen rund um den Rechtsrock in Thüringen

„RechtsRock“ (Dornbusch/Raabe 2002) ist ein Sammelbegriff für stilistisch vielfältige „Musik mit rassistischen, nationalistischen, antisemitischen oder auch offen neonazistischen Texten“ bzw. mit „politisch extrem rechten Botschaften“ (vgl. Naumann 2009: 10, FN 26; Raabe 2019). Für die rechtsextreme Szene erfüllt die Musik wichtige, strukturbildende und -festigende Funktionen, u.a. die der Identitätsstiftung, der Ideologisierung, Rekrutierung und Mobilisierung von Anhänger*innen, der Vernetzung von Akteur*innen und der Akquise finanzieller Mittel (vgl. MOBIT e.V. 2018a; Kreter 2019a; 2019b; 2020; Raabe 2019).

Thüringen stellt ohne Zweifel eine „Rechtsrock-Hochburg“ dar (Kreter 2020). So sind in Thüringen mehrere wichtige Szene-Versandhändler*innen tätig, die rechtsextreme Tonträger und Merchandise-Artikel vertreiben, und zahlreiche Bands und Einzelinterpret*innen aktiv, die auch deutschlandweit oder sogar international auftreten und daher in der Szene einen gewissen Bekanntheits-

und Popularitätsstatus besitzen (vgl. Thüringer Landtag 2020f; 2020i). Besondere Relevanz für das Rechtsrock-Geschehen im Freistaat haben die bereits seit den 2000er Jahren jährlich stattfindenden Rechtsrock-Großveranstaltungen, an denen mehrere hundert bis tausend Rechtsextreme aus dem gesamten Bundesgebiet und Ausland teilnehmen und bei denen Veranstalter*innen und Händler*innen hohe Einnahmen generieren können (vgl. MOBIT e.V. 2018a: 22-26, 28-33). Die weit überwiegende Mehrheit der registrierten bzw. dokumentierten Musikveranstaltungen hatte vergleichsweise kleine Besucher*innenzahlen, allerdings war insgesamt gerade in den letzten Jahren eine beachtliche Zunahme rechtsextremer Musikveranstaltungen zu konstatieren (vgl. Tab. 9).

Die Gründe für die große Attraktivität Thüringens als Austragungsort für rechtsextreme Musikveranstaltungen sind vielfältig. Elementar sind das Vorhandensein einer etablierten, professionalisierten Szene-Infrastruktur, die regen Aktivitäten rechtsextremer Bewegungsunternehmer*innen und die günstige geographische Zentrallage Thüringens (vgl. Best et al. 2017, S. 67 ff.; Heerdegen 2018; MOBIT e.V. 2018a: 36 ff.). Des Weiteren kann von einem ausgeprägten finanziellen Eigeninteresse der Veranstalter*innen, auftretenden Musiker*innen und Szene-Händler*innen ausgegangen werden, aufgrund dessen sie bemüht sind, ihre Rechtsrock-Veranstaltungen möglichst häufig und störungsfrei durchzuführen. In den letzten Jahren wurden von der Thüringer Politik, den Behörden und der Zivilgesellschaft große Anstrengungen unternommen, um öffentliche Rechtsrock-Veranstaltungen mit großen Teilnehmendenzahlen zu unterbinden. Wie erfolgreich ein konzertiertes Vorgehen von Bürgerinitiativen, Versammlungsbehörden, Polizei und Justiz gegen Rechtsrock-Events ist, zeigten u.a. die (kurzfristige) gerichtliche Untersagung einer geplanten Großveranstaltung in Mattstedt (August 2018) und das als politische Kundgebung getarnte Konzert auf dem Marktplatz in Apolda (Oktober 2018), das nach gewalttätigen Angriffen auf Polizeibeamt*innen aufgelöst wurde. Für die Veranstaltenden führte dies zu finanziellen Einbußen und z.T. erheblichen Reputationsverlusten in der Szene. Allerdings scheint es wegen des zunehmenden Repressionsdrucks zu einem Gegentrend (s.u.) gekommen zu sein: Statt Open-Air-Festivals wurden 2019 mehr „private“ Konzerte und Liederabende in Szene-Immobilien (z.B. in Kloster Veßra und Kirchheim) durchgeführt und diese wiederum häufiger klandestin organisiert. 2020 dürften die Corona-bedingten Einschränkungen vorübergehend auch das rechtsextreme Konzertaufkommen in Thüringen erheblich dämpfen, weil die Einhaltung staatlicher Präventionsmaßnahmen und eine erhöhte Planungsunsicherheit Aktivitäten der Szene behindern. Mittelfristig ist aber von einer deutlichen Wiederzunahme der Rechtsrock-Aktivitäten auszugehen. Damit dürfte auch die Anzahl politisch motivierter Straftaten wieder steigen, die nach Datenlage der Topografie statistisch mit dem Konzertaufkommen assoziiert sind.

Tab. 9: Überblick zu rechtsextremen Musikveranstaltungen in Thüringen (2014–2019) nach Angaben der Topografie und von MOBIT

Kategorie	2014	2015	2016	2017	2018	2019
rechtsextreme Musikveranstaltungen <u>ohne</u> Veranstaltungen mit musikalischen Beiträgen (KomRex)	29	42	48	56	54	-*
rechtsextreme Musikveranstaltungen <u>mit</u> Veranstaltungen mit musikalischen Beiträgen (KomRex)	36	61	62	63	81	-*
„RechtsRock-Veranstaltungen“ (vgl. MOBIT 2020a)	27	46	54	60	71	65

* Angaben lagen zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses noch nicht vollständig vor.

3.6 Entwicklung der Aktivitäten und Straftaten mit rechtsextremem Kontext

Durch die Mobile Beratung in Thüringen (MOBIT e.V.) werden seit 2006 Aktivitäten von rechtsextremen Gruppen und Bewegungen erfasst. Es werden Ereignisse in den Kategorien „Konzert“, „Öffentliche Aktion“, „Online-Aktivität“, „Sachbeschädigung“, „Übergriff“, „Veranstaltung“ und „Sonstiges“ registriert. In der Summe gibt die Aufzeichnung dieser Vorkommnisse ein Bild darüber ab, wie aktiv die rechte Szene insgesamt tatsächlich ist.

Seit Beginn der Erfassung sind die Vorkommnisse insgesamt angestiegen. Nach Höhepunkten in den Jahren 2015 und 2016 waren in den darauffolgenden Jahren wieder weniger Fälle zu verzeichnen. Allerdings ist die Fallzahl extrem rechter Aktivitäten immer noch höher als zu Beginn des letzten Jahrzehnts. Auch wird der 2015 gebrochene bisherige Höchststand aus dem Jahr 2009 seit 2015 jährlich überschritten (siehe Abb. 7).

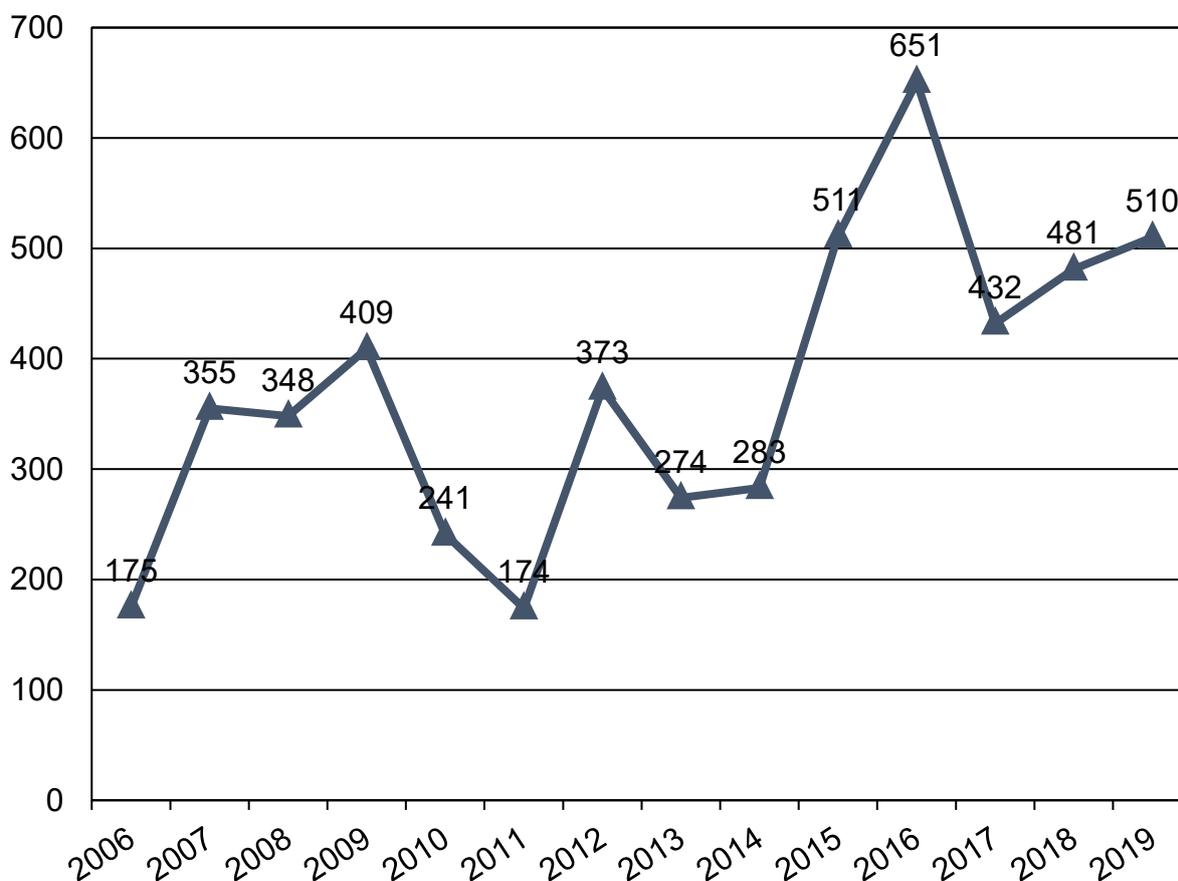


Abb. 7: Fälle in der Chronik extrem rechter Aktivitäten in Thüringen nach Jahren (MOBIT e.V. 2020a)

Wie in anderen Regionen Deutschlands kam es im Zuge der Migrationsdebatten ab 2014 auch in Thüringen zu einem sprunghaften Anstieg von Straf- und Gewalttaten mit rechtem Tatmotiv. Im Vergleich zu 2014 hatte sich die Zahl der Gewalttaten im Jahr 2016 mehr als verdoppelt (siehe Abb. 8). Danach ging die Anzahl der Gewalttaten stark, die der weiteren Straftaten leicht zurück. So war 2019 bei den Gewalttaten wieder das Niveau von 2013 erreicht, während die Anzahl weiterer Straftaten auf einem sichtbar höheren Niveau verblieb. Letzteres ist ein deutliches Anzeichen dafür, dass es im Zuge der Anti-Asyl-Agitation während der sogenannten „Flüchtlingskrise“ 2014/15 im rechten politischen Spektrum zu einer Enthemmung und Radikalisierung gekommen ist, die durch-

aus weiter fortwirkt. Der Anteil von Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund pro 100.000 Einwohner sind in Thüringen im Vergleich zum Jahr 2014 auf einem ähnlichen Niveau. Ein anderes Bild zeigt sich im Vergleich dazu in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, wo dieser Wert deutlicher angestiegen ist (vgl. Tab. 10). Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund haben gemessen an der Bevölkerung seit der letzten Gefährdungsanalyse nur leicht zugenommen. Anzunehmen ist, dass sie insbesondere 2015 und 2016 deutlich höher lagen.

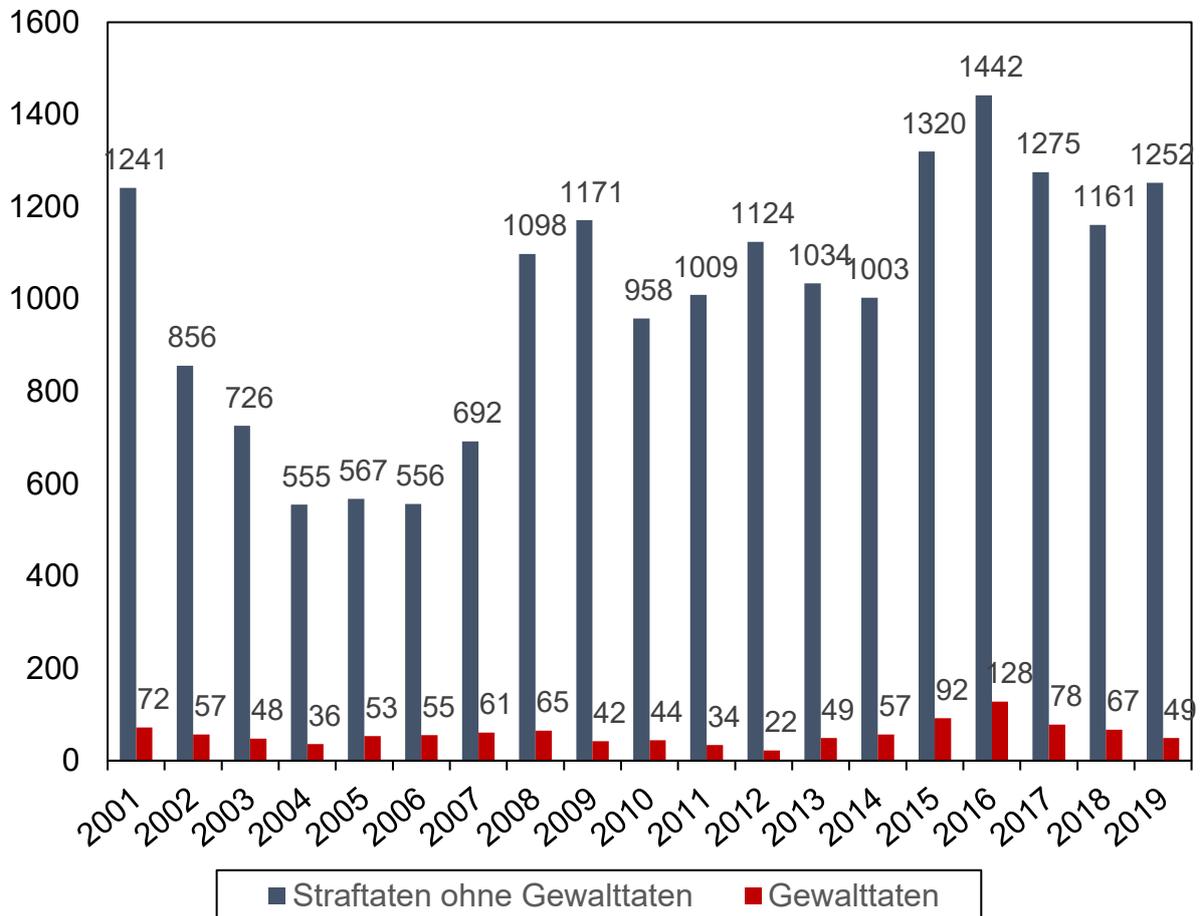


Abb. 8: Straf- und Gewalttaten nach PMK rechts (TMIK 2020)

Tab. 10: Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politische Kriminalität – Rechts“ in den Ländern pro 100.000 Einwohner 2009, 2014 und 2019

	2009	2014	2019
Baden-Württemberg	0,44	0,22	0,35
Bayern	0,42	0,52	0,46
Berlin	1,63	2,81	4,09
Brandenburg	2,74	2,98	3,57
Bremen	0,91	0,46	0,44
Hamburg	1,69	0,97	1,35
Hessen	0,36	0,35	0,49
Mecklenburg-Vorpommern	2,16	2,19	3,05
Niedersachsen	1,42	0,68	0,60
Nordrhein-Westfalen	0,91	2,11	0,88

Rheinland-Pfalz	0,94	0,80	0,83
Saarland	1,26	0,20	1,11
Sachsen	2	2,05	1,62
Sachsen-Anhalt	2,52	2,05	3,23
Schleswig-Holstein	2,12	0,75	1,38
Thüringen	1,81	2,27	2,30
Ostdeutsche Länder ohne Thüringen	2,36	2,42	2,65
Westdeutsche Länder (ohne Berlin)	1,05	0,71	0,67
Alle Länder ohne Thüringen	1,43	1,28	1,08

Daten: Edinger 2010: 44, Quent/Schmidtke/Salheiser 2016: 47, BMI 2020b: 29; Eigene Berechnungen

4 Verbindungslinien zwischen Rechtspopulismus und Rechts-extremismus

4.1 Die AfD

Innerhalb der Politikwissenschaft ist die Einordnung der Alternative für Deutschland (AfD) nach wie vor umstritten. Während z.B. Pfahl-Traughber (2019a: 41) davon ausgeht, dass es sich bei ihr mittlerweile um eine eindeutig rechtsextremistische Partei handelt, klassifizieren Jesse/Panreck (2017: 74) die AfD als eine populistische, aber demokratische Partei. In den meisten wissenschaftlichen Analysen und Presseberichten werden das völkisch-nationalistische Profil des Thüringer Landesverbandes und der gewachsene Einfluss seines Vorsitzenden Björn Höcke innerhalb der Bundespartei allerdings als wesentliche Indizien für die Radikalisierung der AfD hin zu einer rechtsextremistischen Partei gewertet. In der letzten Gefährdungsanalyse hatten Quent/Schmidtke/Salheiser (2016: 54) bereits konstatiert, dass nach der Abwahl von Bernd Lucke als Bundessprecher der AfD auf dem Essener Parteitag 2015 aufgrund des gewachsenen Einflusses von Björn Höcke „im Thüringer Landesverband der AfD politische Konzepte des völkisch-nationalistischen Rechtsextremismus die Diskurshoheit übernommen [haben]“, was jedoch nicht bedeute, „dass der Landesverband im Ganzen analytisch als rechtsextremistisch bezeichnet werden muss“. Mit dieser Einschätzung ist die Positionierung der Thüringer AfD auch heute noch sehr zutreffend beschrieben. Allerdings ist davon auszugehen, dass Höcke den Landesverband aktuell in noch stärkerem Maße dominiert als vor vier Jahren. Das liegt nicht zuletzt daran, dass nach dem Essener Parteitag einige der moderateren Kräfte unter den Parteieliten, die eine innerparteiliche Opposition gegen Höckes völkischen Nationalismus hätten anführen können, angesichts ihrer zunehmenden Isolation aus der Partei ausgetreten sind. Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag war daher bis 2019 von ursprünglich elf auf sieben Abgeordnete zusammengeschrumpft. Im Juli 2017 trat die stellvertretende Landesvorsitzende Steffi Brönner aus Protest gegen die zunehmende Radikalisierung ihres Landesverbandes von ihrem Amt zurück. Nach dem großen Erfolg bei der Landtagswahl 2019, bei der die AfD mit Höcke als Spitzenkandidat angetreten und zweitstärkste Partei geworden war, ist Höckes Führungsposition in der Thüringer AfD gefestigter als je zuvor. Daran ändert auch die Auflösung des „Flügels“, der Höcke seit 2015 als eine zentrale Machtbasis gedient hatte, auf Druck des AfD-Bundesvorstandes nichts, da es sich hierbei ohnehin nicht um eine innerparteiliche Organisation, sondern um ein loses Netzwerk von Personen gehandelt hatte, das auch nach der Auflösung in anderer Form weiterhin bestehen dürfte.

Seit der letzten Gefährdungsanalyse haben die Verfassungsschutzämter auf die Radikalisierung der AfD reagiert. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hat den „Flügel“ und seine Führungssper-

sonen im März 2020 als rechtsextremistisch eingestuft. Außerdem hat das Thüringer AfV den gesamten Thüringer Landesverband der AfD im März 2020 zum Verdachtsfall erklärt. Dieser Schritt wurde damit begründet, dass der Landesverband vier Kriterien, deren Erfüllung in § 4 Abs. 1 S. 2 Nr. 1, S. 5 Thüringer Verfassungsschutzgesetz (ThürVerfSchG) zur Bedingung einer Einstufung als Verdachtsfall erhoben wird, eindeutig erfülle: Die Partei wirke nicht nur auf eine „pauschale Verächtlichmachung von Migranten und deren ungerechtfertigte Schlechterstellung“, auf die Gleichsetzung eines „ethnisch-kulturellen Volksbegriffs mit dem Staatsvolk“ und auf eine „Beschränkung der Religionsfreiheit (De-Islamisierung)“ hin, sondern weise außerdem „personelle Verbindungen zu extremistischen Gruppierungen“ auf.²² Diese Einschätzung wird durch eine Vielzahl öffentlicher Quellen bestätigt. Höcke selbst ist in der Vergangenheit mehrfach durch einen biologischen Rassismus aufgefallen. Am bekanntesten in diesem Zusammenhang ist eine Rede, die er 2015 am Institut für Staatspolitik auf Einladung des neurechten Verlegers Götz Kubitschek gehalten hat. Darin unterscheidet er einen afrikanischen „Ausbreitungstyp“, der sich rapide fortpflanze, von einem europäischen „Platzhalter-Typ“, der seinen Lebensraum optimal ausnutzen wolle (Björn Höcke, zitiert nach Pfahl-Traughber 2019a: 11). An anderer Stelle hat Höcke zudem deutlich gemacht, dass Menschen mit Migrationshintergrund aus seiner Sicht nicht wirklich Teil der deutschen Nation sein können. Das geht z.B. aus den folgenden Sätzen hervor, die Höcke 2017 bei einer Wahlkampfveranstaltung in Gera geäußert hat:

„Wir brauchen vor allen Dingen eines: eine Willkommenskultur für eigene, für deutsche Kinder! Denn wir sind nicht der Meinung des Altparteienkartells von der ehemaligen Mauermörderpartei SED – die heutige Linke – bis zur vermerkelten Union, dass, wie das Ursula von der Leyen mal gesagt hat, Migrantenkinder unsere Zukunft sind. [...] Liebe Freunde, dieser Meinung sind wir nicht. Wir sind selbstverständlich der Meinung, dass in Deutschland deutsche Kinder unsere Zukunft sind, jedenfalls dann, wenn in diesem Land und auf diesem Land nicht nur Deutschland draufstehen soll, sondern auch Deutschland drin sein soll, und das möchten wir!“²³

Höcke macht auch an anderen Stellen immer wieder deutlich, dass die Zugehörigkeit zu einer Nation und zu einem Volk aus seiner Sicht „ein Schicksalsgewand“ ist, „das man mit den Worten Ernst Jüngers ‚nicht einfach wechseln kann wie ein Hemd‘ (Höcke/Hennig 2018: 122). Aus einem Positionspapier der Landtagsfraktion mit dem Titel „Leitkultur, Identität, Patriotismus“ vom April 2018 geht ebenfalls hervor, dass die Thüringer AfD der Ethnie bei der Bestimmung der nationalen Identität eine große Bedeutung beimisst: Der von der modernen Gesellschaft eingeforderte Wert der Vielfalt wird dort mit dem Einwand kritisiert, dass „die Forderung nach Vielfalt auf die Durchmischung der Bevölkerung mit Personengruppen anderer Hautfarbe abzielt“, was auf eine „Verachtung des Eigenen in Form einer Verachtung der eigenen (weißen) Hautfarbe (oder des ‚Weißseins‘)“ hinauslaufe (AfD-Fraktion im Thüringer Landtag 2018: 9 f.).

Für Forderungen der Thüringer AfD nach einer Beschränkung der Religionsfreiheit für Muslime gibt es ebenfalls deutliche Anhaltspunkte. Im Wahlprogramm zur Landtagswahl 2019 wird z.B. konstatiert, dass „der Islam nicht zu Thüringen und nicht zu Deutschland gehören [kann]“ (AfD Thüringen 2019: 53). Was das genau bedeuten soll, wird zwar nicht weiter erläutert und in dem darauffolgenden Satz wird sogleich beteuert, dass die Religionsfreiheit „selbstverständlich auch für Muslime [gilt]“ (ebd.). Dieses Bekenntnis wird aber gleich darauf mit der Aussage eingeschränkt, dass die Religionsfreiheit nach Art. 4 GG kein „Supergrundrecht“ sei, welches „irgendwelche Privilegien für

²² Vgl. die Pressemitteilung des Amtes für Verfassungsschutz vom 12. März 2020: <https://www.thueringen.de/th3/verfassungsschutz/themen/pm/index.aspx> (Abruf: 24. September 2020).

²³ Rede von Björn Höcke auf einer AfD-Wahlkampfdemonstration am 15. September 2017 in Gera, nachzuhören unter: <https://www.youtube.com/watch?v=UJWjRH5wdqo>

muslimische Gemeinschaften in unserem Land begründet“ (AfD-Fraktion im Thüringer Landtag 2018: 53). Die Thüringer AfD hat bereits mit ihrem Widerstand gegen den Bau einer Moschee der Ahmadiyya-Gemeinde im Erfurter Stadtteil Marbach deutlich gemacht, dass sie die Möglichkeiten von Muslimen, ihren Glauben in Gotteshäusern gemeinsam zu praktizieren, so weit wie möglich beschränken will. Höcke selbst hatte die Baupläne bereits 2016 als „Teil eines langfristigen Landnahmeprojekts“ bezeichnet (Björn Höcke, zitiert nach Munzinger 2016).

Dass Höcke sich nicht vor temporären Schulterschlüssen mit Rechtsextremist*innen scheut, haben er sowie der ehemalige Vorsitzende der AfD Brandenburg, Andreas Kalbitz, und der Vorsitzende des AfD-Landesverbandes Sachsen, Jörg Urban, sehr deutlich gemacht, als sie am 1. September 2018 einen „Schweigemarsch“ durch Chemnitz anführten, an dem u.a. Aktivist*innen der Identitären Bewegung und Kräfte aus dem neonazistischen Spektrum teilnahmen. Höcke unterhält zudem enge Verbindungen zum neurechten Institut für Staatspolitik in Schnellroda. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass es – anders als etwa im Falle neofaschistischer Parteien wie NPD, „Die Rechten“ oder „Der III. Weg“ – keine institutionellen Kontakte zu neonazistischen Kräften gibt.²⁴

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die rechtsextremen Tendenzen innerhalb der Thüringer AfD offensichtlich sind – auch wenn Höcke in seiner neuen Rolle als Oppositionsführer im Thüringer Landtag sichtlich darum bemüht ist, moderatere Töne anzuschlagen und vergangene Äußerungen als Fehler zu bezeichnen. Die taktische Motivation hinter diesem Vorgehen ist angesichts der drohenden Beobachtung des Thüringer Landesverbandes durch das AfV unverkennbar.

4.2 Populistische Proteste und Mimikry der rechtsextremen Bewegung in Thüringen

In den vergangenen Jahren war immer wieder zu beobachten, dass Aktivist*innen der rechtsextremen Szene den Versuch unternahmen, ihr Weltbild in einem weniger radikalen Gewand in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen, indem sie z.B. Initiativen ins Leben riefen, deren Namen an populistische Protestbewegungen anderer Regionen angelehnt wurden. So hatte der mittlerweile inaktive Verein „THÜGIDA & Wir lieben Sachsen e.V.“, der von den Neonazis David Köckert, Alexander Kurth und Jens Wilke geführt wurde, seit 2015 eine Reihe asylfeindlicher Demonstrationen an verschiedenen Orten Thüringens organisiert, um das erhöhte Mobilisierungspotential im Zuge der sog. „Flüchtlingskrise“ auszunutzen (vgl. Best/Miehlke/Salheiser 2018: 115). Ende 2018/Anfang 2019 sind in Thüringen kurzzeitig mehrere lokale „Gelbwesten“-Gruppen entstanden, die sich vordergründig mit den Zielen der – insgesamt als eher linkspopulistisch einzuordnenden – französischen *gilets jaunes* identifizierten. Allerdings waren zumindest in drei von diesen lokalen Gruppen (in Apolda, Sömmerda und Heiligenstadt) bekannte Akteure der rechtsextremen Szene involviert (vgl. Best/Miehlke/Salheiser 2019: 9 f.). Quent/Schmidtke/Salheiser (2016: 48) haben hierfür den treffenden Begriff der Mimikry-Strategie gewählt.

Auch während der COVID-19-Pandemie 2020 haben sich Rechtsextremist*innen an den – von einem überaus heterogenen politischen Spektrum getragenen – Protesten gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie beteiligt. Besonders deutlich sichtbar wurde dies bei den Protesten in Gera, wo neben Vertreter*innen der bürgerlichen Mitte auch Reichsbürger*innen und Neonazis gegen den Shutdown und die damit verbundenen Einschnitte in Grundfreiheiten demonstriert haben (Meisner/Starzmann 2020). In Erfurt haben im Mai 2020 Aktivist*innen der islamfeindlichen Gruppierung „Erfurt zeigt Gesicht“ gemeinsam mit Funktionär*innen der AfD und der rechtsextremen Partei „Der III. Weg“ an einem „Spaziergang“ gegen den Shutdown teilgenommen (MDR

²⁴ So auch die Einschätzung des Thüringer AfV-Präsidenten Stephan J. Kramer: vgl. Mahlzahl (2020).

2020a). In der Presse wurde daher bisweilen konstatiert, Rechtsextremist*innen würden die Proteste gezielt „unterwandern“ (vgl. z.B. MDR 2020d). Allerdings ist es in diesem Fall weniger sinnvoll, den Mimikry-Begriff zu verwenden, da hiermit eine Strategie der bewussten Täuschung über die eigentlichen ideologischen Absichten der rechtsextremen Akteure impliziert wird. Dass solche strategischen Motive eine Rolle gespielt haben, ist zwar nicht auszuschließen; wichtiger ist jedoch die simple Tatsache, dass Rechtsextremist*innen die verschwörungstheoretischen Denkmuster, die von den Aktivist*innen der „Hygiene-Spaziergänge“ gepflegt werden, teilen. Anhänger*innen von Verschwörungstheorien neigen dazu, hinter dem Regierungshandeln grundsätzlich einen großen Plan, ein Komplott eines kleinen Zirkels globaler Eliten zu sehen, die das Ziel verfolgen, die totale Kontrolle über das Individuum zu erlangen. Ihre Kritik kommt daher häufig im antiautoritären, libertären Gewand daher; Verschwörungstheoretiker*innen wittern überall die Vorboten einer „totalen Machtergreifung“ – sei es durch die WHO, die EU, die Banken oder auch einfach durch nationale Regierungen – und wählen entsprechend häufig den Vergleich mit der NS-Zeit oder der SED-Diktatur, um ihr Selbstverständnis als Freiheitskämpfer zu markieren. Dass die „Hygiene-Spaziergänge“ während der Corona-Pandemie zu einem Sammelbecken für Verschwörungstheoretiker*innen jeglicher politischer Couleur wurden – darunter auch Rechtsextremist*innen –, ist also alles andere als überraschend, konnten die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie von ihnen doch leicht als Beginn eines dauerhaften, von langer Hand geplanten Ausnahmezustandes gedeutet werden. Der Kulturhistoriker Michael Butter, einer der besten Kenner von Verschwörungstheorien im deutschsprachigen Raum, hat allerdings zurecht davor gewarnt, das Gefährdungspotential von Verschwörungstheorien überzubewerten: Gefährlich seien Verschwörungstheorien, weil sie dazu führen können, dass ihre Anhänger*innen sich aus der gemeinsamen sozialen Realität verabschieden und manche von ihnen aus Falschinformationen apokalyptische Szenarien entwickeln, die aus ihrer Sicht die Anwendung von Gewalt legitimieren. Sie seien jedoch schon deshalb keine Gefahr für die demokratische Kultur, weil ihre aktiven Anhänger*innen gerade in Deutschland – im Vergleich etwa mit den Vereinigten Staaten – eine sehr kleine Minderheit darstellen (Butter 2020).

5 Gibt es Hinweise auf eine politische Entfremdung der Thüringer Bevölkerung?

In den vorangegangenen Kapiteln haben wir uns mit Bedrohungen der demokratischen Kultur auseinandergesetzt, die vom organisierten Rechtsextremismus und von den in der Bevölkerung vorhandenen rechtsextremen Einstellungen ausgehen. Es ist jedoch ein in der politischen Ideengeschichte häufig bemühter Gemeinplatz, dass die Demokratie auch Gefahren ausgesetzt ist, die ihr quasi selbst inhärent sind. So hat z.B. Alexis de Tocqueville (1976) in seiner klassischen Studie *Über die Demokratie in Amerika* die These vertreten, dass die demokratische Gleichheit einen zunehmenden Individualismus und einen Niedergang der lokalen Institutionen politischer Selbstverwaltung begünstigt. Mit seinem Buch hat Tocqueville eine der ersten Analysen politischer Entfremdung im Zeitalter der Demokratisierung vorgelegt. In der ersten Gefährdungsanalyse hat (Edinger 2010: 46) dieses Problem der Entfremdung der Bürger*innen von ihren politischen Institutionen als eine mögliche Quelle der Demokratiegefährdung behandelt. Wir schließen uns dieser Sichtweise an und gehen in diesem Kapitel der Frage nach, ob es empirische Hinweise auf eine wachsende politische Entfremdung der Thüringer Bevölkerung gibt und wenn ja: inwieweit diese ein für die demokratische Kultur bedrohliches Ausmaß erreicht hat.

Innerhalb der Politikwissenschaft gibt es zahlreiche Diagnosen, die eine wachsende politische Entfremdung in den westlichen Demokratien konstatieren und als Zeichen einer umfassenderen Systemkrise deuten. Eine der bekanntesten Diagnosen der 2000er Jahre war Colin Crouchs Konzept

der „Postdemokratie“ (Crouch 2008). In seinem gleichnamigen Buch konstatiert Crouch einen Bedeutungsverlust demokratischer Wahlen: Wenngleich die politischen Institutionen der westlichen Demokratien formal intakt seien, würden die politischen Entscheidungsprozesse in zunehmendem Maße von den wirtschaftlichen Eliten, PR-Experten und mächtigen Interessengruppen beeinflusst, sodass normale Bürger*innen durch Wahlen kaum noch Einfluss auf das Regierungshandeln nehmen können. Verschärft werde dieses Problem durch eine wachsende Vermögensungleichheit (vgl. hierzu auch Piketty 2014) und eine zunehmende programmatische Konvergenz der politischen Parteien – bzw. eine Annäherung sozialdemokratischer Parteien an einen marktliberalen Mainstream (vgl. hierzu auch Streeck 2013; Mouffe 2007; Michelsen/Walter 2013). Daher sei es wenig überraschend, wenn sich insbesondere die weniger wohlhabenden Bevölkerungsschichten, ihrer eigenen Machtlosigkeit bewusst, vom Politischen abwenden, was sich u.a. in sinkender Wahlbeteiligung niederschlägt (vgl. hierzu auch Schäfer 2015). Einige Politikwissenschaftler*innen haben den globalen Aufstieg des Rechtspopulismus (Moffitt 2016) in der vergangenen Dekade als eine direkte Folge dieser „Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit“ (Ritzi 2014) beschrieben. So hat z.B. Chantal Mouffe bereits Mitte der 2000er Jahre auf die Gefahr hingewiesen, dass ein politischer Wettbewerb, in dem sich die programmatischen Differenzen zwischen den großen Mitte-Rechts- und Mitte-Links-Parteien immer mehr auflösen, günstige Ausgangsbedingungen schafft für eine rechtspopulistische Mobilisierungsstrategie, die „die geschwächte Links-Rechts-Opposition durch eine neue Form des Wir-Sie-Gegensatzes ersetzt, der als Opposition zwischen ‚dem Volk‘ und ‚dem Establishment‘ konstruiert ist“ (Mouffe 2007: 92).

Wie alle Gegenwartsdiagnosen sind auch diese Deutungsangebote auf Kritik und teils entschiedenem Widerspruch gestoßen. Der Rahmen dieser Expertise ist zu begrenzt, als dass wir in diesem Kapitel eine empirische Überprüfung dieser Krisendiagnosen leisten könnten. Da wir, wie in der Einleitung erwähnt, mit Edinger (2010) davon ausgehen, dass in einer demokratischen Kultur die Bürger*innen sich als Subjekte der politischen Prozesse verstehen sollten, nehmen wir allerdings an, dass die politische Entfremdung eines Großteils der Bevölkerung als ein Alarmsignal zu werten ist, das auf eine umfassendere Legitimationskrise hindeuten könnte. Um zu diskutieren, ob Hinweise auf eine wachsende politische Entfremdung vorliegen, betrachten wir im Folgenden das Ausmaß der politischen Beteiligung der Thüringer*innen, die zunächst anhand der Entwicklung der

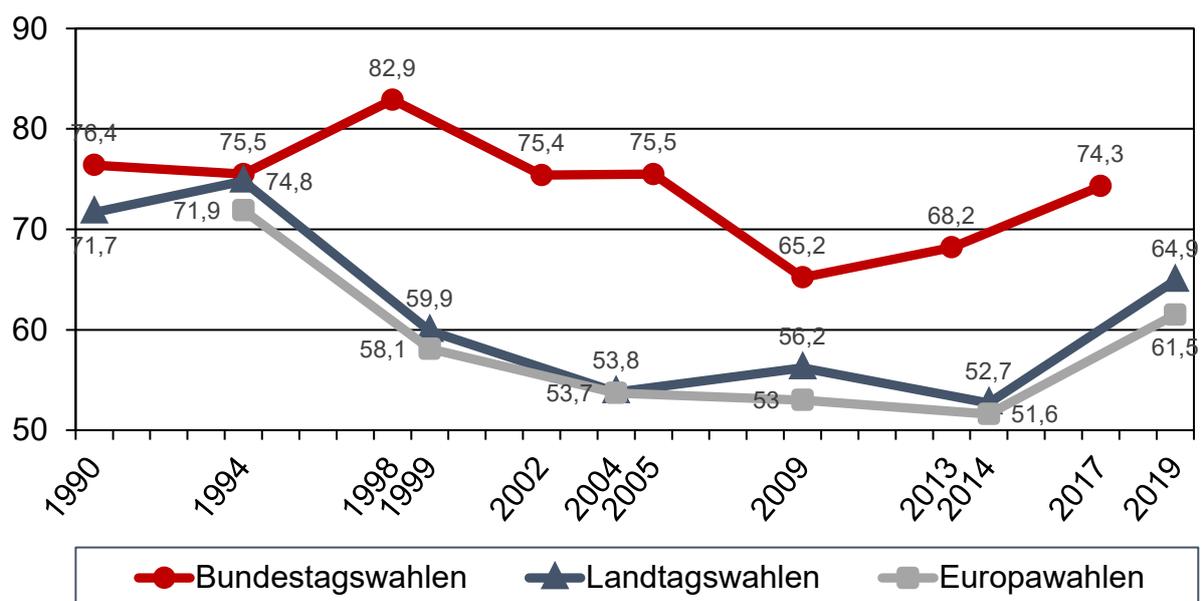


Abb. 9: Wahlbeteiligung an Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in Thüringen 1990-2019 (in Prozent, Quelle: Landeswahlleiter)

Wahlbeteiligung und der Mitgliederzahlen der im Landtag vertretenen Parteien betrachtet wird. Die Ausübung des aktiven Wahlrechts und die Mitgliedschaft in einer politischen Partei sind zwei konventionelle Formen politischer Partizipation, die mit einem geringen Aufwand verbunden sind und die nichts über den Anteil derjenigen Bürger*innen, die im eigentlichen Sinne politisch engagiert sind, aussagen. Allerdings sind sie – z.B. im Vergleich zu unkonventionellen Formen politischer Partizipation – nicht nur sehr leicht zu messen; v.a. die Wahlbeteiligung stellt auch einen guten Indikator für politische Entfremdung dar.

Aus Abb. 9 geht hervor, dass sich die Wahlbeteiligung seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre zunächst tendenziell verringert hat. Bei allen Landtagswahlen nach 1999 – mit Ausnahme der jüngsten Wahl von 2019 – lag die Beteiligung bei unter 60 %; 2014 wurde mit 52,7 % ein Negativrekord erreicht. Auch die Beteiligung an Bundestagswahlen, die erfahrungsgemäß höher ausfällt, nahm in den 2000er Jahren stark ab. Hatte die Beteiligung an der Bundestagswahl 1998 in Thüringen mit 82,9 % sogar noch leicht über dem Bundesdurchschnitt gelegen, fanden elf Jahre später nur noch knapp zwei Drittel der Thüringer*innen den Weg zur Wahlurne. In den vergangenen Jahren hat sich dieser Trend jedoch umgekehrt. Bei der Landtagswahl 2019 war ein sprunghafter Anstieg der Wahlbeteiligung um 12,2 % zu verzeichnen, und auch bei der Bundestagswahl 2017 lag die Beteiligung um 6,1 % über dem Ergebnis von 2013. Selbst die Beteiligung an der Europawahl – die lange Zeit als eine „second order election“ galt – ist 2019 in Thüringen um 10 % gestiegen. Eine naheliegende Erklärung für diesen deutlichen Aufwärtstrend ist die zunehmende Polarisierung des politischen Wettbewerbs, die v.a. in dem elektoralen Aufstieg der in Thüringen besonders radikal agierenden AfD und in den politischen Gegenreaktionen der anderen Parteien sowie der linksliberalen Zivilgesellschaft auf diese rechtspopulistische *challenger party* begründet liegt. Die AfD konnte bei der Landtagswahl 2019 die mit Abstand meisten Nichtwähler*innen mobilisieren; dahinter folgte die Linke (vgl. MDR 2019c), die sich erfolgreich nicht nur als verlässliche Regierungspartei, sondern auch als ideologischer Widerpart zur AfD präsentierte. Wie oben bereits erwähnt, gingen Politolog*innen wie Chantal Mouffe, die vor einer Wende zur „Postdemokratie“ warnen, in den 2000er Jahren davon aus, dass ein Grund für die zurückgehende Wahlbeteiligung die allzu geringe programmatische Unterscheidbarkeit der großen Parteien sei. Mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus wird das Parteiensystem durch ein neues Angebot ergänzt, das v.a. durch eine nationalistische Identitätspolitik gekennzeichnet ist: In den Vordergrund rückt nun eine Auseinandersetzung, die bisweilen als ein

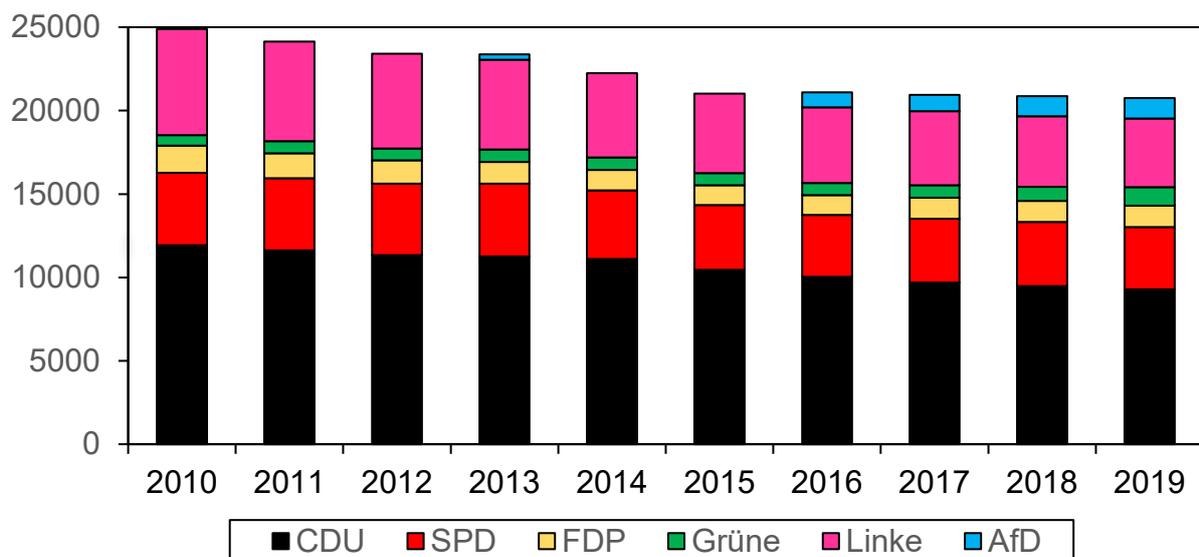


Abb. 10: Zahl der Mitglieder der im Thüringer Landtag vertretenen Parteien 2010-2019

Quelle: Niedermayer 2020: 9 ff., Für die Jahre 2014 und 2015 stehen keine Mitgliederzahlen der AfD zur Verfügung.

Konflikt zwischen Kommunitarismus und Kosmopolitismus (Merkel 2017) oder „somewheres“ und „anywheres“ (Goodhart 2017) beschrieben wird. Einige Politolog*innen haben die These geäußert, dass diese Konfliktkonstellation so neu gar nicht sei, dass ihre Sprengkraft und die Sehnsucht nach einem Rückzug ins Nationale als Reaktion auf die im Zeitalter der Globalisierung zunehmende Unsicherheit von den etablierten Parteien allerdings unterschätzt worden sei, wodurch eine „Repräsentationslücke“ entstanden sei, die von der AfD nun mehr oder weniger erfolgreich gefüllt werde (Patzelt 2018; vgl. auch Decker 2018: 366).

Es bleibt festzuhalten, dass der jüngere Aufwärtstrend bei der Wahlbeteiligung gegen die These einer zunehmenden politischen Entfremdung spricht – wenngleich zu konstatieren ist, dass auch bei der letzten Landtagswahl mehr als jeder dritte Wahlberechtigte sich der Stimme enthalten hat. Die Beteiligung liegt damit nach wie vor deutlich unter den Ergebnissen der 90er Jahre.

In der ersten Gefährdungsanalyse hatte Edinger (2010: 48) bereits auf den starken Mitgliederverlust der im Thüringer Landtag vertretenen Parteien hingewiesen: Im Jahr 2009 hatten die Parteien mit insgesamt knapp 26.000 Mitgliedern nicht einmal die Hälfte der Mitgliederzahlen, die sie in den frühen 90er Jahren erreicht hatten. Seit 2009 hat sich dieser Rückgang fortgesetzt – er wurde allerdings deutlich abgebremst, was u.a. auf die Gründung der AfD im Jahr 2013 zurückzuführen ist. Neben der AfD, deren Mitgliederzahl seit ihrem Gründungsjahr 2013 kontinuierlich, aber auf sehr geringem Niveau gestiegen ist, weisen lediglich die Grünen eine positive Mitgliederentwicklung auf; sie konnten ihre Mitgliederzahl seit 2009 fast verdoppeln, allerdings ebenfalls auf einem sehr geringen Niveau (siehe auch Abb. 10).

Dass die Mitarbeit in Parteien für die Thüringer Bürger*innen wenig attraktiv ist, zeigt auch ein Blick in die Einstellungsdaten aus dem THÜRINGEN-MONITOR. In Abb. 11 ist zu sehen, welche legalen For-

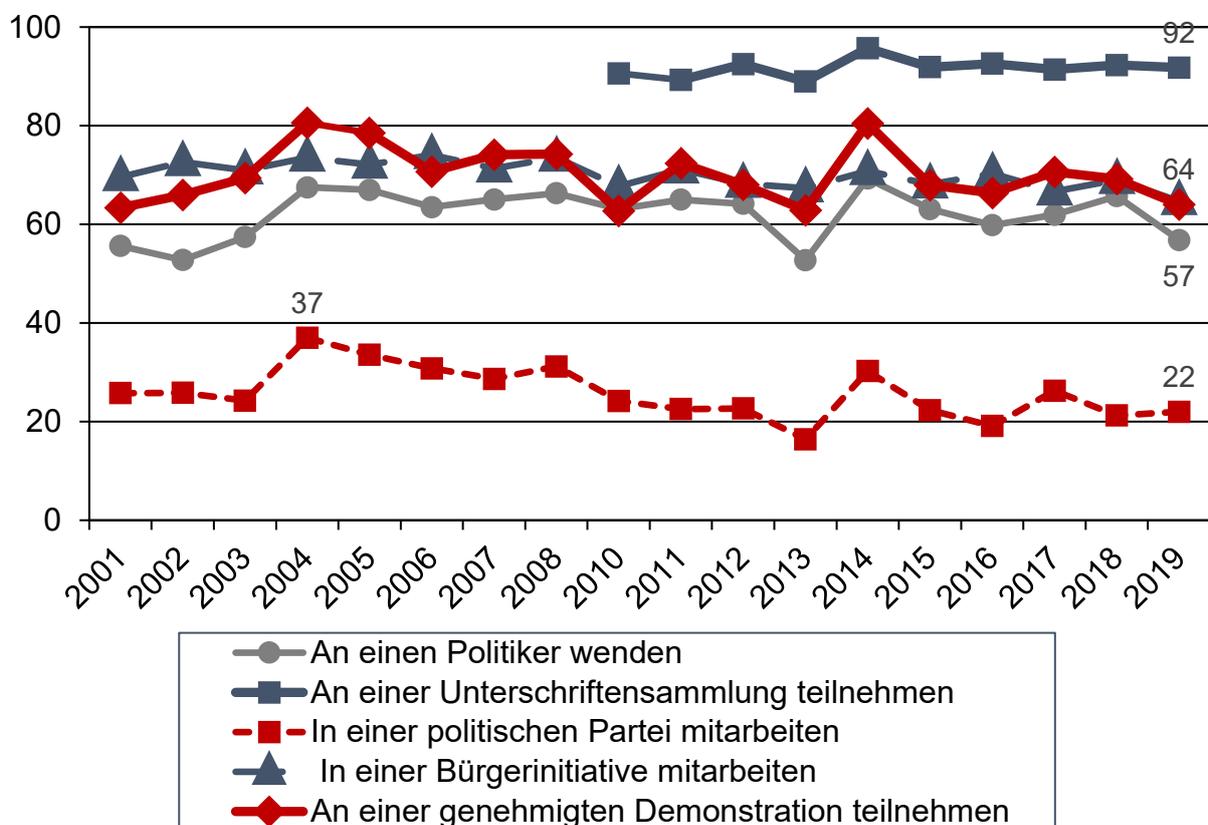


Abb. 11: Partizipationsformen und Wahrnehmung durch die Thüringer Bevölkerung („Würde ich tun“ + „Habe ich bereits getan“ in Prozent, Daten: THÜRINGEN-MONITOR)

men politischer Partizipation von den Thüringer*innen Zuspruch erfahren oder gar von ihnen genutzt werden. Bei der letzten Erhebung aus dem Jahr 2019 gab nicht einmal jede*r vierte Befragte an, prinzipiell zur Mitarbeit in einer Partei bereit zu sein. Diese Bereitschaft war zeitweise nur in den 2000er Jahren etwas höher, ist seitdem aber eher gesunken. Angesichts der Bedeutung des Parteienwettbewerbs für die politische Interessenartikulation und -aggregation in einer pluralistischen Gesellschaft ist dieser Befund sicher bedenklich. Positiv ist jedoch zu werten, dass der Zuspruch für eine Partizipationsform, die mit einem vergleichbaren Aufwand verbunden ist, nämlich die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative, relativ stabil bei etwa zwei Dritteln der Thüringer Bevölkerung liegt. Ähnliches gilt für die Bereitschaft, an Demonstrationen teilzunehmen oder Politiker*innen zu kontaktieren.

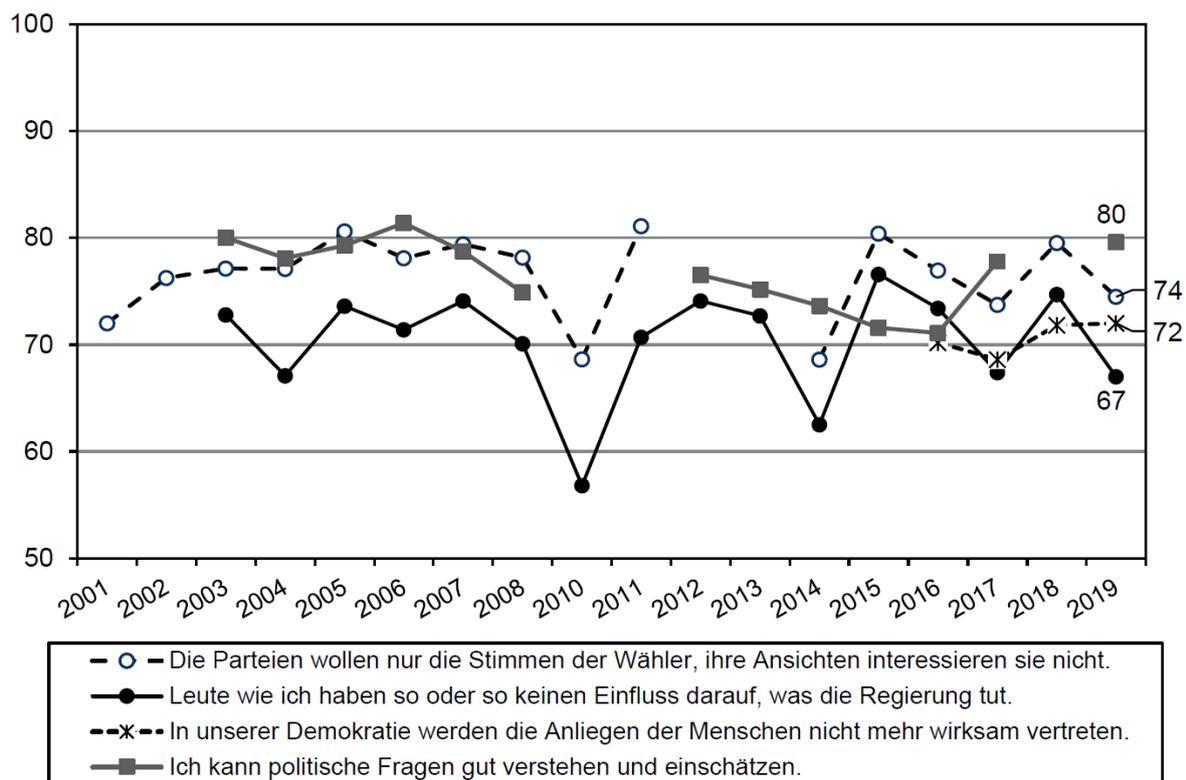


Abb. 12: Subjektive Selbsteinschätzung der Kompetenz zu politischen Themen und der politischen Selbstwirksamkeit

(Abbildung aus Thüringen-Monitor 2019; Reiser et al. 2019:41)

Die überaus kritische Haltung der Thüringer*innen gegenüber Parteien ist u.a. darauf zurückzuführen, dass diese als wenig responsiv wahrgenommen werden: 2019 waren drei Viertel der Thüringer Bevölkerung der Meinung, dass die Parteien sich nur für ihre Stimmen, nicht aber für ihre Ansichten interessieren (siehe auch Abb. 12). Da Parteien als „Transmissionsriemen zwischen Gesellschaft und Staat“ (Lösche 1994: 14) dienen sollen, kann es angesichts dieser verbreiteten Unzufriedenheit mit der Repräsentationsleistung der Parteien nicht überraschen, dass zwei Drittel der Thüringer*innen der Aussage zustimmen, dass „Leute wie ich so oder so keinen Einfluss darauf haben, was die Regierung tut“ (Reiser et al. 2019: 41). Eine große Mehrheit sieht also nicht einfach nur Defizite bei der Responsivität der politischen Eliten, sondern überhaupt keine Möglichkeit, auf die Landes- oder Bundespolitik Einfluss zu nehmen.

Inwiefern spiegelt sich dieser ernüchternde Befund im Institutionenvertrauen? Abb. 13 zeigt sehr deutlich, dass die Bürger*innen den im engeren Sinne politischen Institutionen der Exekutive wesentlich weniger Vertrauen entgegenbringen als politikfernen Institutionen wie Polizei und Gerichten. Dieser Befund deckt sich mit den Ergebnissen von Bevölkerungsumfragen anderer Regionen. Edinger (2010: 52f.) hat den Grund hierfür treffend zusammengefasst: Regierungen, die für gewöhnlich von bestimmten Parteien gestützt werden, treffen politische Entscheidungen, die oftmals nicht für alle Bevölkerungs- und Interessengruppen im gleichen Maße von Vorteil sind und manchmal als kontrovers empfunden werden, während Polizei und Gerichte dem Schutz eines allgemein geschätzten Gutes – der (Rechts-)Sicherheit – und damit dem Gemeinwohl dienen. Auch der Befund, dass die Bürger*innen eher bereit sind, politischen Institutionen zu vertrauen, die ihnen räumlich näher sind, ist wenig überraschend: Der Bundesregierung vertraut nicht mal ein Drittel der Bevölkerung, während der Landesregierung, deren Handeln die Thüringer*innen naturgemäß in stärkerem Maße beeinflussen können, immerhin 43 % vertrauen. Auffällig ist, dass das Vertrauen in die Landesregierung während des vergangenen Jahrzehnts angestiegen ist; 2019 wurde sogar der höchste Wert seit Erhebungsbeginn gemessen. Die Vertrauenswerte für die Landes- und Bundesregierung sind außerdem in etwa vergleichbar mit Ergebnissen, wie sie in den ostdeutschen Nachbarländern Sachsen²⁵ und Sachsen-Anhalt (Holtmann/Jaeck/Völkl 2018: 45) erhoben wurden. Vergleicht man sie allerdings mit Ergebnissen aus den alten Bundesländern, fällt das Institutionenvertrauen der Thüringer*innen 30 Jahre nach der Wende noch immer sehr gering aus.²⁶

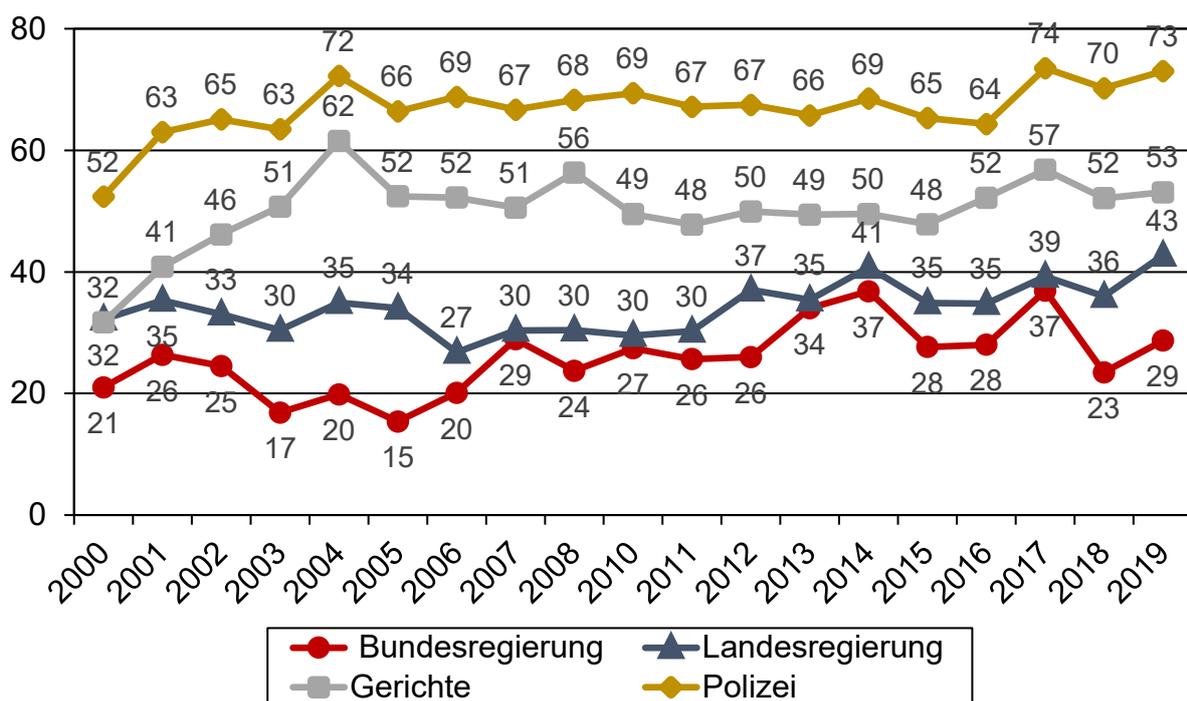


Abb. 13: Vertrauen in Institutionen 2001 – 2019

(Daten: Thüringen-Monitor)

²⁵ Vgl. die Ergebnisse des Sachsen-Monitors auf der Homepage der sächsischen Staatsregierung: https://www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-2018-5616.html?_cp=%7B%22accordion-content-5620%22%3A%7B%227%22%3Atrue%7D%2C%22previousOpen%22%3A%7B%22group%22%3A%22accordion-content-5620%22%2C%22idx%22%3A%7D%7D (Abruf: 26. September 2020).

²⁶ Beispielhaft seien hier die Ergebnisse des niedersächsischen „Demokratie-Monitors“ genannt: 62 % der niedersächsischen Bürger*innen haben eher oder starkes Vertrauen in ihre Landesregierung; 53 % vertrauen der Bundesregierung. Vgl. Marg et al. 2019: 38 f.

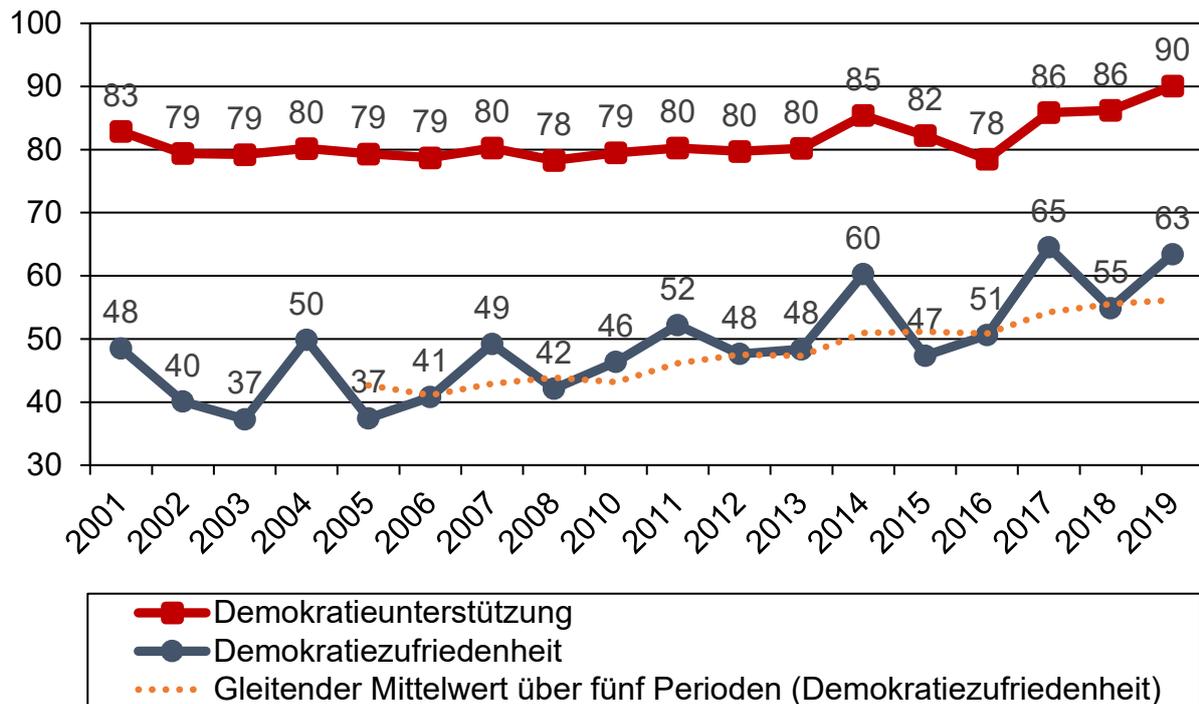


Abb. 14: Demokratieunterstützung und -zufriedenheit 2001-2019 in Prozent
(Daten: THÜRINGEN-MONITOR)

Eine erfreuliche Entwicklung zeigt sich bei den Einstellungen der Thüringer*innen zur Demokratie. Die „Demokratieunterstützung“ (d.h. die Zustimmung zu der Aussage, die Demokratie sei die beste aller Staatsideen) befindet sich seit den ersten Erhebungen des THÜRINGEN-MONITORS im Jahr 2001 auf einem relativ hohen Niveau und ist während der vergangenen Dekade gestiegen (siehe auch Abb. 14). Zwischen 2002 und 2016 lag die Zustimmung überwiegend konstant bei 4/5 (80 %) mit einem positiven Ausreißer (85 %) im Jahr 2014. Seit 2017 werden konstant Werte über 85 % erreicht, mit einem Höchstwert von 90 % im Jahr 2019. Demgegenüber ist die „Demokratiezufriedenheit“ (also die Zufriedenheit mit der Demokratie, „so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert“) wesentlich instabiler, aber auch sie ist in der zweiten Hälfte der 2010er Jahre gestiegen. Lag die Demokratiezufriedenheit in den 2000er Jahren fast durchgehend unter 50 %, so ist seit 2014 (mit nur einer Ausnahme im Jahr 2015) mehr als die Hälfte der Befragten mit der Praxis der Demokratie zufrieden. Bei der bislang letzten Erhebung im Jahr 2019 traf dies sogar auf fast zwei Drittel (63 %) der Bevölkerung zu. Angesichts des oben erwähnten Befundes, dass fast genauso viele Befragte davon überzeugt sind, keinerlei Einfluss auf die Politik der Regierung zu haben, ist dieses Maß an Zufriedenheit durchaus erstaunlich. Eine mögliche Erklärung hierfür könnte sein, dass die Thüringer*innen die Qualität der Demokratie eher an der Output-Legitimität als an den Möglichkeiten politischer Einflussnahme durch die Bürger*innen (Input-Legitimität) messen.

Bestätigt wird dies durch eine nähere Betrachtung derjenigen Teile der Bevölkerung, die mit der bestehenden Praxis der Demokratie nicht zufrieden sind. Den größten Anteil machen hier die „unzufriedenen Demokraten“ aus, die die Demokratie als beste Staatsform bewerten, aber mit der Praxis der Demokratie unzufrieden sind. Unter ihnen befinden sich viele jener „critical citizens“ (Norris 2011), die die Idee der Demokratie mit besonders anspruchsvollen egalitaristischen und partizipatorischen Versprechen assoziieren, die aus ihrer Sicht von dem bestehenden politischen System nicht eingelöst werden. Wir können also davon ausgehen, dass gerade unter den unzufriedenen Demokraten einige der entschiedensten Verfechter der Demokratie zu finden sind. Daneben wird im THÜRINGEN-MONITOR aber auch der Anteil der „Demokratieskeptiker“, die die Demokratie nicht als beste Staatsform betrachten, aber die Forderung nach einer Diktatur nicht unterstützen,

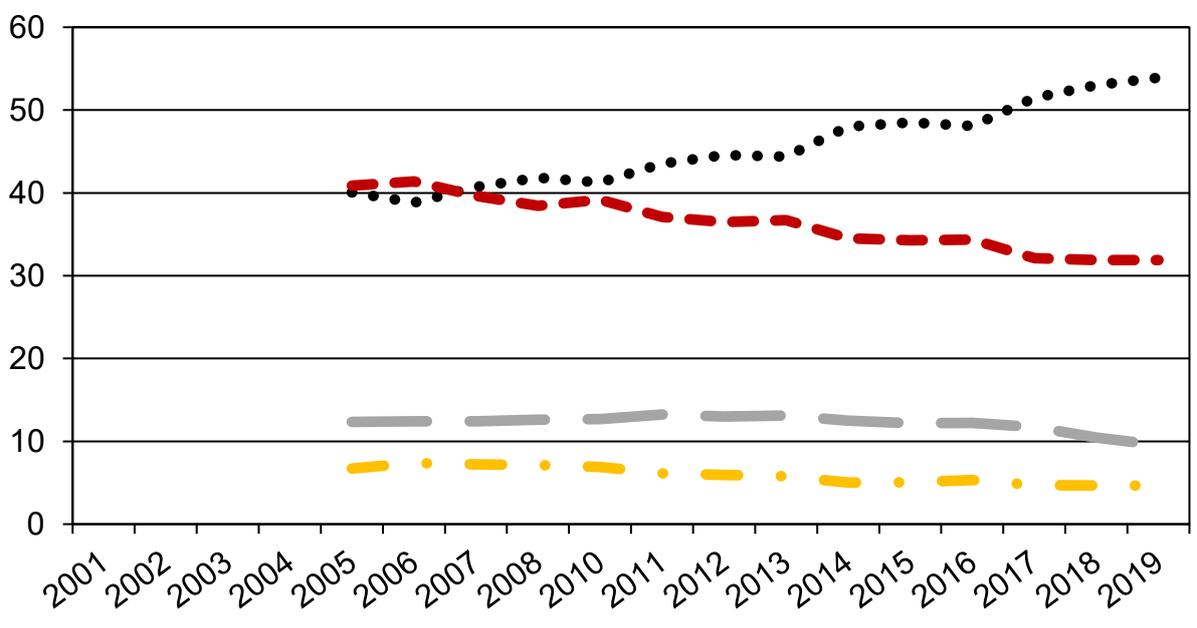
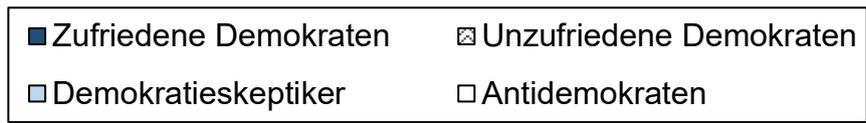
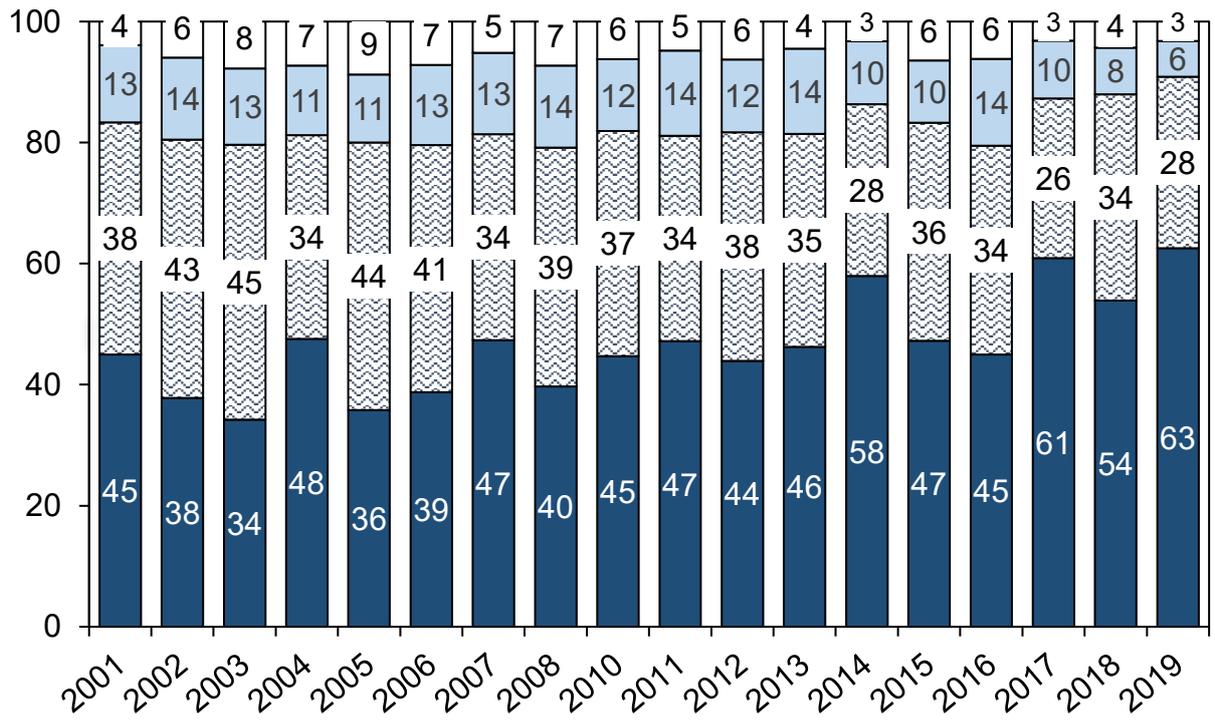


Abb. 15: Demokratietypen 2001-2019 in Prozent (oben); Entwicklung der Anteile der jeweiligen Demokratietypen anhand des gleitenden 5-Jahres-Durchschnitts (unten)
(Daten: Thüringen-Monitor)

und der Anteil der „Antidemokraten“ abgebildet, die die Demokratie ablehnen und eine Diktatur favorisieren. Der gleichzeitige Anstieg der Demokratieunterstützung und -zufriedenheit hatte schon darauf hingedeutet: Der Anteil der Demokratieskeptiker und Antidemokraten hat sich in den vergangenen drei Jahren verringert. Ihr Anteil betrug im Erhebungsjahr 2019 nur noch 9 % – der niedrigste Wert, der seit 2001 gemessen wurde (siehe auch Abb. 15).

Im Widerspruch dazu steht jedoch der Befund, dass in demselben Jahr jede*r fünfte Befragte (21 %) der Aussage zustimmte, im nationalen Interesse sei unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform – auch dies der höchste bisher gemessene Wert für diese Aussage. Der Anteil der autoritär eingestellten Thüringer*innen hat also zugenommen. Dasselbe gilt für den Anteil der geschichtsrevisionistisch eingestellten bzw. für NS-Nostalgie anfälligen Befragten: Im Jahr 2019 hat jede*r vierte Befragte der Aussage zugestimmt, dass der Nationalsozialismus auch seine guten Seiten hatte. Es ist also davon auszugehen, dass der Anteil der Thüringer Bevölkerung, der der liberalen Demokratie distanziert gegenübersteht – oder im Zweifel bereit wäre, sie gegen eine autoritäre Regierungsform einzutauschen, wenn ein „nationales Interesse“ dies erfordert –, eigentlich höher ist als jene 10 %, die der Aussage, die Demokratie sei die beste Staatsform, nicht zustimmen.

Die empirische Bestandsaufnahme ergibt demnach ein ambivalentes Bild: Von einer wachsenden politischen Entfremdung der Thüringer Bevölkerung zu sprechen, wäre angesichts der zunehmenden Demokratiezufriedenheit und des deutlichen Anstiegs der Beteiligung an den jüngsten Wahlen sicherlich nicht berechtigt. Allerdings besteht nach wie vor eine große Unzufriedenheit mit der Responsivität der politischen Eliten und ein weit verbreitetes Unbehagen an der Parteiendemokratie. Um dies zu registrieren, genügt schon ein Blick auf das aktuelle Landesparlament, in dem mit der AfD eine Partei die zweitstärkste Fraktion bildet, die genau diese Unzufriedenheit artikuliert und eine Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch plebiszitäre Instrumente auch auf Bundesebene favorisiert. Auch die zuletzt gestiegene Bereitschaft, in bestimmten Situationen autoritäre Regierungsformen zu unterstützen, ist insofern besorgniserregend, als eine Demokratie gerade auch in Krisensituationen auf eine Bürgerschaft angewiesen ist, die bereit wäre, demokratische Prinzipien gegen deren Feinde aktiv zu verteidigen.

6 Fazit

Der organisierte Rechtsextremismus verfügt in Thüringen nach wie vor über ein stabiles Personenpotential und eine (im bundesweiten Vergleich) sehr ausgedehnte Infrastruktur. Es ist jedoch zu konstatieren, dass die Bedeutung rechtsextremer Parteien – parallel zum Siegeszug der rechtspopulistischen AfD in Ostdeutschland – für das Aktionspotential des rechtsextremen Spektrums in den letzten zehn Jahren zurückgegangen ist. Allerdings ist die demokratische Kultur Thüringens infolge der Radikalisierung der AfD nunmehr mit einer neuen Herausforderung konfrontiert: einem innerparteilichen Rechtsextremismus, der sich im Thüringer Landesverband der AfD besonders deutlich offenbart und der vom Bundesvorstand der Partei zumindest toleriert wird. Gleichzeitig kam es während der letzten Dekade zu einem Bedeutungszuwachs des vereinsförmig und informell organisierten sowie des subkulturell geprägten Rechtsextremismus, der sich – befördert durch den gewachsenen Einfluss von Social Media auf die politische Kommunikation – in den vergangenen Jahren in einer Vielzahl von Neuformationen und einem gewachsenen Personenpotential in diesem Bereich (AfV 2019b: 21) manifestiert hat.

Die Verbreitung rechtsextremer Einstellungsmuster ist in den vergangenen zwei Dekaden relativ stabil geblieben: Etwa jede*r vierte Thüringer*in neigt zu einem rechtsextremen Weltbild. Vor diesem Hintergrund ist der Aufstieg des Rechtspopulismus, der zu einem einschneidenden Wandel der

Parteiensysteme in allen neuen Bundesländern geführt hat, bei den vergangenen zwei Landtagswahlen 2014 und 2019 selbst nicht sonderlich überraschend, wohl aber dessen Ausmaß und Rasanz. Die gleichzeitigen Zugewinne der LINKEN bei diesen Wahlen hat dazu geführt, dass die politische Kultur in Thüringen im bundesweiten Vergleich derzeit als besonders polarisiert erscheint, da LINKE und AfD im Links-Rechts-Schema nach allgemeiner Auffassung (und der üblichen Sitzverteilung in den Parlamenten) die politischen Ränder des in den Parlamenten vertretenen Parteienspektrums markieren – wenngleich zu betonen ist, dass die LINKE in Thüringen bekanntlich politisch besonders moderat auftritt. In Kapitel 5 wurde aber bereits darauf hingewiesen, dass eine solche Polarisierung keineswegs – wie das, nicht zuletzt bedingt durch die fortwirkenden Traumata im Zusammenhang mit dem Untergang der Weimarer Republik, in der deutschen Öffentlichkeit häufig geschieht – pauschal als ein Symptom des Niedergangs der Demokratie gedeutet werden sollte. Im Gegenteil könnte man mit Chantal Mouffe argumentieren, dass die Rückkehr einer agonistischen Konfliktstruktur in den politisch-parlamentarischen Komplex den demokratischen Willensbildungsprozess belebt: Der in Kapitel 5 aufgezeigte Anstieg der Wahlbeteiligung zeugt von diesem positiven Trend.

Freilich darf das Argument, dass „die Rechtspopulisten Repräsentationsdefizite offengelegt, den Wettbewerbscharakter der Politik verstärkt“ und dadurch eine Mobilisierung von traditionellen Nichtwähler*innen bewirkt haben (Decker 2018b: 366), nicht von der Tatsache ablenken, dass der Aufstieg des Rechtspopulismus ein Symptom ist, das auf reale gesellschaftliche Probleme hindeutet, deren politische Bearbeitung die Voraussetzung für eine Zurückdrängung des Rechtspopulismus als relevanter politischer Kraft im thüringischen Parteiensystem sein könnte. Eines dieser Probleme ist das zunehmende Auseinanderdriften von wirtschaftlich starken urbanen Regionen und strukturschwachen ländlichen Räumen. Analysen der Landtagswahl 2019 haben gezeigt, dass in strukturschwächeren Regionen mit schrumpfender Bevölkerungszahl die AfD-Stimmenanteile steigen (vgl. Richter/Salheiser/Quent 2019). Aus unserer Sicht ist es daher geboten, dass sich das Landesprogramm in noch stärkerem Maße als bislang um den Aufbau und die Förderung von Angeboten der Prävention und Intervention im Bereich der Demokratieförderung in Regionen mit großen Strukturproblemen bemühen sollte.

In den vergangenen zwei Dekaden hat eine erhöhte Sensibilität für die Gefährdung der demokratischen Kultur durch den Rechtsextremismus innerhalb der thüringischen Zivilgesellschaft dazu beigetragen, dass durch entsprechende lokale Initiativen, die meist von breiten Bündnissen zwischen Kirchen, Vereinen, Gewerkschaften und Parteien getragen wurden, die Handlungsräume für die rechtsextreme Szene insbesondere in urbanen Regionen mit einem starken Bürgertum eingeengt werden konnten. Gleichzeitig war jedoch zu beobachten, dass rechtsextreme Akteure hierauf mit einer Strategie des Ausweichens in strukturschwächere umliegende Regionen reagieren, in denen zivilgesellschaftliche Netzwerke weniger stark ausgeprägt sind. Eines der bekanntesten Beispiele hierfür ist sicherlich die Entwicklung der Kleinstadt Kahla im Saale-Holzland-Kreis zu einer Hochburg der rechtsextremen Szene, die infolge der zivilgesellschaftlichen Mobilisierungserfolge gegen rechtsextreme Aktivitäten in der nahegelegenen Universitätsstadt Jena noch verstärkt wurde (vgl. Langer 2018). Es ist besonders wichtig, dass das Landesprogramm auf derartige Entwicklungen reagiert, indem es zivilgesellschaftliche Strukturen in Regionen, die das Ziel solcher Verschiebungen der Aktionsschwerpunkte der rechtsextremen Szene sind, systematisch stärkt. Dabei sollten neben Initiativen, die zum „politischen“ Teil der Zivilgesellschaft zählen bzw. sich primär dem Kampf gegen Rechtsextremismus widmen – wie z.B. Angebote der Ausstiegs- und Opferberatung –, auch lokale Verbandsstrukturen wie Sportvereine oder die Freiwillige Feuerwehr im Fokus des Landesprogramms stehen, da diese gerade aufgrund ihres unpolitischen und integrativen Charakters beliebte Rekrutierungsziele rechtsextremer Akteure bilden. Mit der Förderung der Verbandsprojekte

„Sport zeigt Gesicht“ und „Demokratiestarke Feuerwehren in Thüringen“ durch das Landesprogramm wurden hierfür bereits gute Grundlagen geschaffen.

Die Notwendigkeit, auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren, bezieht sich selbstverständlich auch auf die in dieser Expertise aufgezeigten strategischen Innovationen des organisierten Rechtsextremismus. Beispielhaft sei auf die in Kapitel 4.2 erwähnten Versuche rechtsextremer Akteure verwiesen, Bürgerinitiativen oder vereinsartige Strukturen mit „unverdächtig“ erscheinenden, zum Teil an populistische Protestbewegungen angelehnten Namen zu gründen, um neue Anhänger*innen zu rekrutieren, die bislang nicht mit der rechtsextremen Szene in Kontakt gekommen sind. Um dieser „Mimikry-Strategie“ etwas entgegenzusetzen, sollten durch das Landesprogramm auch weiterhin Bildungs- und Informationsangebote gefördert werden, die über Erkennungsmerkmale und aktuelle Wandlungsprozesse der rechtsextremen Szene aufklären. Solche Angebote sollten sich insbesondere – aber natürlich nicht nur – an lokale Verantwortungsträger*innen richten, um diese zu befähigen, rechtsextreme Codes und Symbole richtig einzuordnen.

Eine wichtige Voraussetzung für eine lebendige demokratische Kultur ist eine politische und gesellschaftliche Umgebung, in der Dynamiken von Ideologien der Ungleichwertigkeit nicht Fuß fassen können. Die Implementierung von Maßnahmen zur Förderung der Einbindung aller und zum Schutz von sozialen und ethnischen Gruppen, die besonders vulnerabel für Stigmatisierung und die Abdrängung an den Rand der Gesellschaft sind (siehe auch Abschnitt 2.2), ist ein zentraler Baustein bei der Verhinderung von Ungleichwertigkeitsideologien. Auf Empfehlung des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“, der in der 5. Wahlperiode des Thüringer Landtags im Kontext der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) gegründet wurde, beschloss der Thüringer Landtag am 9. Dezember 2016 die Einsetzung der Enquete-Kommission „Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen in Thüringen sowie ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die freiheitliche Demokratie“ (Thüringer Landtag 2019a: 1). Als Ergebnis veröffentlichte die Enquete-Kommission im September 2019 einen Abschlussbericht mit Handlungsempfehlungen zu elf verschiedenen Bereichen, darunter Bildung, Polizei und Inneres, Justiz, Verwaltung und Arbeit, die Leitlinien für den Umgang mit Rassismus und Diskriminierung einerseits und deren Unterbindung in den oben genannten Bereichen andererseits definieren. Unter anderem sollen Racial Profiling sowie „intendierte und nicht intendierte“ rassistische Kontrollpraxen bei der Polizei unterbunden (ebd.: 654) und die bestehenden Gesetze mit den Vorgaben zur UN-Antirassismuskonvention abgeglichen werden (ebd.: 665). Zu den Handlungsempfehlungen, die auch durch die Angebote des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit umgesetzt werden könnten, zählen bildende und beratende Maßnahmen, z.B. in den Bereichen der schulischen und außerschulischen Bildung: Sinnvoll wären insbesondere die Schaffung von Angeboten für benachteiligte Gruppen (ebd.: 643), die Förderung von Pädagog*innen und Pädagogikstudent*innen mit reflektierter Rassismuserfahrung (ebd.: 648), Unterstützung beim Aufbau einer unabhängigen Beratungs- und Beschwerdestruktur sowie eines landesweiten Antidiskriminierungsnetzwerkes (ebd.: 672) oder auch die Durchführung von Aus- und Fortbildungen für Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes zu Themen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) (ebd.: 671 ff.) Darüber hinaus wäre die Unterstützung durch Akteure des TlfDTW beim Aufbau positiver Bezüge zur Migrationsgeschichte im öffentlichen Stadtbild (ebd.: 678) denkbar.

Ein Handlungsfeld, das unseres Erachtens bislang noch nicht ausreichend vom Landesprogramm bedient und in den politischen Diskurs eingegangen ist, sind Formen der primären oder universellen Prävention, die darauf abzielen, Radikalisierungsprozesse bereits im Frühstadium zu verhindern. Insbesondere wäre daran zu denken, Maßnahmen im Kindes- und Jugendalter einzusetzen, die auf

evidenzbasierten Forschungen zu Ursachen von Radikalisierungsprozessen und modernen Konzeptionen einer entwicklungsbasierten Prävention basieren (Beelmann 2019, 2020). Aussichtsreich sind etwa Strategien, die Kernprozesse der Radikalisierung adressieren (z.B. Identitätskrisen, Vorurteilsstrukturen, Dissozialität). Wir haben an anderer Stelle ausführlich über solche Möglichkeiten informiert (Beelmann 2017; Beelmann/Lutherbach/Rickert 2019, 2020), die auch vor dem Hintergrund einer aussagekräftigen Forschung versprechen, einen substanziellen Beitrag zur Verhinderung von Radikalisierungsdynamiken im Entwicklungsverlauf zu leisten. Dazu gehören das Training sozialer Kompetenzen mit einem Schwerpunkt auf der Förderung von Empathiefähigkeit und Perspektivenübernahme (Beelmann/Lösel 2020), von Kontaktmaßnahmen zur Reduktion von Vorurteilen und zur positiven Erfahrung von sozialer und kultureller Diversität (Beelmann/Lutterbach 2020), identitätsstiftenden Aktivitäten durch qualitativ hochwertige Jugendarbeit, Medienschulungen insbesondere zur Aufdeckung von antidemokratischen und extremistischen Ideologien und Agitationen, Fake News und Verschwörungskampagnen, Eltern- und Lehrer*innen-Trainings zum Umgang mit ‚schwierigen‘ Jugendlichen und Schüler*innen sowie modernen Formen der Demokratiepädagogik und der politischen Bildung. Selbstverständlich können die präventiven Möglichkeiten hier nur kurz genannt werden und bedürfen darüber hinaus einer guten Umsetzung und Implementation (Beelmann/Malti/Sommer 2018). Grundsätzlich ist jedoch das Potential vorhanden, relevante Entwicklungsprozesse nachhaltig und im Sinne einer positiven Entwicklung zu beeinflussen und damit politische und religiöse Radikalisierung zu verhindern.

Literatur

- AfD Thüringen (2019): Meine Heimat, mein Thüringen. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Landtagswahl in Thüringen 2019. Online verfügbar unter https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/178/2019/09/Wahlprogramm_AfD-Thu%CC%88ringen_2019_Online-Fassung-final_gesichert.pdf, zuletzt geprüft am 24.09.2020.
- AfD-Fraktion im Thüringer Landtag (2018): Leitkultur, Identität, Patriotismus. Ein Positionspapier der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag als Beitrag zur Debatte um die deutsche Leitkultur. Online verfügbar unter http://docs.dpaq.de/13546-leitkultur__identit_t__patriotismus.pdf, zuletzt geprüft am 30.08.2020.
- Amt für Verfassungsschutz (AfV) (2016): Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2014/2015 (Pressefassung), o.O.: Thüringer Innenministerium, Abteilung Amt für Verfassungsschutz Thüringen.
- Amt für Verfassungsschutz (AfV) (2017): Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2016 (Pressefassung): Thüringer Innenministerium, Abteilung Amt für Verfassungsschutz Thüringen.
- Amt für Verfassungsschutz (AfV) (2018): Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2017 (Pressefassung): Thüringer Innenministerium, Abteilung Amt für Verfassungsschutz Thüringen.
- Amt für Verfassungsschutz (AfV) (2019a): Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2018. Erfurt: Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales, Referat 40 – Kriminalitätsbekämpfung. Online verfügbar unter https://www.thueringen.de/mam/th3/verfassungsschutz/afv_bericht_18.pdf, zuletzt geprüft am 09.09.2020.
- Amt für Verfassungsschutz (AfV) (2019b): Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2018 (Pressefassung): Thüringer Innenministerium, Abteilung Amt für Verfassungsschutz Thüringen.
- Ayyadi, Kira (2019): Die NPD-Jugend und ihre selbsternannte „Schulhofrebellion von rechts“. Online verfügbar unter <https://www.belltower.news/schuelersprecher-info-die-npd-jugend-und-ihre-selbsternannte-schulhofrebellion-von-rechts-87225/>, zuletzt aktualisiert am 03.07.2019, zuletzt geprüft am 16.08.2020.
- Banghard, Karl (2016): Nazis im Wolfspelz. Germanen und der rechte Rand. Oerlinghausen: Archäologisches Freilichtmuseum Oerlinghausen.
- Bathe, Benedikt; Kleinert, Hanna Noemi; Nowesky, Johannes; Sicker, Pia-Elise (2018): „Reichsbürger“ in Deutschland – Gefährliche Blindgänger? Eine Analyse der von „Reichsbürgern“ ausgehenden Gefahren für den deutschen Staat und die deutsche Gesellschaft [Seminarfacharbeit einer 12. Klasse eines Erfurter Gymnasiums zum Abitur]. Erfurt. Online verfügbar unter https://www.thueringen.de/mam/th3/tim/2019/seminarfacharbeit_reichsburger.pdf, zuletzt geprüft am 16.08.2020.
- Becker, Reiner (2019): Fußball(szenen), Sozialisation und politische Kultur. In: Hans-Georg Flickinger, Werner Thole und Nicole Pfaff (Hg.): Fußball als Soziales Feld. Studien zu Sozialen Bewegungen, Jugend- und Fankulturen. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 31–38.
- Beelmann, Andreas (2017): Grundlagen einer entwicklungsorientierten Prävention des Rechtsextremismus. Gutachten im Rahmen des Wissenschafts-Praxis-Dialogs zwischen dem Landespräventionsrat Niedersachsen und der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Jena: Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration.

- Beelmann, Andreas (2019): Grundlagen eines entwicklungsorientierten Modells der Radikalisierung. In: C. Heinzemann und E. Marks (Hg.): Prävention und Demokratieförderung. Godesberg: Forum Verlag, S. 181–210.
- Beelmann, Andreas (2020): A social-developmental model of radicalization. A systematic integration of existing theories and empirical research. In: *Journal of Conflict and Violence*. Online verfügbar unter <https://www.ijcv.org/index.php/ijcv/article/view/3778>.
- Beelmann, Andreas; Lösel, Friedrich (2020): A comprehensive meta-analysis of randomized evaluations on the effect of child social skills training on antisocial behavior. In: *Journal of Developmental and Life-course Criminality*. Online verfügbar unter <https://link.springer.com/article/10.1007/s40865-020-00142-8>.
- Beelmann, Andreas; Lutherbach, Sebastian; Rickert, Max (2019): Entwicklungsorientierte Prävention des Rechtsextremismus: Konzepte und Evaluationsergebnisse. In: F. Lüttig und J. Lehmann (Hg.): Der Kampf gegen den Terror in Gegenwart und Zukunft. Baden-Baden: Nomos, S. 229–258.
- Beelmann, Andreas; Lutherbach, Sebastian; Rickert, Max (2020): Entwicklungsorientierte Radikalisierungsprävention. Was man tun kann und sollte. 2. Gutachten im Rahmen des Wissenschafts-Praxis-Dialogs zwischen dem Landespräventionsrat Niedersachsen und der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Jena: Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration.
- Beelmann, Andreas; Lutterbach, Sebastian (2020): Prevention of prejudice and the promotion of intergroup relations. In: L. Benuto, M. Duckworth, A. Masuda und W. O'Donohue (Hg.): Prejudice, stigma, privilege, and oppression. A behavioral health handbook. New York: Springer, S. 309–326.
- Beelmann, Andreas; Malti, Tina; Sommer, Simon (2018): Innovation and integrity: Desiderata and future directions for prevention and intervention science. In: *Prevention Science* (19), S. 358–365. DOI: 10.1007/s11121-018-0869-6.
- Beelmann, Andreas; Noack, Peter; Dingfelder, Juliane; Schmidtke, Franziska; Lutterbach, Sebastian; Schulz, Angelika (2019): Thüringen-Monitor Integration. Lebenslagen, Einstellungen und Perspektiven von Geflüchteten. Jena: Friedrich-Schiller-Universität.
- Best, Heinrich; Miehlke, Marius; Salheiser, Axel (2018): Topographie des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Dokumentation und Analysen. Jena: KomRex.
- Best, Heinrich; Miehlke, Marius; Salheiser, Axel (2019): Topografie 2019: Phänomene des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Jena: KomRex.
- Best, Heinrich; Salheiser, Axel; Schmidtke, Franziska; Vogel, Lars; Busch, Rahel; Miehlke, Marius (2017): Topographie und Regionale Kontextanalyse des Rechtsextremismus in Thüringen. Jena: KomRex.
- Bonvalot, Michael (2018): Neonazis in Wolfspelzen. Wie Rechtsextreme ein Wikinger-Festival in Polen unterwandern. Online verfügbar unter <https://www.vice.com/de/article/43pp8b/wolin-neonazis-in-wolfspelzen-wie-rechtsextreme-ein-wikinger-festival-in-polen-unterwandern>, zuletzt aktualisiert am 17.08.2018, zuletzt geprüft am 16.08.2020.
- Brandstetter, Marc (2012): Das Finanzwesen der NPD. Wie die Demokratie ihre Feinde finanziert. In: Ministerium des Innern des Landes Brandenburg und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hg.): Verfassungsfeinde und das Kapital. Finanzströme im Rechtsextremismus. Brandenburg.

- Brandstetter, Marc (2017): Zu bedeutungslos für ein Verbot. Die Entwicklung der NPD seit 2013. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Budler, Kai (2018a): NPD: Zurück zur Bewegungspartei? Online verfügbar unter <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/npd-zur-ck-zur-bewegungspartei>, zuletzt aktualisiert am 27.04.2018, zuletzt geprüft am 29.07.2020.
- Budler, Kai (2018b): Das mörderische Netz der Holocaustleugner. Online verfügbar unter https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2018/06/15/das-moerderische-netz-der-holocaustleugner_26533, zuletzt aktualisiert am 15.06.2018, zuletzt geprüft am 29.07.2020.
- Bundesamt des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (2016): Verfassungsschutzbericht 2015. Berlin.
- Bundesamt des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (2017): Verfassungsschutzbericht 2016: Berlin.
- Bundesamt des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (2018): Verfassungsschutzbericht 2017. Berlin.
- Bundesamt des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (2019): Verfassungsschutzbericht 2018. Berlin.
- Bundesamt des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (2020a): Verfassungsschutzbericht 2019. Berlin.
- Bundesamt des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (Hg.) (2020b): Verfassungsschutzbericht 2019. Online verfügbar unter https://www.verfassungsschutz.de/de/download-manager/_vsbericht-2019.pdf.
- Bundeswahlleiter (2014): Niederschrift über die Sitzung des Bundeswahlausschusses zur Entscheidung über die Zulassung der eingereichten Wahlvorschläge. Online verfügbar unter https://www.bundeswahlleiter.de/en/dam/jcr/fcadc75b-508b-4f69-9b0c-e9866571efcc/ew14_20140314_niederschrift_1bwa.pdf, zuletzt aktualisiert am 14.03.2014, zuletzt geprüft am 10.07.2020.
- Bündnis gegen Rechts - Werratal (2017): TIMELINE einer Bürgerwehr [in der Version vom 15. Juli 2017]. Online verfügbar unter <https://www.buendnisgegenrechts-werratal.de/2016/04/19/timeline-einer-buergerwehr/>, zuletzt aktualisiert am 15.07.2017, zuletzt geprüft am 03.08.2020.
- Butter, Michael (2020): Aufregung in den Echokammern. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.08.2020, S. 11.
- Claus, Robert (2017): Hooligans. Eine Welt zwischen Fußball, Gewalt und Politik. Göttingen: Verlag Die Werkstatt.
- Claus, Robert (2018): Der extrem rechte Kampfsportboom. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/279552/der-extrem-rechte-kampfsportboom>, zuletzt aktualisiert am 05.11.2018, zuletzt geprüft am 22.08.2020.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Decker, Frank (2018): Was ist Rechtspopulismus? In: *Politische Vierteljahresschrift* 59 (2), S. 353–369.
- Decker, Oliver; Brähler, Elmar; Kiess, Johannes; Schuler, Julia; Handke, Barbara (2018): Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Oliver Decker und Elmar Brähler (Hg.): *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft : die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018*. Originalausgabe. Gießen: Psychosozial-Verlag (Forschung psychosozial), S. 65–115.
- Dewey, John (1993): *Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik*. Weinheim: Hrsg. v. Jürgen Oelkers.

- Dornbusch, Christian; Raabe, Jan (2002): *RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien*. Hamburg.
- Eckhardt, Frank (i.E.): Raumeroberung durch Rechts. Wie durch symbolische Raumeignung die demokratische Gesellschaft an Boden verliert. In: Andreas Beelmann und Danny Michelsen (Hg.): *Demokratiepädagogik und Extremismusprävention. Befunde und Forschungsbilanzen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Edinger, Michael (2010): *Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen. Rechtsextremismus und politische Entfremdung. Expertise für das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit*. Jena: Friedrich-Schiller-Universität.
- ezra (2018): *Rassistischer Naziangriff auf geflüchtete Jugendliche: „Kahla ist ein rechtsfreier Angstraum“*. Online verfügbar unter <https://ezra.de/rassistischer-naziangriff-auf-gefluechtete-jugendliche-kahla-ist-ein-rechtsfreier-angstraum/>, zuletzt aktualisiert am 19.04.2018, zuletzt geprüft am 27.07.2020.
- Fischer, Wieland (2019): *Die Unabhängigen schaffen Hürde zur Kreistagswahl nicht*. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/die-unabhaengigen-schaffen-huerde-zur-kreistagswahl-nicht-id225365577.html>, zuletzt aktualisiert am 24.04.2019, zuletzt geprüft am 30.11.2019.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (2019): *Wachsende Radikalisierung und Gewaltbereitschaft*. In: *faz.net*, 20.10.2019. Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-thueringen/verfassungsschutzchef-von-thueringen-haelt-rechtsextremismus-fuer-das-groesste-problem-16441965.html>, zuletzt geprüft am 14.09.2020.
- Freires, Horst (2020): *Rechte Siedlungsräume im Osten*. Online verfügbar unter <https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/rechte-siedlungstr-ume-im-osten>, zuletzt aktualisiert am 29.07.2020, zuletzt geprüft am 21.08.2020.
- Freitag, Jan; Hüllen, Michael; Krüger, Yasemin (2017): *Ideologie der "Reichsbürger"*. In: Uwe Backes, Alexander Gallus und Eckhard Jesse (Hg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D)*. 29. Jahrgang 2017. 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, S. 159–174.
- Gallie, W. B. (1962): *Essentially Contested Concepts*. In: Max Black (Hg.): *The Importance of Language*. Englewood Cliffs, NJ, S. 121–145.
- Goodhart, David (2017): *The Road to Somewhere. The Populist Revolt and the Future of Politics*. London: Hurst & Company. Online verfügbar unter <https://ebookcentral.proquest.com/lib/gbv/detail.action?docID=4833935>.
- Gundling, Lukas C. (2017): *Der enge Rahmen des Neutralitätsgebotes*. In: *Zeitschrift für Landesverfassung und Landesverwaltungsrecht* (1), S. 12–23.
- Günther, Frieder (2020): *„Die Uhr noch einmal zurückdrehen“*. Die Reichsbürgerbewegung und die rechtlichen Narrative zum Fortleben des Deutschen Reiches nach 1945. In: Christoph Schönberger und Sophie Schönberger (Hg.): *Die Reichsbürger. Verfassungsfeinde zwischen Staatsverweigerung und Verschwörungstheorie*. Frankfurt, New York: Campus Verlag, S. 71–91.
- Haak, Sebastian (2019): *Rechte Burschenschaft in Jena steht vor der vorläufigen Auflösung*. Online verfügbar unter <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1112690.normannia-zu-jena-rechte-burschenschaft-in-jena-steht-vor-der-vorlaeufigen-aufloesung.html>, zuletzt aktualisiert am 20.02.2019, zuletzt geprüft am 27.07.2020.

- Hagen, Peter (2017): Aus dem Amtsgericht in Bad Lobenstein. Bettlaken-Aktion hat gerichtliches Nachspiel. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/leben/recht-justiz/aus-dem-amtsgericht-in-bad-lobenstein-bettlaken-aktion-hat-gerichtliches-nachspiel-id222832305.html>, zuletzt aktualisiert am 03.06.2017, zuletzt geprüft am 17.08.2020.
- haskala (2017): Auch Thüringer Nazi-Reise-Gruppe zu Heß-Todestag in Berlin. Online verfügbar unter <https://haskala.de/2017/08/21/auch-thueringer-nazi-reise-gruppe-zu-hess-todestag-in-berlin/>, zuletzt aktualisiert am 21.08.2017, zuletzt geprüft am 10.07.2020.
- haskala (2020): Völkische und faschistische Landnahme in Thüringen. Online verfügbar unter <https://haskala.de/2020/07/01/voelkische-und-faschistische-landnahme-in-thueringen/>, zuletzt aktualisiert am 01.07.2020, zuletzt geprüft am 21.08.2020.
- Heerdegen, Stefan (2018): RechtsRock-Konzerte in Thüringen. In: *Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ)* (3), S. 188–197. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD3/Text_Herdeegen.pdf, zuletzt geprüft am 25.04.2020.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2011): Deutsche Zustände. Folge 10. 1., Originalausgabe. Berlin: Suhrkamp (edition suhrkamp, 2647).
- Hellwig, Marius (2020): Ausstieg rechts. Online verfügbar unter <https://jungle.world/index.php/artikel/2020/29/ausstieg-rechts>, zuletzt aktualisiert am 14.07.2020, zuletzt geprüft am 16.08.2020.
- Hestermann, Thomas; Hoven, Elisa (2019): Kriminalität in Deutschland im Spiegel von Pressemitteilungen der Alternativen für Deutschland (AfD). In: *KriPoz* (3), S. 127–139.
- Höcke, Björn; Hennig, Sebastian (2018): Nie zweimal in denselben Fluß. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig. Lüdinghausen, Berlin: Manuscriptum Verlagsbuchhandlung.
- Holtmann, E.; Jaeck, T.; Völkl, K. (2018): Sachsen-Anhalt-Monitor 2018. Polarisierung und Zusammenhalt. Online verfügbar unter <https://lpb.sachsen-anhalt.de/online-angebote/downloads/sachsen-anhalt-monitor/>, zuletzt geprüft am 12.03.2020.
- Hüllen, Michael; Homburg, Heiko (2017): „Reichsbürger“ zwischen zielgerichtetem Rechtsextrémismus, Gewalt und Staatsverdrossenheit. In: Dirk Wilking (Hg.): "Reichsbürger". Ein Handbuch. 3. Aufl. Potsdam, S. 15–53.
- Ickerodt, Ulf (2017): Wildes Deuten, wildes Erkennen. Wie „echt“ ist „authentisch“? Wikinger zwischen archäologisch rekonstruierter historischer Realität, Regionalmarketing und ideologischem Missbrauch. In: *Archäologische Nachrichten 2017*, S. 104–109.
- Jansen, Frank (2017): Die Rechte auf dem Vormarsch. Von Reichsbürgern bis AfD. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2017* (3), S. 9–12.
- Jesse, Eckhard; Panreck, Isabelle-Christine (2017): Populismus und Extremismus. Terminologische Abgrenzung - das Beispiel der AfD. In: *Zeitschrift für Politik* 64 (1), S. 59–76.
- Kailitz, Steffen (2017): Die Republikaner. In: Frank Decker (Hg.): *Handbuch der deutschen Parteien*. Wiesbaden, S. 366–374.
- Klaus, Fabian (2019): Wegen Neonazi-Umtrieben: AfD löst Ortsverband in Friedrichroda auf. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/wegen-neonazi-umtrieben-afd-loest-ortsverband-in-friedrichroda-auf-id225408609.html>, zuletzt aktualisiert am 07.05.2019, zuletzt geprüft am 30.11.2019.
- König, Thadäus R. (2018): Das Thüringer Parteiensystem. Entstehung, Entwicklung und Struktur seit 1990 (= Parteien und Wahlen, Bd. 16). Baden-Baden.

- König-Preuss, Katharina (2020): Reichsbürger in Thüringen in Teilen weiterhin bewaffnet - Eichsfeld als Hotspot. Online verfügbar unter <https://www.die-linke-thl.de/nc/aktuelles/nachrichten/detail/news/reichsbuerger-in-thueringen-in-teilen-weiterhin-bewaffnet-eichsfeld-als-hotspot/>, zuletzt aktualisiert am 05.08.2020, zuletzt geprüft am 16.08.2020.
- Kovahl, Ernst (2019): AfD: Steuergeld für den „Flügel“? In: *der rechte rand* (117). Online verfügbar unter <https://www.der-rechte-rand.de/archive/4319/afd-steuergeld-fuer-fluegel/>, zuletzt geprüft am 29.07.2020.
- Kreis, Joachim (2007): Zur Messung von rechtsextremer Einstellung. Probleme und Kontroversen am Beispiel zweier Studien. Berlin: Otto-Stammer-Zentrum.
- Kreter, Maximilian (2019a): Die deutsche Rechtsrockszene. Integraler Bestandteil der rechtsextremen Bewegung oder isolierte subkulturelle Szene? In: Uwe Backes, Alexander Gallus, Eckhard Jesse und Tom Thieme (Hg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D)*. 31. Jahrgang 2019. 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, S. 159–173.
- Kreter, Maximilian (2019b): Politische Agitation, juvenile Rebellion oder rechtsextreme Erlebniswelt? In: Eckhard Jesse, Tom Mannewitz und Isabelle-Christine Panreck (Hg.): *Populismus und Demokratie. Interdisziplinäre Perspektiven*. 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos (Extremismus und Demokratie, Band 37), S. 139–164.
- Kreter, Maximilian (2020): Sachsen und Thüringen – Hochburgen des Rechtsrock in Deutschland? In: Uwe Backes und Steffen Kailitz (Hg.): *Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 315–338.
- Krüger, Yasemin Désirée (2017): „Reichsbürger“ als eigenständiges soziales Protestphänomen. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen : Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft* 30 (2), S. 1–20.
- Kulturbüro Sachsen (Hg.) (2019): Sachsen rechts unten 2019. Online verfügbar unter https://kulturbuero-sachsen.de/wp/wp-content/uploads/2019/04/Sachsen_rechts_unten_2019_Kulturbuero-Sachsen_web.pdf, zuletzt geprüft am 17.08.2020.
- Kurth, Alexandra (2014): Das Männerbild der Burschenschafter. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/197057/das-maennerbild-der-burschenschafter>, zuletzt geprüft am 27.07.2020.
- Kurth, Alexandra; Weidinger, Bernd (2017): *Burschenschaften: Geschichte, Politik und Ideologie*. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/256889/burschenschaften>, zuletzt aktualisiert am 26.09.2017, zuletzt geprüft am 27.07.2020.
- Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation (TLBG) (2020): Download Offene Geodaten. Online verfügbar unter <https://www.geoportal-th.de/de-de/Downloadbereiche/Download-Offene-Geodaten-Th%C3%BCrtingen>, zuletzt geprüft am 11.09.2020.
- Langebach, Martin (2016): Rechtsextremismus und Jugend. In: Fabian Virchow, Martin Langebach und Alexander Häusler (Hg.): *Handbuch Rechtsextremismus*. Wiesbaden: Springer VS, S. 375–439.
- Langer, Anette (2018): Thüringens rechtsextreme Komfortzone. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/kahla-wie-ein-ort-in-thueringen-zur-neonazi-hochburg-wurde-a-1217534.html>, zuletzt aktualisiert am 21.07.2018, zuletzt geprüft am 27.07.2020.

- Legal Tribune Online (LTO) (2018): BVerwG zu Fraktionszuwendungen. Warum Kommunen auch die NPD bezahlen müssen. Online verfügbar unter <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/bverwg-10cn1-17-npd-fraktionszuwendungen-stadtrat-ausschluss-rechtswidrig/>, zuletzt aktualisiert am 03.08.2018, zuletzt geprüft am 25.07.2020.
- Legal Tribune Online (LTO) (2019): OVG Thüringen zur Auslegung der Kommunalordnung. Bürgermeister muss NPD-Stadtrat die Hand geben. Online verfügbar unter <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/thueringer-ovg-3ko620-18-kommunalordnung-buergermeister-pflicht-handschlag-npd/>, zuletzt aktualisiert am 10.05.2019, zuletzt geprüft am 25.07.2020.
- Lembcke, Oliver; Ritzi, Claudia; Schaal, Gary S. (Hg.) (2012): Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 1: Normative Demokratietheorien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lirabelle (2017): Der Burgfrieden von Ballstädt. Online verfügbar unter <http://lirabelle.blogspot.eu/2017/05/08/der-burgfrieden-von-ballstaedt>, zuletzt aktualisiert am 08.05.2017, zuletzt geprüft am 08.08.2020.
- Lösche, Peter (1994): Kleine Geschichte der deutschen Parteien. 2. Aufl. Stuttgart: Kohlhammer.
- Mahlzahn, Claus Christian (2020): „Das zeigt, wie enthemmt in der Neonazi-Szene vorgegangen wird“. Hg. v. welt.de. Online verfügbar unter <https://www.welt.de/politik/deutschland/article213071228/Verfassungsschutz-Thueringen-Neue-Qualitaet-rechtsextremer-Gewalt.html>, zuletzt geprüft am 24.09.2020.
- Manow, Philip (2020): (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Ein Essay. 1. Originalausgabe. Berlin: Suhrkamp.
- Marg, Stine; Finkbeiner, Florian; Kühnel, Steffen; Dermitzaki, Efpraxia (2019): Niedersächsischer Demokratie-Monitor. Göttingen: Göttinger Institut für Demokratieforschung.
- MDR (2019a): Die Wahlprogramme der "kleinen" Parteien. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/wahlen/lw-thueringen-kleine-parteien-wahlprogramme-100.html>, zuletzt aktualisiert am 24.10.2019, zuletzt geprüft am 07.07.2020.
- MDR (2019b): Moschee-Gegner im rechtsextremen Netzwerk. mdr.de. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/thueringen/mitte-west-thueringen/erfurt/erfurter-moschee-gegner-im-rechtsextremen-netzwerk-100.html>, zuletzt aktualisiert am 13.03.2019, zuletzt geprüft am 14.09.2020.
- MDR (2019c): Wählerwanderung in Thüringen. mdr.de. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/thueringen/waehlerwanderung-landtagswahl-thueringen-102.html>, zuletzt aktualisiert am 28.10.2019, zuletzt geprüft am 14.09.2020.
- MDR (2020a): Corona-Proteste: Wer in Thüringen auf die Straße geht. Hg. v. mdr.de. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/thueringen/corona-demo-spaziergang-erfurt-gera-polizei100.html>, zuletzt aktualisiert am 12.05.2020, zuletzt geprüft am 24.09.2020.
- MDR (2020b): Erfurter Neonazi-Verein muss Immobilie am Herrenberg räumen. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/thueringen/mitte-west-thueringen/erfurt/neonazi-verein-immobilie-herrenberg-100.html>, zuletzt aktualisiert am 18.06.2020, zuletzt geprüft am 17.07.2020.
- MDR (2020c): Rechte Kampfsport-Strukturen in Thüringen. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/podcast/beste/podcast-thueringen-rechtsextreme-kampfsportszene-waechst-audio-100.html>, zuletzt aktualisiert am 17.08.2020, zuletzt geprüft am 22.08.2020.

- MDR (2020d): Rechtsextreme unterwandern Corona-Proteste an B96 in der Lausitz. Hg. v. mdr.de. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/sachsen/bautzen/kritik-proteste-oberlausitz-sonntags-bundesstrasse-100.html>, zuletzt aktualisiert am 13.07.2020, zuletzt geprüft am 24.09.2020.
- Meisner, Matthias; Starzmann, Paul (2020): Thüringens FDP-Chef Kemmerich teilt sich Bühne mit Corona-Leugnern in Gera. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/politik/unterstuetzt-von-stadtbekanntem-rechtsradikalen-thueringens-fdp-chef-kemmerich-teilt-sich-buehne-mit-corona-leugnern-in-gera/25816246.html>, zuletzt aktualisiert am 10.05.2020.
- Merkel, Wolfgang (2017): Kosmopolitismus versus Kommunitarismus. Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In: Philipp Harfst, Ina Kubbe und Thomas Poguntke (Hg.): Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 9–23.
- Metzger, Nils (2020): Rechtsextreme suchen ihre Komfortzone. Online verfügbar unter <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/extremismus-rechte-siedler-ostdeutschland-100.html>, zuletzt aktualisiert am 25.07.2020, zuletzt geprüft am 21.08.2020.
- Michelsen, Danny; Walter, Franz (2013): Unpolitische Demokratie. Zur Krise der Repräsentation. Originalausgabe, 1. Auflage. Berlin: Suhrkamp (edition suhrkamp, 2668).
- Miliopoulos, Lazaros (2020): Sachsen – eine Hochburg der NPD? Entwicklung, Perspektiven und Einordnung des sächsischen Landesverbandes. In: Uwe Backes und Steffen Kailitz (Hg.): Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus? Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 201–216.
- Missy, Stefan (2013): Das politische Profil der "neuen" NPD. Organisatorischer Wandel, ideologische Radikalisierung und strategisches Konzept einer "systemfeindlichen" Partei. München.
- MOBIT e.V. (2018a): Hass und Kommerz. RechtsRock in Thüringen. Online verfügbar unter <https://mobit.org/Material/Mobit-HeftRechtsRock18-G-web.pdf>, zuletzt geprüft am 21.04.2020.
- MOBIT e.V. (2018b): Nach den rechten Häusern sehen. Immobilien der extrem rechten Szene in Thüringen, Erfurt. Online verfügbar unter https://mobit.org/Material/MOBIT_Nach%20den%20rechten%20Häusern%20sehen_2018.pdf, zuletzt geprüft am 03.05.2020.
- MOBIT e.V. (2019a): Dokumentation der extrem rechten Aktionen rund um die Immobilie am Erfurter Herrenberg. Online verfügbar unter <https://mobit.org/dokumentation-extrem-rechte-aktionen-erfurt-herrenberg/>, zuletzt aktualisiert am 17.01.2019, zuletzt geprüft am 17.07.2020.
- MOBIT e.V. (2019b): Im Kampf für die „völkische Wiedergeburt“: Extrem rechte Kampfsportstrukturen in Thüringen. Online verfügbar unter <https://mobit.org/im-kampf-fuer-die-voelkische-wiedergeburt-extrem-rechte-kampfsportstrukturen-in-thueringen/>, zuletzt aktualisiert am 04.06.2019, zuletzt geprüft am 29.07.2020.
- MOBIT e.V. (2019c): Rassismus, völkische Revolution und Gewalt. Was steckt hinter der Partei Der Dritte Weg? Online verfügbar unter <https://mobit.org/was-steckt-hinter-der-partei-der-dritte-weg/>, zuletzt aktualisiert am 13.03.2019, zuletzt geprüft am 17.07.2020.
- MOBIT e.V. (2020a): Chronik extrem rechter Aktivitäten in Thüringen. Online verfügbar unter <https://mobit.org/chronik-extrem-rechter-aktivitaeten-in-thueringen/>, zuletzt aktualisiert am 15.04.2020, zuletzt geprüft am 17.07.2020.
- MOBIT e.V. (2020b): Keine harmlosen Heimatmelodien. Kontinuierliche Zunahme von rechten Liederabenden in Thüringen. Online verfügbar unter <https://mobit.org/rechtsrock-statistik-2019/>, zuletzt aktualisiert am 24.04.2020, zuletzt geprüft am 25.04.2020.

- Moffitt, Benjamin (2016): *The Global Rise of Populism. Performance, Political Style, and Representation*. Palo Alto: Stanford University Press. Online verfügbar unter <https://ebookcentral.proquest.com/lib/gbv/detail.action?docID=4517325>.
- Mouffe, Chantal (2007): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Dt. Erstausg., 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (edition suhrkamp, 2483). Online verfügbar unter <http://www.socialnet.de/rezensionen/isbn.php?isbn=978-3-518-12483-3>.
- Mudra, Kai (2018): *Neonazi-Netzwerke aus Thüringen reichen immer wieder bis nach Österreich*. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/leben/vermishtes/neonazi-netzwerke-aus-thueringen-reichen-immer-wieder-bis-nach-oesterreich-id224020685.html>, zuletzt aktualisiert am 06.04.2018, zuletzt geprüft am 29.07.2020.
- Müller, Jan-Werner (2016): *Was ist Populismus? Ein Essay*. Originalausgabe, 4. Auflage 2016. Berlin: Suhrkamp (Edition Suhrkamp Sonderdruck).
- Munzinger, Paul (2016): *So sieht der Anti-Islam-Kurs der AfD in der Praxis aus*. Hg. v. www.sueddeutsche.de. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-in-thueringen-so-sieht-der-anti-islam-kurs-der-afd-in-der-praxis-aus-1.2996777>, zuletzt aktualisiert am 17.05.2016, zuletzt geprüft am 24.09.2020.
- Naumann, Thomas (2009): *Rechtsrock im Wandel. Eine Analyse der Texte am Beispiel der Bands 'Landser' und 'Die Lunikoff Verschwörung'*. 1. Auflage. Hamburg: Diplom.de.
- Neigelt, Oskar (2018): *Erfurts Neonazis wechseln Partei*. In: *der rechte rand* (175 (November/Dezember 2018)). Online verfügbar unter <https://www.der-rechte-rand.de/archive/4185/erfurts-neonazis-wechseln-partei/>, zuletzt geprüft am 17.07.2020.
- Norris, Pippa (2011): *Democratic deficit. Critical Citizens Revisited*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Oehrl, Sigmund; Pesch, Alexandra (2017): *Runen, Thorshämmer und Schwarze Sonnen – Rezeption und Missbrauch frühgeschichtlicher Symbole und Zeichen*. In: *Archäologische Nachrichten 2017*, S. 110–121.
- Oppelland, Torsten (2019): *Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)*. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/thueringen-2019/296649/npd>, zuletzt aktualisiert am 25.09.2019, zuletzt geprüft am 07.07.2020.
- Patz, Janine; Salheiser, Axel (2019): *Topographie des Rechtsextremismus in Thüringen. Begleitende Informationen zur Online-Karte*. Online verfügbar unter <http://www.topografie.komrex.uni-jena.de/Topografie-Begleitbroschuere.pdf>.
- Patzelt, Werner J. (2018): *Mängel in der Responsivität oder Störungen in der Kommunikation? Deutschlands Repräsentationslücke und die AfD*. In: *Zparl* 49 (4), S. 885–895. DOI: 10.5771/0340-1758-2018-4-885.
- Pfahl-Traughber, Armin (2019a): *Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive*. Wiesbaden: Springer VS (essentials).
- Pfahl-Traughber, Armin (2019b): *Rechtsextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme*. Wiesbaden, Germany: Springer VS.
- Piketty, Thomas (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München: Beck.

- Podolski, Tanja (2018): BVerfG und NPD-Anwalt zum Veranstaltungsverbot in Wetzlar. "Das spielt der Partei in die Hände". Online verfügbar unter <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/wetzlar-stadthalle-npd-anwalt-klage-stellungnahme-bverfg/>, zuletzt aktualisiert am 20.04.2018, zuletzt geprüft am 25.07.2020.
- Quent, Matthias (2016): Verschleierung, Radikalisierung und neue Unübersichtlichkeiten. Gefährliche Implikationen und Folgen des NPD-Verbotsverfahren. In: Johannes Lichdi (Hg.): Darf die NPD wegen Taten parteiloser Neonazis verboten werden? Erkundungen zu rassistischen Akteuren in ostdeutschen Regionen und den Folgen eines NPD-Verbots. Dresden, S. 77–93.
- Quent, Matthias; Richter, Christoph; Salheiser, Axel (2019): Die AfD zur Kreistagswahl 2019 in Thüringen. Empirische Analysen zur Erklärung der Wahlergebnisse auf Gemeindeebene. Forschungsbericht IDZ. Online verfügbar unter https://www.idzjena.de/fileadmin/user_upload/IDZ_Broschüre_Die_AfD_zur_Kreistagswahl_2019_in_Thüringen_WEB.pdf.
- Quent, Matthias; Schmidtke, Franziska; Salheiser, Axel (2016): Gefährdung der demokratischen Kultur in Thüringen. Expertise zur Überarbeitung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (TLfDTW). im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport. Jena: Kompetenzzentrum Rechtsextremismus.
- Quent, Matthias; Schulz, Peter (2015): Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien. Wiesbaden: Springer VS (Edition Rechtsextremismus).
- Raabe, Jan (2019): Rechtsrock in Deutschland. Funktion, Entwicklung, zentrale Akteure – Umriss eines wachsenden Problems. In: Gideon Botsch, Jan Raabe und Christoph Schulze (Hg.): Rechtsrock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs. [1. Auflage]. Berlin: be.bra wissenschaft (Potsdamer Beiträge zur Antisemitismus- und Rechtsextremismusforschung, Band 1), S. 19–44.
- Radio F.R.E.I. (2020a): „Erfurter Hooligans von KEF und Jungsturm sind ganz klar dem extrem rechten Spektrum zuzuordnen“. Interview mit der Mobilen Beratung in Thüringen. Online verfügbar unter https://www.radio-frei.de/index.php?iid=7&ksubmit_show=Artikel&kartikel_id=7931, zuletzt aktualisiert am 24.01.2020, zuletzt geprüft am 16.08.2020.
- Radio F.R.E.I. (2020b): „Es sind dieselben Leute unter neuer Flagge.“. Interview mit der Mobilen Beratung in Thüringen. Online verfügbar unter https://www.radio-frei.de/index.php?iid=7&ksubmit_show=Artikel&kartikel_id=8262, zuletzt aktualisiert am 18.06.2020, zuletzt geprüft am 16.08.2020.
- Rathje, Jan (2017a): „Reichsbürger“ - Verschwörungsideologie mit deutscher Spezifik. In: *Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) (1)*, S. 238–249.
- Rathje, Jan (2017b): „Reichsbürger“ - Verschwörungsideologie mit deutscher Spezifik. Online verfügbar unter https://www.sektenwatch.de/drupal/sites/default/files/files/reichsbuerger_verschwoerungstheorien16.pdf, zuletzt geprüft am 22.05.2020.
- Reiser, Marion; Best, Heinrich; Niehoff, Steffen; Salheiser, Axel; Vogel, Lars (2017): Thüringens ambivalente Mitte: Soziale Lagen und politische Einstellungen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2017. Erfurt: Drucksache des Thüringer Landtags 6/4700.
- Reiser, Marion; Best, Heinrich; Salheiser, Axel; Hebenstreit, Jörg; Vogel, Lars (2019): Gesundheit und Pflege in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2019. Erfurt: Drucksache des Thüringer Landtags 4/1347.

- Richter, Christoph; Salheiser, Axel; Quent, Matthias (2019): Rechtsradikale Landnahme. Analyse des AfD-Wahlerfolgs zur Landtagswahl 2019 in den Thüringer Gemeinden. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/IDZ_Analyse_AfD-Wahlerfolg_Landtagswahlen_2019_FINAL_WEB.pdf, zuletzt geprüft am 09.09.2020.
- Ritzi, Claudia (2014): Die Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit. Kritik zeitgenössischer Demokratie - theoretische Grundlagen und analytische Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS.
- Rosenkranz, Jens (2020): Linke und Grüne. „Meuselwitzer Bürgermeister unterstützt Neonazi“. Online verfügbar unter <https://www.lvz.de/Region/Altenburg/Linke-und-Gruene-Meuselwitzer-Buergermeister-unterstuetzt-Neonazi>, zuletzt aktualisiert am 05.05.2020, zuletzt geprüft am 05.08.2020.
- Ruf, Christoph; Sundermeyer, Olaf (2009): In der NPD. Reisen in die National Befreite Zone. Orig.-ausg., rev. Ausg. München: Beck (Beck'sche Reihe, 1900).
- Schäfer, Armin (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Campus (Schriften aus dem MPI für Gesellschaftsforschung, 81). Online verfügbar unter <http://gbv.ebib.com/patron/FullRecord.aspx?p=4347053>.
- Schedler, Jan (2016a): Die extreme Rechte als soziale Bewegung. Theoretische Verortung, methodologische Anmerkungen und empirische Erkenntnisse. In: Fabian Virchow, Martin Langebach und Alexander Häusler (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer VS, S. 285–323.
- Schedler, Jan (2016b): Stilbruch. (Jugend)kultureller Lifestyle, Symbolik und Aktionsformen des Neonazismus im Wandel. In: Stephan Braun, Alexander Geisler und Martin Gerster (Hg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe, Analysen, Antworten. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: Springer VS, S. 345–364.
- Schmid, Christian J. (2012): Rockerclubs. Eine posttraditionale Vergemeinschaftungsform in der Organisationsgesellschaft. In: Tilo Eisewicht, Tilo Grenz und Michaela Pfadenhauer (Hg.): Techniken der Zugehörigkeit (= Karlsruher Studien Technik und Kultur, Bd. 5). Karlsruhe, S. 213–237.
- Schmidt, Manfred G. (2019): Demokratietheorien. Eine Einführung. 6. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Schönberger, Christoph (2020a): Geschichten vom Reich, Geschichten vom Recht. In: Christoph Schönberger und Sophie Schönberger (Hg.): Die Reichsbürger. Verfassungsfeinde zwischen Staatsverweigerung und Verschwörungstheorie. Frankfurt, New York: Campus Verlag, S. 37–70.
- Schönberger, Sophie (2020b): Das Imaginäre des Rechts: Wer ist hier eigentlich verrückt? In: Christoph Schönberger und Sophie Schönberger (Hg.): Die Reichsbürger. Verfassungsfeinde zwischen Staatsverweigerung und Verschwörungstheorie. Frankfurt, New York: Campus Verlag, S. 159–186.
- Schroeder, Wolfgang; Greef, Samuel; Elsen, Jennifer ten; Heller, Lukas (2020): Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts. Interventionsversuche und Reaktionsmuster. Redaktionsschluss: 15. April 2020. Frankfurt am Main: OBS (OBS-Arbeitsheft, 102). Online verfügbar unter www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/bedraengte-zivilgesellschaft-von-rechts.
- Schubert, Florian (2019): Abwertung als soziale Abgrenzung im Fußballstadion. In: Hans-Georg Flickinger, Werner Thole und Nicole Pfaff (Hg.): Fußball als Soziales Feld. Studien zu Sozialen Bewegungen, Jugend- und Fankulturen. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 105–114.

- Schubert, Tobias (2018): Chris Diener will nicht mehr Bergaer Bürgermeister werden. Online verfügbar unter <https://www.otz.de/politik/chris-diener-will-nicht-mehr-bergaer-buergermeister-werden-id224616067.html>, zuletzt aktualisiert am 14.09.2018, zuletzt geprüft am 08.07.2020.
- Speit, Andreas (2018): Reichsbürger. Die unterschätzte Gefahr. Bonn: Sonderausgabe für die Landeszentrale für politische Bildung.
- Speit, Andreas (2020): Mit Nazis auf Streife. Online verfügbar unter <https://taz.de/Rechte-Buergerwehr-in-Meuselwitz/!5681956/>, zuletzt aktualisiert am 29.04.2020, zuletzt geprüft am 05.08.2020.
- Stadtverwaltung Meuselwitz (2016): Niederschrift der 21. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates der Stadt Meuselwitz vom 24.02.2016 – öffentliche Teil –. Meuselwitz.
- Stadtverwaltung Meuselwitz (2020a): Niederschrift der 10. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates der Stadt Meuselwitz vom 27.05.2016 – öffentliche Teil –. Meuselwitz.
- Stadtverwaltung Meuselwitz (2020b): Niederschrift der 9. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates der Stadt Meuselwitz vom 26.02.2020 – öffentliche Teil –. Meuselwitz.
- Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel. 3., aktualisierte Aufl. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin; FES, Projekt Gegen Rechtsextremismus. Online verfügbar unter <https://library.fes.de/pdf-files/do/08223.pdf>.
- Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin: Suhrkamp.
- thueringenrechtsausen (2017): Bürgerwehren in Thüringen ein bisschen rechts? Eindeutige Neonazi-Verbindungen und Kontakte zur AfD. Online verfügbar unter <https://thueringenrechtsausen.wordpress.com/2017/06/11/buergerwehren-in-thueringen-ein-bisschen-rechts-eindeutige-neonazi-verbindungen-und-kontakte-zur-afd/>, zuletzt aktualisiert am 11.07.2017, zuletzt geprüft am 05.08.2020.
- Thüringer Landtag (2019a): Abschlussbericht der Enquetekommission des Thüringer Landtags. Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen in Thüringen sowie ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die freiheitliche Demokratie - Band I. In: Thüringer Landtag (Hg.): Bericht der Enquetekommission 6/1. Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen in Thüringen sowie ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die freiheitliche Demokratie. Erfurt: Drucksache des Thüringer Landtags 6/7709.
- Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (TMiK) (2020): Politisch motivierte Kriminalität - Statistik 2019. Erfurt. Online verfügbar unter https://innen.thueringen.de/fileadmin/th3/polizei/Statistiken/PMK_2019.pdf, zuletzt geprüft am 14.09.2020.
- Tocqueville, Alexis de (1976): Über die Demokratie in Amerika. Beide Teile in einem Band. Hrsg. v. Jacob P. Mayer. München: dtv.
- Vollmer, Andreas M. (2018): Reichsbürger und Selbstverwalter - funkelnde Sterne am Extremismus-Himmel. In: Demokratie in unruhigen Zeiten : Festschrift für Eckhard Jesse. Baden-Baden: Nomos, S. 241–250.
- WELT (2019): Nordhausen-Ultras stürmen Platz und greifen Spieler an. Online verfügbar unter <https://www.welt.de/sport/fussball/article201863908/Thueringen-Nordhausen-Ultras-stuermen-Platz-und-greifen-Spieler-an.html>, zuletzt aktualisiert am 14.10.2019, zuletzt geprüft am 16.08.2020.
- Wilking, Dirk (Hg.) (2017): "Reichsbürger". Ein Handbuch. 3. Aufl. Potsdam.

- Wolf, Matthias (2019): Der Dritte Weg. Die Nazi-Hooligans und ihre Jugendsport-Propaganda. Online verfügbar unter <https://www1.wdr.de/mediathek/video/sendungen/sport-inside/video-der-dritte-weg-die-nazi-hooligans-und-ihre-jugendsport-propaganda-100.html>, zuletzt aktualisiert am 04.09.2019, zuletzt geprüft am 17.07.2020.
- Wolin, Sheldon S. (1994): Fugitive Democracy. In: *Constellations* 1 (1), S. 11–25.
- Zick, Andreas; Küpper, Beate (2016): Rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen. In: Fabian Virchow, Martin Langebach und Alexander Häusler (Hg.): *Handbuch Rechtsextremismus*. Wiesbaden: Springer VS, S. 83–113.
- Zick, Andreas; Küpper, Beate; Berghan, Wilhelm (Hg.) (2019): *Verlorene Mitte - feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*. Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Bonn: Dietz.

Quellen

- Thüringer Landtag (2015): Antwort Drucksache 6/1276 auf Kleine Anfrage 6/503 (2015) des Abg. Walk.
- Thüringer Landtag (2016a): Antwort Drucksache 6/3048 auf Kleine Anfrage 6/1406 (2016) der Abg. König.
- Thüringer Landtag (2016b): Antwort Drucksache 6/3071 auf Kleine Anfrage 6/1445 (2016) des Abg. Brandner.
- Thüringer Landtag (2017a): Antwort Drucksache 6/3901 auf Kleine Anfrage 6/1985 (2017) des Abg. Walk.
- Thüringer Landtag (2017b): Antwort Drucksache 6/4719 auf Kleine Anfrage 6/2525 (2017) des Abg. Walk.
- Thüringer Landtag (2018a): Antwort auf Mündliche Anfrage 6/5599 (2018) des Abg. Gentele in Plenarprotokoll 6/116 (26.04.2018), S. 10028 - 10029.
- Thüringer Landtag (2018b): Antwort Drucksache 6/5794 auf Kleine Anfrage 6/2986 (2018) der Abg. Henfling.
- Thüringer Landtag (2018c): Antwort Drucksache 6/5804 auf Kleine Anfrage 6/2997 (2018) des Abg. Huster.
- Thüringer Landtag (2018d): Antwort Drucksache 6/5837 auf Kleine Anfrage 6/2972 (2018) des Abg. Walk.
- Thüringer Landtag (2018e): Antwort Drucksache 6/5951 auf Kleine Anfrage 6/3018 (2018) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2018f): Antwort Drucksache 6/6008 auf Kleine Anfrage 6/3106 (2018) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2018g): Antwort Drucksache 6/6377 auf Kleine Anfrage 6/3310 (2018) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2018h): Antwort Drucksache 6/6481 auf Kleine Anfrage 6/3325 (2018) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2018i): Antwort Drucksache 6/6632 auf Kleine Anfrage 6/3401 (2018) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2019b): Antwort auf Mündliche Anfrage 6/7606 (2019) der Abg. König-Preuss in Plenarprotokoll 6/156 12.09.2019, S. 13662 - 13664.
- Thüringer Landtag (2019c): Antwort Drucksache 19/14618 (2019) auf Kleine Anfrage 19/13969 (2019).
- Thüringer Landtag (2019d): Antwort Drucksache 6/5798 auf Kleine Anfrage 6/2930 (2019) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2019e): Antwort Drucksache 6/6655 auf Kleine Anfrage 6/3395 (2019) des Abg. Walk.
- Thüringer Landtag (2019f): Antwort Drucksache 6/6802 auf Kleine Anfrage 6/3505 (2019) der Abg. Henfling.

- Thüringer Landtag (2019g): Antwort Drucksache 6/6910 auf Kleine Anfrage 6/3497 (2019) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2019h): Antwort Drucksache 6/7193 auf Kleine Anfrage 6/3692 (2019) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2019i): Antwort Drucksache 6/7275 auf Kleine Anfrage 6/3812 (2019) der Abg. Henfling.
- Thüringer Landtag (2019j): Antwort Drucksache 6/7866 auf Kleine Anfrage 6/4009 (2019) des Abg. Walk.
- Thüringer Landtag (2019k): Antwort Drucksache 6/7891 auf Kleine Anfrage 6/4117 (2019) der Abg. Henfling.
- Thüringer Landtag (2020a): Antwort Drucksache 7/1004 auf Kleine Anfrage 7/305 (2020) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2020b): Antwort Drucksache 7/1007 auf Kleine Anfrage 7/386 (2020) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2020c): Antwort Drucksache 7/1082 auf Kleine Anfrage 7/355 (2020) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2020d): Antwort Drucksache 7/1343 auf Kleine Anfrage 7/594 (2020) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2020e): Antwort Drucksache 7/568 auf Kleine Anfrage 7/140 (2020) des Abg. Walk.
- Thüringer Landtag (2020f): Antwort Drucksache 7/602 auf Kleine Anfrage 7/176 (2020) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2020g): Antwort Drucksache 7/658 auf Kleine Anfrage 7/188 (2020) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2020h): Antwort Drucksache 7/776 auf Kleine Anfrage 7/264 (2020) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2020i): Antwort Drucksache 7/822 auf Kleine Anfrage 7/262 (2020) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2020j): Antwort Drucksache 7/834 auf Kleine Anfrage 7/321 (2020) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2020k): Antwort Drucksache 7/837 auf Kleine Anfrage 7/352 (2020) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2020l): Antwort Drucksache 7/845 auf Kleine Anfrage 7/308 (2020) der Abg. König-Preuss.
- Thüringer Landtag (2020m): Antwort Drucksache 7/911 auf Kleine Anfrage 7/337 (2020) der Abg. König-Preuss.